

KONTINENT UND ÜBERSEE

BAND 5



Dollar- Imperialismus

Von

Peter Aldag

*ZENTRALVERLAG DER NSDAP.,
FRANZ EHER NACHFOLGER GMBH., BERLIN*

Dr. Peter Aldag / Dollar-Imperialismus

Schriftenreihe der NSDAP.
Gruppe VIII: Kontinent und Uebersee

Dollar- Imperialismus

Von

Dr. Peter Aldag

mit 2 Landkarten



Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., Berlin

101.—150. Tausend

Kartenzeichnung: Franz Kurzhauer, Berlin-Rudow
Alle Rechte vorbehalten / Printed in Germany
Druck: Theodor Abb Buchdruckerei, Berlin SW 68

Teil I :

I. Allgemeiner Charakter des Dollar - Imperialismus und die hinter ihm stehenden Kräfte.

„Die Vereinigten Staaten von Amerika sind zweifellos zur Zeit die rücksichtsloseste und aggressivste imperialistische Nation. In ihrer imperialistischen Politik liegen große Gefahren für einen zukünftigen Krieg.“

Diese Feststellung, die wir der Associated Press vom 24. November 1927 verdanken, traf Mr. J. W. Brown, stellvertretender Vorsitzender der Nationalen Vereinigung von Angehörigen freier Berufe anlässlich einer Tagung der „Internationalen Konferenz bezüglich Kriegsgefahr“ im Jahre 1927. Die Richtigkeit dieses Ausspruchs wird durch die nachfolgenden Ausführungen erhärtet werden.

Roosevelt und Churchill führen den zweiten Weltkrieg angeblich nur für hohe Menschheits-Ideale. Sie sprechen von der Freiheit der Völker. Sie wollen die Not aller Klassen und aller Rassen beseitigen und dafür eintreten, daß allen Völkern ihre eigene Kultur und Zivilisation erhalten bleibt. Kurzum, sie wollen sich unter Ablehnung jeglicher eigensüchtiger Motive nur für die Wohlfahrt der Menschheit einsetzen. Seit Monaten hat sich aber bereits klar abgezeichnet, daß Winston Churchill am Ende höchstens die Rolle des Juniorpartners in dieser angelsächsischen Allianz zufallen wird.

Ohne Zweifel fühlen sich die US.-Amerikaner bereits als Erben des britischen Imperiums, dessen Sprache sie sprechen und dessen Kultur und Zivilisation in vielen Punkten der ihren gleichkommt. Hinsichtlich der Methoden, mit denen sie ihre hochgespannten Ziele verfolgen, erweisen sie sich als gelehrige Schüler der Briten.

In besonderem Maße trifft das auf den Imperialismus zu, wenngleich sich hier zuweilen doch ein Unterschied offenbarte. Infolge mangelnder Erfahrung zeigten die Vereinigten Staaten ihren Imperialismus zunächst unverhüllter als die Engländer, die ihr Handeln immer mit einem frommen Mäntelchen umgaben. Zur Durchsetzung ihrer Pläne haben beide jedoch gleichermaßen ihre großen Reserven an Menschen und Material rücksichtslos in die Waagschale geworfen und die Wünsche

kleiner Nationen einfach ignoriert. Auf dem Schuldkonto der Amerikaner wie der Briten steht die Ausrottung ganzer Völker. Die Eroberungszüge der Engländer in Indien, Australien und Afrika sind geschichtliche Tatsache und bedürfen keiner weiteren Erörterung. Aber auch die frühen Siedler der Vereinigten Staaten, die Vorfahren der heute dort lebenden Bevölkerung, haben genau wie die Engländer mit den unmenschlichsten Methoden, mit Mord und Hunger, mit Alkohol und Syphilis die Ureinwohner des Landes bis auf klägliche Reste dezimiert.

Der bekannte britische Wissenschaftler John A. Hobson¹⁾ erklärt die rücksichtslose Art der Angelsachsen als „Abenteurergeist“, dem der Mordrausch, die tierische Kampfeslust, — einst eine Notwendigkeit des Lebens — im Blute steckt“.

Der imperialistische Drang der Angelsachsen wird durch Presse, Rundfunk, Universitäten, Schulen, ja selbst durch die Kirche weitestgehend unterstützt.

Sowohl in Großbritannien als auch in USA, die uns im Rahmen unserer vorliegenden Abhandlung vor allem interessieren, spielen insbesondere Rundfunk und Presse eine bedeutsame Rolle.

Die hinter ihnen stehenden Finanzgruppen wachen eifrig darüber, daß nur eine ihnen genehme Agitation betrieben wird. Das ist vor allem in den Vereinigten Staaten in unzähligen Fällen immer wieder hervorgetreten und wird im einzelnen sehr anschaulich von dem bekannten amerikanischen Journalisten Ferdinand Lundberg in seinem Werk 60 Families²⁾ beschrieben. „Die Freiheit der Presse — wie sie gegenwärtig besteht — bedeutet lediglich die Freiheit, Nachrichten zu verdrehen und zu unterdrücken³⁾.“ Mit anderen Worten darf die von mächtigen Finanz- und Wirtschaftsgruppen beherrschte Presse lediglich das bringen, was diesen Kreisen hinsichtlich ihrer Zwecke und Ziele dienlich ist.

Von den Rundfunk-Gesellschaften der Vereinigten Staaten stehen laut der Zeitschrift „The New Republic“ vom 17. März 1937 fast 200 Radio-Stationen — das entspricht ziffernmäßig einem Drittel aller US-amerikanischen Sender, in bezug auf Sendegebiet und Hörerzahl jedoch einem wesentlich größeren Anteil, — im Besitz bzw. unter der Kontrolle von Zeitungskonzernen. Die restlichen Sender unterstehen anderen bedeu-

¹⁾ Hobson S. 225.

²⁾ Lundberg S. 286.

³⁾ Lundberg S. 291.

tenden Finanzgruppen, die gleichfalls nur solche Nachrichten verbreiten, die ihnen genehm sind. Presse und Rundfunk werden also begreiflicherweise als williges Werkzeug dieser Gruppen eingesetzt, um die Volksmeinung in ihrem Sinne zu beeinflussen und zu formen.

Man bedient sich aber auch der Schulen und Universitäten, um der heranwachsenden Jugend diejenigen Auffassungen einzupflanzen, die den Anschauungen dieser Kreise entsprechen. Durch Zuwendung größerer Stiftungen bringen sie diese Institutionen mehr und mehr in ihre Abhängigkeit. Die Geldgeber verknüpfen bestimmte Bedingungen damit, so z. B. die Besetzung gewisser führender Positionen an den betreffenden Lehranstalten nach eigener Wahl. Unter Führung von J. P. Morgan hat eine Anzahl von Finanz- und Wirtschaftsgruppen, wie z. B. Standard Oil Co., der Harvard Universität einen Betrag von 129 Millionen, der Yale Universität von 95 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. Die Columbia-Universität erhielt seitens der National City Bank mit den Millionären Baker, Dodge und Gould etwa 70 Millionen Dollar, — und Ferdinand Lundberg führt in seinem erwähnten Buch⁴⁾ nicht weniger als 20 Universitäten an, die mit bedeutenden Stiftungen bedacht wurden; die geringste beträgt etwa 17 Millionen Dollar.

Daneben hat man aber auch die in angelsächsischen Ländern besonders einflußreiche Kirche den Zielen der finanziellen und wirtschaftlichen Machtgruppen voll und ganz dienstbar zu machen gewußt. Stiftungen sind es auch hier, die bereits in der Erziehung der Geistlichen von vornherein die Grundlage einer diesen Kreisen genehmen Einstellung erzielen sollen.

Missionare, die man in die Welt hinaus sendet, sind bereits — bewußt oder unbewußt mag dahingestellt bleiben — die Träger imperialistischer Gedanken.

Allen Verfechtern des Imperialismus, vom Präsidenten angefangen, dienen bei ihren Unternehmungen immer wieder die gleichen Phrasen wie ihren kirchlichen Helfershelfern. Man spricht von Menschlichkeit und Nächstenliebe, vom Christentum und seinen barmherzigen Lehren, von hohen Idealen.

Theodore Roosevelt, Anfang dieses Jahrhunderts einer der rücksichtslosesten Vertreter des Imperialismus, verfocht in

⁴⁾ Lundberg S. 375—377.

Wort und Schrift so sehr moralische Prinzipien, daß man ihn zynisch als den Erfinder der 10 Gebote bezeichnete⁵⁾).

Theorie und Praxis haben ein sehr verschiedenes Gesicht, Freiheit und Zivilisation und für immer die Befreiung von der Sorge ums tägliche Brot, das sind die ständigen Versprechungen, mit denen man die Völker zu ködern suchte. Was aber verbirgt sich tatsächlich dahinter? Nackter, brutaler Imperialismus, der in Praxis nicht vor Erpressung, Mord, kurzum vor Brutalitäten aller Art zurückschreckt. Wir werden hierfür zahlreiche eindrucksvolle Beispiele bringen.

Der Imperialismus der Angelsachsen ist keineswegs der Ausdruck des Volkswillens, oder etwa durch innere Verhältnisse ihres Landes bedingt. Das gilt vor allem für die USA, eines der reichsten Länder der Welt, das noch heute, verglichen mit den Bevölkerungsziffern Kontinentaleuropas, als Raum ohne Volk bezeichnet werden kann. Es ist also nicht etwa Uebervölkerung, die diese Nation zwingt, sich Lebensraum zu schaffen, sondern allein das Ziel gewisser Kreise, die auf Kosten der breiten Massen ihres Landes, aber allein zu ihrem persönlichen Vorteil, unter dem Deckmantel des Patriotismus den Imperialismus zu verbreiten suchen. Schon im Jahre 1900 erhob der britische Schriftsteller Hobson gegenüber den Vereinigten Staaten den Vorwurf, „sich übereilt in eine imperialistische Laufbahn gestürzt zu haben, für die sie weder die materiellen noch die moralischen Voraussetzungen besitzen⁶⁾).

An anderer Stelle bezeichnet er den amerikanischen Imperialismus als „das natürliche Produkt des wirtschaftlichen Druckes eines plötzlich vorstoßenden Kapitalismus, der in der Heimat kein Betätigungsfeld findet und daher fremde Märkte für seine Güter und Kapitalanlagen braucht“⁷⁾).

Er hat damit nur zu recht, und es ist bei den Angelsachsen immer dasselbe: Gewisse Finanz- und Industriekreise finden für ihr Kapital oder für ihre durch Maschinen gesteigerte Produktion keinen ausreichenden Binnenmarkt mehr. Da ihr ganzes System aber auf rücksichtsloses Geldverdienen und nur auf Geldverdienen eingestellt ist, müssen irgendwo in der Welt auf Kosten ihres Volkes nach erprobten Methoden Märkte erschlossen werden, Anleihen bereiten den Weg; allzu häufig wurden sie den Staaten förmlich aufgedrängt, und

⁵⁾ Hart, Monroe Doctrin, S. 224.

⁶⁾ Hobson S. 79.

⁷⁾ Hobson S. 85.

es war den Geldgebern dabei völlig gleichgültig, zu welchen Zwecken sie verwendet wurden. Als Folge davon kam es des öfteren zu großen Finanzskandalen in den angelsächsischen Ländern, wobei mit wenigen Ausnahmen in erster Linie die breiten Massen die Leidtragenden waren. Skrupellosen US-amerikanischen Finanziers lag nur daran, mit der Emission einer Anleihe beauftragt zu werden — ungeachtet dessen, ob der geldsuchende Staat kreditwürdig war oder nicht. Solche Geschäfte brachten den Banken auf jeden Fall beträchtliche Kommissionen ein, — selbst wenn sie auch auf Kosten des US-amerikanischen Volkes gingen. Mochten ihre Vertreter in den betreffenden Ländern auch aufs entschiedenste von solchen Transaktionen abraten, wurden sie dennoch durchgeführt. Nachstehend ein Beispiel aus vielen:

Peru war mit seinen Zins- und Amortisationszahlungen auf eine frühere Anleihe jahrelang im Rückstand. Der dortige Sachverständige eines US-amerikanischen Banken-Konsortiums warnte dringend, dem Lande neue Anleihen zu bewilligen. Dessen ungeachtet wurde dem Sohne des peruanischen Präsidenten eine „Kommission“ von über 500 000 Dollar gezahlt, um erneut ins Geschäft zu kommen. Das Konsortium legte eine Anleihe von 100 Millionen Dollar auf, die man prompt auf dem US-amerikanischen Markt unterbrachte. Der Zinsendienst wurde inzwischen eingestellt, die Papiere gingen auf einen Bruchteil ihres Wertes zurück. Das US-amerikanische Volk zahlte die Zeche, die Banken aber hatten eine riesenhafte Kommission abgeschöpft^{*)}.

In diesem Zusammenhang ist folgender Tatsachenbericht aufschlußreich, den wir dem US-amerikanischen Finanzblatt Moody's Investors Service vom 30. Juli 1925 entnehmen:

„Vor einigen Jahren erhielt ein gewisses lateinamerikanisches Land eine Anleihe von \$ 1 500 000,— seitens der USA, die mit 8% zu verzinsen und innerhalb 18 Jahren zu amortisieren war. Die Auflegung erfolgte zu 85%. Für Kommission und Unkosten in Verbindung mit der Anleihe, die zu Lasten des betreffenden Staates gingen, wurden \$ 243 000,— aufgewendet. Das Bankenkonsortium setzte im Voraus die Zinsen für ein Jahr, sowie die Amortisationsraten bis zum Jahre 1927 mit zusammen \$ 290 000,— ab, so daß die betreffende Regierung insgesamt \$ 745 000,— erhielt, während sie 8% Zinsen auf \$ 1 500 000,— und eine jährliche Amortisation von etwa \$ 600 000,—, mithin insge-

^{*)} Davis S. 204

samt jährlich § 180 000,— aufzubringen hatte. Der Staat zahlte also — er hat seine Zahlungen inzwischen eingestellt — 25% für das in unserem Markt geborgte Geld...“

Hinter der imperialistischen Bewegung in USA finden wir immer dieselben Namen von Banken, Firmen und Einzelpersonen: Rockefeller, Morgan, Dodge, Harriman usw. werden uns noch ebenso häufig begegnen wie die jüdischen Banken J. und W. Seligman u. Co., Speyer u. Co., Kuhn Loeb u. Co., Warburg u. Co. usw. Bei Kuhn Loeb u. Co. mit seinen Direktoren Jacob Schiff, Felix Warburg, Otto Kahn, Mortimer Schiff und S. H. Hanauer handelt es sich um jenes berühmte US-amerikanische Bankhaus, das die Finanzierung der bolschewistischen Revolution in Rußland betrieb, wie ein Bericht des United States Secret Service (2nd Army) Bureau enthüllte, der u. a. in der Documentation Catholique, Paris, vom 6. März 1920 veröffentlicht wurde.

„Wenn wir uns vergegenwärtigen“ — so heißt es in dem betreffenden amtlichen Bericht u. a., „daß das jüdische Bankhaus Kuhn, Loeb u. Co. in sehr naher Verbindung zu den Bankhäusern Lazares Frères in Paris und Gunsbourg in Paris, Leningrad und Tokio steht und daß all diese Unternehmen wiederum direkt mit den jüdischen Finanziers Speyer u. Co. in London, Paris und Frankfurt zusammenarbeiten, so steht fest, daß die bolschewistische Revolution in gewissem Maße der Ausdruck einer jüdischen Bewegung ist und daß bestimmte jüdische Bankhäuser an ihrer Organisation besonders interessiert sind“.

Man legt sich in diesem Zusammenhang unwillkürlich die Frage vor, ob hierin ein Zufall oder bewußte Planung des Weltjudentums zu erblicken ist. Wie dem aber auch sei, so kann man die Tatsache als solche dennoch keineswegs außer Acht lassen.

Da das Bankhaus Kuhn Loeb & Co. in besonderem Maße hinter den imperialistischen Bestrebungen der USA stand, so wollen wir uns diesen Konzern etwas eingehender betrachten, der nächst J. P. Morgan & Co. das bedeutendste private Bankunternehmen der Vereinigten Staaten repräsentiert.

Kuhn Loeb & Co. besitzen vor allem weitreichende Interessen in Eisenbahn- und Elektrizitäts-Unternehmen, in prominenten Versicherungs-Gesellschaften, sowie auch in anderen Bankgruppen. Zusammen mit Mellon, — mit dem wir uns später noch beschäftigen werden, — kontrollieren sie z. B. drei Konzerne, die allein Aktiven in Höhe von 4 Milliarden Dollar

aufweisen. Es würde ein Buch füllen, wollten wir alle finanziellen Verflechtungen dieses Bankhauses aufzählen.

Die ursprünglichen Gründer waren Abraham Kuhn und Salomon Loeb. Jacob H. Schiff kam von Deutschland, heiratete die Tochter des letzteren und seiner Initiative entsprang die Gründung der Privatbank Kuhn Loeb & Co., nachdem sich seine beiden Partner zunächst als Kaufleute betätigt hatten. Diesem Trio gesellte sich Paul M. Warburg aus dem früheren jüdischen Bankhaus M. M. Warburg & Co. in Hamburg zu. Er heiratete ebenfalls eine Tochter von Loeb und erwarb sich damit die Partnerschaft in diesem Bankhaus, dem später auch Otto H. Kahn beitrug.

Die besondere Bedeutung dieses Konzerns wird noch dadurch unterstrichen, daß Paul M. Warburg unter der Präsidentschaft Wilsons aktiv an der Schaffung des Federal Reserve Act beteiligt war, auf Grund dessen die Federal Reserve Bank als Zentralbank in der Art unserer Reichsbank errichtet wurde. Man kann sich vorstellen, welcher Einfluß mithin durch Kuhn Loeb & Co. auf die gesamten Banktransaktionen in den USA ausgeübt wurde⁹⁾.

Die imperialistischen Methoden der USA und Großbritanniens sind praktisch die gleichen. Mögen auch die Briten im Verlauf ihrer Geschichte mehr zur Eroberung fremder Gebiete mit der Waffe in der Hand geschritten sein, so liegt das vor allem darin begründet, daß zu jener Zeit weite Strecken der Erde von Farbigen bewohnt waren, die noch nicht unter der Herrschaft des weißen Mannes gestanden hatten. Wenn gleich auch die USA keineswegs vor solchen Methoden zurückschreckten, so führten sie mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse vorzugsweise die mittelbare Besitzergreifung von Ländern durch. Die Kapitalisierung ist der erste Schritt, dem bald der zweite, aber viel weiter reichende folgt: die Einnischung in die innerpolitischen Belange der betreffenden Staaten. Alle so nachdrücklich gepredigten Grundsätze der Monroe-Doktrin haben in dieser Hinsicht für die US-Amerikaner plötzlich aufgehört zu existieren. Ist ihnen die Regierung eines von ihren Kapital- oder Wirtschafts-Interessen durchdrungenen Landes nicht genehm, so wird man sie eben stürzen und eine neue einsetzen. Ob man Revolutions-, also de facto — Regierungen anerkennen will oder nicht, hängt allein davon ab, inwieweit sie sich als will-

⁹⁾ Lundberg S. 12/3, 34, 38, 80, 121/2.

ges Werkzeug erweisen. Als Beispiele wollen wir nur Hawaii, Mexiko, Haiti, Santo Domingo und Nikaragua anführen. In all diesen Ländern begann die Unterdrückung damit, daß sie von bestimmten US-amerikanischen Bankgruppen Anleihen erhielten, wobei außer Morgan und der National City Bank vor allem rein jüdische Unternehmen, wie Seligman, Warburg, Kuhn, Loeb u. Co. und Speyer u. Co. unter dem Gesichtswinkel der Begründung einer jüdischen Weltherrschaft ihre verhängnisvolle Rolle spielten.

Amerikanischer Imperialismus kennt keine Grenzen zwischen wirtschaftlicher Durchdringung und Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates. In dem ausgezeichneten Werk „Dollar Diplomacy“ geben die amerikanischen Verfasser Professor Nearing und Freemann sogar ganz offen zu, daß die politische „Beschützung“ automatisch eintritt, sobald die Kapitalisten der USA außerhalb der Landesgrenzen weitgespannte Wirtschaftsinteressen besitzen, ja daß sogar einmal der Punkt erreicht wird, wo durch ihre Einmischung in die innere Politik von einer Selbständigkeit der betreffenden Länder nicht mehr die Rede sein kann.

Bei allen zum Teil gewaltsamen Interventionen der Vereinigten Staaten ist von der viel gerühmten Freiheit und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Praxis niemals die Rede gewesen.

Die amerikanische Auffassung von Unabhängigkeit wird in einem vom US-amerikanischen Außenministerium am 10. Januar 1919 verfaßten und nur für den Amtsgebrauch bestimmten Geheimdokument erläutert, das sich mit dem technischen und gesetzmäßigen politischen Zustand des beschützten unabhängigen Staates Kuba befaßt. Darin heißt es wörtlich: „Unabhängigkeit, als Kunstausdruck bei Verträgen mit Schutzstaaten, bedeutet nicht die volle Handlungsfreiheit, sondern mehr das Fehlen gewisser Beschränkungen einem solchen Staat gegenüber, die ihm eine gewisse theoretische Befugnis bestreiten würden, über sein Schicksal selbst zu bestimmen“¹⁰⁾.

Der US-amerikanische Politiker Davis¹¹⁾ hat die Strategie des Dollar-Imperialismus wie folgt zusammengefaßt:

1. In gewissen Ländern sind Kapital-Investitionen erfolgt, was jedoch ohne politische Bedeutung blieb.

¹⁰⁾ Nearing S. 260/1.

¹¹⁾ Davis S. 194/5.

Als Beispiel dafür hat Davis Kanada angeführt, aber diese Ansicht ist in Rücksicht auf die letzten Ereignisse zweifellos fehl am Platze; Kanada ist inzwischen praktisch den USA eingegliedert. Es dürfte überhaupt schwer halten, ein Beispiel für diese Theorie zu geben, denn die Vertreter imperialistischer Bestrebungen verfolgen bei Hergabe von Anleihen vor allem — wie wir noch unten sehen werden — ihre Weltherrschaftspläne.

2. In anderen Fällen wurden nach Anlage US-amerikanischer Gelder im Ausland gewisse Forderungen an die betreffenden Regierungen gestellt. Das trifft insbesondere auf Lateinamerika zu.

3. Der Einfluß US-amerikanischen Kapitals hat des öfteren die aktive Einmischung in die inneren Angelegenheiten gewisser Länder ausgelöst, z. B. in Hawai und Mexiko, ja er hat selbst zur finanziellen Unterstützung von Revolutionen geführt, wie z. B. in Panama.

4. Wenn die US-amerikanischen Geldgeber keine zufriedenstellende Behandlung erfahren, rufen sie die Unterstützung ihrer Regierung an. Infolgedessen kam es zur bewaffneten Intervention amerikanischer Streitkräfte in Haiti, Santo Domingo und Nikaragua.

5. Nachdem sich ein Land der Kontrolle der Vereinigten Staaten unterwirft, hört die militärische Besetzung auf. Beispiele: Nikaragua und Haiti.

Ohne Zweifel hat der uralte Grundsatz „Der Handel folgt der Flagge“ durch die amerikanischen Methoden eine neue Auslegung erfahren, die Viallate¹²⁾ mit der Wendung „Der Handel folgt dem Kapital“, Professor Nearing¹³⁾ mit der Wendung „Die Flagge folgt dem Geldgeber“ und schließlich Denny¹⁴⁾ mit der Wendung „Der Handel folgt den Anleihen“ formuliert.

Im Verlaufe fast eines Jahrhunderts haben die US-Amerikaner alles getan, um diesen Grundsatz in die Tat umzusetzen. Fast kein Land der Welt ist davon verschont geblieben. Es besteht lediglich ein Unterschied in der Intensität ihrer diesbezüglichen Bemühungen, und es dürfte sich wohl aus der geographischen Lage erklären, daß sich der Dollar-Imperialismus vor allem auf die benachbarten Gebiete ausdehnte.

¹²⁾ Viallate S. 55 ff.

¹³⁾ Nearing S. XIV.

¹⁴⁾ Denny S. 122.

II. Lateinamerika und die Monroe-Doktrin.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts erstreckten sich die spanischen Besitzungen nicht nur auf die jetzt spanisch sprechenden Länder von Süd- und Mittel-Amerika, sondern auch bis weit in das heutige Hoheitsgebiet der USA. Im Jahre 1819 unterstand Florida noch spanischer Herrschaft. Nachdem die USA im Jahre 1845 die mexikanische Provinz Texas annektiert hatten, fielen nach dem amerikanisch-mexikanischen Krieg auf Grund des Guadalupe-Hidalgo-Vertrags von 1848 weitere große Gebiete Mexikos an die USA, die zusammen mit Texas flächenmäßig der Hälfte seines ursprünglichen Hoheitsgebietes entsprechen. Es handelt sich dabei um die Bundesstaaten Colorado, Utah, Nevada, Californien, Arizona und Mexiko, die zu den reichsten der USA gehören¹⁾.

In den ersten 20 Jahren des vergangenen Jahrhunderts bestand in Lateinamerika keineswegs das Mißtrauen gegenüber dem angelsächsischen Norden wie es sich vor allem von der Mitte des 19. Jahrhunderts an entwickelte. Als sich verschiedene Staaten Südamerikas, wie Venezuela, Argentinien, Kolumbien und andere bereits von Spanien gelöst hatten, wurde ihnen seitens vieler Mächte, u. a. auch von den USA, die Anerkennung versagt. Selbst die Opposition im Kongreß unter Führung von Henry Clay gegen den damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, John Quincy Adams, vermochte an dieser Haltung der USA-Regierung nichts zu ändern. Clay wies in einer Rede vom 25. März 1818 auf den ungeheuren Reichtum Lateinamerikas und die sich daraus für die USA ergebenden wirtschaftlichen Vorteile hin. Er verlangte, daß man den Staaten, die sich bereits von Spanien losgelöst hatten, die Entsendung diplomatischer Vertreter nach Washington zubilligte.

Am 10. Mai 1820 setzte er sich mit folgenden Worten erneut im Repräsentantenhaus für die Anerkennung bestimmter lateinamerikanischer Staaten ein:

„Es liegt in unserer Macht, ein System zu schaffen, in dem alle südamerikanischen Staaten mit uns zusammen-

¹⁾ Wortenhaken S. 62.

arbeiten und dessen Mittelpunkt wir sind; in Bezug auf Handel würden wir die am meisten Begünstigten sein.

Wir würden der Mittelpunkt dieses Systems werden, in dem alle menschliche Weisheit gegen den Despotismus der Alten Welt zusammenströmt. Ungeachtet unserer diesen Ländern gezeigten Ablehnung zweifle ich nicht daran, daß sie sich in noch höherem Maße bemühen würden, unsere Institutionen nachzuahmen, um sich und ihren Nachkommen die gleiche Freiheit zu sichern, der wir uns erfreuen, sofern unsere Regierung die Initiative ergreifen und sie anerkennen würde... Laßt uns wahre und echte Amerikaner sein und den obersten Platz im amerikanischen System einnehmen⁽²⁾).

Wenn Clay sich dennoch nicht durchzusetzen vermochte, so dürfte der Grund allein darin liegen, daß die USA, die seit 1819 bezüglich des Ankaufs von Florida mit Spanien verhandelten, dieses Land durch eine solche Anerkennung nicht verstimmen wollten. Als dieser Vertrag im Jahre 1821 von Spanien ratifiziert war — die USA also ihr Ziel erreicht hatten — zögerten sie nicht länger und erkannten am 8. März 1822 Argentinien — damals Buenos-Aires genannt — Kolumbien, Chile und Mexiko als unabhängige Staaten an³⁾. Nach und nach lösten sich immer mehr Gebiete von dem spanischen Mutterland, und bis zum Ausbruch des Krieges zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten genossen die US-Amerikaner sogar größtenteils das Vertrauen Latein-Amerikas.

Am 2. Dezember 1823 erfolgte die inzwischen als Monroe-Doktrin allgemein bekannt gewordene Erklärung des damaligen Präsidenten Monroe, die, um mit den Worten Inman's⁴⁾ zu sprechen, „plötzlich für den amerikanischen Kontinent zur stärksten einigenden Macht, aber auch zum größten Anlaß der Zersplitterung und des Mißverstehens wurde“.

Was immer sich auch seit dieser Zeit auf der westlichen Hemisphäre ereignete, wurde, sofern eine berechtigte Begründung fehlte, unter irgendeinem Vorwand mit der Monroe-Doktrin in Zusammenhang gebracht.

Es ist eine feststehende Tatsache, daß die Monroe-Doktrin seit dem Jahre 1849 jeweils den Bedürfnissen der USA an-

²⁾ Inman S. 135--2.

³⁾ Hart S. 34.

⁴⁾ Inman S. 143.

gepaßt wurde und durch den Außenminister oder den Präsidenten des Landes meistens eine ihnen genehme Auslegung erfuhr. Seit ihrer Verkündung galt sie den Vereinigten Staaten neben dem von Washington geprägten Grundsatz, sich nicht in verwickelnde Bündnisse einzulassen, als Eckpfeiler ihrer Außenpolitik. Wenngleich sich verschiedene Präsidenten nicht strikt an ihre Prinzipien hielten, so war es einem Woodrow Wilson und Franklin Delano Roosevelt vorbehalten, diese beiden traditionellen Grundsätze vollends über Bord zu werfen. Selbst die schärfsten Übergriffe des Dollar-Imperialismus versuchte man durch zweckentsprechende Auslegung der Monroe-Doktrin zu rechtfertigen. Der US-amerikanische Schriftsteller Inman⁶⁾ nahm zu einem derartigen Mißbrauch u. a. wie folgt Stellung:

„Einerlei, welche Frage bezüglich Lateinamerikas bei uns auftaucht... verlangen Viele sogleich nach der Monroe-Doktrin als Schiedsrichter... Wir Nordamerikaner sind nicht nur restlos überzeugt von unserem hochherzigen Wunsch, Allen zu helfen, die sich in Not befinden, sondern wir sind uns auch unserer Überlegenheit gegenüber allen übrigen amerikanischen Staaten so bewußt, daß viele unserer Landsleute annehmen, alle lateinamerikanischen Regierungen müßten begeistert sein von der Hilfe, die zu gewähren uns die Monroe-Doktrin als Ehrenpflicht auferlegt. Wenn sich natürlich einer dieser jungen Sünder als widerspenstig erweist, müssen wir als der selbstlose und erfahrene große Bruder, dem nur sein Fortschritt am Herzen liegt, ihn zwingen, brav zu sein. Wenn Jemand wagt, die Richtigkeit unseres Vorgehens anzuzweifeln, so wird ihm entgegengehalten: „Wir erörtern die Monroe-Doktrin nicht; wir erzwingen ihre Durchsetzung“.

Und was sagen die Lateinamerikaner dazu?

„Hinweg mit dieser wohlthätigen Monroe-Doktrin! Sie ist weit entfernt von einer Doktrin, die alle Interessen gleichermaßen schützt oder allen Ländern, die sie betrifft, gleichermaßen heilig ist. Sie ist im Gegenteil eine Doktrin der Einverleibung, die die Interessen der Beteiligten vernichtet.

Die nordamerikanische Doktrin der Hegemonie in den lateinamerikanischen Republiken wird diese Völker ihrer Souveränität berauben. Nordamerikanischer Imperialismus

⁶⁾ Inman, S. 101.

wird sie zwingen, ihre Unabhängigkeit zugunsten der Expansion der USA über die westliche Hemisphäre zu opfern.

Die Monroe-Doktrin ist Schirm und Schild US-amerikanischer Aggression; sie ist ein Schwert, das an einem seidenen Faden über dem lateinamerikanischen Kontinent hängt.“

Soweit der Herausgeber einer lateinamerikanischen Zeitung⁶⁾, und zum Schluß noch ein kurzer Auszug aus dem Buche eines peruanischen Diplomaten, das unter dem Titel „Die nordamerikanische Gefahr“ erschienen ist:

„Anstelle einer Politik des Respekts gegenüber lateinamerikanischer Freiheit herrschen die Instinkte einer triumphierenden Plutokratie⁷⁾).

Mit Rücksicht auf die Bedeutung der Monroe-Doktrin wollen wir im nachstehenden ihre wesentlichen Grundgedanken wiedergeben, wie sie in der Botschaft des Präsidenten Monroe vom 2. Dezember 1823 Ausdruck fanden: Er bekannte sich gleich Washington zur Politik „gegen verwickelnde Bündnisse“ und erklärte Europa und Amerika als verschiedenen Wesen- und unvereinbar. Die Botschaft lehnte die Übertragung innerpolitischer Systeme Europas auf die westliche Hemisphäre ab und gipfelte in der Feststellung daß die Zeit der Kolonisierungen nunmehr zum Abschluß gekommen sei.

„Unsere Politik bezüglich Europa, wie wir sie schon in den ersten Zeiten der Kriege, die diesen Erdteil so lange in Unruhe hielten, festlegten, bleibt unverändert: nämlich die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der europäischen Mächte; – die Anerkennung von de facto-Regierungen als gesetzmäßige Regierungen...

In Bezug auf diese (die amerikanischen) Kontinente sind die Verhältnisse ganz außerordentlich verschieden. Es ist ausgeschlossen, daß die verbündeten Mächte ihr politisches System auf irgendwelchen Teil unserer beiden Kontinente ausdehnen könnten, ohne damit „unser Glück und unsern Frieden“ zu gefährden. Ebenso wenig kann Jemand glauben, daß unsere südlichen Brüder, sich selbst überlassen, ein solches System annehmen würden... Wir erachten die Gelegenheit für geeignet, um in Hinblick auf die Rechte und Interessen der Vereinigten Staaten den Grundsatz aufzustellen,

daß die amerikanischen Kontinente kraft der von ihnen erworbenen und behaupteten Freiheit und Unabhängigkeit

⁶⁾ Bingham S. 71/72.

⁷⁾ Bingham S. 74.

künftighin nicht mehr als Gegenstand der Kolonisation seitens irgendwelcher europäischen Mächte zu betrachten sind..

Bezüglich bereits bestehender Kolonien oder Besitzungen europäischer Mächte in dieser Hemisphäre ist eine Einmischung unsererseits nicht erfolgt und wird auch nicht erfolgen. Aber zusammen mit den Regierungen, die ihre Unabhängigkeit erklärt und aufrecht erhalten und die wir nach reiflicher Überlegung und nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit anerkannt haben würden wir die Einmischung einer europäischen Macht, die ihre Unterdrückung oder irgendwelche Kontrolle ihrer Geschicke bezweckt, als Ausdruck einer unfreundlichen Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten ansehen^{*)}).

Ursprünglich handelte es sich also vor allem um drei Punkte:

1. Die Aufforderung an alle europäischen Mächte, sich in Zukunft jeder Kolonisation in der westlichen Hemisphäre zu enthalten.
2. Die Ablehnung jedes monarchistischen Systems in der westlichen Hemisphäre.
3. Die Versicherung der Vereinigten Staaten, die Unabhängigkeit der amerikanischen Länder gegen Angriffe von europäischer Seite zu verteidigen.

In den folgenden Jahren legte man die Monroe-Doktrin weiter dahin aus, daß es europäischen Staaten verboten sei, selbst mit Einwilligung des betreffenden Machthabers einen Wechsel in der Herrschaft irgendeines Teils der westlichen Hemisphäre vorzunehmen. Das gleiche gilt auch bereits hinsichtlich Grenzberichtigungen, wie man nichtamerikanischen Regierungen keineswegs das Recht einräumen will, irgendwelche Gebiete der lateinamerikanischen Republiken — sei es auch nur vorübergehend zur Durchsetzung berechtigter Ansprüche — zu besetzen^{*)}).

Insbesondere angelsächsische Geschichtsforscher haben den Standpunkt vertreten, der Grund für den Erlaß der Monroe-Doktrin sei vor allem darin zu erblicken, daß die in der Heiligen Allianz verbundenen europäischen Mächte damals ernstlich erwogen hätten, die früheren Teile des spanischen Kolonialreiches gemeinsam, notfalls mit Waffengewalt, wieder

^{*)} Inman S. 153/4.

^{*)} Inman S. 157.

unter ihre ursprüngliche Abhängigkeit zu bringen. Mit andern Worten sei also die Monroe-Doktrin in weiser Voraussicht zur Abwehr unmittelbar bevorstehender europäischer Angriffsabsichten auf die westliche Hemisphäre verkündet.

Diesem Standpunkt kann keineswegs ohne weiteres beigetreten werden. Im folgenden wollen wir uns daher näher damit befassen, zumal Roosevelt und seine Regierung auch heute wieder in Bezug auf ihre Außenpolitik von derartigen Voraussetzungen ausgehen.

Am 8. bzw. 19. März resp. 4. Mai 1822 sprachen die USA ihre grundsätzliche Anerkennung derjenigen Staaten Lateinamerikas aus, die bis dahin ihre Unabhängigkeit erklärt hatten.

Im November 1822 waren die in der Heiligen Allianz vereinigten europäischen Mächte in Verona zu einer Konferenz zusammengetreten. Ihr Ziel war es, hinsichtlich der Restauration Frankreichs und der allgemeinen Wahrung europäischer Belange zusammenzuarbeiten. Vor allem wollten sie für die Erhaltung des monarchistischen Systems und des Status quo — soweit nach ihrer Ansicht erforderlich — eintreten. Infolgedessen waren sie der Loslösung der spanischen Kolonien grundsätzlich abhold und geneigt, die spanische Krone aus Solidarität bei der in Aussicht genommenen Zurückgewinnung zu unterstützen.

England, das mit dem Papst und dem Sultan der Türkei der ursprünglichen Koalition der Heiligen Allianz vom 26. September 1815 nicht beigetreten war, hatte den Herzog von Wellington zu dieser Konferenz entsandt¹⁰⁾, auf der man sich u. a. mit der Frage beschäftigte, ob und welche Schritte hinsichtlich der Zukunft der spanischen Kolonien in Amerika unternommen werden sollten. Es erwies sich aber bereits eindeutig, daß England nicht gewillt war, sich an einer etwaigen Zurückeroberung zu beteiligen. Vor allem war Zar Alexander I. von Rußland in dieser Hinsicht führend. Er hatte den Unwillen der USA insbesondere dadurch hervorgerufen, daß er im Jahre 1821 die gesamte pazifische Küste bis zum 51. Breitengrad — das ist etwas nördlich der jetzigen Grenze der USA gegenüber Kanada — für Rußland beanspruchte. In den darauf folgenden Jahren kam es wegen dieser und anderer Streitigkeiten zum Austausch von Noten und zu diplomatischen Verhandlungen, die sich bis unmittelbar vor der Veröffentlichung der Monroe-Doktrin hinzogen.

¹⁰⁾ Hart S. 42 ff.

Inzwischen hatte England nach der Konferenz von Verona die Bemühungen des Zaren, sowie die etwaigen Absichten der Heiligen Allianz auf Wiederherstellung spanischer Oberhoheit in Lateinamerika zu durchkreuzen versucht. Der damalige britische Außenminister Canning versuchte bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1823 in vier aufeinanderfolgenden Noten die US-Amerikaner insofern für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, als er unzweideutig zu erkennen gab, England würde sich gegebenenfalls gegen die Absichten der Heiligen Allianz wenden.

Am 20. August 1823 erkannte Canning im Namen des Königs von England die Unabhängigkeit der früheren spanischen Kolonien an und versuchte mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, die Franzosen zur Abgabe einer öffentlichen Erklärung zu veranlassen, daß sie an einer etwaigen Expedition nicht teilnehmen würden. In Rücksicht auf ihre gute Flotte und Armee war ihnen vor allem entscheidender Anteil an einer etwaigen bewaffneten Intervention in Lateinamerika zugedacht.

Canning hatte am 9. Oktober 1823 Erfolg: Frankreich gab eine entsprechende Erklärung ab, sodaß nicht nur die einheitliche Front der Heiligen Allianz durchbrochen, sondern auch die Durchführung einer bewaffneten Intervention in Ibero-Amerika unmöglich gemacht war. Damit war aber auch die Notwendigkeit für die Verkündung der Monroe-Doktrin hinfällig geworden.

Immerhin ist die Geschichte jener Zeit sehr aufschlußreich für unsere Tage. Sie zeigt, daß England die europäische Einheitsfront, mag sie richtig gewesen sein oder nicht, bewußt sabotierte in dem Bestreben, ein vereinigtes Europa daran zu hindern, durch etwaige erfolgreiche Expeditionen nach Übersee seinen Einfluß in der Welt zu vergrößern. Ein weiterer Grund war, daß die Briten mit den verschiedenen Staaten Lateinamerikas nach ihrer Loslösung vom Mutterland Spanien einen sehr gewinnreichen Handel betrieben. Sie befürchteten nicht nur, ihn bei glücklicher Beendigung der Intervention zu verlieren, sondern hatten erhebliche Besorgnisse, daß Frankreich alsdann zur Belohnung für seine Hilfe Teile von Iberoamerika erhalten und seinem Kolonialreich einverleiben werde.

Aus dem Vorhergehenden dürfte aber weiter zu entnehmen sein, daß die USA bereits damals willens waren, die ganze westliche Hemisphäre unmittelbar oder mittelbar ihrem Ein-

fluß zu unterwerfen, denn zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Monroe-Doktrin war es höchstens Rußland, das gewisse Absichten auf dortige Gebiete hatte.

Der US-amerikanische Schriftsteller Hart¹¹⁾ vertritt den Standpunkt, daß die Monroe-Doktrin u. a. auch darauf abzielte, den Frieden in den lateinamerikanischen Staaten sicherzustellen, die seit 1775 von zahlreichen Kriegen heimgesucht wurden. Die eigenen Übergriffe der US-Amerikaner, insbesondere der Krieg mit Mexiko von 1846 und die Besetzung der letzten spanischen Kolonien in Amerika im Jahre 1898 beweisen das Gegenteil. So muß Hart auch selbst zugehen, daß die USA auf Grund der Monroe-Doktrin die Hegemonie beanspruchten und verlangten, Führer und Dolmetsch für das übrige Amerika zu sein.

Schon im Jahre 1845 legte der damalige Präsident James K. Polk die Monroe-Doktrin dahin aus, daß sie die Intervention aller Mächte mit Ausnahme der Vereinigten Staaten in Lateinamerika verhindere¹²⁾.

Um die gleiche Zeit machte der führende Politiker Stephen A. Douglas in einer Rede folgende sehr aufschlußreiche Vorschläge:

„Ich würde alle jene Linien auf der Karte auslöschen, die nationale Grenzen auf unserem Kontinent darstellen. Unser Bundes-System eignet sich hervorragend für den gesamten Kontinent. Ich würde alle legalen und redlichen Mittel anwenden, um Großbritannien und die letzten Spuren königlicher Autorität vom nordamerikanischen Kontinent zu vertreiben, und die Grenzen unserer Republik von Ozean zu Ozean auszudehnen. Ich würde eine von Ozeanen begrenzte Republik schaffen und damit alle Grenzstreitigkeiten ausschalten“¹³⁾.

Als die Vereinigten Staaten Ende des 19. Jahrhunderts dazu übergingen, Gebietsteile in Ibero-Amerika und Asien größtenteils unter Kolonialstatus unter ihre Herrschaft zu bringen, verlor die Monroe-Doktrin, wie auch Hart bestätigt¹⁴⁾, Sinn und Bedeutung. Hinzu kamen die späteren Übergriffe der USA gegenüber den Anrainern des Karibischen Meeres, die auch die letzte Spur von Solidarität der westlichen Hemisphäre zerstörten.

¹¹⁾ Hart, S. 81/2.

¹²⁾ Hart, S. 112.

¹³⁾ Hart S. 133.

¹⁴⁾ Hart, S. 111/12.

„Hier bestand keine Gefahr der Intervention von außen; die einzigen Interventionen hatten sich in Mexiko, Panama, Kuba, Haiti und Nikaragua ereignet, wofür allein die Vereinigten Staaten verantwortlich waren. Das Prinzip der „Kolonisation“, wie in der Monroe-Doktrin dargelegt, kann unmöglich dahin ausgelegt werden, daß es den USA das Recht auf Schaffung von Kolonien auf den Westindischen Inseln und im Pazifik einräumt. Wenn das „politische System“ Europas die Anwendung überlegener Kräfte von außen her bedeutete, um die amerikanischen Staaten zu etwas zu zwingen, was ihnen nicht genehm war, so könnte sowohl Spanien als auch Kolumbien mit Recht behaupten, daß das „politische System“ Amerikas zu ihrem Nachteil Anwendung gefunden habe. Die Monroe-Doktrin erfährt seitens der US-Amerikaner jeweils eine eigene Auslegung, die vor allem auf den Nenner „überragende Interessen“ gebracht werden kann“¹⁹⁾.

Nichtsdestoweniger war es besonders Theodore Roosevelt, der sich immer wieder auf die Grundsätze der Monroe-Doktrin berief, obgleich gerade er mit der Panama-Revolution die Aktion gegen Kolumbien eingeleitet hatte. Seine ganze Heuchelei kommt deutlich in folgenden Ausführungen zum Ausdruck:

„Unsere Rechte und Interessen sind so tief in der Aufrechterhaltung der Monroe-Doktrin verankert, daß sie keiner Erörterung bedürfen... Gewisse wesentliche Punkte sollten niemals außer acht gelassen werden. Vor allem müssen wir den Beweis erbringen, daß wir die Monroe-Doktrin keineswegs als Ausrede für eine Vergrößerung unseres Landes auf Kosten der südlichen Republiken gebrauchen werden... Die Monroe-Doktrin ist praktisch eine Garantie der kommerziellen Unabhängigkeit aller amerikanischen Länder... Wir garantieren keinem Staat die Straffreiheit, wenn er sich schlecht betragt, vorausgesetzt, daß eine Strafe nicht die Form der Gebietserwerbung seitens einer nicht amerikanischen Macht annimmt... Die Monroe-Doktrin soll keineswegs etwaige Aggressionen eines Staates der Neuen Welt auf Kosten eines anderen Staates bemänteln. Sie ist lediglich ein großer Schritt auf dem Wege, einen universellen Frieden zu sichern, indem sie die Möglichkeit für einen Dauerfrieden in dieser Hemisphäre schafft... Es trifft nicht

¹⁹⁾ Hart, S. 221.

zu, daß die USA irgendwelchen Landhunger verspüren oder ähnliche Pläne in Bezug auf Nationen der westlichen Hemisphäre hegen — ausgenommen in solchen Fällen, in denen es im Interesse ihrer Wohlfahrt liegt.. Chronisches Unrecht oder Unfähigkeit der Regierung, infolge deren sich die Zügel zivilisierter Gesellschaft lockern, werden vielleicht in Amerika, wie auch in andern Ländern schließlich die Intervention eines zivilisierten Staates erfordern, und das Bekenntnis der USA zur Monroe-Doktrin könnte die Vereinigten Staaten, wenn auch höchst widerwillig, in flagranten Fällen zwingen, die Befugnisse einer internationalen Polizei auszuüben... Es ist unsere Pflicht, der Tatsache eingedenk zu sein, daß keine Nation berechtigt ist, einer anderen, ob stark oder schwach, Unrecht zuzufügen... Immerhin." — und nun lüftet Theodore Roosevelt sein Visier — „mag es auch Fälle geben, in denen unsere Interessen zwar nicht besonders betroffen sind, jedoch in hohem Maße an unser Mitleid appelliert wird... In extremen Fällen könnte daher ein Eingreifen am Platze und gerechtfertigt sein...“¹⁶⁾

In diesem Zusammenhang interessiert auch die Haltung Woodrow Wilsons gegenüber der Monroe-Doktrin, die er am 11. März 1913, also eine Woche nach Antritt seiner Präsidentschaft, öffentlich zum Ausdruck brachte.

„Wir sind Friedensfreunde... Deshalb bevorzugen wir auch Jene, die im Interesse des Friedens und der Ehre arbeiten, die private Rechte schützen und konstitutionelle Bestimmungen respektieren...

Die Vereinigten Staaten haben in Zentral- und Südamerika nichts zu suchen, ausgenommen die ständigen Interessen der Völker der beiden Kontinente, die Sicherheit der Regierungen die für das Volk und nicht für besondere Gruppen oder Interessen da sein sollen, sowie die Entwicklung persönlicher und Handelsbeziehungen zwischen beider Kontinenten zu ihrem gemeinsamen Vorteil und Nutzen, ohne sich in ihre Rechte und Freiheiten einzumischen...“¹⁷⁾

Anläßlich einer Rede in Mobile am 27. Oktober 1913 bzw. vor dem Kongreß am 2. Dezember 1913 äußerte sich Wilson noch eindeutiger. Wir entnehmen daraus folgende Auszüge:

„Wir sind die Freunde konstitutioneller Regierungen in

¹⁶⁾ Hart, S. 225—7.

¹⁷⁾ Hart, S. 238/9.

Amerika... Wir sind mehr als ihre Freunde -- wir sind ihre Champions, denn auf keine andere Weise könnten unsere Nachbarn, denen wir auch in jeder Weise unsere Freundschaft beweisen möchten, in Frieden und Freiheit an ihrer eigenen Entwicklung arbeiten... Wir hören von Konzessionen an fremde Kapitalisten in Latein-Amerika. Wenn Staaten darauf angewiesen sind, solche Konzessionen zu gewähren, neigen die ausländischen Interessenten leicht dazu, auch die inneren Angelegenheiten dieser Länder zu beherrschen... Diese Staaten suchen sich daher von der unvermeidlich gewesenen Unterordnung zu emanzipieren... Die Würde, der Mut, die Selbstbeherrschung, der Selbstrespekt der lateinamerikanischen Staaten.. verdienen die Bewunderung und den Beifall der Welt... Nichts erfreut mich so sehr als die Aussicht, daß sie nunmehr aus diesen Verhältnissen befreit werden, und wir sollten die ersten sein, sie in dieser Emanzipation zu unterstützen...

Die USA werden niemals wieder einen weiteren Fußbreit Bodens durch Eroberungen zu erwerben suchen. Sie werden sich darauf beschränken, zu beweisen, daß sie es verstehen, nützlichen und ehrenvollen Gebrauch des in ihrem Besitz befindlichen Gebietes zu machen und sie müssen es als eine Freundschaftspflicht betrachten, darüber zu wachen, daß von keiner Seite materielle Interessen der menschlichen Freiheit und nationalen Belangen übergeordnet werden...".

Wie bei vielen führenden Angelsachsen stehen auch hier die Worte im Widerspruch zur Tat. Die ganze Heuchelei seiner Haltung offenbart sich insbesondere durch seine zum Teil blutigen Interventionen in Mexiko

Es darf nicht übersehen werden, daß die Lateinamerikaner keinerlei Einfluß auf die Schaffung der Monroe-Doktrin bzw. auf ihre den jeweiligen Zwecken der USA angepaßte Auslegung hatten. Sie nahmen sie ursprünglich durchaus wohlwollend auf, umsomehr als sie daraus zu entnehmen glaubten, daß sie insbesondere zu ihrem Schutz gegen etwaige Angriffe der Heiligen Allianz bestimmt war. Als sich indes erwies, daß dieser Schutz lediglich auf dem Papier stand, ja darüber hinaus Interventionen seitens der Vereinigten Staaten erfolgten, die im krassen Gegensatz zu dieser Doktrin standen, verloren sie größtenteils jeden Glauben daran. Ganz besonders war das bei Argentinien der Fall, nachdem die Vereinigten Staaten nicht das Geringste unternahmen, um den imperiali-

stischen Zugriff der Briten auf die Falkland-Inseln zu verhindern.

Aber auch die Völker Mittelamerikas warteten vergebens auf die Hilfe der USA, als die Engländer im Jahre 1836 die Küstenstriche der Bucht von Honduras — das jetzige Britisch-Honduras — besetzten. Ja die US-Amerikaner selbst schreckten nicht davor zurück, fast die Hälfte des damaligen Staates Mexiko zu annektieren, wie die Anrainer-Staaten des Karibischen Meeres zu Anfang unseres Jahrhunderts ihren dauernden Zugriffen ausgesetzt waren.

Selbst als die Franzosen 1861 unter Napoleon III. in Mexiko festen Fuß faßten, erfolgte trotz der Monroe-Doktrin keinerlei Protest seitens der Vereinigten Staaten.

Die Monroe-Doktrin ist keineswegs imstande gewesen, die immer wieder so laut propagierte Einigkeit unter den lateinamerikanischen Staaten herzustellen. Der Chaco-Konflikt und die Ende 1941 ausgebrochenen Kämpfe um ein strittiges Gebiet zwischen Peru und Ecuador haben das bis auf den heutigen Tag bewiesen. Dennoch dient sie einem Franklin Delano Roosevelt als Deckmantel für die Verfolgung seiner Weltherrschaftspläne. Es ist also ein Phantom, das diesem Hörigen des Weltjudentums dazu dient, unter dem Vorwand eines international anerkannten Grundsatzes seine imperialistischen Pläne angeblich zum Schutze der westlichen Hemisphäre durchzusetzen.

Prof. Nearing, der früher einen Lehrstuhl an der Universität Pennsylvanien innehatte, den er wegen Veröffentlichung seines Buches „Dollar-Diplomacy“ aufzugeben gezwungen war, faßte im Jahre 1925 die damalige Auslegung der Monroe-Doktrin wie folgt zusammen:

„Schwache Nachbarländer mit beträchtlichen US-amerikanischen Kapitalanlagen müssen darauf gefaßt sein, daß ihre inneren Angelegenheiten immer dann von der Regierung der USA beherrscht werden, wenn eine solche Beherrschung den US-amerikanischen Interessen vorteilhaft erscheint. Dieses Prinzip ist „die jetzige Form des Monroe-ismus“, wie er von McKinley, Theodore Roosevelt und Lodge als den Urhebern und Vertretern der imperialistischen Bewegung, — von Taft als dem Vertreter der Dollar-Diplomatie und von Wilson als Repräsentanten der beschützenden, imperialistischen, finanziellen und biblischen Mission entwickelt und unterstützt wurde“¹⁸⁾.

¹⁸⁾ Nearing S. 121.

III. Länder des Karibischen Meeres.

Im folgenden wollen wir uns mit den US-amerikanischen Interventionen in den Ländern des Karibischen Meeres und Südamerikas befassen.

Bei dieser Betrachtung wenden wir uns zunächst den Anrainern des Karibischen Meeres und San Salvador zu, das zwar nicht unmittelbar daran grenzt, jedoch ebenfalls zu dem Kreis gehört. Gleichzeitig wollen wir in diesem Zusammenhang Kolumbien und Venezuela mit behandeln, da ihre Wirtschaft und Politik in ähnlicher Weise und nach denselben Erfordernissen ausgerichtet sind wie in Mexiko, Kuba und anderen Staaten in diesem Teil Mittelamerikas.

Neben dem Mittelmeer ist das Karibische Meer in Verbindung mit dem Golf von Mexiko als wichtigstes Durchgangsmeer der Welt bezeichnet worden. Das ist besonders deshalb als richtig anzuerkennen, weil hier ein bedeutender Schiffsverkehr in zwei Richtungen, nämlich von Ost nach West und von Nord nach Süd stattfindet.

Nicht nur der Schiffsverkehr zwischen Nord- und Südamerika, sondern auch größtenteils zwischen Europa und Ostasien, sowie der Westküste Nord-, Mittel- und Südamerikas nimmt seinen Weg durch dieses Meer, das nach Eröffnung des Panama-Kanals eine besondere strategische Bedeutung für die USA erlangte. Sie wachen infolgedessen ängstlich darüber, daß keine ihren Interessen entgegenstehende Macht hier einen Stützpunkt hat. Ihre diesbezüglichen Bemühungen dürften ihre Krönung durch den Stützpunkt-Vertrag mit Churchill gefunden haben, der den USA die Schaffung von See- und Flugbasen auf den dortigen britischen Besitzungen einräumt.

Um mit den Worten Mahans zu sprechen, ist eines sicher: „Im Karibischen Meer liegt der Schlüssel zu den beiden großen Ozeanen, dem Atlantik und dem Pazifik — den beiden hauptsächlichsten Meeresgrenzen der USA“¹⁾.

¹⁾ Mahan S. 382.

Die Schriften von A. T. Mahan, Admiral der US-amerikanischen Marine, haben ohne Zweifel erheblich zur Förderung des Dollar-Imperialismus beigetragen.

In seinen verschiedenen Werken, wie z. B. „Einfluß der Seemacht auf die Geschichte . . .“ usw. hat er immer wieder darauf hingewiesen, daß seine Landsleute wohl oder übel nach außen zu blicken haben. Er ist eine jener Persönlichkeiten, die mit allem Nachdruck den Vormarsch der Lebensinteressen der USA nach Osten und Westen propagieren. Genau wie Franklin Delano Roosevelt arbeitete auch er mit dem Argument der angeblichen Bedrohung durch andere Mächte wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Er wurde nicht müde, darauf hinzuweisen, daß jeder fremde Einfluß im Karibischen Meer ausgeschaltet werden müsse. Selbst nackte Korallenriffe dürfe man nach seiner Auffassung mit Rücksicht auf das Karibische Meer und den Panama-Kanal nicht aus den Augen lassen. Mahan war es, der immer wieder für eine Brückenkopfbildung auf der anderen Seite des Pazifischen Ozeans, überhaupt überall dort, wo die Interessen des Dollar-Imperialismus auf dem Spiele standen, eintrat.

Sein Einfluß hat zweifellos dazu beigetragen, daß Theodore Roosevelt zunächst als Staatssekretär des Marineamtes unter McKinley und später in verstärktem Maße als Präsident der USA den Ausbau der Flotte gefördert hat. Diesem Bestreben hat er durch seine Weltreise im Jahre 1908 mit Einheiten der US-amerikanischen Flotte besonderen Nachdruck verliehen.

Admiral Mahans Freundschaft mit Theodore Roosevelt war sehr eng, und seine Ideen und Pläne dürften ihre Früchte bis auf den heutigen Tag getragen haben.

Die Länder rings um das Karibische Meer sind auch in wirtschaftlicher Hinsicht von großer Bedeutung für die USA. Unmittelbar vor ihrer Küste gelegen, laden sie zum Austausch von Gütern ein. Die US-Amerikaner liefern in bedeutendem Umfange Fertigwaren und beziehen dagegen große Mengen an Rohstoffen.

Das Gesamtgebiet der hauptsächlichsten 30 Inseln und Staaten am Karibischen Meer und dem Golf von Mexiko umfaßt 2 Millionen Quadratmeilen. Finanz und Wirtschaft der USA haben sich hier bereits vor und während des ersten Weltkriegs unverhältnismäßig stark ausgebreitet, wie folgende Übersicht zeigt:

Jahr	Einfuhr der USA aus den Ländern des Karibischen Meeres in Millionen \$	Ausfuhr der USA nach den Ländern des Karibischen Meeres in Millionen \$
1909	100	95
1910	223	169
1919	520	485

Die unbedingte Vorherrschaft der USA drückt sich auch durch folgende Aufstellung aus, die auf amtlichem Material basiert²⁾:

	Anteil der USA an den Importen von	
	1914	1918
	%	%
Kuba	58	76
Santo Domingo	62	93
Haiti	59	90
Mexiko	48	85
Kolumbien	28	49
Venezuela	43	50
Costa Rica	53	61
Guatemala	50	66
Honduras	79	82
Nikaragua	62	71
Panama	41	87
San Salvador	41	65

Diese enge wirtschaftliche Verbindung führte Ende des vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts unter den verschiedensten Vorwänden zu Interventionen der USA. Einmal galt es angeblich die Ruhe und Ordnung in einem der betreffenden Länder wieder herzustellen. — ein andermal griff man ein, um längst fällige Zinsen und Schulden einzuziehen und schließlich mußte hier und da dem Freiheitsdrang der Einwohner zum Siege verholfen werden. Einmal kam es zum bewaffneten Einschreiten einmal blieb es nur bei der „politischen Regelung“. Einmal scheute man sich nicht, mehr oder weniger offen von einem Protektorat zu sprechen, dann wieder war nur von einem Einflußgebiet die Rede. Welche Bezeichnung aber auch immer gewählt wurde, es war stets nackter, brutaler Dollar-Imperialismus, der seine selbstsüchtigen Ziele ohne Rücksicht auf das Wohl und Wehe der betreffenden Völker verfolgte. Mit den unmöglichsten Begründungen mischten sich die Vereinigten Staaten in die inner-

²⁾ Inman S. 274/5.

politischen Belange der Länder ein — galt es einmal, eine Revolution zur Durchsetzung des Volkswillens zu unterstützen, so hielt man ein andermal genau das Gegenteil für erforderlich. Die eigenen so oft gepriesenen, in Praxis allerdings kaum vorhandenen Grundsätze von der Freiheit des Einzelnen, der Freiheit der Presse usw. erklärte man hinsichtlich dieser Länder für unanwendbar. Trotz allen Geschreis gegen Diktatur setzte man USA-hörige Politiker als autoritäre Leiter eines Staates ein. Die Presse, sofern sie sich nicht bereits in Händen US-amerikanischer Finanzgruppen befand, wurde geknebelt, wie überhaupt jegliche freie Willensäußerung unterbunden war.

Schon frühzeitig strebte man eine völlige Beherrschung dieses Raums der westlichen Hemisphäre an. Das zeigt u. a. die nachstehend im Wortlaut wiedergegebene Erklärung, die der damalige Vertreter des Staates Missouri, Anderson, um die Mitte des vorigen Jahrhunderts im Repräsentantenhaus abgab:

„Kein technisches Hindernis soll uns auf unserm Wege der Amerikanisierung Zentral-Amerikas im Wege stehen. Menschlichkeit, Philanthropie und Christentum verlangen, daß es bald geschieht. Das ist die uns von der Vorsehung bestimmte Aufgabe“³⁾.

„Einmischungen der USA in den Ländern des Karibischen Meeres wurde zur Gewohnheit“⁴⁾.

Bis zum Jahre 1910 haben die USA nicht weniger als dreimal in Kuba, fünfmal in Panama, fünfmal in Santo Domingo, sechsmal in Nikaragua, zweimal in Mexiko, einmal in Haiti, sechsmal in Honduras, einmal in Kolumbien und einmal in Costa Rica entweder mit Waffengewalt oder mit diplomatischen Mitteln, denen sie mit der Drohung des bewaffneten Eingreifens Nachdruck verliehen, interveniert.

Noch am 30. August 1923 erklärte der damalige Außenminister Hughes in Minneapolis, daß mit Rücksicht auf den Panama-Kanal die unbedingte Herrschaft der USA im Karibischen Meer gesichert werden müsse. „Würde es noch keine Monroe-Doktrin geben“, so führte er aus, „wären wir gezwungen, sie für die Gebiete des Karibischen Meeres zu schaffen“⁵⁾.

³⁾ Wertenbaker S. 62.

⁴⁾ Motherwell S. 61/2.

⁵⁾ American Journal of International Law, Band XVII, S. 611—18

Wir wollen es uns nicht versagen, folgende Feststellung im Wortlaut zu zitieren, die Dr. Hart, Professor für Staatswissenschaften an der Harvard-Universität in Bezug auf die Staaten des Karibischen Meeres im Jahre 1915 traf:

„Wenn wir diese neuen Protektorate nicht als künftige Staaten der Union aufnehmen, so werden sie Kolonien und damit wieder zu dem Status zurückkehren, wegen dessen ihre Väter vor einem Jahrhundert revoltierten“.

1. Mexiko.

„Mexikos größte Sünden sind Öl, Silber, Gold und Kupfer. Solange Mexiko diese Sünden besitzt, wird seine Rettung gewissen interessierten Evangelisten außerordentlich am Herzen liegen“¹⁾.

Mexiko ist der größte Staat auf der Nord- und Südamerika verbindenden Landbrücke, unendlich reich an Bodenschätzen, aber arm an Gütern, soweit die eigene Bevölkerung in Frage kommt. Öl und Silber, Gold und Kupfer — Segen und Fluch des Landes — spielen im Rahmen des Dollar-Imperialismus eine Hauptrolle, nach denen die Vereinigten Staaten schon seit Jahrzehnten die Hand ausstreckten und dabei nicht vor Bestechung, Mord und Revolution zurückschreckten²⁾. Den Beweis hierfür erbringen uns nicht zuletzt amtliche amerikanische Dokumente.

Mexiko, das bei einer Einwohnerzahl von etwa 20 Millionen einen Flächeninhalt von 763 944 Quadratmeilen aufweist, war ursprünglich eine spanische Besitzung. Im Jahre 1821 erfolgte seine Unabhängigkeitserklärung. Zu dieser Zeit war das Staatsgebiet wesentlich größer, aber frühzeitiger Imperialismus der USA entriß dem Lande durch den Krieg von 1846—48 etwa die Hälfte seines Bodens, woraus die Bundesstaaten Kolorado, Utah, Nevada, Kalifornien, Arizona und Neu-Mexiko gebildet wurden, heute die reichsten Provinzen der Vereinigten Staaten. Schon wenige Tage nach dem Vertragsschluß im Jahre 1848 entdeckte man in Kalifornien reiche Goldvorkommen³⁾.

Dieser Raubkrieg der USA öffnete den Lateinamerikanern die Augen. Seit dieser Zeit hat es immer weite Kreise gegeben, die dem mächtigen Nachbarn im Norden mißtrauten.

¹⁾ Inman S. 375.

²⁾ Inman S. 375.

³⁾ Wertenbaker S. 61/2, Hart S. 387.

um so mehr, als seine führenden Männer kein Hehl daraus machten, im geeigneten Augenblick die Herrschaft über die gesamte neue Welt an sich reißen zu wollen. Anlässlich eines offiziellen Banketts erklärte der damalige führende Politiker Everetts:

„Amerika den Amerikanern! Ja. Das verstehen wir aber so, daß es Amerika für die Nordamerikaner bedeutet. Laßt uns mit Mexiko beginnen, von dem wir bereits einen Teil im Besitz haben. Jetzt müssen wir es ganz und gar übernehmen. Mittelamerika wird folgen und unsern Appetit auf Südamerika anregen. Wenn wir die Karte betrachten, sehen wir, daß Südamerika die Form eines Schinkens hat. Schinken ist das Lieblingsgericht von Onkel Sam. Unsere Sternenbanner sind groß genug, um von einem glorreichen Ozean zum andern zu reichen. Eines Tages werden sie triumphierend vom Nord- zum Südpol flattern“⁴⁾.

Diese Äußerung findet noch ihre Ergänzung dadurch, daß sich führende amerikanische Politiker und Wirtschaftler wiederholt für eine völlige Annexion Mexikos aussprachen. Wir erinnern z. B. an einen Vorschlag des damaligen Präsidenten Buchanan, den er laut den entsprechenden amtlichen Unterlagen im Dezember 1859 dem Kongreß unterbreitete und der wörtlich wie folgt lautet:

„Der Präsident möge durch Gesetz ermächtigt werden, Streitkräfte in ausreichender Zahl nach Mexiko zu entsenden . . . Auf diese Weise könnten wir sehr bald in Mexiko City sein und von da aus unsere Macht über die gesamte Republik ausdehnen“⁵⁾.

Im Jahre 1853 bemühte sich der damalige US-amerikanische Gesandte in Mexiko, Gadsden, auf Weisung seiner Regierung an der mexikanisch-amerikanischen Grenze einen Streifen Landes zu erwerben, der für eine transkontinentale Eisenbahnlinie nach Kalifornien besonders günstig war. Präsident Santa Anna von Mexiko stimmte dieser Übertragung gegen eine Entschädigung von 10 Millionen Dollar zu, jedoch ist bis zum heutigen Tage nicht erwiesen, ob das Geld jemals das mexikanische Schatzamt erreichte⁶⁾.

Die Entdeckung mexikanischen Öls um die Jahrhundertwende leitete eine neue Ära US-amerikanischen Imperialis-

⁴⁾ Inman S. 146/7.

⁵⁾ Hart S. 138.

⁶⁾ Hart S. 136.

mus ein. Das jüdische Bankhaus Speyer & Co. hatte im Jahre 1903 eine Anleihe von 12,5 Millionen Dollar für den mexikanischen Staat aufgelegt und sich damit weitestgehende Einflüsse in diesem Lande gesichert. Edward L. Doheny und andere führende Ölmagnaten der USA, sowie eine Gruppe amerikanischer Finanziers erwarben einen großen Teil wertvoller Ländereien mit Erdölvorkommen. Die Förderung entwickelte sich in steigendem Maße und erreichte außerordentliche Bedeutung. Aber auch einer britischen Finanzgruppe unter Lord Cowdray war es gelungen, gleichfalls mexikanische Ölkonzessionen zu erhalten, deren Entwicklung schon in kurzer Zeit der amerikanischen Konkurrenz nicht nachstand. Die Briten verdankten ihren Erfolg hinsichtlich Erlangung der Konzessionen großen Umfangs der Unterstützung des Präsidenten Diaz. Er hatte dadurch das Mißfallen der Standard Oil Co. erregt und war durch die Machenschaften dieses Konzerns gestürzt worden. H. Clay Pierce, ein Beauftragter dieser Gesellschaft, hatte Diaz ersucht, die Ölsteuern abzuschaffen, was ihm jedoch verweigert wurde. Darauf stellte Pierce dem politischen Gegner des Präsidenten Diaz — Francisco Madero, — entsprechende Gelder zur Verfügung, die die erfolgreiche Durchführung der Revolution in Mexiko gewährleisteten⁷⁾. Diese Einmischung der Standard Oil Co. wurde durch die spätere amtliche Untersuchung vor dem Senats-Komitee bestätigt⁸⁾.

Madero übernahm das Amt des Präsidenten, jedoch, war seine Regierungszeit nur von kurzer Dauer. Er wurde am 18. Februar 1913 gestürzt. Sein Nachfolger war Huerta. Im Gegensatz zu Madero war er nicht der Günstling der Vereinigten Staaten, sondern der englischen Gruppe unter Lord Cowdray, der sich damit brüstete, erhebliche Gelder zugunsten der Gegenrevolution unter Victoriano Huerta beigesteuert zu haben⁹⁾.

Diese Verbindung zu den Briten war den US-Amerikanern ein Dorn im Auge, insbesondere da sich Huerta im Gegensatz zu seinen Vorgängern weigerte, irgendwelche Befehle von Washington entgegenzunehmen¹⁰⁾. Die folgenden Jahre

⁷⁾ Barron S. 141.

⁸⁾ US Senate Foreign Relation Committee: „Revolutions in Mexico“ 1913, S. 104/5, 750.

⁹⁾ Denny S. 241.

¹⁰⁾ Lundberg S. 124.

brachten ein langwieriges politisches Intrigenspiel, finanziellen Boykott und sogar militärische Aktionen seitens der USA.

Hinter diesen Machenschaften waren mächtige Finanz- und Wirtschaftsgruppen, wie Rockefeller, Morgan, Dodge, die Juden Jacob Schiff Speyer und zahlreiche andere am Werke. Vor allem die Verbindung der letzteren vier Personen und ihre engen Beziehungen zu dem späteren Präsidenten Wilson bewirkten ununterbrochene Interventionen der USA in Mexiko. Morgan und Dodge standen miteinander in enger finanzieller Verbindung; der letztere war wegen seiner umfangreichen Betrügereien berüchtigt. Ein gegen ihn anhängiges Strafverfahren wurde erst auf persönliches Eingreifen Wilsons eingestellt¹¹⁾. Einer der bedeutendsten Munitionslieferanten im ersten Weltkrieg und einer der Hauptkriegshetzer, galt Cleveland H. Dodge als das Finanzgenie hinter Wilson, auf den er einen außerordentlich starken Einfluß ausübte. Er war nicht nur Vizepräsident der Phelps Dodge Corp., sondern fungierte u. a. auch als Direktor der Winchester Arms Co., der Remington Arms Co., der National City Bank usw. Letztere hatte neben anderen erhebliche Wahlgelder für Wilson zur Verfügung gestellt. Zu ihren Gründungsdirektoren gehörte der bereits mehrfach erwähnte Jude Jacob H. Schiff, Seniorpartner des mächtigen jüdischen Bankhauses Kuhn Loeb & Co.¹²⁾.

Der Jude Bernard Manasse Baruch steht der National City Bank ebenfalls außerordentlich nahe, er unterhält engste Verbindungen zu dem jüdischen Kupfermagnaten Guggenheim. Baruch und Dodge waren ebenfalls gute Freunde. Neben diesen Gruppen wurde auch die bereits oben genannte Bank von Speyer & Co. im Mai 1913 bei Wilson vorstellig um ihrer Befürchtung darüber Ausdruck zu geben, daß die Huerta-Regierung nicht imstande sein würde ihre im Juni fällig werdende Anleihe in Höhe von 10 Millionen Dollar abzulösen¹³⁾.

Zusammenfassend stellen wir also fest, daß es führende Juden oder ihre Freunde mit großen Finanz- und Wirtschaftsinteressen waren, die sich hinter den Kulissen als verantwortliche Anstifter der US-amerikanisch-mexikanischen Verwicklungen betätigten.

¹¹⁾ Lundberg 125/6.

¹²⁾ Lundberg S. 103, 109, 113, 115, 126—28.

¹³⁾ Baker Bd. IV, S. 245.

Doheny, ursprünglich der Ölkönig von Mexiko, sah mit scheelen Augen auf den wachsenden Einfluß der Briten

„Da . . . auch Großbritannien bemüht ist, sich bedeutende Quellen für die Lieferung von Erdöl zu sichern“, so führte er im Jahre 1913 vor dem Senate Foreign Relations Committee aus, „steht es außer Frage, daß sich die USA der Fähigkeiten, der Unternehmungslust und des Pioniergeistes ihrer Bevölkerung bedienen müssen, um sich einen angemessenen Anteil an den Erdöl-Vorräten der Welt zu sichern, ihn zu besitzen und zu behaupten“¹⁴⁾.

Unter diesem Gesichtswinkel ergab sich ein neuer Faktor für die USA in ihren Beziehungen zu Mexiko. Welche Rückschlüsse würden die übrigen mittelamerikanischen Staaten in bezug auf die Entwicklung der Dinge in Mexiko ziehen? Präsident Wilson erkannte plötzlich, daß dadurch die Monroe-Doktrin gefährdet, die Sicherheit des Panama-Kanals bedroht sei. Das war das Schlagwort, mit dem auch die Zustimmung des Kongresses für die weiteren Maßnahmen erzielt und den breiten Massen die Intervention schmackhaft gemacht wurde¹⁵⁾.

Bei dieser politischen und wirtschaftlichen Konstellation und der Abhängigkeit Wilsons von dieser Gruppe¹⁶⁾ überrascht nicht, daß er sich bereits am 11. März 1913, also schon 7 Tage nach seinem Amtsantritt, mehr oder weniger offen gegen Huerta erklärte¹⁷⁾.

Dies war der Grund für seine Gegner, unter Führung von Carranza und Villa den bewaffneten Kampf gegen ihn im Lande zu entfachen. In dem Bestreben, diese Kreise zu unterstützen, bestätigte Wilson am 27. August des gleichen Jahres das am 14. März 1912 durch seinen Vorgänger Taft ausgesprochene Waffenausfuhrverbot nach Mexiko. In seiner Botschaft an den Kongreß erklärte er, „daß er sich mit dieser Maßnahme die beste Völkerrechtspraxis in Sachen der Neutralität zu eigen machen wolle“. Alle Anstrengungen Wilsons im Verein mit den Ölinteressen seines Landes vermochten nicht, Huerta aus dem Sattel zu heben, zumal er sich nach wie vor der Unterstützung der Engländer erfreute. Es be-

¹⁴⁾ 66. Congress, 2nd Session, Sen. Doc. vol. 9, S. 255/6.

¹⁵⁾ US. Foreign Relations 1913 S. 820 ff.

¹⁶⁾ Lundberg S. 109, 117, 125.

¹⁷⁾ Ogg S. 289.

durfte langer diplomatischer Verhandlungen mit den Briten, um sie von der Notwendigkeit zu überzeugen daß Huerta gestürzt werden müsse. Die Einstellung Wilsons und seiner Hintermänner gegenüber den mexikanischen Differenzen ergibt sich am besten aus einer Unterredung, die Burton J. Hendrick in seinem Buche 'Life of Page' wiedergibt. Er berichtet von folgender Unterredung, die zwischen Wilson und Sir William Tyrell vom Auswärtigen Amt, London, stattfand.

„Wenn ich nach England zurückkehre, sagte der Engländer, als sich das Interview seinem Ende näherte, — werde ich zweifellos aufgefordert, Ihre mexikanische Politik zu erklären. Können Sie mir Näheres darüber sagen?“

„Ich werde die lateinamerikanischen Republiken lehren, anständige Männer zu wählen.“

„Ja, Herr Präsident“ — erwiderte Sir William,

„Ich werde den Engländern das erklären müssen, die bekanntlich nicht viel Vorstellungsvermögen haben. Sie können nicht einsehen, was der Unterschied zwischen Huerta, Carranza und Villa ist.“

Die einzige Antwort, die er erhielt, besagte, daß Carranza der beste von den Dreien und Villa nicht so schlecht sei, wie man ihn hinstellte.

Diese Auffassung hat die Briten offenbar nicht überzeugen können, denn eine Woche später schnitt Sir Edward Grey dieses Thema gegenüber dem derzeitigen amerikanischen Botschafter in London, Page, nochmals an.

„Angenommen, die USA müssen intervenieren, — was dann?“ fragte Grey.

„Wir lassen sie abstimmen; dann müssen sie ihrer Entscheidung gemäß leben.“

„Aber wenn sie das nicht tun?“

„Dann werden wir wieder dreinfahren und sie erneut abstimmen lassen.“

„Und wollt Ihr das vielleicht zweihundert Jahre so fortsetzen?“ fragte Grey.

„Ja.“ war die Antwort. „Die USA werden nach 200 Jahren auch noch da sein und können für diese kurze Spanne ruhig fortfahren, Leute zu erschießen, bis sie endlich lernen, abzustimmen und sich selbst zu regieren¹⁸⁾.“

Grey lachte Page ins Gesicht.

¹⁸⁾ Motherwell 76/7.

Schließlich erreichte Wilson auf diplomatischem Wege und unter entsprechenden Zugeständnissen auf anderen Gebieten, daß man Huerta von britischer Seite fallen ließ. Als er aber auch auf mittelbaren Druck nicht wich, entschloß sich Wilson, das Waffenembargo wieder aufzuheben, um dadurch den inzwischen offen von den Vereinigten Staaten begünstigten Kreisen Carranzas und Villas zu helfen. Amflichen amerikanischen Dokumenten entnehmen wir darüber,

„daß die Verfügung der Exekutive, wonach der Waffenexport nach Mexiko verboten war, ein Abweichen von der bewährten Neutralitäts-Praxis dargestellt habe“¹⁹⁾.

Diese Feststellung beweist also nicht nur ein bewußtes Abgesehen von solcher Praxis auf Grund einer reiflich erwogenen Entschließung des Kongresses, sondern sie offenbart erneut die ungeheure Heuchelei des Präsidenten, die in seiner ursprünglichen Erklärung lag.

„Die Waffensperre befinde sich im Einklang mit der bewährtesten Völkerrechtspraxis in Sachen der Neutralität.“

Bei einem derartigen Verhalten Wilsons verwundert es nicht, daß das Verlangen nach Annexion ganz Mexikos in der Öffentlichkeit der USA immer lauter wurde²⁰⁾.

Unter Berufung auf den sogenannten Flaggenzwischenfall von Tampico kam es am 20. April 1914 zur Beschießung und militärischen Besetzung von Vera Cruz durch die US-Amerikaner, — eine Aktion, bei der 17 Angehörige der US-Marine und etwa 200 mexikanische Männer, Frauen und Kinder ums Leben kamen²¹⁾. Angeblich eine Maßnahme, um sich Genußtuung für die Mißachtung der US-amerikanischen Flagge zu erzwingen, tatsächlich aber dazu ausersehen, Huerta zu beseitigen. Dies Ziel wurde auch erreicht.

An Stelle von Huerta übernahm nun Venustiano Carranza der Präsidentschaft „zugunsten der National City Bank, New York“²²⁾, — also für Rockefeller, Morgan, Dodge und Jacob Schiff.

Nach einem Monat brachen bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Carranza und Villa aus, die sich jahrelang hinzogen. Am 15. März 1916 sandte Wilson eine Straf-

¹⁹⁾ U. S. Foreign Relations 1914, S. 444 ff.

²⁰⁾ Ogg S. 291.

²¹⁾ Newyork Sun vom 23. April 1914.

²²⁾ Lundberg S. 125.

expedition gegen Villa, die weit in mexikanisches Staatsgebiet eindrang. Die Operationen dauerten längere Zeit, und erst Ende des Jahres zogen sich die US-Amerikaner wieder zurück²³⁾.

Carranza erfüllte nicht die Hoffnungen, die seine US-amerikanischen Champions in ihn gesetzt hatten. Zu ihrem Verdruß bemühte er sich alsbald, die Grundsätze der Revolution von 1911 durchzusetzen, und die Carranza-Konstitution von 1917 zielte darauf ab, gewisse natürliche Reichtümer des Landes, die Präsident Diaz fremden Erwerbsgesellschaften käuflich überlassen hatte, wieder für Mexiko sicherzustellen.

Artikel 27 dieser Verfassung, der den Streitpunkt zwischen den USA und Mexiko bildete, bestimmt, daß der rechtmäßige Eigentum an Mineralien, Erdöl und allen Kohlenwasserstoffen, — fest, flüssig oder gasförmig, — der Nation zusteht. Sie ist jedoch befugt, dieses Eigentumsrecht an Privatpersonen, allerdings nur an gebürtige oder naturalisierte Mexikaner, zu übertragen. Die Nation kann zwar auch Ausländer zulassen, hierfür ist aber Voraussetzung, daß sie sich vor dem Auswärtigen Amt einverstanden erklären, sich in Bezug auf solches Eigentum als Mexikaner behandeln zu lassen, — mithin in diesem Zusammenhang nicht den Schutz ihrer Regierung anzurufen. Bei Zuwiderhandlung solle der so erworbene Besitz an Mexiko zurückfallen²⁴⁾.

Gleichzeitig wurde die Frage angeschnitten, ob man die vor 1917 erworbenen Konzessionen an Öl, Mineralien usw. als gültig anerkennen wolle. Zweifellos waren viele derartige Rechte durch unredliche Machenschaften, Bestechung und Betrug zustande gekommen²⁵⁾.

Im Verlauf von kaum zehn Jahren folgte eine Spannung der anderen, zumal die um ihr in Mexiko angelegtes Vermögen besorgten Finanz- und Wirtschaftskreise der USA keine Intrigen und keine Mittel scheuten, die Absichten der Carranza-Regierung zu vereiteln.

Auf Druck der hinter Wilson stehenden Männer wie Rockefeller, Morgan, Dodge, Guggenheim, Baruch und Schiff wurden von Washington aus sogar diplomatische Schritte unternommen, um ihnen zum Ziel zu verhelfen²⁶⁾.

²³⁾ Ogg S. 296—304.

²⁴⁾ Denny S. 243.

²⁵⁾ Denny S. 249, Motherwell S. 135.

²⁶⁾ Nearing S. 270.

Carranza ließ keinen Zweifel darüber, daß er eine Einmischung Washingtons in innerpolitische Belange Mexikos nicht dulden würde.

Die gleichen US-amerikanischen Kreise, die Carranza in den Sattel gehoben hatten, bemühten sich daraufhin sehr intensiv, ihn zu stürzen. Ihre Hoffnung war der berühmte mexikanische General Pelaez. Obgleich sie beträchtliche Summen aufwandten, schlugen ihre Bemühungen hinsichtlich einer Gegenrevolution fehl²⁷⁾.

Die Differenzen wurden keineswegs beigelegt, als General Obregon die Nachfolge Carranzas in der Präsidentschaft antrat.

Die Briten nahmen ihre Bemühungen zur Verdrängung der US-amerikanischen Interessen unmittelbar nach Beendigung des ersten Weltkrieges wieder auf ohne jedoch im Endergebnis einen Erfolg zu erzielen. Es kam vielmehr im September 1923 zu einer Vereinbarung zwischen den USA und Mexiko wonach ihre verschiedenen Streitfragen vor einem gemischten Gerichtshof verhandelt werden sollten. Bald darauf wurden gewisse Abmachungen getroffen, die aber von verschiedenen USA-Kreisen nicht gutgeheißen wurden. Adolfo de la Huerta entfachte mit ihrer Hilfe aufs neue eine Revolution aber die hinter General Obregon stehenden US-amerikanischen Gruppen erwiesen sich als die stärkeren. Auf ihre Veranlassung verbot Washington die Ausfuhr von Waffen und Munition an die mexikanischen Aufständischen, während Lieferungen an Obregon erfolgten. Die Blockade der Aufständischen wurde durch den in mexikanische Gewässer entsandten US-amerikanischen Kreuzer Richmond gebrochen und es erfolgte bald die Niederschlagung des Aufstandes.

Das gute Einvernehmen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko war nur von kurzer Dauer. Als Obregon durch Präsident Calles abgelöst wurde, entbrannten erneut heftige Auseinandersetzungen mit den USA, deren Außenminister Frank B. Kellogg am 12. Juni 1925 eine erstaunliche Erklärung abgab. In scharfen Ausdrücken geißelte er die Haltung der mexikanischen Regierung unter Calles und zerrte ihn vor der Weltöffentlichkeit auf die Anklagebank²⁸⁾.

²⁷⁾ 66th Congress 2nd Sess. Senate Documents vol. IX, S. 289.

²⁸⁾ State Department Press Communiqué vom 12. Juni 1925.

Gewisse US-amerikanische Ölkonzerne wurden dadurch zu erneuten gegenrevolutionären Umtrieben ermutigt. In den USA wie in Mexiko wurden Stimmen laut, die den sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen verlangten. Die Mehrheit der US-amerikanischen Bankgruppen aber, — besorgt, daß ihrem mexikanischen Besitz durch bewaffnete Auseinandersetzungen nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt werden könnte, — sprach sich gegen einen Krieg aus. Es blieb zunächst beim Austausch von Noten, bis nach zwei Jahren diplomatischer Kämpfe im Jahre 1927 anläßlich gegenrevolutionärer Strömungen der Höhepunkt erreicht wurde. Das State Department verkündete ein Waffen-Embargo gegen die rechtmäßige mexikanische Regierung. Der Führer der Aufständischen, General Gomez, stellte den USA gewisse Zugeständnisse in Aussicht. Seine Anstrengungen schlugen jedoch fehl und Calles vermochte sich zu behaupten²⁰⁾.

Washington griff auf ein bewährtes Mittel zurück: den wirtschaftlichen und finanziellen Boykott. Der Export gewisser Produkte, vor allem Öl und Kupfer, ging infolgedessen außerordentlich zurück und der Preis des Silbers, das an zweiter Stelle unter den mexikanischen Ausfuhr Gütern steht, fiel beträchtlich. Die Staatscinnahmen schrumpften wesentlich zusammen; die Finanzen Mexikos erfuhren eine so starke Belastung, daß Calles nichts anderes übrig blieb als einzulernen, zumal auch die Newyorker Bankiers größere Zins- und Amortisationszahlungen verlangten.

Zu dieser Zeit wurde der bisherige USA-Gesandte in Mexiko, Sheffield, durch Dwight W. Morrow, Teilhaber der Firma J. P. Morgan & Co. und Freund des Präsidenten der USA, Coolidge, — abgelöst.

Präsident Coolidge stand völlig unter dem Einfluß von Morrow und Mellon, gleichfalls einem führenden Finanzier. Seine Gruppe hatte in 35 Banken und Versicherungsgesellschaften beherrschenden Einfluß; außerdem war sie in anderen Unternehmen mit einem Gesamtkapital von 13 Milliarden Dollar interessiert. Darunter befanden sich 11 Banken und Korporationen, die ein Aktienkapital von 6 Milliarden Dollar besaßen und eng mit J. P. Morgan & Co. zusammenarbeiteten. Drei weitere Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 4 Milliarden Dollar standen in engster Verbindung zu Kuhn Loeb & Co.

²⁰⁾ Newyork Nation vom 19. Oktober 1927, Newyork World vom 4. April 1928.

Neben Mellon und Morrow war es vor allem Lamont, ebenfalls ein Partner des Bankhauses Morgan, ohne den Coolidge nichts zu unternehmen wagte. Auch unter Coolidge waren die großen Finanzinteressen beherrschend, und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten hatte sich ihren Forderungen zu beugen.

Nach Beendigung seiner Präsidentschaft wurde Coolidge für seine Haltung gegenüber der Wallstreet entsprechend belohnt. Er wurde Direktor der Newyork Life Insurance Company, einer Tochtergesellschaft des Morgan-Konzerns, der ihm außerdem Gelegenheit gab, Aktien weit unter der offiziellen Notierung zu erwerben und sich dadurch beträchtliche Gewinne zu sichern³⁰⁾.

Morrow gehörte zu dem Kreis jener Persönlichkeiten, die man je nach Bedarf als offiziellen Vertreter des Staates oder als den Beauftragten der Finanzkreise einsetzte. Es ist durchaus keine Seltenheit, daß solche Männer vorübergehend im Auswärtigen Amt verwandt werden, alsdann in der Wirtschaft und wiederum nach kurzer Zeit erneut für die Regierung tätig sind.

Die Entsendung Morrows nach Mexiko löste dort keineswegs ungeteilten Beifall aus. Eine mexikanische Zeitung verstieg sich sogar zu der pessimistischen Voraussage: „Nach Morrow kommen die Marinetruppen“³¹⁾.

Der geschäftstüchtige Morrow verstand es durch alle möglichen Machenschaften, — Bestechungen haben dabei zweifelsohne nicht gefehlt, — den Präsidenten Calles zu bewegen, eine für die US-amerikanischen Ölinteressen günstige Entscheidung des obersten mexikanischen Gerichtshofes herbeizuführen. Vor allem ließ er gewisse Punkte des Petroleumgesetzes dahin auslegen, daß die vor 1917 erworbenen Eigentumsrechte US-amerikanischer Konzerne davon unberührt blieben.

Calles selbst veranlaßte mit Mitteln, die uns zwar nicht bekannt, aber unschwer zu erraten sind, daß innerhalb von zwei Monaten eine Entscheidung in diesem Sinne erging. Die entsprechenden Gesetzesbestimmungen wurden danach für ungültig erklärt und die diesbezügliche Entscheidung sogar innerhalb weiterer zwei Monate seitens des mexikanischen Abgeordnetenhauses und Senats zum Gesetz erhoben. Die vor 1917 erworbenen Eigentumsrechte wurden daraufhin in

³⁰⁾ Lundberg S. 149/50, 169/70, 174—76.

³¹⁾ Wertebaker S. 69.

eine fünfzigjährige Pacht umgewandelt. Praktisch kam das einer völligen Aufgabe des früher von Calles vertretenen Standpunktes gleich, insbesondere da nach Ansicht von Sachverständigen innerhalb dieses Zeitraums die betreffenden Ölquellen erschöpft sein dürften⁸²⁾.

Sofort nach Bekanntwerden dieser gesetzlichen Maßnahmen schnellten die Aktien der Mexican Petroleum Co. an Wallstreet innerhalb eines einzigen Tages um 60 Punkte in die Höhe.

Die Newyorker Banken begrüßten das Einlenken des Präsidenten Calles als einen Schritt auf dem richtigen Wege und sorgten dafür, daß Mexiko durch weitere Anleihen mehr und mehr in ihr finanzielles Netz geriet.

Ein Teil der mexikanischen Bevölkerung erhob gegen diese Entwicklung der Dinge heftigen Widerspruch jedoch ohne Erfolg.

Der Mexico City Excelsior gibt dieser Stimmung in einem Artikel Ausdruck, den die Newyork Herald Tribune vom 1. April 1928 wiedergab. Hierin wird Klage darüber geführt, daß der Dollar-Imperialismus immer mehr auf dem Vormarsch sei und europäisches Kapital, einst so stark in Mexiko vertreten, heute fürchte, die USA hinsichtlich der von ihr ausgeübten finanziellen und politischen Beherrschung herauszufordern. Der Artikel schließt resigniert:

„Wir, — also Mexiko gleichermaßen wie die übrigen Republiken unseres Kontinents, — sind der Gnade amerikanischer Kapitalisten, die von den Bankiers beherrscht werden, — ausgeliefert.“

Die gleiche versöhnliche Haltung der mexikanischen Regierung bestand auch unter dem Nachfolger von Calles, Präsident Gil, dem Washington im Jahre 1929 bei Niederschlagung eines militärischen Aufstandes in althergebrachter Art und Weise half.

Soweit die Geschichte des Dollar-Imperialismus in Mexiko. Die Entwicklung unter Franklin Delano Roosevelt bleibt einem besonderen Abschnitt vorbehalten.

2. Die fünf zentralamerikanischen Staaten.

Unter den fünf zentralamerikanischen Staaten versteht man Guatemala, Honduras, San Salvador, Costa Rica und Nikaragua. Sie bildeten im Jahre 1823 die sogenannte zen-

⁸²⁾ Wertebaker S. 71.

tralamerikanische Konföderation, die jedoch 1839 wieder auseinander fiel¹⁾).

Heute sind sie formell unabhängig, jedoch werden sie von den Vereinigten Staaten mehr oder weniger als Protektorat angesehen. Der Verlauf der bisherigen Geschichte hat bereits gezeigt, daß die USA je nach den Erfordernissen ihrer finanziellen Mächtigkeitsgruppen keinerlei Hemmungen verspüren, sich in die innen- oder außenpolitischen Belange dieser Länder einzumischen.

Einmal wird eine Revolution angefaßt, wobei man sich auf die angeblichen Wünsche der überwiegenden Mehrheit des Volkes beruft. Ein andermal vereitelt man einen Staatsstreich mit der Begründung, er entspreche nicht dem Willen des Volkes. Auf jeden Fall ist man bei den jeweiligen Interventionen niemals um eine Ausrede verlegen. Washington entscheidet, inwieweit die Presse der einzelnen Länder zu den verschiedenen Fragen Stellung nehmen darf oder nicht. Schulden werden konvertiert und gleichzeitig neue hinzugefügt. — Zinsen werden erhöht oder, — was zwar seltener ist, — herabgesetzt. Die Staatseinkünfte werden beschlagnahmt und Steuer- und Zolleinnehmer nicht nur von Washington bestimmt, sondern auch entsandt. Kommt man mit Überredungskünsten nicht weiter und zeitigt auch wirtschaftlicher und finanzieller Druck nicht das gewünschte Resultat, so hilft zweifellos die Entsendung von Kriegsschiffen oder die Landung von Marinetruppen, die dann im Namen von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit eingreifen, selbstverständlich keineswegs in US-amerikanischem, sondern ausschließlich im Interesse des betreffenden Landes.

a) Guatemala

An den Grenzen von Mexiko erstreckt sich Guatemala, das sich den Auffassungen der USA am leichtesten anschlossen hat²⁾).

Bei einer Gesamtfläche von 45.452 Quadratmeilen besitzt es 3.044.490 Einwohner.

Großbritannien hatte dem Lande beträchtliche Anleihen zur Verfügung gestellt und seine Hand schwer auf Guatemala gelegt. Seitdem diese Anleihen von US-amerikanischen Bankgruppen abgelöst wurden, ist die Vorherrschaft der USA

¹⁾ Hart S. 102.

²⁾ Inman S. 313.

unbestritten. Allerdings hatte Washington auch schon vorher der Souveränität Guatemalas keine allzu große Achtung gezollt, wie der Barrundia-Fall von 1890 bezeugt

Barrundia, ein den USA wohlgesinnter flüchtiger Revolutionär von Guatemala, suchte und fand auf einem dort im Hafen liegenden US-amerikanischen Handelsschiff Zuflucht. Als die Polizei erschien, um ihn zu verhaften, leistete er Widerstand und wurde erschossen. Ein in der Nähe ankern- des US-amerikanisches Kriegsschiff war bei diesem Vorfall untätig geblieben.

Im Gegensatz zu Kriegsschiffen, die als extrritorial gelten, erstreckt sich nach internationalem Recht die Oberhoheit eines Landes auch auf die in seinen Häfen liegenden fremden Handelsschiffe, sodaß sich Barrundia bei seiner Festnahme noch auf dem Boden von Guatemala befand. Dennoch wurde der US-amerikanische Gesandte, der dem Kriegsschiff-Kommandanten ausdrücklich geraten hatte, sich jeder Einmischung zu enthalten, seines Postens enthoben. Die gleiche Maßnahme erfolgte gegenüber dem Kommandanten des Kriegsschiffes³⁾.

b) Honduras

Diese Republik hat 44 275 Quadratmeilen und eine Bevölkerung von rund einer Million. Es ist sicher nicht zuviel gesagt, wenn man sie als Kolonie des Bankhauses Morgan bezeichnet.

Bis zum Jahre 1908 war Europa praktisch der einzige Gläubiger des Staates Honduras. Mit ganz wenigen Ausnahmen waren die betreffenden Anleihen durch die jüdischen Bankhäuser Bischofsheim & Goldschmidt, sowie Erlanger & Co., beide in London, untergebracht worden.

Honduras vermochte seinen Verpflichtungen daraus nicht nachzukommen; als die Verhandlungen mit den Gläubigern ins Stocken gerieten, wandte sich seine Regierung um Hilfe an den damaligen Außenminister der USA Knox. Auf seinen Vorschlag lösten J. P. Morgan & Co. nicht nur die Schulden ab, sondern führten gleichzeitig eine Konversion der Anleihe durch. Die diesbezüglichen Vereinbarungen kamen im Jahre 1911 endgültig zum Abschluß und endeten damit, daß das genannte Bankhaus dem Staate Honduras weitere 10 Millionen Dollar zur Verfügung stellte. Die Bedingungen sind bezeich-

³⁾ Bingham S. 25/6. Munro S. 303 ff.

nend für den von Morgan vertretenen Dollar-Imperialismus. Als Sicherheit waren ihm die gesamten Zolleinnahmen übereignet. Er schlug diejenige Persönlichkeit vor, der die Überwachung des Zollwesens übertragen werden sollte. Der Präsident der USA hatte diese Wahl zu billigen, während die Regierung obendrein noch die Anleihe zu garantieren hatte⁴⁾.

c) San Salvador.

San Salvador setzte dem Dollar-Imperialismus zunächst heftigen Widerstand entgegen. Sein Gebiet umfaßt 13 173 Quadratmeilen, die Einwohnerzahl beläuft sich auf 1 704 500.

Als die USA praktisch die Unabhängigkeit von Nikaragua zur Aufhebung brachten, protestierte San Salvador heftig, jedoch ohne Erfolg dagegen.

Während des zweiten panamerikanischen wissenschaftlichen Kongresses in Washington im Jahre 1916 hielt der damalige Vertreter San Salvadors, Dr. Alonso Guerra, eine heftige Rede gegen die Hegemonie-Bestrebungen der Vereinigten Staaten. Er verlangte eine Erklärung, gemäß der im Sinne der Monroe-Doktrin nicht nur europäischen Ländern, sondern auch den USA jegliche Eroberungen in Amerika verboten sein sollten. Weiterhin ersuchte er u. a. um die ausnahmslose Abschaffung jeglicher Intervention seitens der Vereinigten Staaten.

Die hinter dem Dollar-Imperialismus stehenden Finanzgruppen vermochten jedoch allmählich den Widerstand San Salvadors gegen den mächtigen Nachbarn im Norden zum Erlahmen zu bringen. Dies Bestreben fand seine Krönung im Jahre 1924, als das Land eine Anleihe von 6 Millionen Dollar seitens der USA entgegennahm.

Den Bedingungen entsprechend mußte sich San Salvador gleichermaßen wie Honduras gefallen lassen, daß von seiten der US-amerikanischen Banken ein Bevollmächtigter zur Beaufsichtigung ihres Zollwesens eingesetzt wurde. Bei auftauchenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Anleihegebern und dem Staate San Salvador wurde der US-amerikanische Außenminister angerufen, der alsdann die Entscheidung einem US-amerikanischen Richter des höchsten Gerichtshofes übertrug.

Bei Auflegung der Anleihe gab das US-amerikanische Bankkonsortium einen Prospekt heraus, der unverhüllt seine

⁴⁾ US. Foreign Relations 1911, S. 573 ff., Corey S. 332.

imperialistische Auffassung zum Ausdruck brachte. Es hieß darin u. a.:

„Es ist völlig undenkbar, daß die Regierung der USA nicht sofort die nötigen Schritte ergreifen würde, um die Entscheidung eines Richters des höchsten Gerichtshofes über Differenzen zwischen den Geldgebern und der Regierung von San Salvador durchzusetzen. Schon jetzt liegt ein entsprechender Präzedenzfall in einer Auseinandersetzung zwischen Costa Rica und Panama vor, in dem eines unserer Kriegsschiffe entsandt wurde, um die Entscheidung des Schiedsrichters zu vollstrecken“).

d) Costa Rica.

Das Gebiet umfaßt 23 000 Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 616 000 Einwohnern.

Auch hier ist die Vorherrschaft der USA so fest begründet, daß es keiner besonderen Ausführungen darüber bedarf. Costa Rica gehörte früher zu jenen Ländern, in denen britisches und US-amerikanisches Kapital um die Vormachtstellung kämpften. Als am Ende des ersten Weltkrieges General Tinoco mit britischer Unterstützung an die Macht kam, überließ er den britischen Finanzgruppen beträchtliche Ölkonzessionen. Damit erregte er das Mißfallen Washingtons, das seiner Regierung infolgedessen die Anerkennung versagte. Mit Hilfe US-amerikanischen Kapitals kam es im Jahre 1919 zur Revolution gegen Tinoco, die vollen Erfolg hatte.

Dr. Parker Thomas Moon bemerkte in seinem 1926 erschienenen Buche 'Imperialism and World Politics' hierzu:

„Costa Rica ist „unabhängig“, aber seine Regierung muß die neue Monroe-Doktrin respektieren, — eine Doktrin nämlich, die den USA ein Veto hinsichtlich der Vergebung von Konzessionen einräumt“).

Die völlig von Washington abhängige neue Regierung erklärte die den Briten zugestandenen Konzessionen für nichtig. Im Jahre 1921 wurde sie seitens der USA für diese Haltung belohnt, als Panama auf Grund von Einflüsterungen Washingtons Grenzstreitigkeiten mit Costa Rica vom Zaune brach. Kriegerische Auseinandersetzungen folgten, jedoch mischten sich die USA ein und legten in der Rolle des

⁵⁾ Motherwell S. 164, Nation Bd, 117, Nr. 3042.

⁶⁾ Moon S. 429.

Schiedsrichters eine Grenze fest, die für Costa Rica 'völlig zufriedenstellend' war.

Obgleich die Regierung, wie oben ausgeführt, sämtliche britischen Konzessionen annullierte, übertrug sie späterhin der US-amerikanischen Doheny-Gruppe eine Konzession von 9 Millionen Acres, — sowie eine weitere Konzession an den Sinclair-Konzern⁷⁾.

c) N i k a r a g u a.

Von den fünf zentralamerikanischen Staaten ist Nicaragua am meisten vom Dollar-Imperialismus heimgesucht worden.

Sein Gebiet mit 60 000 Quadratmeilen und 1 172 325 Einwohnern erstreckt sich quer über die Landenge und wird infolgedessen vom Stillen und Atlantischen Ozean begrenzt. Seine Bedeutung für eine Verbindung dieser beiden Meere wurde infolgedessen schon frühzeitig erkannt und in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts entbrannten heftige Auseinandersetzungen zwischen den USA und England über die Vorherrschaft.

Es würde zu weit führen, hierauf im einzelnen einzugehen. Im Jahre 1850 wurde durch Abschluß des Clayton-Bulwer-Vertrages eine Art Waffenstillstand erreicht. Die Vertragspartner vereinbarten, im Falle der Durchführung der geplanten Verbindung zwischen beiden Meeren gemeinsam die Oberaufsicht auszuüben. 1901 gab Großbritannien seine diesbezüglichen Rechte auf⁸⁾.

In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts begann der Leidensweg Nicaraguas, das zum Spielball US-amerikanischer Finanzinteressen, vor allem der Bankhäuser Brown Brothers und J. & W. Seligman & Co. wurde.

Beide haben mit Hilfe der USA-Regierung viele Jahre lang die Geschicke des Landes bestimmt. Ihnen unbequeme Präsidenten wurden abgesetzt, — Revolutionen, gegen den Dollar-Imperialismus gerichtet und von einer überwiegenden Mehrheit des Volkes getragen, — mit Hilfe US-amerikanischer Marinetruppen blutig niedergeschlagen.

Sie führten jegliche Banktransaktionen des Staates Nicaragua durch, der seine Zoll- und Steuer-Einnahmen, Eisen-

⁷⁾ Denny S. 253/4.

⁸⁾ Hart S. 123, 342.

bahnen und Schifffahrtslinien verpfänden und die Nationalbank US-amerikanischer Kontrolle unterstellen mußte“).

All diese Geschäfte brachten den US-amerikanischen Bankiers beträchtliche Kommissionen. Hören wir jetzt kurz im einzelnen, wie sich ihre Interventionen abspielten.

Im Sommer 1907 drohte es zum Kriege zwischen den fünf zentralamerikanischen Staaten wegen Streitigkeiten verschiedener Art zu kommen. Auf Veranlassung des damaligen USA-Präsidenten Theodore Roosevelt fanden sich Abgeordnete dieser Staaten in Washington ein, unter dessen Aufsicht sie nicht nur ihre gegenseitigen Differenzen regelten, sondern sich sogar verpflichteten, künftighin alle Meinungsverschiedenheiten vor einem zu errichtenden zentralamerikanischen Gerichtshof auszutragen.

Die Richter bestanden aus je einem Vertreter der fünf Staaten. — und die gesamte Einrichtung kam vor allem auf Betreiben der USA zustande⁹⁾).

Seit 1894 war Zelaya Präsident von Nicaragua. Er hatte das Mißfallen Washingtons im Verlauf seiner Regierungszeit dadurch erregt, daß er sich die Einmischung der USA in Zentralamerika öffentlich verbat. Selbstverständlich stellte man ihn daraufhin in den Vereinigten Staaten als rücksichtslosen Diktator hin, der gegen den Willen seines Volkes Freiheit und Gerechtigkeit unterdrückte¹⁰⁾.

Um sich seiner zu entledigen, griff Washington 1909 zu dem erprobten Mittel einer Gegenrevolution, die nach außen hin von Adolfo Diaz, — einem Angestellten eines US-amerikanischen Bergwerkskonzerns in Bluefields mit einem Jahresgehalt von 1000 Dollar, — finanziert wurde. Er hatte angeblich die Revolution mit 600 000 Dollar ‚bevorschußt‘, die er sich nach glücklicher Beendigung des Aufstandes aus der Staatskasse zurückzahlen ließ¹¹⁾.

Der US-amerikanische Konsul in Bluefields war nicht nur im Voraus über die Revolution unterrichtet, sondern schon nach wenigen Tagen vermochte er Washington zu melden, daß die unter General Estrada gebildete provisorische Ge-

⁹⁾ US Senate Foreign Relations Committee 'Convention between US and Nicaragua' Part VI, S. 210—16, US Foreign Relations 1912 S. 1093 ff.

¹⁰⁾ Ogg S. 253/4, Munro S. 210 ff.

¹¹⁾ Inman S. 303.

¹²⁾ US Senate Foreign Relations Committee 'Convention between US and Nicaragua' Part I, S. 82, Part II, S. 88.

genregierung US-amerikanischen Interessen günstig gesinnt sei und die Aufhebung aller Konzessionen garantiere, die sich nicht im Besitz von Ausländern befinden¹³⁾.

Schiffe der United Fruit Company und anderer US-amerikanischer Unternehmen beförderten unter der Flagge Nikaraguas und mit Wissen von Vertretern der US-Regierung in Zentralamerika Mannschaften und Kriegsmaterial für die Revolutionäre. Trotz aller ihnen gewährten Unterstützung vermochten sie jedoch keine ihnen günstige Entscheidung herbeizuführen.

Der Vorwand für einen offenen Bruch mit der Zelaya-Regierung ergab sich Ende 1909, als zwei US-amerikanische Freibeuter, die auf Seiten der Revolutionäre kämpften, den Versuch unternahmen, ein mit Truppen beladenes Schiff Zelayas in die Luft zu sprengen. Sie wurden verhaftet und auf Grund ihres Geständnisses nach dem Urteil des Kriegsgerichts erschossen.

Diesen Vorfall nahm Washington zum Anlaß, die Beziehungen zu Zelaya abubrechen und offen zu erklären, daß sich die USA auf die Seite der Revolutionäre stellten¹⁴⁾.

In kurzer Zeit war der Sturz Zelayas herbeigeführt, der seinen Anhänger Dr. Madriz als Nachfolger einsetzte. Mit Hilfe regierungstreuer Truppen vermochte er sich gegenüber den Aufständischen durchzusetzen und drängte sie auf einem Punkt zusammen.

In diesem für die Revolutionäre kritischen Augenblick erfolgte die Landung US-amerikanischer Marinetruppen, deren Eingreifen die Vernichtung der bereits in Auflösung befindlichen Aufständischen durch die Regierungstruppen verhinderte. Unter ihrem Schutz konnten sie sich vielmehr neu sammeln und den Sieg über ihre Gegner erringen. Dr. Madriz dankte daraufhin am 20. August 1910 ab, und bereits eine Woche später zog Estrada in Managua, die Hauptstadt Nikaraguas, ein¹⁵⁾.

Am 27. Oktober 1910 schlossen er und seine Anhänger an Bord eines US-amerikanischen Kriegsschiffes den sogenannten Dawson-Pakt mit den Vereinigten Staaten ab. Dieser Pakt sah u. a. folgende Punkte vor:

„Eine verfassungebende Versammlung hat sofort Estrada

¹³⁾ US Foreign Relations 1909 S. 452.

¹⁴⁾ US Foreign Relations 1909 S. 455.

¹⁵⁾ Munro S. 230.

als Präsidenten und Adolfo Diaz als Vizepräsidenten auf die Dauer von zwei Jahren zu wählen.

Nikaragua nimmt die Dienste der USA-Regierung zur Erlangung einer Anleihe in Anspruch, die durch einen gewissen Teil der Zolleinnahmen sichergestellt werden soll¹⁶⁾.

Im Jahre 1911 kam es zu einem diesbezüglichen Vertrag zwischen den vorerwähnten Bankhäusern Brown Brothers & Co. und J. & W. Seligman & Co über eine Anleihe von 15 Millionen Dollar unter gleichzeitiger Übertragung der Kontrolle über das gesamte Zollwesen in Nikaragua, und Einsetzung eines US-amerikanischen Generalzolleinnehmers¹⁷⁾.

Als der Dawson-Pakt, den man zunächst geheimgehalten hatte, bekannt wurde, löste er in großen Kreisen der Bevölkerung Nikaraguas starke Unruhe aus; nicht zu Unrecht sahen sie darin die Errichtung eines tatsächlichen Protektorats. Die Volksstimmung richtete sich daher gegen Estrada.

Er dankte zugunsten des Vizepräsidenten Adolfo Diaz ab, der sich aber keineswegs größeren Vertrauens erfreute. Sein Rücktritt wurde von Washington indes nicht genehmigt, vielmehr zu seiner moralischen Unterstützung ein US-amerikanisches Kriegsschiff nach Nikaragua entsandt¹⁸⁾.

Diaz vermochte sich lediglich mit Hilfe der USA im Amte zu halten. Am 29. Juli 1912 riefen die liberalen Kreise Nikaraguas zur Revolution auf und setzten sich in den Besitz verschiedener Zollämter, sowie Eisenbahnen und Schiffe. Auf Veranlassung der oben genannten beiden Bankhäuser entsandte daraufhin Präsident Taft 8 Kriegsschiffe, sowie 125 Offiziere und 2600 Mann Marinetruppen, die mit drastischen Maßnahmen gegen die Aufständischen vorgingen. Sie hatten wesentlichen Anteil an der Niederschlagung der Revolution, und unter US-amerikanischen Bajonetten wurde Diaz als Präsident am 2. November für die Dauer von vier Jahren wiedergewählt¹⁹⁾.

¹⁶⁾ US Foreign Relations 1910 S. 738—767. Ogg S. 257 ff. 261/2, Munro S. 233/4.

¹⁷⁾ US Foreign Relations 1913 S. 1040, US Senate Foreign Relations Committee 'Hearings on Nicaraguan Affairs' 1913, Part VI, S. 174 ff.

¹⁸⁾ US Foreign Relations 1911 S. 661 ff.

¹⁹⁾ US Foreign Relations Committee 'Convention between US and Nicaragua' Part XIII, S. 504—10, US Foreign Relations 1912, S. 993 ff., 1043, US Navy 'Annual Report' 1912—13, S. 38.

Der damalige US-amerikanische Präsident, William Howard Taft, war vor allem für diese Übergriffe der Vereinigten Staaten in Nicaragua wie auch in Mexiko verantwortlich.

Er war 1909 Präsident geworden und völlig von der Hochfinanz, insbesondere der jüdischen, — abhängig. Die amtlichen Erhebungen des Senate Privileges and Elections Committee im Jahre 1912 ergaben, daß ihm von Jacob Schiff, Simon Guggenheim, J. & W. Seligman James Speyer, — ausschließlich Juden, — ferner von Rockefeller, Dupont, Andrew Carnegie, J. P. Morgan & Co usw. sehr beträchtliche Wahlgelder zur Verfügung gestellt worden waren. Überrascht es daher, daß er die im Interesse dieser Kreise liegenden imperialistischen Bestrebungen im Geiste seines Vorgängers Theodore Roosevelt fortsetzte?²⁰⁾

Seine wahre Gesinnung in dieser Hinsicht hatte er bereits im Jahre 1906 während der Amtszeit des letzteren wie folgt kundgetan: „Die Grenzen der Vereinigten Staaten erstrecken sich praktisch bis nach Feuerland“²¹⁾.

Nach der Wiederwahl von Díaz beginnt die eigentliche Ausbeutung Nikaraguas. Eine Finanztransaktion löste die andere ab. Es verblieb dem Staate Nicaragua praktisch kein unbelastetes Eigentum. Wie bereits eingangs erwähnt, wurden die Zolleinnahmen, Alkoholsteuern, Eisenbahnen, staatlichen Schifffahrtslinien, — kurzum alles verpfändet, was Wert hatte²²⁾.

Mit welcher Heuchelei man diese Gewaltakte gegenüber Nicaragua zu beinhalten suchte, geht u. a. aus der Note der damaligen Regierung unter Präsident Taft an den US-amerikanischen Gesandten in Nicaragua, Weitzel vom 18. September 1912 hervor. Danach ist das Eingreifen selbstverständlich nur „zur Sicherung US-amerikanischen Lebens und Eigentums“ erfolgt, wenngleich es natürlich auch erforderlich war, „die Machtergreifung eines Regimes der Barbarei und Korruption zu verhindern“. Darüber hinaus aber habe es sich auch darum gehandelt, eine „verfassungsmäßig gewählte Regierung, die zum Segen des Volkes von Nicaragua gewirkt habe, — zu unterstützen.“ Nicht genug damit, seien die Ver-

²⁰⁾ Lundberg S. 98—101.

²¹⁾ Bingham S. 67.

²²⁾ US Senate Foreign Relations Committee 'Convention between US and Nicaragua' Part VI, S. 210 ff., 261 ff., Part IX, S. 400 ff., Davis S. 218.

einigten Staaten aber auch nach dem oben erwähnten Abkommen von Washington unter den zentralamerikanischen Staaten aus dem Jahre 1907 moralisch verpflichtet gewesen, im Geiste dieses Abkommens für Ruhe und Ordnung in Zentralamerika zu sorgen²³⁾.

Dieses rücksichtslose Vorgehen der USA fand in den Nachbarstaaten, die sich allgemein durch den Dollar-Imperialismus bedroht fühlten, schärfste Ablehnung. Die in Costa Rica erscheinende Zeitung 'La Informacion' schrieb am 1. Juli 1914: 'Jedermann ist sich der Tatsache bewußt, daß die Souveränität seines Staates bedroht ist'

Am 21. August 1914 wurde die Zeitung 'El Cronista', Honduras, noch deutlicher, indem sie wie folgt Stellung nahm:

„Es ist nichts Neues, daß die Vereinigten Staaten ihre Absicht nach wie vor verfolgen, von Guatemala bis Costa Rica Protektorate zu schaffen, die nicht allein für die zentralamerikanische Souveränität sondern auch gleichermaßen für die menschliche Gerechtigkeit ruinös sind. Wir werden also das Opfer politischen Machthungers werden..

Wir müssen erkennen, daß wir heute von der korrupten Dollar-Diplomatie bedroht sind, die mit unglaublicher Unverschämtheit von der Exekutive der großen amerikanischen Nation durchgeführt wird...

Sollte es dem nordamerikanischen Adler schließlich gelingen, seine Krallen in unser Innerstes zu bohren und unsere nationale Existenz auszulöschen, so wollen wir mit der Waffe in der Hand und erhobenen Hauptes untergehen'.

Den Höhepunkt der Vergewaltigung dürfte der sogenannte Bryan-Chamorro-Vertrag vom 18. Februar 1916 darstellen. Gegen Zahlung eines Betrages von 3 Millionen Dollar mußte Nicaragua den Vereinigten Staaten

1. das Recht einräumen, einen Kanal quer durch die Landenge von Nicaragua anzulegen;

2. die großen und kleinen Korn-Inseln, sowie einen Flottenstützpunkt im Golf von Fonseca auf 99 Jahre verpachten;

3. die Option gewähren, die Pacht des Flottenstützpunktes um weitere 99 Jahre zu verlängern²⁴⁾.

Ogleich der Vertrag ausdrücklich festlegte, daß keinerlei bestehende Rechte von Costa Rica, San Salvador oder Honduras dadurch beeinträchtigt werden sollten, erhoben die

²³⁾ Inman S. 304/5, Munro S. 244

²⁴⁾ Blakeslee S. 306.

beiden erstgenannten Staaten dennoch Protest dagegen, zumal sie sich durch die Errichtung der Flottenbasis im Golf von Fonseca bedroht fühlten.

Sie riefen den im Jahre 1907 auf Veranlassung Washingtons geschaffenen zentralamerikanischen Gerichtshof an, der ihrer Forderung stattgab und entschied, daß der vor Unterzeichnung des Vertrages bestehende Status quo aufrecht erhalten bleiben solle.

Nicht nur die USA, sondern selbstverständlich auch die ihnen hörige Regierung von Nikaragua lehnte es ab, sich dieser Entscheidung zu fügen, — zweifellos auf Wunsch von Washington, — ja Nikaragua zog sich sogar aus diesem Gremium zurück und der Gerichtshof wurde am 15. März 1918 in aller Form aufgelöst.

Diese von den Vereinigten Staaten als Symbol internationaler Gerechtigkeit geschaffene Einrichtung fand also durch das Verhalten der US-Amerikaner ihr Ende²⁵⁾.

Solange die Entscheidungen dieses Gerichtshofes den Wünschen der hinter dem Dollar-Imperialismus stehenden Finanzgruppen entsprachen, wurde er auch von Washington anerkannt, und während der Präsidentschaft Tafts mußte er häufig dazu dienen, Differenzen in Zentral-Amerika — selbstverständlich zugunsten der Vereinigten Staaten — beizulegen²⁶⁾.

In der Folgezeit erhielt Nikaragua weitere Anleihen und es änderte sich wenig an dem Charakter eines US-amerikanischen Protektorats.

Im Jahre 1921 brach noch einmal ein Aufstand gegen die im Volke unbeliebte und dem Willen der Mehrheit entgegengesetzte Regierung aus, aber wiederum sorgte Washington durch Lieferung von Waffen und Munition für seine Niederschlagung. Auch im folgenden Jahre sollte es wieder zur Révolution kommen, die nur durch die Drohung erneuten Eingreifens der USA-Marinetruppen zum Scheitern gebracht wurde²⁷⁾.

Nachdem Nikaragua seine Schulden an die Bankhäuser Brown Brothers und Seligman & Co. im Juli 1924 zurückgezahlt hatte, fielen auch die Eisenbahnen an den Staat zurück. Das bedeutete aber keineswegs ein Aufhören US-

²⁵⁾ Munro S. 224/5.

²⁶⁾ US Foreign Relations 1913 S. 1022, 1025, 1027.

²⁷⁾ Newyork Times vom 25. April, 23. Mai, 2. Dezember 1921.

amerikanischen Einflusses, was durch die Ernennung zweier US-Amerikaner im Direktorium klar zum Ausdruck kam²⁸⁾.

Als im August 1925 die Zurückziehung der bis dahin in Nicaragua stationiert gewesenen Marinetruppen erfolgte, wurden sie durch einheimische, jedoch von US-amerikanischen Offizieren ausgebildete und befehligte Gendarmerie ersetzt.

Erneute Unruhen gegen die USA-hörige Regierung veranlaßten Präsident Coolidge 1927 zur Entsendung von über 5000 Mann. Weiter beauftragte er den jetzigen USA-Kriegsminister Oberst Henry L. Stimson, durch persönliche Verhandlungen an Ort und Stelle die streitenden Parteien zu einem Kompromiß zu bewegen.

Unter US-amerikanischer Aufsicht fanden daraufhin Neuwahlen statt, und eine den Vereinigten Staaten günstige Lage war damit auf die Dauer einiger Jahre gesichert.

Der patriotische General Sandino erhob sich aber im Jahre 1933 gegen die von den USA abhängige Regierung seines Landes, und es bedurfte großer Anstrengungen der US-amerikanischen Truppen, um die Situation zu meistern²⁹⁾.

²⁸⁾ Wallstreet Journal vom 14. Juli 1924.

²⁹⁾ Worthenbaker S. 65—67

3. Kolumbien.

Unter den lateinamerikanischen Staaten Südamerikas ist es zweifellos Kolumbien, das den Dollar-Imperialismus in seiner wahren Gestalt am eindringlichsten erfahren hat. Wir denken hierbei an die Panama-Revolution des Jahres 1904, die häufig kurzweg als Panama-Skandal bezeichnet wird.

Das ursprüngliche Kolumbien wurde 1831 in Neu-Granada, — das heutige Kolumbien, — in Venezuela und Ecuador aufgeteilt. Kolumbien umfaßte außer seinem eigenen Staatsgebiet, das zur Zeit bei einer Ausdehnung von 448 794 Quadratmeilen 8 701 815 Einwohner zählt. — auch das jetzige Panama

Schon die Spanier hatten zu Anfang ihrer Kolonialherrschaft erkannt, daß die Landenge von Panama von beträchtlichem strategischen Wert sei. Sie trugen sich bereits mit dem Gedanken, einen Kanal anzulegen.

Die langjährigen Streitigkeiten zwischen Großbritannien und den USA um die Vorherrschaft in diesem Gebiet wurden

durch den bereits erwähnten Clayton-Bulwer-Vertrag aus dem Jahre 1850 beigelegt. 1881 versuchte der damalige USA-Außenminister James G. Blaine, sich durch eine Erklärung von dieser Verpflichtung loszusagen, wogegen die Briten indes heftig protestierten. Diplomatische Verhandlungen gingen hin und her, bis Großbritannien schließlich im Jahre 1901 auf alle Rechte hinsichtlich der Landenge von Panama verzichtete. Der Weg war frei für den Dollar-Imperialismus¹⁾.

Eine französische Kanalgesellschaft unter Führung des Ingenieurs De Lesseps begann, nachdem die Vorarbeiten bereits eine Zeitlang im Gange waren, im Jahre 1883 mit dem Bau. Nachdem unter einem Kostenaufwand von 246 Millionen Dollar etwa ein Drittel des Kanals fertiggestellt war, brach das riesige Projekt infolge Geldmangels und Seuchen, — durch das mörderische Klima dieses Gebiets verursacht, — im Jahre 1889 zusammen²⁾.

Trotz allem versuchten die hinter der Kanalgesellschaft stehenden französischen Finanziers den Bau weiterzuführen und ließen sich die diesbezügliche Konzession von der kolumbianischen Regierung bis zum Jahre 1904 verlängern.

In US-Amerika war im Jahre 1901 nach Ermordung McKinleys Theodore Roosevelt zum Präsidenten ernannt worden. Mit ihm trat der Dollar-Imperialismus in eine neue Phase. Er erwies sich als sein rücksichtslosester Vertreter, der völlig in Händen mächtiger Finanzgruppen war.

Wenngleich er sich gegenüber den breiten Massen wiederholt den Anschein gab, die großen Banken, vor allem den Morgan-Konzern — zu bekämpfen, so war er in Wirklichkeit doch ihr gefügiges Werkzeug. Er stand in besonders enger Verbindung zu James Stillman, damaligem Präsidenten der National City Bank, sowie zu dem Seniorchef des Bankhauses Morgan³⁾.

Bis zum Jahre 1906 unterhielt er weiter eine nahe Freundschaft zu dem Eisenbahnkönig E. H. Harriman, der wiederum aufs engste mit dem jüdischen Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. liiert war.

Es war der gleiche Roosevelt, der Charaktere wie Morgan, Harriman usw. angeblich verachtete, weil sie keinerlei Grund-

¹⁾ Hart S. 102, 125, 174—77, 215.

²⁾ Hart S. 169, 185.

³⁾ Lundberg S. 72, 90.

sätzen, sondern nur der Jagd nach dem Geld huldigten und Reichtum nur zu niedrigsten Dingen mißbrauchten⁴⁾).

Bei diesem Blick hinter die Kulissen überrascht es nicht, daß vor allem Theodore Roosevelt und J. P. Morgan den Panama-Skandal im Jahre 1903 als Hauptverantwortliche in Szene setzten.

Zunächst versuchte man, sich wie üblich durch Angebote beträchtlicher Summen an den Kolumbianischen Staat die Beherrschung der Landenge zu sichern. Bis zum heutigen Tage ist es noch ungeklärt, wie es Roosevelt und den weiteren Finanzgruppen gelungen ist, alle Rechte der bankerotten französischen Kanalgesellschaft zu erwerben.

Ihr Hauptgläubiger war Philipp Bunau-Varilla, ein übel beleumundeter Spekulant, dessen Rechtsgeschäfte von dem New Yorker Anwalt William Nelson Cromwell wahrgenommen wurden. Letzterer gründete 1899 einen neuen Konzern unter dem Namen Panama Canal Company of America, zu deren Mitbegründern auch das Bankhaus Kuhn Loeb & Co. gehörte⁵⁾).

Im Jahre 1902 verkaufte Cromwell an die USA sämtliche Aktiven und Passiven der französischen Kanalgesellschaft für 40 Millionen Dollar.

Um sich das entsprechende Wegerecht durch Kolumbien zu sichern, kam es am 22. Januar 1903 zwischen dem USA-Staatssekretär Hay und dem kolumbianischen Geschäftsträger Herran zur sogenannten Kanal-Konvention, auf Grund deren die Vereinigten Staaten gegen Barzahlung von 10 Millionen Dollar und eine jährliche Entschädigung von 250 000 Dollar einen Streifen von 6 Meilen Breite quer über die Landenge von Kolumbien pachteten⁶⁾.

Der kolumbianische Senat stand diesem Abkommen keineswegs wohlwollend gegenüber. Nachdem es längere Zeit Gegenstand eingehender Debatten war, erfolgte seine einstimmige Ablehnung am 12. August 1903⁷⁾.

Als sich der kolumbianische Kongreß am 30. Oktober vertagte, ohne eine Änderung in seiner Haltung bezüglich der Kanal-Konvention zu erwägen, entschlossen sich die USA, sofort zu handeln. Voraufgegangene Besprechungen in Washington, an denen auch Cromwell, Bunau-Varilla, sowie der

⁴⁾ Lundberg S. 69, 72, 76/7, 83, 90, Roosevelt: S. 38.

⁵⁾ Pringle S. 333.

⁶⁾ Latané S. 531.

⁷⁾ 58. Congr. 2nd Sess. Senate Documents No. 51. S. 56.

Kolumbianer Dr. Amador als Führer der Aufständischen teilnahmen, hatten die Entfesselung einer Revolution zum Gegenstand gehabt.

Grayson M. P. Murphy, der heute als Direktor verschiedener Morgan-Konzerne mit anderen wirtschaftlichen Unternehmungen eine führende Rolle in den Vereinigten Staaten spielt, war als derzeitiger Offizier des US-amerikanischen Heeres bereits vorher von Roosevelt in geheimer Mission nach Panama entsandt worden, um das Terrain zu sondieren, wie uns Henry Pringle in seiner Roosevelt-Biographie verrät. Murphy war von den gegebenen Möglichkeiten so beeindruckt, daß er sich mit dem Bankhaus Morgan in Verbindung setzte, um dessen Interesse an der Finanzierung der Revolution zu erwecken. — ein Ziel, das er auch erreichte⁸⁾.

Im letzten Augenblick hatte die kolumbianische Regierung versucht, durch einen Sonderbeauftragten mit dem Gesandten der USA in Bogota zu verhandeln, der weitgehende Zugeständnisse zu machen bereit war. Die Vereinigten Staaten hatten ihre Entscheidung indes bereits gefällt, und ihre Antwort war eine zynische Ablehnung⁹⁾.

Nachdem also die entsprechenden Vorbereitungen von langer Hand getroffen waren, wies Theodore Roosevelt am 2. November 1903 die Kriegsschiffe Boston, Dixie, Atlanta und Nashville an, sofort in die unmittelbare Nähe der Landenge von Panama zu dampfen und „die Landung irgendwelcher bewaffneter Streitkräfte mit feindlichen Absichten“ — also kolumbianischer Regierungstruppen, — allerorts innerhalb von 50 Meilen von Panama unter allen Umständen zu verhindern¹⁰⁾.

Tatsächlich brach am 3. November 1903 die Revolution aus. Kolumbianische Truppen wurden unverzüglich an den Aufstandsherd entsandt. Als sie in Colon zu landen versuchten, wurden sie größtenteils durch die US-amerikanische Marine daran verhindert. Die wenigen, denen eine Landung dennoch geglückt war, wurden wieder eingeschifft, „nachdem ihre Offiziere von den Beauftragten der USA großzügige Bestechungen erhalten hatten“¹¹⁾.

⁸⁾ Lundberg S. 146.

⁹⁾ US Foreign Relations 1903, S. 224—26.

¹⁰⁾ 58th Congress 2nd Sess. Senate Documents Nr. 53, US Foreign Relations 1903, S. 218, 221, 233 ff.

¹¹⁾ Inmann S. 280.

So konnte sich unter dem Schutz der US-amerikanischen Marine eine Regierung bilden, und bereits vier Tage später wurde die neu gegründete Republik Panama von den USA anerkannt.

Am 7. November unterrichtete Philipp Bunau-Varilla von Newyork aus den Staatssekretär Hay von seiner Ernennung als außerordentlicher Gesandter Panamas in Washington, womit er folgende Erklärung verband:

„Indem die Mutter der Völker Amerikas großzügig ihre Hand aus eigenem Antrieb auch über ihr jüngstes Kind ausbreitet, übt sie ihre edle Mission der Befreiung und Erziehung der Völker aus

Der amerikanische Adler hat seine Schwingen über unsere Republik gebreitet und sie damit sanktioniert“¹²⁾.

Bunau-Varilla wurde bereits am 13. November als offizieller Vertreter Panamas von Roosevelt empfangen. Die ganz ungewöhnliche Eile, in der sich alles vollzog, bestätigte die Gerüchte, daß alles im Voraus arrangiert war.

Schon am 18. November wurde ein Abkommen zwischen Hay und Bunau-Varilla abgeschlossen, laut welchem Panama die ständige Kontrolle einer zehn Meilen breiten Zone quer durch die Landenge an die Vereinigten Staaten abtrat, die ihrerseits dafür 10 Millionen Dollar in bar, und nach Ablauf von 9 Jahren eine jährliche Pacht von 250.000 Dollar zahlten¹³⁾.

Die Regierung der neu geschaffenen Republik Panama ernannte sofort das Bankhaus Morgan als ihren finanziellen Agenten in den Vereinigten Staaten. Die folgenden Finanztransaktionen sind von besonderem Interesse und bis zum heutigen Tage noch nicht völlig aufgeklärt.

Als erstes legte Morgan auf die 10 Millionen Dollar, die Panama nach dem Vertrag zustanden, Beschlag. Auf Grund seiner Entscheidung wurden 6 Millionen Dollar als Hypothek in Newyorker Grundstücken zugunsten der Nation von Panama angelegt. Lediglich 4 Millionen Dollar flossen an die Regierung von Panama.

Morgan fungierte zusammen mit Cromwell gleichzeitig als Vertreter jener Finanzgruppe, die ihre Rechte an der ursprünglichen französischen Kanalgesellschaft für 40 Millionen Dollar an die USA verkauft hatte. Von diesem Betrag gelangten 15 Millionen Dollar an die Panama Canal Company.

¹²⁾ US Foreign Relations 1903, S. 233/4, 240, 245.

¹³⁾ 63. Congr. 2nd Sess. Senate Documents Nr. 471.

of America zur Auszahlung, während der Rest an den Liquidator des französischen Unternehmens gezahlt wurde.

Ein Aufschrei der Entrüstung ging durch die Vereinigten Staaten. Im Senat sprach man ganz offen von übelster Korruption. Seitens des Kongresses wurden zwei Untersuchungsausschüsse zur Klärung dieses Falles eingesetzt, aber es bedarf wohl kaum der Erwähnung, daß sich selbstverständlich keinerlei belastende Momente für die Beteiligten ergaben.

Cromwell, der Anwalt Philipp Bunau-Varillas, wurde aufgefordert, die Namen derjenigen Aktionäre der französischen Gesellschaft aufzugeben, die angeblich diese 25 Millionen Dollar staatlicher Gelder erhalten hatten. Er weigerte sich, das zu tun, und wurde auch keineswegs etwa dazu gezwungen. In ganz Amerika bestand kein Zweifel darüber, daß es sich um einen Korruptionsskandal größten Ausmaßes handelte und man nannte im Zusammenhang damit fast alle führenden Finanziere und Politiker einschließlich Theodore Roosevelt.

Die Anklagen gegen ihn wurden immer lauter. Auch die Presse machte vor ihm nicht halt. Insbesondere die New-yorker Zeitung 'The World', sowie die Indianapolis News veröffentlichten hartnäckig immer wieder Artikel mit dem Motto: „Wer erhielt das Geld?“ Die 'World' bezeichnete den Vertrag mit Cromwell rundweg als korrupt.

Auf Grund einer alten Verordnung betreffend 'den Schutz von Hafenverteidigungen und Befestigungen', — die auch nicht das Geringste mit Beleidigung zu tun hatte, ließ Roosevelt die beiden Zeitungen unter Anklage stellen mit der Begründung, daß die Regierung der USA durch derartige Veröffentlichungen gröblichst verleumdet und nicht nur sein eigenes, sondern auch das Ansehen Morgans, Cromwells und weiterer Personen erheblich geschädigt würde!

Ein mit Durchführung des Verfahrens beauftragter Staatsanwalt zog es vor, von seinem Posten zurückzutreten, als den ihm gewordenen Auftrag zu erfüllen.

Die Anklage wurde vom Gericht als unbegründet abgewiesen. In dem Urteil gegen die Indianapolis News heißt es: Dies Geschäft bezüglich des Panama-Kanals ist von zahlreichen merkwürdigen Umständen begleitet, die aufzudecken wünschenswert wäre, — umsomehr, als Cromwells Verhalten vor dem Senatskomitee erhebliche Verdachtsmomente in sich trug.

In der Berufung vor dem Obersten Gerichtshof wurde wiederum einstimmig zugunsten der Zeitungen entschieden.

Der Staatsanwalt von Newyork, Henry L. Stimson, betonte sogar in der Begründung, Roosevelt habe seine Macht mißbraucht, um das Verfahren gegen die Zeitungen in Gang zu bringen. Die Frage, wer das Geld erhielt blieb ungeklärt⁴⁾.

Jedenfalls dürfte es kaum einem Zweifel unterliegen, daß Theodore Roosevelt und die ihm befreundeten Finanziers ganz erheblich an dieser Transaktion verdient hatten.

Und wie hat Theodore Roosevelt selbst sein Vorgehen, das jedem sonst so laut von den Angelsachsen gepredigten Grundsatz des Schutzes kleiner Völker Hohn spricht, begründet? Hierüber gibt uns seine besondere Botschaft vom 4. Januar 1904 Aufschluß, die wir einer kurzen Betrachtung unterziehen wollen.

Er beruft sich auf einen Vertrag der Vereinigten Staaten mit Neu-Granada aus dem Jahre 1846 und führt dazu wörtlich aus:

„Es ist eine vollkommen irrige Annahme, daß unsere weisen und patriotischen Vorfahren diesen Vertrag lediglich abgeschlossen hätten, um dem Überbleibsel der ursprünglichen Republik Kolumbien weiterhin die Herrschaft über die Landenge von Panama zu sichern

Der große Gedanke dieses Abkommens war vielmehr, die Landenge einem freien und ungehinderten interozeanischen Durchgangsverkehr zu erschließen, — ein Ziel, das durch die Schaffung eines interozeanischen Kanals zu erreichen ist

Diese Erkenntnis war in hohem Maße in Rücksicht auf unsere nationalen Interessen und unsere Sicherheit bedingt. Ich zögere nicht, zu bestätigen, daß von all unsern internationalen Projekten keines so dringlich ist wie der Bau dieses Kanals

In Anbetracht unserer gegenwärtigen Situation ist die Schaffung einer bequemen und schnellen Seeverbindung zwischen dem Atlantik und dem Pazifik nicht nur wünschenswert, sondern es ist ein Ziel, das wir unter allen Umständen schnellstens erreichen müssen . . . An die Stelle von Bequemlichkeitsgründen sind heute Lebensnotwendigkeiten getreten, die keinen Aufschub dulden

Weiter darf ich vertrauensvoll sagen, daß die Aner-

⁴⁾ Chronicle, 7. Januar 1911. Corey S. 327.

kennung der Republik Panama unter dem Gesichtswinkel gemeinsamer Interessen der Zivilisation gerechtfertigt war.

Wenn man je von einer Regierung sagen kann, daß ihr von der Zivilisation eine Aufgabe zuteil wurde, deren Durchführung im Interesse der Menschheit lag, so sind es zweifellos die USA hinsichtlich eines interozeanischen Kanals . . .¹⁵⁾).

Spricht nicht aus diesen überheblichen Worten die Auffassung, daß die Vereinigten Staaten höhere menschliche Interessen repräsentierten als etwa die Länder Lateinamerikas? Bei Interessengegensätzen sind nach Ansicht Theodore Roosevelts die Belange der USA allem ausschlaggebend.

Genau wie heute Franklin Delano Roosevelt fühlte auch er sich als Vertreter aller Nationen, und „nur im Geiste der Zivilisation“ riß er diesen Teil Lateinamerikas gegen den Willen seiner souveränen Macht an sich.

Die Behauptung, daß die Regierung von Panama seit dem Jahre 1903 ihre Anweisungen von Washington erhielt, bedarf kaum eines weiteren Beweises. Welche Folgen eine Auflehnung dagegen zeitigt, werden wir noch unten sehen.

Das kolumbianische Volk hat die ihm durch die USA angetane Schmach keinesfalls vergessen. Wie sehr die Empörung über das erlittene Unrecht im Volk vorherrschte, ergibt sich aus den späteren Verhandlungen mit Washington über die Panamafrage. Als sich im Jahre 1909 eine nach dort entsandte kolumbianische Delegation zur Abfindung der Ansprüche Kolumbiens in bezug auf Panama mit einer Entschädigung von 2,5 Millionen Dollar einverstanden erklärte, flammte eine solche Empörung im Lande auf, daß die betreffenden Unterhändler Kolumbien fluchtartig verlassen mußten.

Um wegen der derzeitigen Übergriffe vor den übrigen lateinamerikanischen Staaten gerechtfertigt dazustehen, nahm der US-amerikanische Gesandte in Kolumbien, Du Bois, im Jahre 1912 die Verhandlungen erneut auf. In seinem Memorandum an den Präsidenten Taft hob er hervor, daß die Panama-Affäre dem Ansehen der Vereinigten Staaten in Lateinamerika außerordentlich abträglich gewesen sei. Es müsse daher kein Geldopfer gescheut werden, um die Angelegenheit zu bereinigen. Der Erfolg blieb ihm versagt, wie

¹⁵⁾ Hart S. 219

auch die späteren Bemühungen unter Wilson, Kolumbien zu versöhnen, scheiterten¹⁶⁾).

Inzwischen waren in steigendem Ausmaß Ölvorkommen in Kolumbien entdeckt, und so waren es wiederum die Finanzgruppen, die ihren sehr erheblichen Einfluß auf die damals unter der Präsidentschaft Wilsons stehende Regierung der USA geltend machten. Die Ölgesellschaft The Carib Syndicate, die der Kontrolle von Henry Doherty und J. P. Morgan untersteht, erwarb 1917 die sogenannte Barco-Konzession. Ihren Bemühungen um eine gewinnbringende Betätigung in Kolumbien standen aber die alten Differenzen entgegen, die daher um jeden Preis beigelegt werden mußten. Unzweifelhaft dürfte es ihrem Einfluß zuzuschreiben sein, daß im Jahre 1922 ein Vertrag mit Kolumbien zustande kam, laut welchem das Land zur Abgeltung aller Schadensersatzansprüche 25 Millionen Dollar erhielt¹⁷⁾.

Von nun an gewannen die hinter dem Dollar-Imperialismus stehenden Gruppen dort immer größeren Einfluß. Im Januar 1926 übernahm die Mellons Gulf Oil Co. zu 75% das Carib Syndicate. Hinter der ersteren Gesellschaft stand der damalige Finanzminister der USA, Mellon, der mit Hilfe des Auswärtigen Amtes seine Interessen gegenüber der Regierung von Kolumbien durchzusetzen wußte. Die US-amerikanischen Ölinteressenten fühlten sich dauernd durch britische Konkurrenz-Unternehmungen bedroht, und als auch Mellon dieser Auffassung Nachdruck verlieh, wurde mit Hilfe der National City Bank, Newyork ein politischer und wirtschaftlicher Boykott über Kolumbien verhängt. Die genannte Bank weigerte sich, weitere Ratenzahlungen auf eine der Regierung zugesicherte Anleihe zu leisten, die dadurch in große innenpolitische und wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet.

Als der kolumbianische Gesandte in Washington, Dr. Herrera, deswegen bei der National City Bank vorstellig wurde, erklärte sie ihm, machtlos zu sein, solange nicht das Vertrauen der Geldgeber wieder hergestellt wäre. Um das zu erreichen, „empfahl“ man die Einsetzung US-amerikanischer „Wirtschafts- und Finanzberater“. Man entsandte zu diesem Zwecke u. a. den einflußreichsten Mitarbeiter des bereits oben erwähnten US-amerikanischen Botschafters in Mexiko,

¹⁶⁾ Ogg S. 275—77.

¹⁷⁾ Latané S. 537—42.

Morrow, George Rublee, dem sogar eine gewisse Einflußnahme auf die künftige kolumbianische Gesetzgebung zugebilligt werden mußte¹⁸⁾).

Gegen dieses Vorrücken des Dollar-Imperialismus halfen keine Proteste, wie sie seitens eines Teils der Presse von Kolumbien und weiteren iberamerikanischen Ländern erhoben wurden. Man rechnete vielmehr allgemein damit, daß es zu einer ähnlichen direkten Intervention kommen würde, wie sie auch unter Wilson gegenüber Mexiko erfolgte. Da die Regierung von Kolumbien indes weitgehend von den US-amerikanischen Finanzgruppen abhängig und ihren Wünschen deshalb gefügig war, ist es zu einem solchen Schritt nicht gekommen.

Eine Anleihe folgte der anderen. So erhielt Kolumbien in den Jahren 1926/27 insgesamt 81,5 Millionen und im April 1928 weitere 35 Millionen Dollar. Kolumbien ist infolgedessen — um mit den Worten Dennys zu sprechen —, zu tief gegenüber den USA verschuldet, als daß es ihre Politik auch nur mit der geringsten Aussicht auf Erfolg herauszufordern instande wäre¹⁹⁾.

¹⁸⁾ Lundberg S. 169.

¹⁹⁾ Denny S. 273.

4. Venezuela.

Wenn die Republik Venezuela bislang bei weitem nicht solchen Umfangs unter dem Dollar-Imperialismus zu leiden hatte wie die anderen oben angeführten Länder, so ist es vor allem darauf zurückzuführen, daß ihr größter Reichtum, das Öl, hauptsächlich von britischem Kapital beherrscht wurde.

Venezuela ist 352 170 Quadratmeilen groß und hat 3 491 160 Einwohner. Mit dem Ausverkauf des britischen Empire dürfte jedoch auch diesem Lande das gleiche Schicksal winken wie Kolumbien, da mit einer Übernahme der dortigen britischen Investitionen durch die USA zu rechnen ist.

Im Zusammenhang mit einer diplomatischen Auseinandersetzung mit Großbritannien, die fast zu kriegerischen Verwicklungen geführt hätte, ist Venezuela in Bezug auf den Dollar-Imperialismus immerhin von mittelbarem Interesse.

Seit Mitte des vorigen Jahrhunderts kam es fortwährend zu Differenzen zwischen Großbritannien und Venezuela hinsichtlich Grenzstreitigkeiten mit der Kolonie Britisch-

Guayana. Im Verlauf der Zeit verlangten die Briten immer mehr Gebiete von Venezuela, was im Jahre 1895 zu scharfsten Differenzen führte. Die USA ergriffen die Partei von Venezuela. Ihr Außenminister Olney sah in dem Verhalten Großbritanniens eine Verletzung der Monroe-Doktrin. Er wies u. a. darauf hin, daß die dauernde politische Verbindung eines europäischen Landes mit einem Staat des amerikanischen Kontinents unnatürlich und unzweckmäßig sei¹⁾. Außerdem betonte er, daß die USA auf der westlichen Halbkugel praktisch souverän wären. Die Briten waren über diese Note insbesondere über die Auslegung, daß die Verbindung unzweckmäßig sei, außerordentlich aufgebracht, wie sie es auch ablehnten, die Monroe-Doktrin als internationales Gesetz anzuerkennen. Erst nach längeren diplomatischen Verhandlungen bequamen sie sich, die Grenzstreitigkeiten zwischen Britisch-Guayana und Venezuela einem Schiedsgericht zu unterbreiten²⁾.

¹⁾ Hart S. 196

²⁾ Hart S. 192—204.

5. Kuba

Die westindische Insel Kuba, 44 164 Quadratmeilen groß und mit 4 228 000 Einwohnern, wird häufig als 'die Perle der Antillen' oder als 'die Zuckerdose der Welt' bezeichnet. Fast 30% der gesamten Rohrzuckerproduktion der Welt entfallen auf Kuba, das aber darüber hinaus mehr und mehr für die Wehrwirtschaft der Vereinigten Staaten an Bedeutung gewinnt.

Die Förderung von Manganerzen wird in immer größerem Maße und zweifellos jetzt auch mit immer größerer Intensität betrieben, da die Sowjetunion von der die USA etwa 25% ihres Bedarfs bezogen, zum größten Teil als Lieferant ausgefallen ist.

Aber auch in Rücksicht auf seine geographische Lage ist Kuba von außerordentlicher strategischer Wichtigkeit. Es ist der US-amerikanischen Südküste breit vorgelagert und beherrscht die Zugänge vom Atlantischen Ozean in das Karibische Meer, — das sogenannte 'amerikanische Mittelmeer' und Knotenpunkt des Verkehrs zwischen Nord- und Südamerika. Bedenkt man weiter, daß das Karibische Meer durch die Einmündung des Panama-Kanals als Tor der Ost-West-Route erhöhte Bedeutung hat, so verwundert es nicht, daß die

US-Amerikaner den Besitz der wertvollen Insel Kuba von jeher für sich anstrebten

Seit Entdeckung des amerikanischen Kontinents unterstand Kuba spanischer Herrschaft. Bereits im Jahre 1810 erklärte der damalige US-amerikanische Präsident Madison, daß Kuba für die Sicherheit der Vereinigten Staaten von besonderem Wert sei. In den folgenden Jahrzehnten wachten sie eifrig darüber, daß sich die Franzosen oder Engländer nicht der Insel bemächtigten¹⁾.

Als im Jahre 1840 das Gerücht umlief, Großbritannien beabsichtige, als Entschädigung für spanische Anleihen Kuba zu besetzen, protestierten die USA schon im Voraus dagegen. Keinesfalls würden sie dulden, so führten sie aus, daß irgend-eine andere Macht von Kuba Besitz ergreife²⁾.

Diese Haltung erinnert an die unten noch zu erörternde Erklärung von Havanna aus dem Jahre 1940, deren Inhalt in bezug auf britische, französische und niederländische Kolonialbesitzungen in der westlichen Hemisphäre ähnlich lautete. In beiden Fällen blieb unausgesprochen, daß die Vereinigten Staaten im Hinblick auf die Monroe-Doktrin ein derartiges Recht aber selbstverständlich ihrerseits geltend machten.

Präsident Polk bot den Spaniern im Jahre 1848 für den Verkauf von Kuba einen Preis von 100 Millionen Dollar. Mit Stolz und Entrüstung wies die spanische Regierung diese Zumutung zurück und erklärte, sie wolle die Insel lieber vom Meere verschlungen sehen, als sie einer anderen Macht zu übertragen³⁾.

Nichtsdestoweniger wiederholten die US-Amerikaner den Versuch im Jahre 1854, — jedoch erhöhten sie ihr Angebot auf 120 Millionen Dollar. Sie ließen dabei sehr deutlich durchblicken, daß sie notfalls auch mit Gewalt vorzugehen gewillt seien, wie sich aus dem folgenden Wortlaut ergibt:

„Nachdem wir Spanien einen Preis bieten, der weit über dem gegenwärtigen Wert liegt, müssen wir gleichfalls die Frage prüfen, ob nicht ein im Besitze Spaniens befindliches Kuba unsern inneren Frieden und die Existenz unserer Nation gefährdet.

Sollte die Antwort darauf bejaht werden, sind wir sowohl nach menschlichem als auch nach göttlichem Recht

¹⁾ Latané S. 285/6.

²⁾ Hart S. 107/08.

³⁾ Latané S. 292.

befugt, Spanien diese Insel zu entreißen, sofern wir die Macht dazu besitzen. In diesem Falle wären für uns die gleichen Grundsätze maßgebend, die einen Menschen berechnen, das brennende Haus seines Nachbarn niederzureißen, sofern es nicht auf andere Weise zu verhindern ist, daß die Flammen auch sein Haus zerstören⁴⁾).

Glaubt man nicht, die Gedankengänge eines Franklin Delano Roosevelt darin zu finden, der immer wieder die von Deutschland drohende Gefahr der Vernichtung predigt?

Seit Jahren fanden zum Teil recht blutige Auseinandersetzungen zwischen Spanien und Kuba über Verfassungsfragen statt. Im Jahre 1895 kam es erneut zu einem Aufstand, der in erheblichem Maße seitens US-amerikanischer Kreise unterstützt wurde. Wiederum waren es die Wirtschaftsgruppen der Wallstreet, die auch in Kuba große Konzessionen, — vor allem auf dem Gebiet des Zuckers, — erworben hatten. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts beliefen sich ihre Kapitalanlagen auf etwa 50 Millionen Dollar⁵⁾. Mit bewährten Methoden gelang es ihnen in kurzer Zeit, die US-amerikanische Öffentlichkeit für den Gedanken eines bewaffneten Eingreifens gegen Spanien in der kubanischen Frage zu gewinnen.

McKinley war 1897 als Präsident der Vereinigten Staaten ins Weiße Haus eingezogen. Seit Jahren von den Finanzkreisen der Wallstreet abhängig, verfolgte er ausschließlich ihre Interessen. Als Gouverneur von Ohio stand er 1893 vor dem finanziellen Zusammenbruch, und nur dem Eingreifen Mark Hannas, einer prominenten Persönlichkeit in Politik, Presse und Wirtschaft und in engster Verbindung zu Rockefeller und Andrew Carnegie, — verdankte er seine Sanierung. Mark Hanna stellte ihm auch weiterhin wiederholt Gelder zur Verfügung. Zum Dank dafür ebnete ihm McKinley, — nachdem er die Präsidentschaft angetreten hatte, — den Weg in den Senat⁶⁾.

In seinem Schriftwechsel mit Whitelaw Reid, dem Besitzer der Newyork Tribune, hob McKinley bereits im Jahre 1896 hervor, daß die USA unter allen Umständen, — sei es selbst mit Waffengewalt, — Kuba in ihren Besitz bringen müßten. Aber auch aus innerpolitischen Gründen war er 1898 zum

⁴⁾ Latané S. 303.

⁵⁾ Nearing S. 173.

⁶⁾ Croly; Marcus Alonzo Hanna S. 51 ff., Lundberg S. 58, 263, 271.

Kriege mit Spanien entschlossen. Er erblickte darin die einzige Möglichkeit, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den immer stärker werdenden sozialen Schwierigkeiten des Landes in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft abzulenken. Man sieht, Franklin Delano Roosevelt hat von ihm gelernt: als er sein Experiment mit dem New Deal scheitern sah, betrachtete auch er den Krieg als letzten Ausweg.

Damals wie heute wurden Schlagworte von allgemeinen Idealen der Menschheit und von der angeblich bedrohten Sicherheit der USA und ihrer Wirtschaft immer lauter. Alles Eingehen der spanischen Regierung auf die Forderungen der Vereinigten Staaten vermochte McKinley nicht von dem Entschluß abzubringen, seine Pläne durch eine kriegerische Auseinandersetzung mit den Spaniern zu verwirklichen. US-Amerika gefiel sich in seiner Rolle des Befreiers der 'unterdrückten geknechteten Kubaner'. Weder die Intervention des Papstes noch der sämtlichen europäischen Großmächte vermochte den zum Kriege entschlossenen USA-Präsidenten zu friedlichen Verhandlungen zu bewegen⁷⁾.

Um auch die letzten Bedenken seines Volkes hinsichtlich eines Krieges mit Spanien zu beseitigen, bedurfte es eines 'Zwischenfalls', der den Patriotismus anstachelte. — eine Praxis, zu der auch Franklin Delano Roosevelt Zuflucht nahm. Am 15. Februar 1898 flog im Hafen von Havanna das US-amerikanische Schlachtschiff Maine, das angeblich zum Schutze US-amerikanischer Interessen dorthin entsandt war, in die Luft, wobei 258 Besatzungsmitglieder ums Leben kamen.

Die von US-amerikanischer und spanischer Seite getrennt eingesetzten Untersuchungsausschüsse konnten trotz aller Bemühungen nicht feststellen, wodurch die Explosion, die sich im Vorschiff ereignet hatte, verursacht war oder wen die Verantwortung dafür traf. Diese Frage ist niemals endgültig geklärt worden.

Bei Ausbruch der Feindseligkeiten hatte McKinley den Kubanern feierlich versprochen, sie frei und unabhängig zu machen und weiter betont, 'keinerlei Absichten auf Ausübung der Souveränität, Jurisdiktion oder überhaupt irgendwelcher Art von Kontrolle über Kuba zu hegen'⁸⁾. Leere Worte, —

Als die spanischen Truppen die Insel am 1. Januar 1899 verließen, wurde sie, — angeblich zur Aufrechterhaltung von

⁷⁾ Latané S. 504—07, Hart S. 209.

⁸⁾ US Statutes at Large XXX S. 738.

Ruhe und Ordnung, — von US-amerikanischen Truppen besetzt. Im November 1900, also fast zwei Jahre später, berief ihr Oberbefehlshaber, General Wood, eine Versammlung von Kubanern nach Havanna, um eine Verfassung festzulegen und den Abschluß eines Vertrages mit den USA durchzuführen. Nach längeren Verhandlungen wurden die Kubaner zur Annahme des sogenannten Platt-Amendments gezwungen. Der Inhalt dieses Abkommens ließ keinen Zweifel darüber, daß Kuba praktisch zum Protektorat der USA geworden war. Es durfte künftighin keinerlei Abschlüsse mit anderen Regierungen tätigen, ja die Vereinigten Staaten hatten sich sogar das Recht vorbehalten, gegebenenfalls „zugunsten der kubanischen Unabhängigkeit zu intervenieren“⁹⁾.

Nach Unterzeichnung dieses Vertrages wurden die US-amerikanischen Truppen zurückgezogen, jedoch erneut im Jahre 1906 gelandet, als eine Revolution gegen den Präsidenten Palma ausbrach. Die Aufstandsbewegung richtete sich vor allem gegen die Betrügereien, die sich bei seiner Wahl ereignet hatten, sowie gegen die immer größer werdende Ausbeutung des Landes durch die USA.

Die Entsendung der Truppen erfolgte auf Anfordern des US-amerikanischen Generalkonsuls Steinhardt, — wahrscheinlich ein Jude, — den man den kubanischen Rockefeller nannte. Er hatte schon damals bedeutende Wirtschaftsinteressen in Kuba, die sich im Verlauf der Zeit immer mehr erweiterten. U. a. fungierte er auch als Vertreter der jüdischen Bank Speyer & Co., für die er im Jahre 1904 eine Anleihe von 35 Millionen Dollar und im Jahre 1909 eine weitere von 16,5 Millionen Dollar an Kuba vermittelte¹⁰⁾.

Die zweite militärische Besetzung Kubas dauerte bis zum Jahre 1909. Diese drei Jahre der Unterdrückung sind dem kubanischen Volk in böser Erinnerung und werden von einem seiner Historiker als „die verhängnisvollste Zeit in der ganzen Geschichte des Landes“ bezeichnet. Zu Anfang der Besetzung verfügte Kuba über einen Staatsschatz von mehr als 13 Millionen Dollar; bei ihrer Beendigung im Jahre 1909 wies die Staatskasse einen Fehlbetrag von 12 Millionen Dollar auf. Darüber hinaus hatte man zahlreiche für die US-Amerikaner sehr lukrative Konzessionen vergeben, die meistens auf un-

⁹⁾ US Foreign Relations 1902, S. 321 und 1904, S. 244.

¹⁰⁾ Nearing S. 181.

regelmäßige Art und Weise zustandegekommen waren. Insbesondere hatte Generalkonsul Steinhardt auf diese Weise profitiert. Er erhielt eine Konzession für die Neueinrichtung und Verbesserung von Verkehrsmitteln, Elektrizitätswerken usw. Die zur Verwertung dieser Konzession ins Leben gerufene Light & Power Co. of Cuba hat ein Aktienkapital von 36 Millionen Dollar¹¹⁾.

Der Einfluß des Morgan-Konzerns, der National City Bank, sowie der von Rockefeller kontrollierten Chase National Bank dehnte sich immer weiter aus, aber auch die Guggenheims, — ein mächtiger jüdischer Industrietrust, — breiteten sich mehr und mehr aus. US-amerikanische Wirtschaftsinteressen halten praktisch die gesamte Industrie Kubas, soweit sie irgendwelche Bedeutung besitzt, in Händen und sind nie vor den dunkelsten Geschäften zurückgeschreckt¹²⁾.

Als es im Jahre 1912, — teils wegen der entehrenden Bestimmungen des Platt-Amendments, — erneut zu Unruhen kam, wurde Kuba wiederum durch US-amerikanische Marinetruppen besetzt, die aber nach Niederschlagung des Aufstandes wieder zurückgezogen wurden¹³⁾.

Auch von 1917 bis 1919 war die Insel von US-amerikanischen Truppen besetzt. Zusammen mit der von den USA inspirierten Kriegserklärung Kubas an Deutschland im ersten Weltkrieg erfolgte die Zuteilung einer US-amerikanischen Anleihe von 30 Millionen Dollar, — zweifellos der Preis für diese Handlung. Auch hier wiederum das gleiche Spiel, das Franklin Delano Roosevelt auf der pan-amerikanischen Konferenz von Rio de Janeiro Ende Januar 1942 spielte.

Ein Teil dieser Anleihe wurde sofort für den Bau von 4 Unterseebootsjägern verwendet, ohne daß Kuba einen diesbezüglichen Auftrag erteilt hatte¹⁴⁾.

Die folgenden Jahre sollten die Abhängigkeit Kubas weiter verschärfen. Ihm wurden „Finanzberater“ aufgezwungen, wodurch dem Einfluß der Wallstreet noch breiterer Raum geschaffen wurde. Das offenbarte sich vor allem, als das Bankhaus Morgan dem kubanischen Staat eine Anleihe von 50 Millionen Dollar überließ und in dem betreffenden An-

¹¹⁾ Nearing S. 180/1.

¹²⁾ Lundberg S. 10, 227, 229—31.

¹³⁾ US Foreign Relations 1912 S. 248 ff.

¹⁴⁾ Nearing S. 186.

leiheprospekt insbesondere darauf hinwies, daß die USA unter allen Umständen für Ruhe und Ordnung in Kuba sorgten, so daß die Geldgeber also keinerlei Gefahr laufen würden.

Inwieweit auch die Banken durch Bestechungen und sogenannte Darlehen, — nichts anderes als eine verschleierte Korruption, — leitende kubanische Politiker in Händen haben, ergibt sich unter vielen anderen Fällen aus den Beziehungen der Chase National Bank, National City Bank, des Morgan-Konzerns und der Guggenheim-Gruppe zu dem derzeitigen Präsidenten Machado. Ein Morgan-Agent, Henry Catlin, stellte ihm 1925 einen Betrag von 500 000 Dollar für Wahl-gelder zur Verfügung. In gleicher Höhe steuerten auch die Chase National Bank, sowie die Guggenheims zu seinem Wahlfond bei. Der Schwager Machados wurde mit sehr hohem Einkommen zum offiziellen Anwalt der Chase National Bank in Havanna eingesetzt und Machado selbst erhielt ein Darlehn von 130 000 Dollar¹⁵⁾.

Ein abschließendes Bild über die völlige wirtschaftliche Abhängigkeit Kubas gegenüber den Bank- und Wirtschaftsgruppen der USA dürfte nachstehende Übersicht, zusammengestellt von der kubanischen Handelskammer für das Jahr 1928, vermitteln¹⁶⁾.

Nach Ansicht dieser amtlichen Stelle entfallen von den gesamten ausländischen Kapitalanlagen in Kuba auf die Vereinigten Staaten allein 90%, die sich wie folgt verteilen:

	in Mill. Dollar:
Zucker-Industrie	800
Grundbesitz	150
Eisenbahnen	120
Staatsanleihen	110
Öffentliche Versorgungsbetriebe	110
Industrielle Unternehmungen	50
Tabak	50
Handel	40
Bergwerks-Unternehmungen	35
Banken	25
Verschiedenes	15
<u>insgesamt</u>	<u>1 505</u>

¹⁵⁾ Lundberg S. 229/30.

¹⁶⁾ Davis S. 204/05.

6. Haiti.

Auf der Nachbarinsel von Kuba liegen die dem Namen nach unabhängigen Staaten Haiti und Santo Domingo. Beide werden völlig vom Dollar-Imperialismus beherrscht und sind nichts anderes als eine Domäne der Wallstreet-Bankgruppen.

Haiti, auf der Kuba zugewandten Seite beliegen, hat eine Ausdehnung von 10 204 Quadratmeilen bei 3 Millionen Einwohnern. Es ist eine reine Neger-Republik, die als damalige Kolonie der spanischen Krone im Jahre 1795 an Frankreich übertragen wurde. 1804 wurde Haiti selbständig. Das Interesse der USA für dieses Gebiet steigerte sich im vergangenen Jahrhundert mehr und mehr, denn es ist nicht nur reich an landwirtschaftlichen Produkten, sondern auch von großer strategischer Bedeutung. So versuchten sie schon im Jahre 1891 die günstig gelegene Flottenbasis Mole St. Nicolas zu erlangen.

Um 1910 erwarb die National City Bank Interessen auf der Insel, die sich nach Ausbruch des ersten Weltkrieges wesentlich erweiterten. Sie übernahm die Rechte europäischer Banken, und mit Abschluß des Jahres 1917 war Haiti praktisch als ihr Eigentum anzusehen¹⁾

Auf Grund seines Einflusses versuchte dieser Konzern mit Hilfe der USA-Regierung, Zölle und sonstige Einnahmen von Haiti direkt zu kontrollieren, — eine Maßnahme, die zu seiner endgültigen Beherrschung führen mußte. Als derzeit das US-amerikanische Ultimatum an den Präsidenten Zamor erging, Haiti solle auf die Zollverwaltung verzichten, trat er zurück. Ein willkommener Vorwand, um Ende 1914 die Besetzung der Hauptstadt Port au Prince wegen angeblich mangelnder Ordnung durchzuführen. Der in den Gewölben der Nationalbank von Haiti liegende Staatsschatz von 500 000 Dollar wurde beschlagnahmt und in das Gewahrsam der National City Bank nach Newyork überführt. Alle Proteste von Haiti wegen dieses Gewaltaktes blieben ungehört. Wie sich später bei den Untersuchungen vor dem Senat herausstellte, waren diese Maßnahmen allein auf Veranlassung der National City Bank erfolgt²⁾.

Im März 1915 verlangten die USA praktisch die Errichtung eines Protektorats über Haiti, — ein Ansinnen, das abgelehnt

¹⁾ Nearing S. 135.

²⁾ US Haiti Hearings S. 5 ff., 123, US Foreign Relations 1915, S. 476, 499, 500.

wurde. Nachdem es erneut zu Unruhen kam, erfolgte im August 1915 die Landung von Marinetruppen, unter deren Bajonetten ein den USA genehmer Präsident gewählt wurde. Während des Wahlakts der Volksversammlung standen bewaffnete Posten der US-amerikanischen Marinetruppen an den Türen, und ein hoher Marineoffizier ging zwischen den Abgeordneten auf und ab.

Trotz allen Druckes auf die neue Regierung von Haiti konnte man eine gutwillige Abtretung der Zölle nicht erreichen. Das Standrecht wurde verhängt, und es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit der haitischen Bevölkerung. Erst nach erneuten Drohungen gelang den USA im November 1915 der Abschluß des von ihnen angestrebten Vertrages, der die Unabhängigkeit Haitis auch formell zur Aufhebung brachte.

Es erfolgte daraufhin nicht nur die Übertragung der Zolleinnahmen an die US-Amerikaner, sondern einem 'Finanzberater' mußte bedingungslos das Recht eingeräumt werden, in jeder Hinsicht nach eigenem Gutdünken zu verfahren^{*)}.

Er war der unumschränkte Herrscher in Haiti und nahm allein die Interessen der National City Bank wahr. Wenn der Präsident oder andere Kabinettsmitglieder der Scheinregierung von Haiti seinen Wünschen nicht gefügig waren, enthielt er ihnen ihre Gehälter vor. Einfache Marinesoldaten der USA fungierten in den verschiedenen Gemeinden als Aufsichtspersonen und besaßen weitreichende Befugnisse. Unbeschreibliche Korruption und zahllose Grausamkeiten, die unmöglich im einzelnen wiedergegeben werden können, waren die Folge^{*)}.

Das Volk lehnte sich gegen die Übergriffe auf, und in der Zeit von 1916 bis 1921 kam es überall zu offenen und versteckten Revolten, die aber unter dem Schreckensregiment der US-Amerikaner schnell zusammenbrachen. Nach dem amtlichen Bericht des Marine-Korps der Vereinigten Staaten sind 3250 so gut wie unbewaffnete Haitianer von Marinesoldaten bzw. Angehörigen der Gendarmerietruppe getötet worden. Sogar ein veralteter haitianischer Frondienst wurde wieder eingeführt, auf Grund dessen jeder Staatsangehörige Haitis eine gewisse Anzahl von Tagen an der Instandhaltung

^{*)} US Haiti Hearings S. 204—07, 394. US Foreign Relations 1915, S. 458.

^{*)} Inman 290—97.

der Straßen mitzuarbeiten hatte. Die Besatzungstruppen ergriffen die Männer, wo sie sie fanden, und kein körperlich tauglicher Einwohner des Landes war vor solchen Überfällen sicher, die mit afrikanischen Sklavenjagden vergangener Jahrhunderte größte Ähnlichkeit hatten.

Ein Protest führender Haitianer beim Senatsausschuß der USA stellte fest,

„daß die amerikanische Besetzung das schauerhafteste Regiment militärischer Gewaltherrschaft gewesen sei, das jemals namens der amerikanischen Demokratie geführt wurde“⁶⁾.

Den Mitteilungen eines aus Haiti zurückgekehrten Amerikaners entnehmen wir folgende Feststellung:

„ . . . Die Vereinigten Staaten . . . werden Haß, Groll und Verzweiflung im Herzen eines ganzen Volkes zurücklassen, — nicht zu reden von dem gar nicht wieder gutzumachenden Schaden, den sie ihrem eigenen Namen als Beschützer der Menschenrechte zugefügt haben . . .“⁶⁾.

Die US-amerikanischen Wirtschaftskreise machten nichtsdestoweniger erhebliche Geschäfte und neben den Zöllen wurden die Zuckerunternehmungen, Eisenbahngesellschaften, kurzum was überhaupt irgendwie von Wert war, von der National City Bank übernommen. Mit typisch amerikanischer Heuchelei erklärte der damalige Außenminister Lansing im Jahre 1917 zur Rechtfertigung der militärischen Besetzung von Haiti folgendes:

„Wir haben bei alledem nur einen einzigen Zweck im Auge, — nämlich dem haitianischen Volk zu helfen und zu verhindern, daß es durch unverantwortliche Revolutionäre ausgebeutet wird . . . Die USA haben keinerlei Angriffsabsichten und verfolgen keinerlei eigene Interessen bei der Errichtung des Protektorats . . .“⁷⁾.

⁶⁾ US Marine Corps 'Report on Haiti' S. 70—72.

⁶⁾ Nearing S. 147.

⁷⁾ Motherwell S. 44.

7. Santo Domingo.

Die Republik Santo Domingo, auf der gleichen Insel wie Haiti belegen, ist ebenfalls praktisch ein Protektorat der USA. Das Gebiet umfaßt 19 332 Quadratmeilen und hat 1 581 250 Einwohner. Der strategische Wert steht nicht hinter Haiti zurück.

Santo Domingo hat einen sehr fruchtbaren Boden und einen verhältnismäßig großen Zuckeranbau, — beides Faktoren, die schon frühzeitig die Aufmerksamkeit der USA auf sich lenkten.

Früher eine spanische Kolonie, war auch Santo Domingo gleich Haiti im Jahre 1799 seitens der Franzosen erworben, jedoch erzwang es sich durch eine im Jahre 1798 durchgeführte Revolution seine Unabhängigkeit¹⁾.

Schon im Verlauf des 19. Jahrhunderts wurden zum Teil amtliche Äußerungen in den USA laut, Santo Domingo den Vereinigten Staaten einzuverleiben. So hatte Präsident Grant im Jahre 1870 beim Senat beantragt, ihm die Befugnis zur Annexion dieses Gebietes zu erteilen. Wider Erwarten erhielt er jedoch nicht die erforderliche Mehrheit dafür²⁾.

Mit Beginn unseres Jahrhunderts war Santo Domingo erheblich verschuldet, und Interventionen europäischer Gläubiger standen zu erwarten. Wieder war es Theodore Roosevelt, der auf Druck von Finanzkreisen der Wallstreet dem Dollar-Imperialismus freien Lauf ließ.

Das vor allem an der Ausbeutung Santo Domingos interessierte Bankhaus Kuhn Loeb & Co. hatte nicht nur die Forderungen der europäischen Geldgeber aufgekauft, sondern dem Land im Jahre 1907 selbst eine Anleihe in Höhe von 20 Millionen Dollar gegeben.

In den folgenden Jahren erwarb auch die National City Bank, zu deren Gründungsdirektoren bekanntlich der Seniorchef der Firma Kuhn Loeb & Co., — Jacob Schiff —, gehörte, bedeutende Interessen in Santo Domingo³⁾. Aus dieser Verbindung dürfte sich wahrscheinlich das enge Zusammenarbeiten beider Konzerne in Santo Domingo erklären.

Ihnen schloß sich im Jahre 1921 die jüdische Finanzinstitution von Speyer & Co., sowie die Equitable Trust Co. mit Anleihen an. Letztere Bank wurde von Rockefeller und dem Juden Otto Kahn kontrolliert, der gleichzeitig als Direktor des Bankhauses Kuhn Loeb & Co. fungierte⁴⁾. Diese Gruppe machte sich mit Hilfe der USA-Regierung in wirtschaftlicher Hinsicht zum Herrn über Santo Domingo.

¹⁾ Hart S. 29, Welles S. 8, 17 ff.

²⁾ Latané S. 445, Welles S. 357 ff.

³⁾ US Foreign Relations 1907, S. 307—09, dto 1913, S. 459—66.

⁴⁾ Lundberg S. 223.

Als diese Republik im Jahre 1903 ihre Zahlungen einstellen mußte, glaubte Theodore Roosevelt sie vor dem Zugriff ihrer europäischen Gläubiger schützen zu müssen. Auf seinen Druck hin kam im Jahre 1905 ein Vertrag zwischen Washington und Santo Domingo zustande, wonach das gesamte Zoll- und Finanzwesen einschließlich des Schuldendienstes in die Hände der USA gelegt wurde. 55% sämtlicher Einnahmen waren für letzteren vorgesehen, und nur der Rest, von dem beträchtliche Verwaltungskosten zu bezahlen waren, floß der Regierung von Santo Domingo zu⁶⁾.

Diese Bedingungen waren aber selbst dem US-amerikanischen Senat zuviel und er verweigerte die Ratifizierung. Theodore Roosevelt war jedoch nicht um einen Ausweg verlegen. Er brachte die Rechtswirksamkeit durch ein sogenanntes Exekutivabkommen zustande, wofür die Zustimmung des Senates nach der Verfassung nicht erforderlich war⁷⁾.

Nach den üblichen Intrigen der Finanzgruppen erklärte sich der Senat schließlich im Jahre 1907 doch bereit, den ursprünglichen Vertrag mit geringen Abänderungen gutzuheißen. Wiederum war es ein sogenannter Finanzberater, der als eigentlicher Herrscher über Santo Domingo fungierte⁸⁾.

Mit dieser Regelung ging eine völlige Reorganisation der Staatsschulden und des Zinsendienstes einher. Kuhn Loeb & Co. hatten die Durchführung übernommen und stellten dafür 20 Millionen Dollar zur Verfügung, womit die Dominikanische Republik eine Domäne dieses jüdischen Bankhauses wurde⁹⁾.

Diese Vergewaltigungen fanden ihren Widerhall in verschiedenen Revolutionen, die am 4. Mai 1916 den Vorwand für die Landung US-amerikanischer Marinetruppen bildeten. Ihr Befehlshaber Kapitän H. S. Knapp, von Washington eingesetzt, übte bis zum Jahre 1924 die unumschränkte Gewalt-herrschaft über Santo Domingo aus. Er setzte die Beamten ab, löste die Regierung auf, untersagte die Wahl zur Volksvertretung und verhängte das Ständerecht. Er war höchster Gesetzgeber und oberster Richter und traf alle Verfügungen hinsichtlich Steuern, wie er auch die Schuldenlast des Landes

⁶⁾ US Foreign Relations 1905, S. 298, 334, 342, Welles S. 627.

⁷⁾ Corey S. 327, Ogg S. 255.

⁸⁾ US Foreign Relations 1907, S. 307—09, Bingham S. 35—37, Welles S. 649.

⁹⁾ Ogg S. 256.

weiterhin vergrößerte. Der Staatsschatz der Regierung wurde beschlagnahmt und Tausende von US-amerikanischen Marinesoldaten überschwemnten das Land. Flugzeuge warfen Bomben auf Städte und Dörfer, — jede Wohnung wurde nach Waffen und sonstigem Material durchsucht, Häuser niedergebrannt, Einwohner getötet, Konzentrationslager errichtet, Folterungen und andere unsagbare Grausamkeiten verübt, die hier unmöglich alle beschrieben werden können.

Proteste wurden nicht nur als gegenstandslos abgewiesen, sondern ihre Urheber schwer bestraft⁹⁾.

Gemäß offizieller Proklamation hat Washington die Militärdiktatur angeordnet, „weil die Regierung der USA die Einführung gewisser notwendiger Maßnahmen verlangte, die durchzusetzen die Regierung der Dominikanischen Republik nicht willens oder nicht imstande war“¹⁰⁾.

Mit anderen Worten haben die Vereinigten Staaten zu derart drastischen Vorkehrungen gegriffen, um Santo Domingo zum Abschluß eines Vertrages zu zwingen, der den US-amerikanischen Geldgebern die absolute Kontrolle über die Finanzen und die Verwaltung der Republik einräumte.

Es dürfte einem objektiven Beobachter hierbei ohne weiteres klar sein, daß hinter derartigen Handlungen des Dollar-Imperialismus die nackte Profitgier interessierter Wirtschafts- und Finanzgruppen stand. Dennoch fühlen sich amtliche US-amerikanische Volksvertreter bemüßigt, solche Eingriffe in das Leben und die Wirtschaft eines Landes mit allgemeinen Phrasen über menschliche Ideale zu verbrämen.

Theodore Roosevelt hat in seiner Jahresbotschaft von 1904 zu den Interventionen in Santo Domingo erklärt, sie seien nur darauf zurückzuführen, daß dort eine „Lockerung der Bande zivilisierter Gemeinschaften Platz gegriffen habe, und die USA infolgedessen die Rolle einer internationalen Polizeimacht zu übernehmen hatten“¹¹⁾.

Sind nicht auch diese Gedankengänge verwandt mit den Auffassungen eines Franklin Delano Roosevelt, der bei seinen Weltoberungsplänen ebenfalls davon spricht, Weltpolizist zum Schutz und zur Beglückung der Menschheit zu spielen?

⁹⁾ US Haiti Hearings S. 50—52, 93/4. Inman S. 282—89, Welles S. 797 ff.

¹⁰⁾ US Haiti Hearings S. 93/4.

¹¹⁾ US Congressional Record Bd. 39, S. 19.

IV. Südamerika.

Daß sich der Vormarsch des Dollarimperialismus zunächst auf die Anrainerstaaten des Karibischen Meeres konzentrierte, erklärt sich nicht zuletzt aus ihrer geographischen und strategischen Lage. Daneben aber war es die finanzielle und wirtschaftliche Durchdringung, die bereits vor Antritt der Präsidentschaft durch Franklin Delano Roosevelt zu einer völligen Abhängigkeit von Washington oder besser noch von der Wallstreet geführt hatte.

Bis zu seinem Einzug in das Weiße Haus sind die einzelnen Staaten Südamerikas größtenteils von den unmittelbaren Einwirkungen des Dollarimperialismus verschont geblieben.

Ein Land macht hier jedoch vor allem eine Ausnahme, nämlich Bolivien.

1. Bolivien.

Dieser Staat, unabhängig seit dem Jahre 1825, zählt bei einem Flächeninhalt von 537 792 Quadratmeilen 3 426 295 Einwohner. Angelockt durch seine Bodenschätze, insbesondere Zinn und neuerdings auch Öl, bemühten sich die Kreise der Wallstreet schon frühzeitig, hier Fuß zu fassen.

Vor allem waren es die im Zusammenhang mit Santo Domingo erwähnte jüdische Bank von Speyer & Co., sowie die Equitable Trust Co., die ihren finanziellen Würgegriff um Bolivien legten. Speyer & Co. stellten ihm bereits im Jahre 1906 eine Anleihe von 18,5 Millionen Dollar unter härtesten Bedingungen zur Verfügung. Es fehlte aber auch nicht die jüdische Gruppe Guggenheim, deren Macht in diesem Lande nicht zu unterschätzen ist¹⁾. Eine neue Anleihe von 26 Millionen Dollar folgte im Jahre 1922.

Bolivien hatte sich den von den Anleihegebern diktierten Forderungen zu fügen und sank damit praktisch zu einer Kolonie der USA herab. Abgesehen von Zinsen in Höhe von 8% wurde den USA das Eigentum an gewissen Bahnen nebst den sich daraus ergebenden Einnahmen übereignet.

¹⁾ Corey S. 332, Denny S. 257.

Bolivien mußte weiter sämtliche Ein- und Ausfuhrzölle, alle Einkünfte aus dem Branntwein- und 90% aus dem Tabak-Monopol, die gesamten Hypothekensteuern, ferner die Steuern auf die Nettoeinnahmen der Banken, Steuern auf die Nettogewinne der Bergbaugesellschaften, Konzessionssteuern usw. verpfänden. Vor allem war die Republik Bolivien gezwungen, den größten Teil der ihr gehörigen Aktien der bolivianischen Nationalbank an die Anleihegläubiger auszuhändigen und ihnen damit gleichzeitig die Kontrolle über diese Bank zu übertragen²⁾).

Damit aber nicht genug. Zur ordnungsmäßigen Durchführung der Anleihebestimmungen wurde außerdem noch eine aus drei Mitgliedern bestehende ständige Fiskalkommission eingesetzt. Obgleich ihre Ernennung offiziell durch den Präsidenten der Republik erfolgt, werden zwei von ihnen seitens der Banken vorgeschlagen, womit sie sich also die Mehrheit sichern. Aufgabe der Fiskal-Kommission ist es, die Erhebung aller Steuern und Einkünfte der Nation zu überwachen und fiskalisch zu begutachten. Damit unterstehen praktisch alle Staatseinnahmen der Aufsicht dreier Männer, von denen zwei seitens der Anleihegläubiger ernannt werden und von denen einer mit Sitz und Stimme im Direktorium der Nationalbank deren Politik mit bestimmt. Von einem eigenen unabhängigen Wirtschaftsleben Boliviens kann also nicht mehr die Rede sein.

Im Jahre 1928 erhielt Bolivien von den USA eine weitere Anleihe im Betrage von 23 Millionen Dollar. Einige Monate später kam es zu Grenzstreitigkeiten mit Paraguay. Ein Krieg wäre den US-amerikanischen Wirtschaftsinteressen indes in hohem Maße abträglich gewesen, denn außer den Anleihen waren auch sehr bedeutende Summen in Unternehmen verschiedenster Art angelegt. Also wurde der Gesandte der Vereinigten Staaten in La Paz kurzerhand angewiesen, „seinen Einfluß zu gebrauchen“, wodurch das beabsichtigte Resultat erzielt wurde: Bolivien verzichtete auf die kriegerische Auseinandersetzung mit seinem Nachbarn und unterbreitete den Streitfall der Pan-Amerikanischen Kommission unter Vorsitz des US-Amerikaners General McCoy, — genau wie es Washington verlangt hatte.

Neben ihren allgemeinen imperialistischen Zielen haben die USA die Vergewaltigung Boliviens besonders deshalb

²⁾ Nearing S. 30—34.

im Auge, weil es reich an Mineralien und gewissen Umfangs auch Öl ist. Ihre Interessen sind jedoch vor allem von der Beherrschung der Zinnminen diktiert. Bis vor ganz kurzer Zeit konnte man noch von einer Monopolstellung Großbritanniens auf dem Weltzinnmarkt sprechen. Es kontrollierte nicht nur die Förderung in den reichsten Gebieten von Burma, dem Malayischen Archipel, Niederländisch-Indien und Nigeria, also den größten Teil der Weltproduktion, sondern nannte auch die Zinnverhüttungsindustrie zu fast 100% sein eigen.

Seit etwa 40 Jahren haben sich die Vereinigten Staaten bemüht, dies Monopol zu brechen, bis vor kurzem jedoch ohne Erfolg. Nur in Bolivien zeitigten ihre diesbezüglichen Bemühungen das gewünschte Resultat, so daß es ihnen gelang, den britischen Einfluß allmählich zurückzudrängen.

Welches Urteil ist also zusammenfassend über die politische und wirtschaftliche Lage Boliviens zu fällen? Die Beantwortung dieser Frage wollen wir dem bekannten US-amerikanischen Schriftsteller Ludwell Denny überlassen, der sich wie folgt dazu äußert:

„Es ist das Zinn, das Bolivien zu einer Kolonie der USA macht. Wenn wir die Ausmaße der finanziellen Durchdringung dieses Landes mit amerikanischem Kapital unter die Lupe nehmen, so stellen wir fest, daß die Banken und sonstigen großen Konzerne der Wallstreet entweder den größten Teil der Rohstoffquellen Boliviens besitzen oder aber ihre Hypotheken darauf lasten. Sie sind es, die eine ausgedehnte Kontrolle über alle fiskalischen Belange dieses Staates, — wenn nicht gar über seine Innen- und Außenpolitik ausüben.“

Der staatliche Beauftragte für die Verwaltung der bolivianischen Bergwerke ist ein Amerikaner. Washingtons politische Beherrschung Boliviens offenbart sich am deutlichsten durch seine Haltung hinsichtlich der Grenzstreitigkeiten, die dieses Land mit Paraguay hatte. Es ergibt sich jedenfalls eindeutig, daß das bolivianische Volk inmitten großer natürlicher Reichtümer lebt und dennoch arm ist. Es lebt in einer Republik, die dem Namen nach zwar unabhängig, in Wirklichkeit aber den USA untertan ist“).

²⁾ Denny S. 202/3.

2. Paraguay.

Paraguay, der Nachbarstaat Boliviens, ist ebenfalls schon frühzeitig vom Dollar-Imperialismus heimgesucht worden. Bei einem Flächeninhalt von 174 854 Quadratmeilen hat Paraguay etwa eine Million Einwohner.

Als die Regierung im Jahre 1853 auf Grund ihrer Hoheitsrechte den Schiffsverkehr auf dem Parana-Fluß sperren wollte, protestierten die USA — wenngleich ohne Berechtigung — energisch dagegen. Ein Entrüstungsturm erhob sich in Washington, als das amerikanische Schiff *Waterwitch*, das den Fluß trotzdem zu passieren suchte, von paraguayischen Streitkräften beschossen wurde.

Der Präsident der Vereinigten Staaten wurde durch den Kongreß ermächtigt, in dieser Hinsicht alle ihm geeignet erscheinenden Schritte zu ergreifen. Er entsandte eine aus 19 Kriegsschiffen bestehende Flotte nach Paraguay, wodurch das kleine Land so eingeschüchtert wurde, daß es die Sperre sofort aufhob.

Die Willkür der US-amerikanischen Regierung hat sich selten deutlicher gezeigt als in diesem an und für sich kleinen Vorfall. — brach sie doch den Widerstand eines unabhängigen Staates, der nur seine Hoheitsrechte geltend gemacht hatte¹⁾.

¹⁾ Hart S. 136.

3. Chile.

An der Westküste Südamerikas erstreckt sich Chile in einer Ausdehnung von 296 717 Quadratmeilen. Es zählt 4 634 840 Einwohner. US-amerikanische Finanz- und Wirtschaftsgruppen, darunter Morgan, Guggenheim, Kuhn Loeb & Co., — mit Ausnahme von Morgan rein jüdische Konzerne, — gewannen auch hier schon früh sehr weitreichende Einflüsse.

Bereits im Jahre 1892 mischten sich die USA in die innerpolitischen Belange dieses Landes ein, — wollten sie doch nur einen ihnen genehmen Machthaber an der Regierung dulden.

Im Jahre 1891 war der chilenische Präsident Balmaceda bemüht, diktatorische Vollmachten an sich zu reißen, wobei er sich der Unterstützung der Vereinigten Staaten erfreute. Bei der Mehrheit des Volkes herrschte darüber große Erbitterung und die Kongreßpartei trat in offenen Widerspruch zu dem Präsidenten. Als er schließlich geschlagen war,

fand er Zuflucht in der amerikanischen Gesandtschaft. Auslieferungsbegehren der Kongreßpartei wurden abgelehnt.

Nicht genug damit, ergriffen sogar US-amerikanische Marine-Streitkräfte aktiv für ihn Partei.

Ein chilenisches Schiff, das im Auftrage der Kongreß-Partei Kriegsmaterial von San Diego, Kalifornien, geholt hatte, wurde von der US-amerikanischen Marine auf hoher See aufgebracht und gezwungen, unter ihrer Bewachung nach den USA zurückzukehren.

Zur Zeit dieses Zwischenfalls befanden sich 200 Mann des US-amerikanischen Kriegsschiffes Baltimore in Val Paraiso an Land. Die erbitterte chilenische Bevölkerung wandte sich gegen sie. Es kam zu blutigen Zusammenstößen, wobei zahlreiche Matrosen des US-amerikanischen Kriegsschiffes verletzt und einige getötet wurden¹⁾.

Am 25. Januar 1892 ersuchte Harrison, der damalige Präsident der USA, den Kongreß um Vollmachten, alle ihm geeignet erscheinenden Maßnahmen gegen Chile ergreifen zu dürfen. Er betonte die Pflicht der USA, in derartigen Fällen entsprechende Schritte zu unternehmen, und in der heuchlerischen Pose des Gönners aller kleinen Völker verlas er folgende Botschaft:

„Es ist in jeder Hinsicht mein Wunsch gewesen, enge freundschaftliche Beziehungen zu allen Regierungen unserer Hemisphäre zu pflegen. Wir begehren nicht ihr Land; uns liegt allein ihr Frieden, ihr Wohlergehen am Herzen. Wir streben keine Vorteile in unseren Beziehungen an, — höchstens einen vermehrten Handel zum beiderseitigen Nutzen. Wir bedauern jeden Bürgerkrieg, der ihren Frieden stört und ihre Entwicklung hemmt und sind jederzeit bereit, für die Wiederherstellung ihres Friedens einzutreten.

Immerhin darf keinerlei Unklarheit darüber herrschen, daß unsere Regierung trotz aller Nachsicht gegenüber den schwächeren Nationen dennoch ihren mächtigen und ausgiebigen Schutz auf ihre Bürger, Offiziere und selbst auf ihre einfachsten Matrosen ausdehnt, wenn sie das Opfer von Ausschreitungen oder Grausamkeiten werden, — nicht etwa weil man ihnen wegen ihres schlechten Betragens grollt, sondern wegen offizieller Handlungen ihrer Regierung²⁾.

¹⁾ Hart S. 191, Latané S. 648, Stuart S. 449 ff.

²⁾ Hart S. 192/3.

Noch während er diese Ausführungen machte, lief die von den USA geforderte demütige Entschuldigung der chilenischen Regierung ein, die den US-Amerikanern die zweifelloso erstrebte Möglichkeit nahm, die übliche Strafexpedition gegen dieses Land zur Durchführung zu bringen.

Die Provokation gegenüber Chile löste in ganz Südamerika starken Widerhall aus. Proteste in der Presse und öffentliche Erklärungen führender Staatsmänner prangerten die Ungehörigkeit der Maßnahmen des mächtigen Nachbarn im Norden an, dessen leichtfertige Kriegsdrohung das Vertrauen vieler Ibero-Amerikaner außerordentlich erschüttert hatte.

In der Folgezeit kam die chilenische Wirtschaft mehr und mehr unter den Einfluß der eingangs erwähnten US-amerikanischen Konzerne. Der Guggenheim-Trust kontrolliert in enger Gemeinschaft mit J. P. Morgan & Co. 35% der Salpeter-Industrie des Landes³⁾.

Aber auch jene Kreise der USA, die eine Beherrschung des Weltkupfermarktes anstrebten, zogen ihr Netz dichter und dichter. Auch hier war es das Verlangen nach dem Monopol. Laut Feststellungen des USA-Handelsministeriums belief sich die einheimische Kupfergewinnung der Vereinigten Staaten im Jahre 1926 auf 54% der Welterzeugung; US-amerikanische Gruppen kontrollierten 78% der Weltproduktion. Die bereits früher gegründete American Copper Export Association lebte um die gleiche Zeit wieder auf. In ihren Händen liegt etwa 90% des Welthandels; sie beherrscht u. a. die bedeutendsten Kupferminen in Chile, Peru, Mexiko, sowie in anderen ibero-amerikanischen Ländern und Kanada⁴⁾.

Die Guaranty Trust Co., die zu der Interessengruppe Morgan gehört, brachte zusammen mit Kuhn Loeb & Co. in der Zeit von 1925 bis 1929 chilenische Staatspapiere von insgesamt 90 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten unter, wodurch sie erhebliche Gewinne an Provisionen erzielten. Durch verlockende Anpreisungen wurde die Öffentlichkeit verleitet, die Papiere zu erwerben. Nach kurzer Zeit schon wurden die Zinszahlungen dafür eingestellt und somit zahlreichen Bürgern der USA beträchtlicher Schaden verursacht⁵⁾. Chile hat sich für seine Unabhängigkeit stets nach Kräften zur Wehr gesetzt.

³⁾ Corey, S. 436.

⁴⁾ Denny S. 192.

⁵⁾ Latané S. 647/8, Lundberg S. 231.

4. Peru.

Peru hat einen Flächeninhalt von 482 258 Quadratmeilen und 6 672 880 Einwohner. Das Land erhielt von den führenden Finanzgruppen der USA, vor allem von der National City Bank, Guaranty Trust Co. und Seligman Brothers zahlreiche Anleihen.

Die National City Bank legte u. a. in den USA peruanische Wertpapiere im Betrage von etwa 100 Millionen Dollar auf, trotzdem ihre Vertreter in Peru ausdrücklich davor warnten, dem Lande in Rücksicht auf seine Finanzlage überhaupt Anleihen in solcher Höhe zu überlassen. Tatsächlich wurde auch hier der Zinsendienst schon sehr bald eingestellt und die Öffentlichkeit erlitt erhebliche Verluste. Auch hier war ein großer Teil der Anleihegelder für sogenannte Kommissionen verwendet worden, — eine Bezeichnung, unter der selbst beträchtliche Summen an amtliche Stellen in Peru flossen, die irgendwie mit den Anleihen zu tun hatten. Durch ungesetzmäßige Handlungen zeichneten sich vor allem die jüdischen Bankiers Seligman aus. Sie zahlten an Juan Leguia, den Sohn des damaligen peruanischen Präsidenten, eine Summe von 415 000 Dollar, um durch seine Hilfe mit an dem Auftrag zur Auflegung der Anleihen beteiligt zu werden¹⁾.

¹⁾ Lundberg S. 227.

V. Nordamerika.

1. Kanada.

Im Norden Amerikas erstreckt sich das britische Dominion Kanada, wo im Gegensatz zu den lateinamerikanischen Staaten die gleiche Sprache und Kultur herrscht wie in den USA.

Um das Jahr 1866 waren offenkundig Bestrebungen der Vereinigten Staaten im Gange, Kanada ganz oder wenigstens zum Teil in ihren Staatenverband aufzunehmen. Angeblich war dies ein Grund dafür, daß loyale Kanadier den Zusammenschluß aller kanadischen Provinzen betrieben, — eine Maßnahme, durch die im Jahre 1867 auf Grund eines Aktes des britischen Parlaments formell das Dominion Kanada geschaffen wurde. Auf diese Weise hoffte man zu vermeiden, daß das Land stückweise von seinem großen Nachbarn übergeschluckt wurde.

Der Unwille der USA über diese Entwicklung der Dinge ergibt sich aus einer öffentlichen Erklärung des Repräsentantenhauses vom 27. März 1867, der wir folgendes entnehmen:

„Ein Staatenbund, der sich auf unserem Kontinent von Ozean zu Ozean erstreckt... und auf monarchistischen Prinzipien begründet ist, kann einzig und allein als im Gegensatz zu der Tradition und den immer wieder betonten Grundsätzen unserer Regierung betrachtet werden, der seine wichtigsten Interessen bedroht und geeignet ist, die bereits zwischen den unmittelbar beteiligten beiden Regierungen bestehenden Spannungen für immer zu verstärken...“¹⁾.

Auch hier gibt man als Grund für diese Haltung die Ablehnung politischer Anschauungen an, um dahinter die wirklichen Absichten zu verbergen. Damals war es die monarchistische Richtung, die nach Ansicht der Vereinigten Staaten unterdrückt werden mußte, wie sie sich heute berufen fühlen, gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen.

¹⁾ Hart S. 154/5.

Seit 1890 waren Bestrebungen der USA im Gange, eine Zollunion mit Kanada zu schaffen. Der Erfolg blieb aus²⁾.

Nach wie vor ließen die weiten und fruchtbaren Gebiete Kanadas und seine riesigen Bodenschätze den Finanz- und Wirtschaftskreisen der USA keine Ruhe. Seine ausgedehnten Ackerbauflächen und Wälder, Kohlenlager und Eisenerz-Reserven prädestinierten dieses Land geradezu für eine amerikanische Expansion.

Der Flächeninhalt Kanadas ist um etwa 800 000 qkm größer als das Gebiet der Vereinigten Staaten. Seine Gesamtanbaufläche beläuft sich auf 858 Millionen Morgen gegenüber nur 470 Millionen Morgen der USA. Die kanadischen Wälder umfassen 1 280 Millionen Morgen gegenüber 800 Millionen Morgen der USA.

Kanada besitzt ein Sechstel der gesamten Kohlenreserven der Welt, während sich in Neufundland allein Eisenerzlager von 3 635 Millionen tons finden. In seinem Buche 'Iron Ores' weist E. C. Eckel darauf hin, daß sich solche Lager über ganz Kanada hinweg von Neu-Braunschweig bis Britisch-Kolumbien erstrecken, die noch keineswegs hinreichend erforscht sind.

Nach Ansicht US-amerikanischer Sachverständiger dürfte die Eigenerzeugung der Vereinigten Staaten an Weizen und Fleisch in absehbarer Zeit nicht mehr zur Ernährung der einheimischen Bevölkerung ausreichen. Kanadischer Weizen wird dann unentbehrlich sein.

Die Holzversorgung der Vereinigten Staaten ist bereits wesentlich beeinträchtigt, sodaß man für Bau- und Papierholz schon auf die riesigen Vorräte Kanadas zurückgegriffen hat.

Die Kohlen von Neuschottland, sowie die Eisenerze von Neufundland sind von außerordentlicher Wichtigkeit und bieten der Schwerindustrie der USA bedeutende wirtschaftliche Vorteile³⁾.

Die unsichtbare Grenze, die beide Länder von einander trennt, hat sich keineswegs als Barriere gegen die Amerikanisierung Kanadas erwiesen. Mehr als eine Million Kanadier, das entspricht etwa einem Zehntel der gesamten Bevölkerung dieses Dominions, leben in den Vereinigten Staaten, während

²⁾ Hart S. 347/8.

³⁾ Nearing S. 20/1.

auf der andern Seite etwa eine halbe Million US-Amerikaner nach Kanada ausgewandert sind.

Von dem etwa 30 Milliarden Dollar betragenden kanadischen Vermögen befindet sich über ein Zehntel in US-amerikanischen Händen. Die kanadischen Gewinne stehen in engem Verhältnis zu den Summen, die den Vereinigten Staaten aus diesem Lande zufließen. Der Anteil Großbritanniens beträgt demgegenüber nur 7,4% oder roh umgerechnet 2 Milliarden Dollar im Vergleich zu US-amerikanischen Investitionen von 3 Milliarden. Diese Ziffern beziehen sich auf das Jahr 1928; sie basieren auf Schätzungen von Dr. K. W. Taylor von der McMaster Universität, die im Manchester Guardian Commercial vom 24. Januar 1929 wiedergegeben sind. Inzwischen hat US-amerikanisches Kapital aber schon in wesentlich stärkerem Maße in Kanada zum Nachteil Großbritanniens Fuß gefaßt⁴⁾.

In der Zeit von 1920 bis 1930 ist der Anteil Großbritanniens an dem in Kanada angelegten ausländischen Kapital von 77 auf 39% gefallen, während der Anteil der Vereinigten Staaten in der gleichen Zeit von 17 auf 57% anstieg. Nach den im Januar 1928 im englischen Parlament gemachten Ausführungen hat amerikanisches Wirtschaftskapital es verstanden, die Kontrolle über mehr als 1400 wirtschaftliche Unternehmungen in Kanada an sich zu reißen.

Kanada stellt den besten Markt für die Ausfuhr Güter der Vereinigten Staaten dar, wie es andererseits hinsichtlich ihrer Einfuhren zu den Hauptlieferanten zählt. Aber nicht nur in dieser Hinsicht wurde Großbritannien in steigendem Maße von den USA aus dem Felde geschlagen. „Es hat keinen Sinn“, so schrieb der Manchester Guardian Commercial vom 13. Juni 1929 in Erkenntnis der Situation, „daß wir uns vor der Tatsache verschließen, daß die Vereinigten Staaten seit dem Krieg die Vorherrschaft auch auf dem Gebiet der industriellen Entwicklung innehaben“.

Ebenso wie hinsichtlich des Kupfers suchten die Finanz- und Wirtschaftsgruppen der USA in Kanada das Monopol auf dem Welt-Nickelmarkt sicherzustellen. Nickel wird bekanntlich vor allem in Kanada, Neu-Kaledonien, Kuba, Griechenland, an der Goldküste und in Celebes gefunden. Die weitaus größte Produktion befindet sich aber in Kanada. Infolgedessen war seit Jahren zwischen den USA und Groß-

⁴⁾ Denny S. 118.9.

britannien ein Kampf um die Vorherrschaft in der Nickelindustrie entbrannt. Auf britischer Seite war es der Jude Lord Melchett, — sein ursprünglicher bürgerlicher Name war Mond, — der mit seiner Gesellschaft Mond Nickel Co. britische Interessen repräsentierte. Auf US-amerikanischer Seite führte die International Nickel Co. of New Jersey bei der Auseinandersetzung.

Beide Gesellschaften kontrollierten zusammen 90% aller Nickellager und der Produktion der Welt. Nach und nach hat sich aber ergeben, daß die International Nickel Co. stärker war, — und heute besteht kein Zweifel mehr darüber, daß US-amerikanisches Kapital auf dem Weltnickelmarkt die Vorherrschaft hat⁶⁾.

Die Krönung der Bemühungen des Dollar-Imperialismus hinsichtlich Kanada dürfte auch in die Zeit der dritten Amts-Periode Franklin Delano Roosevelts fallen, über deren Ereignisse wir noch unten berichten werden.

2. Alaska.

Im nordwestlichen Zipfel Nordamerikas, im Osten von Kanada begrenzt, liegt Alaska, fast eine Million Quadratmeilen groß.

Ursprünglich russisches Gebiet, kam im Jahre 1867 ein Vertrag zwischen dem zaristischen Rußland und den Vereinigten Staaten zustande, auf Grund dessen Alaska gegen Zahlung von 7,2 Millionen Dollar in den Besitz der letzteren überging. Das Abkommen wurde am 20. Juni 1867 vom Senat ratifiziert, jedoch stieß es im Repräsentantenhaus auf heftigen Widerstand. Es lehnte den Erwerb dieser ‚Gefrierzone‘ ab, jedoch stimmte man dem Vertrag schließlich zu, nachdem der russische Gesandte erhebliche Beträge an verschiedene Mitglieder des Repräsentantenhauses, sowie an die Presse gezahlt hatte. Am 18. Mai 1868 fand der Vertrag offiziell die Billigung des Repräsentantenhauses.

Der aufgewandte Kaufpreis war nicht allein innerhalb von 20 Jahren aus dem Erlös von Sealfellen gedeckt, sondern inzwischen sind unendliche natürliche Reichtümer in Alaska gefunden worden. Neben ausgedehnten Wäldern und riesigen Fischerei-Erträgen, besonders an Lachs, — finden sich

⁶⁾ Denny S. 190—92.

in Alaska nicht nur Gold, Silber, Kupfer, Kohle, sondern, wie vor allem in letzter Zeit festgestellt, — auch Erdöl¹⁾).

Aber auch der strategische Wert dieses Landes hat erheblich zugenommen. Gerade in den letzten Jahren sind auf der Aleuten-Gruppe, die sich weit ins Meer gegen Japan erstreckt, Marine- und Flugzeug-Stützpunkte geschaffen. Im Jahre 1940 wurden vor allem Dutch Harbor, Cord Bay und Kodiak zu Basen modernster Art ausgebaut.

Ein ausgedehntes Flugnetz sorgt dafür, daß auch während des Winters der Verkehr mit Alaska aufrecht erhalten bleibt.

Nach langjährigen Verhandlungen zwischen den USA und Kanada ist Anfang März 1942 ein Übereinkommen dahin erzielt worden, daß eine Autostraße durch kanadisches Gebiet von Britisch-Kolumbien und Yukon die Verbindung zwischen den Vereinigten Staaten und Alaska herstellt.

¹⁾ Latané S. 419—25, 461—76, Hart 155/6.

VI. Ostasien.

Mitte des vorigen Jahrhunderts war der Drang der US-Amerikaner von Osten nach Westen zum Abschluß gekommen. Diese ungeheure Welle, — einer Völkerwanderung vergleichbar, — war von der Küste des Atlantik bis an die Küste des Pazifik gebrandet. „Go West, my Son!“ Wende dich westwärts, mein Sohn, — das war die Parole der US-Amerikaner im 19. Jahrhundert.

Wie schon die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte zeigte, war die Tendenz US-amerikanischer Expansion nicht zum Stillstand gekommen. Die Blicke wanderten über das Meer und richteten sich natürlicherweise zunächst auf die weit verstreut über den Stillen Ozean liegenden Inseln¹⁾.

Das Jahr 1868 dürfte für die Ostasien-Politik der Vereinigten Staaten der Markstein sein. Fast unbemerkt von anderen Mächten, schlossen sie in diesem Jahr mit dem damals unabhängigen Königreich Samoa einen Vertrag ab.

1. Samoa.

Nach diesem Abkommen erwarben sie das Recht, den Hafen von Pago Pago auf der Insel Tutuila als Marinestation zu benutzen. Als Gegenleistung versprachen die USA, Differenzen zwischen der Regierung von Samoa und anderen Staaten zugunsten Samoas zu schlichten. Es handelte sich also um eine Art Schutzvertrag, der nur in eine andere Form gekleidet war.

Die US-Amerikaner verfolgten vor allem das Ziel, sich Stützpunkte im Pazifik zu sichern und ähnliche Bestrebungen anderer Länder, vor allem Deutschlands und Großbritanniens, zu unterbinden.

Deutsche Bemühungen, im Jahre 1885 eine Schutzherrschaft über einen Teil von Samoa zu errichten, lösten die sofortige Einmischung Washingtons aus. Diese Auseinandersetzungen, an denen auch Großbritannien teilnahm, ließen im

¹⁾ Dumond S. 1 ff.

Jahre 1889 ernste Verwicklungen unvermeidlich erscheinen. Dennoch gelang es, eine Verständigung herbeizuführen; durch den Vertrag von Berlin wurde das Königreich Samoa in drei Protektorate aufgeteilt, die Deutschland, Großbritannien und den USA unterstanden.

Dem Streben der Vereinigten Staaten, eine Basis im Stillen Ozean zu errichten, blieb also der Erfolg nicht versagt¹⁾.

¹⁾ Hart S. 288.

2. Hawai.

Das nächste Ziel des Dollar-Imperialismus war die durch den zweiten Weltkrieg besonders bekannt gewordene reiche und strategisch wichtige Inselgruppe Hawai mit ihrem großen natürlichen Hafen von Pearl Harbour. Bereits 1842 hatte der damalige Außenminister Webster betont, daß die USA keineswegs irgendwelche Besetzung der Sandwich Islands, wie Hawai damals hieß, durch eine fremde Macht dulden würden. Dessen ungeachtet versuchten unmittelbar darauf die Engländer, ihre Herrschaft in diesem Gebiet zu errichten, — ein Schritt, der den energischen Protest des Königs von Hawai auslöste. Hilfesuchend wandte er sich an die USA und appellierte an ihre Großmut und Standhaftigkeit mit der Bitte, ihren Einfluß geltend zu machen, um eine solche Ungerechtigkeit seitens der Briten zu verhindern. Die USA entsprachen diesem Wunsche und verliehen ihrer Intervention durch Entsendung eines Kriegsschiffes nach Hawai besonderen Nachdruck.

Ein Jahr später kamen Frankreich und England dahin überein, die Souveränität Hawais unangetastet zu lassen.

In den Vereinigten Staaten dagegen machten sich inzwischen immer größeren Umfangs Bestrebungen bemerkbar, Hawai zu annektieren. Wenngleich ihnen zunächst die Anerkennung und Unterstützung der Regierung versagt blieb, drohten die USA doch mit sofortigem Eingreifen, als Rußland im Jahre 1853 seinerseits Absichten auf Hawai bekundete. Aber wie immer wurde die Frage der endgültigen Übernahme der Hawai-Gruppe durch die US-Amerikaner dadurch geregelt, daß auch die Finanz- und Wirtschaftskreise als Schrittmacher für den Dollarimperialismus fungierten¹⁾.

¹⁾ Hart S. 183—87, Thomas S. 67 ff.

Seit 1875 floß mehr und mehr US-amerikanisches Kapital nach Hawai, das vor allem in den bedeutenden Zuckerplantagen investiert wurde.

Nach einem Vertrag aus dem Jahre 1877 zwischen dem Königreich Hawai und den USA erfolgte die Einfuhr des Zuckers zollfrei. Der Erfolg war, daß der Import der Vereinigten Staaten 1882 um das Fünffache, 1887 um das Zehnfache, nämlich auf 200 000 tons, stieg.

Als der Zuckereinfuhr von Kuba, Java und Brasilien 1890 auf Grund gesetzlicher Regelung die gleichen Vorteile eingeräumt wurden, fiel der Preis infolge der einsetzenden Konkurrenz mehr und mehr, sodaß laut Mitteilung des damaligen US-amerikanischen Gesandten in Hawai, Stevens, die dortige Zuckerindustrie fast zum Erliegen kam. Das bedeutete schwere Rückschläge für die US-amerikanischen Finanz- und Wirtschafts-Gruppen²⁾.

Nachdem sie sich der Unterstützung ihrer Regierung vergewissert hatten, handelten sie zur Wahrung ihrer bedrohten Interessen im Jahre 1893 völlig selbständig.

Eine Gruppe von 75 Ausländern in Honolulu bildete ein Komitee, das die einheimische Regierung für abgesetzt und die Annexion der Inseln durch die USA erklärte. Innerhalb von zwei Stunden waren 160 Marinesoldaten eines natürlich nur zufällig anwesenden US-amerikanischen Kriegsschiffes gelandet, um etwaigen Widerstand der einheimischen Bevölkerung zu brechen.

Präsident der sogenannten Revolutionsregierung von Hawai war der US-Amerikaner Dole, Besitzer der größten dortigen Zuckerplantagen. Er begab sich unverzüglich nach Washington, wo ihm ohne weiteres die Anerkennung seiner Regierung zuteil wurde³⁾.

Immerhin fand sich damals eine große Mehrheit in den USA, die ein solches Vorgehen der Finanzgruppen keineswegs billigte. Man versuchte daher, allgemein den Eindruck zu erwecken, als ob es sich bei der Revolution um den spontanen Ausbruch des Willens der einheimischen Bevölkerung gehandelt habe. Präsident Cleveland, der am 4. März 1893 Präsident Harrison in seinem Amte gefolgt war, ordnete zunächst eine Untersuchung der Vorgänge an. Sie ergab einwandfrei, daß die souveräne Regierung von Hawai mit akti-

²⁾ US Foreign Relations 1894 Appendix II S. 382/3.

³⁾ Nearing S. 74—78, 246.

ver Unterstützung amtlicher US-amerikanischer Stellen, — eingeschüchtert durch die Entsendung von Kriegsschiffen, — gestürzt worden war. Eine Botschaft Clevelands an den Kongreß vom Dezember 1893 offenbart nicht nur das ganze Netz von Intrigen der US-amerikanischen Finanzkreise, sondern auch seine eigene innere Verlogenheit.

Am Anfang seiner Ausführungen erklärte er, daß Recht und Gerechtigkeit allein den Weg zu bestimmen hätten, den man bei Behandlung dieser Angelegenheit zu gehen habe:

„Wenn nationale Anständigkeit“ — so führte er weiter aus, — „außer Acht gelassen und lediglich der Wunsch nach territorialer Ausdehnung oder gar die Unzufriedenheit mit einer Regierungsform, die uns nichts angeht, unsere Maßnahmen diktieren sollen, dann habe ich die Aufgaben und den Charakter unserer Regierung völlig mißverstanden.“

Er befürwortete die Wiedergutmachung des geschehenen Unrechts und verlangte die Wiedereinsetzung der Königin von Hawai in ihre angestammten Rechte.

Dann aber kam die Wendung seiner Haltung, in der Cleveland sein wahres Gesicht offenbarte. Pathetisch legte er dar, daß er von der Königin Amnestie für die Revolutionäre gefordert, sie dies Verlangen jedoch ablehnend beschieden habe. Dieser Umstand genügte, daß er sich sofort von den in der gleichen Rede gepriesenen Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit abwandte. Angelsächsischer Idealismus schien ihm unnütz an „eine halbwilde alte Dame verschwendet“ und resigniert erklärte er, nicht zu wissen, was jetzt zu tun. Infolgedessen überließ er ohne weitere eigene Stellungnahme dem Kongreß die Entscheidung.

Das Ergebnis konnte nicht zweifelhaft sein: die provisorische Regierung in Hawai blieb an der Macht, bis diese Inselgruppe während des spanisch-amerikanischen Krieges stillschweigend im Juli 1898 endgültig annektiert wurde⁴⁾.

⁴⁾ Motherwell S. 43, Nearing S. 77.

3. Die Philippinen.

Mit Rücksicht auf die Bedeutung der Philippinen und die Ereignisse, die sich bei ihrer derzeitigen Eroberung abspielten, lohnt es sich, daß wir uns etwas eingehender damit beschäftigen.

Die Inselgruppe umfaßt etwa 7 000 Inseln, von denen aber nur 2 400 bewohnt sind. Sie erstreckt sich über eine Fläche von etwa 300 000 Quadratkilometer bei etwa 16 Millionen Einwohnern. Außer Reis und Mais bringt dieses reiche, tropische Land auch Zuckerrohr, Tabak, Kakao und vor allem Manilahanf hervor. Nur 12% des Bodens befinden sich in Kultur. Die Philippinen wären ohne weiteres imstande, ein Vielfaches ihrer Bevölkerung zu ernähren. Außer bedeutenden Vorkommen an Chrom, Mangan und Eisenerzen finden sich Gold, Silber und Kohle. Die bedeutendste Insel der Philippinen ist Luzon mit der Hauptstadt Manila, einem internationalen Handelsplatz.

Bis zum Jahre 1898 unter spanischer Herrschaft stehend, hielten die USA den Zeitpunkt für gekommen, ihre Hand nach dem Besitz dieser Inseln auszustrecken. Die üblichen Phrasen von hohen Menschheitsidealen und das Schlagwort von der Befreiung geknechteter Völker waren das dürftige Mäntelchen, unter dem sich der Kriegswille des damaligen US-amerikanischen Präsidenten McKinley gegen Spanien versteckte. Das Kriegsglück war auf Seiten der Vereinigten Staaten.

Dem Oberbefehlshaber ihrer Streitkräfte im Fernen Osten, Admiral Dewey, gelang es schon kurz nach Ausbruch der Feindseligkeiten, die in den ostasiatischen Gewässern befindliche Flotte der Spanier zu vernichten. Indes mußte er erkennen, daß mangels eigener Landtruppen die Besetzung der Philippinen unmöglich sei. Auf Veranlassung seiner Regierung trat er mit Anguinaldo — einem ehemaligen Führer aufständischer Philippinos gegen die Spanier, — in Verbindung, der sich in Singapore aufhielt. Beseelt von dem Wunsche, seinem Volke die Freiheit zu erkämpfen, stellte er sich auf die Seite der US-Amerikaner. Noch ehe er sich an Bord des US-amerikanischen Kanonenbootes McCulloch nach Manila einschiffte, sandte er folgenden Aufruf an die Philippinos:

„Landsleute! Göttliche Vorsehung steht im Begriff, uns unsere Unabhängigkeit zu gewähren. Nicht aus eigennützigen Motiven, sondern aus Gründen der Menschlichkeit und wegen des bedauernswerten Zustandes sovieler unterdrückter Völker halten die US-Amerikaner die Zeit für gekommen, auch unser geliebtes Land unter ihre schützenden Fittiche zu nehmen... In diesem Augenblick bereiten sie einen Angriff von See her auf die Philippinen vor. Wir

Aufständischen müssen von Land aus eingreifen. Wo immer ihr die amerikanische Flagge wehen seht, versammelt Euch; dort sind unsere Erlöser.'

Wenige Tage später erließ er folgende weitere Proklamation:

„Die große nordamerikanische Nation, die Wiege der Freiheit, — ist gekommen, um uns Schutz zu gewähren. Sie verbindet damit keine eigenen Interessen, denn sie hält uns für zivilisiert genug, unser unglückliches Land selbst regieren zu können... Vergeßt nicht, daß die USA in diesen Krieg nicht aus Eroberungslust oder in der Hoffnung auf Gewinn eintraten, sondern einzig und allein, um uns zu befreien“¹⁾.

Unmittelbar nach seiner Ankunft in Manila begann eine enge Zusammenarbeit mit Admiral Dewey, dessen Aussagen vor dem Senatskomitee wir wörtlich das Folgende entnehmen:

„Er (Anguinaldo) hat sich wunderbar bewährt... Bis zum Eintreffen unserer Truppen tat er alles, was ich verlangte... Die Philippinos waren unsere Freunde; sie führten unsere Aufgaben durch... Wir schonten dadurch unsere Truppen...“²⁾

Die Philippinos schlugen sich tapfer und ihnen war es — wie selbst objektive amerikanische Quellen zugeben, — allein zu verdanken, daß die Besetzung ihres Landes durch die US-Amerikaner in so verhältnismäßig kurzer Zeit gelang.

Im Juni 1898 erfolgte bereits seitens Anguinaldos die Verkündung der Unabhängigkeit der Philippinen, ohne daß die USA Widerspruch erhoben.

Nachdem die Unterzeichnung des Waffenstillstandes am 12. August 1898 erfolgt war, forderte Präsident McKinley schon am nächsten Tag Admiral Dewey auf, ihm sofort einen genauen Bericht über den Wert der verschiedenen Inseln, den Charakter ihrer Bewohner, — über Kohlen und Mineralvorkommen, sowie über sonstige wirtschaftliche Möglichkeiten zu geben.

Noch brutaler und nüchterner werden die Ziele des Dollarimperialismus durch die Äußerungen eines Mitgliedes der ersten philippinischen Kommission, Mr. Denby, enthüllt:

„Es verbleibt die nüchterne praktische Frage: Wird der Besitz dieser Inseln unserer Nation zum Vorteil gereichen?

¹⁾ Congress Record 17. April 1900, S. 4287. Storey S. 45/6.

²⁾ Sen. Doc. 331 Part III, S. 2928 ff.

Wenn nicht, gebt ihnen morgen die Freiheit. Dann mögen sich ihre Bewohner den Schädel einschlagen, wenn es ihnen gefällt³⁾).

In Rücksicht auf die schwebenden Friedensverhandlungen konnte Präsident McKinley seine wahren Absichten indes nicht länger verbergen. Seine ganze Scheinheiligkeit offenbart sich in folgendem Bekenntnis:

„Nacht um Nacht wanderte ich im Weißen Haus auf und ab. Ich fiel auf die Knie und bat den Allmächtigen um Erleuchtung und Führung, die er mir eines Nachts gewährte. Danach blieb uns wirklich nichts anderes übrig, als uns der gesamten Inselgruppe anzunehmen⁴⁾).

Wie sehr überhaupt die Stimmung führender Kreise für eine Annexion war, wird am besten illustriert durch einen Ausspruch Whitelaw Reids, Herausgeber der Newyork Tribune und Abgeordneter der USA auf der spanisch-US-amerikanischen Friedenskonferenz in Paris. Er betonte mit Nachdruck:

„Der Stille Ozean befindet sich jetzt in unserer Gewalt. Machen wir den rechten Gebrauch von unserer Erwerbung, so werden die Vereinigten Staaten in der Lage sein, aus dem Pazifik einen amerikanischen Binnensee zu machen.“

Reid legte weiter die Gesichtspunkte dar, die ihn und die übrigen Abgeordneten der USA anlässlich der Pariser Verhandlungen leiteten:

„Unsere Staatskunst bedingt es jetzt und in Zukunft, daß wir unsere kommerziellen Verbindungen ausdehnen und uns entsprechende Märkte für den Überschuß unserer ausgezeichneten Produktion sichern. Wir sind heute die reichste Nation der Erde... Newyork, nicht London muß der geldliche Mittelpunkt der Welt sein...“⁵⁾).

Anfang Februar 1899 erkannten die Philippinos, daß die US-Amerikaner ihre feierlichen Versprechen nicht erfüllen und sie so um die Früchte ihres Kampfes betrügen würden. Sie griffen erneut zu den Waffen. Jahrelange erbitterte Kämpfe mit den US-Amerikanern folgten. Ganze Landstrecken fielen völliger Verwüstung anheim, und die von den US-amerikanischen Truppen verübten Grausamkeiten finden in der Geschichte kaum ihresgleichen.

³⁾ Forum, Februar 1899.

⁴⁾ Motherwell S. 49.

⁵⁾ Reid: S. 41/2, 191/2.

Sofort bei Beginn der Feindseligkeiten errichteten die US-Amerikaner Konzentrationslager, in denen sie Greuel verübten, die den britischen Schändlichkeiten gegenüber den Buren nicht nachstanden⁶⁾. Mit diesen Machenschaften ist der Name des Generals Smith unlösbar verknüpft, der darüber hinaus, wie sich aus einem Brief des damaligen Kriegsministers Root vom 12. Juli 1901 an den Präsidenten ergab, folgenden Befehl an seine Soldaten erlassen hatte:

„Ich wünsche nicht, daß Ihr Gefangene macht, sondern daß Ihr alles tötet und niederbrennt; je mehr desto besser“⁷⁾.

Aus den späteren Untersuchungen im Kriegsministerium, die vor allem in dem amtlichen Bericht vom 30. Juni 1901 niedergelegt sind, ergibt sich, daß nicht nur Verwundete, sondern auch Frauen und Kinder dahingemetzelt wurden. Ja, sogar den Toten gegenüber gab man seiner Verachtung dadurch Ausdruck, daß man den gefallenen Gegnern die Ohren abschnitt. Wieviele Philippinos in diesen Wirren getötet wurden, wird sich nie feststellen lassen. Laut einer Mitteilung in der Newyork Times vom 3. Mai 1901 bezifferte der Befehlshaber der Hauptinsel Luzon, General J. M. Bell, die Opfer mit einem Sechstel der Gesamtbevölkerung. Entsprechend der damaligen Einwohnerzahl würde das etwa 600.000 Seelen bedeuten⁸⁾.

Welchen Umfangs daneben das Land verwüstet und die Wirtschaft zum Erliegen gekommen war, ergibt sich aus dem Brief eines führenden Philippinos vom 2. August 1905 an den US-amerikanischen Gouverneur Taft. Unter Berufung auf statistisches Material führte er u. a. aus, daß in der Gemeinde Balayan der Bevölkerungsstand von 41 308 im Jahre 1896 auf 13 924 im Jahre 1905 zurückgegangen sei, — also um etwa zwei Drittel. Von 19 500 Hektar kultivierten Bodens im Jahre 1896 waren nur noch 1700 verblieben, und z. B. der Bestand an Kühen war von 3 680 auf nur 80 zusammengeschrumpft⁹⁾.

Aufschlußreich über die unsagbaren Grausamkeiten der US-amerikanischen Truppen ist ein Brief des Soldaten Andrew

⁶⁾ Sen. Doc. 57th Congress 1st Session Nr. 331, Part I—III, I—III, Storey S. 93, 107—09, 119—23, 129—39, 141/2.

⁷⁾ Storey S. 142.

⁸⁾ Sen. Doc. 57th Congress, 1st Session Nr. 331, Part I—III, Storey S. 93, 107—09, 119—23, 129—39, 141/2.

⁹⁾ Storey S. 216.

K. Weir vom 10. April 1901. Als Augenzeuge berichtet er von der Folterung eines gefangenen Philippinos, der entkleidet und unbarmherzig gepeitscht und geschlagen wurde, bis er auf dem Boden lag. Man versetzte ihm Fußtritte, zog ihn an den Daumen hoch, band ihm die Enkel zusammen und riß alsdann seine Füße vom Boden.

Der gleiche Zeuge beschuldigt seine Vorgesetzten weiterer furchtbarer Methoden den Gefangenen gegenüber. Er beschreibt u. a., wie ein Streifen Haut aus dem Bein geschnitten, an einem Stück Holz befestigt und durch Hochrollen das ganze Fleisch überm Schienbein weggerissen wurde. Er führt weiter aus, wie man einen alten Mann solange unter Wasser tauchte, bis er ohnmächtig war und schließlich, wie man wiederholt Leute mit einigen Metern Tau auf ein Pferd band, das zum Galopp angetrieben wurde. Das so gefesselte Opfer mußte natürlich herunterfallen und wurde alsdann hinter dem Pferd hergeschleift¹⁰⁾.

Als schlimmste Tortur war zweifellos die Wasserfolter anzusehen, die in zahllosen Fällen gegenüber den unglücklichen Philippinos angewandt wurde. Wir wollen uns darauf beschränken, einen Auszug aus der Newyork Evening Post vom 8. April 1902 wiederzugeben:

„Die Wasserkur ist die reinste Hölle. Der Eingeborene wird zu Boden geworfen, Arme und Beine gefesselt, der Kopf aber etwas aufgerichtet, um das Eingießen von Wasser zu erleichtern. Der Versuch, den Mund geschlossen zu halten, ist zwecklos. Ein Bambusstab oder ein Nasenstüber sind ein gutes Mittel dagegen. Jetzt wird ihm das Wasser eingegossen, das er schlucken muß, wenn er nicht ersticken will. Eine Gallone, — also etwa 4½ Liter Wasser, — ist viel, aber es folgt eine zweite und dritte. Das Opfer glaubt, bersten zu müssen, — das ist ein Irrtum. Die vierte und fünfte Gallone wird ihm eingetrichtert. Man kann sich nicht vorstellen, wie danach der Körper aussieht. In diesem Zustand ist Sprechen unmöglich, und so muß das Wasser wieder herausgedrückt werden. Manchmal erfolgt das auf natürliche Weise, aber mitunter helfen wir auch nach. Wir springen auf die Kerle herauf, damit es schnell geht, — sagte mir ein blutjunger Soldat mit einem Lächeln. — Wie oft diese Kur angewandt wird, weiß niemand, — ein Sergeant hatte es zwischen zwei- und dreihundert Mal er-

¹⁰⁾ Storey S. 144/5.

lebt, und manche Eingeborene wurden zwei- oder dreimal auf diese Weise gefoltert, ehe man sie zum Sprechen brachte.'

Zeit und Raum gestatten uns nicht, aus dem reichen amtlichen amerikanischen Material jene zahllosen Grausamkeiten zu berichten, die die US-amerikanischen Weltbeglückter auf den Philippinen verübten. Als sich die USA den immer lauter werdenden Apklagen in der Öffentlichkeit nicht mehr verschließen konnten, beauftragte das Kriegsministerium den Generalinspektor von Nord-Luzon mit Nachforschungen, die zahlreiche Beweise für die Richtigkeit der Angaben des Soldaten Weir erbrachten.

Das Resultat? Das Kriegsgericht verurteilte einen der Hauptschuldigen, einen hohen Offizier, zu einer Geldstrafe von ganzen fünfzig Dollar, — in anderen Fällen blieb es auch lediglich bei einem Verweis.

Selbst ein Theodore Roosevelt konnte sich der Feststellung nicht enthalten, daß die Stufen des Weißen Hauses schlüpf-⁴¹⁾rig von dem Blute der Opfer sind⁴¹⁾.

Fast gleichzeitig mit der Eroberung der Philippinen, die mit Kuba, Porto Rico und Guam einherging, besetzten die US-Amerikaner die strategisch so wichtigen Inseln Wake und Midway und sicherten sich damit eine ganze Kette von Stützpunkten über den Pazifik.

Die Bewegung der Philippinos, die ihnen feierlich versprochene Unabhängigkeit zu erlangen, nahm ihren Fortgang.

Im August 1914 erneuerte der Kongreß der USA das Versprechen, dem Lande die Freiheit zu geben, sobald es in 'seinem dauernden Interesse' liege. Es blieben leere Worte.

Im Jahre 1921 gab sich Washington den Anschein, in eine ernstliche Prüfung dieser Frage eintreten zu wollen. Unter Führung der Republikaner Wood und Forbes, — geschworene Gegner der Unabhängigkeit der Philippinen, — wurde eine Kommission entsandt, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu studieren.

Obgleich ihr Bericht, — unter dem Namen Wood-Forbes Report bekannt, — teilweise sehr zugunsten der Philippinos war, kam er doch zu dem Schluß, daß

der gegenwärtige Status ihres Landes solange aufrecht erhalten bleiben müsse, bis das Volk die bereits in seinen

⁴¹⁾ Storey S. 139.

Händen liegenden Machtbefugnisse genügend in sich aufgenommen habe und zu meistern verstände¹²⁾).

Kein Zweifel, daß hinter diesem Vorschlag auch jene Kreise zu suchen sind, die bei einer Lostrennung der Philippinen von den USA nicht nur um den Bestand, sondern vor allem auch um den Verlust der bedeutenden Erträge ihrer dortigen Investitionen fürchteten.

Eine Broschüre der amerikanischen Handelskammer in Manila aus dem Jahre 1924 ist in diesem Zusammenhang sehr aufschlußreich. Der Titel lautet: „Das Problem der Philippinen, dargestellt unter einem neuen Gesichtswinkel.“

Man wies u. a. darauf hin, daß der Kongreß den Philippinen nie ihre Unabhängigkeit zugestehen könne, — gehörten sie doch gleichermaßen zu den USA wie etwa Kalifornien oder Louisiana.

Aus den weiteren Ausführungen dieser Schrift geben wir folgende Ausführungen wieder, die keines Kommentars bedürfen:

„Wir haben den Philippinos niemals ein vorbehaltloses Versprechen auf Unabhängigkeit gegeben . . .

Wir sind in diesem Lande nicht nur als Besitzer, sondern auch als Herrscher . . .

Die Philippinen sind US-amerikanisches Gebiet . . . und können uns nicht durch einen Akt des Kongresses entfremdet werden . . .

Dem US-amerikanischen Volk gehören 63 Millionen Acres dieses Territoriums, das gleichzeitig die Basis unseres Handels mit China ist . . .

Dieser Teil der Welt ist der Schauplatz des Handels der Zukunft . . .

Hartfaser! Zauberwort des Handels! Mit den Philippinen liegt nicht nur das führende Gebiet der Welt für die Erzeugung von Hartfaser in amerikanischer Hand, sondern auch die einzige Quelle für Manilahanf . . .

Unsere heimischen landwirtschaftlichen Produkte und Fertigwaren finden hier einen von Jahr zu Jahr steigenden Markt . . .

¹²⁾ US Philippine Islands, Special Mission to — Report 1921. S. 21 ff., Storey S. 236—38.

Seid dessen eingedenk, — betrachtet es unter diesem Gesichtswinkel!¹³⁾.

Eine ähnliche Haltung ergibt sich aus den Worten des Kongreßmitgliedes James Begg. Anlässlich seines Besuches auf den Philippinen im Jahre 1925 erklärte er den Philipinos:

„Die USA werden die Philippinen niemals aufgeben, — das ist unmöglich . . . Amerikas künftiges Gedeihen ist größtenteils mit der Zukunft Ostasiens verknüpft. Die Philippinen sind der Vorposten der USA auf dem Wege zum Orient . . . Wir haben hier Fuß gefaßt. Unsere Truppen sind hier, — hier weht unsere Flagge“¹⁴⁾.

Unter Franklin Delano Roosevelt kam es zur Verabschiedung eines Gesetzes durch den Kongreß, wonach den Philippinos im Jahre 1946 die Unabhängigkeit zuteil werden sollte.

Wäre es diesmal zur Einlösung des Versprechens gekommen, — wäre es gleich den früheren Zusicherungen wiederum nur ein Fetzen Papier geblieben? Die Antwort muß offen bleiben, denn durch den Sieg der Japaner gehört der Dollar-Imperialismus in diesem Teil der Welt bereits der Vergangenheit an.

¹³⁾ Storey S. 269/70.

¹⁴⁾ Philippine Free Press vom 18. Juli 1925.

4. China und Japan.

Nach Abschluß des US-amerikanisch-spanischen Krieges beeilte sich der damalige Außenminister Knox im Jahre 1899, feierlich die US-amerikanische Politik der Offenen Tür in China zu verkünden. Sicherlich hängt dies mit der Eroberung der früheren spanischen Besitzungen in Ostasien, insbesondere mit den Philippinen, zusammen, denn seither betrachteten sich die Vereinigten Staaten als ostasiatische Macht. Sie waren daher willens, von diesem neu erworbenen Stützpunkt aus an den Auseinandersetzungen der europäischen Mächte und Japan über die Einfluß-Sphären in China teilzunehmen.

In der Folgezeit ist das Vordringen des Dollar-Imperialismus in Ostasien in immer stärkerem Maße zu beobachten, und immer wieder sind einzelne Bankgruppen wie J. P. Morgan & Co., die National City Bank und die jüdische Firma Kuhn Loeb & Co. führend beteiligt. Letztere waren die

Finanziers des damaligen Eisenbahnkönigs Harriman, der u. a. den gigantischen Plan verfolgte, den ganzen Erdball mit eigenen Schiffs- und Eisenbahnlinien zu umspannen. Von diesen Zielen der US-amerikanischen Finanz war die Politik der Offenen Tür in erster Linie diktiert. Die Vereinigten Staaten waren zwar willens, Sonderinteressen und Einfluß-Sphären der verschiedenen Mächte bestehen zu lassen, forderten aber für sich gleiches Recht hinsichtlich der Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit allen Teilen Chinas.

Schon zur Zeit der Eroberung der Philippinen hatten US-amerikanische Wirtschaftskreise, — vor allem die Standard Oil Co. und die American Sugar Refining Co. —, über die von ihnen beherrschte American Chinese Development Co. eine Konzession derart erhalten, an dem südlichen Ende der geplanten Eisenbahn von Peking nach Kanton Bauvorhaben auszuführen. Der nördliche Teil dieser Bahnlinie wurde von französisch-belgischen Finanzkreisen unter Führung König Leopolds in Angriff genommen, jedoch gelang es dem Morgan-Konzern im Jahre 1905, die Interessen dieser Gruppe aufzukaufen¹⁾.

Gleichzeitig vermochte er die Aktienmehrheit in der American Chinese Development Co. an sich zu bringen. Trotz eines ausdrücklichen Hinweises von Theodore Roosevelt, daß eine amerikanische Kontrolle dieses Unternehmens auch weiterhin erwünscht sei, zog Morgan es dennoch nicht nur mit Rücksicht auf die damaligen unsicheren Verhältnisse in China, sondern auch im Hinblick auf eine beträchtliche Verdienstspanne vor, mit einem Aufgeld von 100% an die chinesische Regierung zu verkaufen²⁾.

Auch andere Finanzkreise hatten bereits ihr Augenmerk auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten Chinas gerichtet. Sie gründeten im Jahre 1902 die International Banking Corporation, die später der National City Bank, Newyork, als Zweigunternehmen eingegliedert wurde. Ihrem Direktorium gehörten u. a. Edward Harriman und der Jude Isaac Guggenheim an³⁾.

In kurzer Zeit gelang es diesem Konzern, sich einen er-

¹⁾ Croly: Willard Straight, S. 287.

²⁾ Corey S. 328—30.

³⁾ Commercial and Financial Chronicle vom 25. Januar 1902, S. 181.

heblichen Einfluß auf alle Transaktionen der chinesischen Regierung zu sichern.

Während des russisch-japanischen Krieges stellte sich das Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. hinsichtlich der Finanzierung des Krieges den Japanern zur Verfügung und gewährte ihnen eine Anleihe von 130 Millionen Dollar⁴⁾. Zweifellos war diese Maßnahme diktiert von dem Haß des Weltjudentums gegenüber dem zaristischen Rußland und in der Absicht, zusammen mit Japanern in dem Gebiet des jetzigen Mandschukuo wirtschaftliche Konzessionen aller Art zu erwerben.

Harriman versuchte gemeinsam mit Japan Einfluß auf die mandschurische Bahn zu erlangen. Nach einer Verständigung der Japaner mit den Chinesen zum Nachteil der US-Amerikaner wurde dieses Vorhaben jedoch durchkreuzt. Harriman und Kuhn, Loeb & Co. beschloßen nunmehr, mit Unterstützung der Regierung der USA die American Chinese Manchurian Bank zu gründen und zukünftige Eisenbahnbauten zu finanzieren. Diesbezügliche Verhandlungen mit der chinesischen Regierung hinsichtlich einer Anleihe von 20 Millionen Dollar scheiterten erst im letzten Augenblick⁵⁾.

Die Bemühungen des Dollar-Imperialismus, seinen Einfluß auch in China auszudehnen, erfuhren ihre Krönung im Januar 1909. Zu dieser Zeit verhandelten deutsche, britische und französische Bankkreise über eine Anleihe zum Bau einer Eisenbahn in China.

Ein amerikanisches Bankensyndikat unter Führung von J. P. Morgan & Co. und Kuhn, Loeb & Co., die mit der First National Bank, der National City Bank und Harriman zusammenarbeiteten, bemühte sich, an dieser Anleihe beteiligt zu werden. Jacob Schiff, Seniorpartner von Kuhn, Loeb & Co., tat sich hierbei besonders hervor⁶⁾. Vergebens. Sodann schaltete sich der damalige Außenminister Knox vier Tage nach der Veröffentlichung über den endgültig erfolgten Abschluß der Anleihe ein und verlangte die Teilnahme der genannten US-amerikanischen Finanz- und Wirtschaftskreise. Er scheute sich nicht, schärfsten diplomatischen Druck auf China auszuüben —, allerdings ohne damit Erfolg zu haben. Infolgedessen entschloß sich der damalige USA-Präsident Taft entgegen allen diplomatischen Gewohnheiten, eine persönliche

⁴⁾ Croly: Willard Straight, S. 239.

⁵⁾ Corey, S. 328/9.

⁶⁾ Croly: Willard Straight, S. 277—81.

Botschaft an den chinesischen Regenten zu senden. Er forderte unumwunden die Zulassung seiner Landsleute und erreichte, daß dem stattgegeben wurde⁷⁾.

Damit begann die Ausbreitung amerikanischen Einflusses in China. Im Oktober 1909 erfolgte von dieser Seite die Finanzierung einer neuen Eisenbahnlinie zwischen Tschintschau und Aigun, — ein Resultat, das hauptsächlich auf die Tätigkeit des früheren US-amerikanischen Generalkonsuls in Mukden, Willard Straight, zurückzuführen war, der danach als Vertreter der Bankgruppe Morgan fungierte. Die Gelder wurden nicht allein von diesem Konzern, sondern wiederum auch von Kuhn Loeb & Co., der First National Bank und der National City Bank gegeben.

Außenminister Knox nahm diese Transaktion zum Anlaß, an Großbritannien eine Note des Inhalts zu richten, daß die mandschurischen Bahnen durch die USA, England, Japan und Rußland garantiert und neutralisiert werden sollten. Der Vorschlag war von dem Wunsche diktiert, den wachsenden japanischen Einfluß aus diesem Teil Chinas zu verdrängen, er scheiterte jedoch an der Tatsache, daß Japan derzeit mit Großbritannien verbündet war⁸⁾.

Die Währungsverhältnisse in China verschlechterten sich zunehmend, und verschiedene internationale Finanzkreise hielten eine Stabilisierung insbesondere hinsichtlich der Mandschurei für unbedingt erforderlich. Zu diesem Zwecke sollte eine Anleihe von 10 Millionen Dollar auf die Dauer von vierzig Jahren zur Verfügung gestellt werden, wobei auf amerikanischer Seite die bereits wiederholt genannten Bankgruppen führend waren.

Die chinesische Revolution von 1911 unterbrach die diesbezüglichen Verhandlungen. Nach Beendigung der Wirren schlug die siegreiche Revolutionsregierung im Jahre 1913 vor, eine Anleihe von 125 Millionen Dollar für die durchzuführende Reorganisation von einem internationalen Konsortium aufzunehmen⁹⁾.

Woodrow Wilson, dessen imperialistischen Ziele wir bereits des öfteren dargelegt haben, billigte aus unerklärlichen

⁷⁾ US Foreign Relations 1909 S. 144—179, Corey S. 333—35.

⁸⁾ US Foreign Relations 1910, S. 234, 249, 251.

⁹⁾ Woolf S. 97.

Gründen nicht die Beteiligung US-amerikanischer Banken an dieser Anleihe¹⁰⁾.

Dennoch hatte der Dollar-Imperialismus bereits erhebliche Fortschritte gemacht, wie die in Osaka erscheinende japanische Zeitung Asahi Shimbun im Mai 1912 mit folgender Ausführung unterstrich:

„Die Vereinigten Staaten, die weder territoriale Konzessionen noch geographische Vorteile in China besitzen, haben die politische und finanzielle Führung des Landes an sich gerissen . . . Durch kühne und geschickte Diplomatie haben sie Japan, Rußland und England in den Hintergrund gedrängt, obgleich deren Rechte und Interessen vorherrschen¹¹⁾.

Der Ausbruch des ersten Weltkrieges sah US-amerikanische Bankgruppen bei finanziellen Transaktionen mit China bald wieder im Vordergrund. Im Mai 1916 überließ die American International Corporation, eine Tochtergesellschaft des Morgan-Konzerns, der chinesischen Regierung bereits eine Anleihe von drei Millionen Dollar und im gleichen Monat erlangte ein Chicagoer Unternehmen eine Konzession für den Bau einer etwa 2400 km langen Eisenbahnlinie.

Die wirtschaftliche Erschließung Chinas war für die europäischen Mächte vorübergehend ohne Interesse. Die diesbezüglichen Bestrebungen der USA und Japan verstärkten sich dagegen, aber ihre Interessengegensätze traten immer deutlicher hervor. Man versuchte zunächst zu einem Kompromiß zu gelangen und unterzeichnete am 2. November 1917 ein Geheimabkommen, wonach sich beide Mächte verpflichteten, nicht nur die Politik der Offenen Tür fortzusetzen, sondern sich vor allem dem Erwerb irgendwelcher Privilegien anderer Mächte in China entschieden zu widersetzen¹²⁾.

Woodrow Wilson, der vier Jahre vorher eine Beteiligung US-amerikanischer Banken an der chinesischen Anleihe heuchlerisch abgelehnt hatte, „um eine Einmischung in die finanziellen oder gar politischen Belange dieses großen orientalischen Staates zu vermeiden“, trug keine Bedenken mehr, dies viel weitergehende Abkommen gutzuheißen.

Der US-amerikanische Druck offenbart sich am deutlichsten durch die 1917 erfolgte Kriegserklärung Chinas an

¹⁰⁾ Ogg S. 316.

¹¹⁾ Bland S. 331.

¹²⁾ Sen Doc. 66th Congress 1st Sess. Nr. 106, S. 225.

das Deutsche Reich¹³⁾. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es wiederum die genannten US-amerikanischen Finanzkreise waren, die diesen Schritt erzwangen. Zum Lohn erklärte sich schon im folgenden Jahre ein US-amerikanisches Banken-Konsortium — darunter in erster Linie die oben genannten Konzerne — zur Hergabe einer größeren Anleihe an China bereit. Die Verhandlungen zogen sich lange hin und wurden auf der Friedenskonferenz in Paris im Jahre 1919 fortgesetzt. Es galt hierbei, die zum Teil erheblich entgegengesetzten Interessen der USA, Frankreichs, Englands und Japans zu überbrücken.

Erst im Oktober 1920 kam es zum Abschluß mit dem sogenannten China-Konsortium, an dem die genannten Mächte beteiligt waren.

Die Vereinigten Staaten wurden von J. P. Morgan & Co., Kuhn Loeb & Co., The National City Bank, Guaranty Trust Co. of Newyork usw. vertreten.

Nach dem Abkommen sollten die beteiligten Mächte alle Anleihegeschäfte der chinesischen Regierung oder sonstiger amtlicher chinesischer Stellen durchführen und absolut gleichmäßig an allen Transaktionen beteiligt sein. Falls jedoch eine Gruppe den auf sie entfallenden Anteil an chinesischen Wertpapieren in ihrem Lande nicht unterzubringen vermochte, konnte sie einer andern Gruppe ihren Anteil übertragen.

Dieser letztere Punkt offenbart die wahren Absichten der USA, die infolge des ersten Weltkrieges zum Gläubiger ganz Europas geworden waren. Seine Geldmärkte waren völlig erschöpft und daher außerstande, größere Summen in chinesischen Anleihen anzulegen. An ihre Stelle traten die USA, und China wurde damit automatisch zu ihrer Einfluß-Sphäre.

Erneute Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und Japan waren aber bereits bei Behandlung der Schantungfrage hervorgetreten. Auf der Friedenskonferenz von Paris hatte Japan verlangt, daß ihm diese Provinz als Interessengebiet überlassen bleibe. Washington widersetzte sich dieser Forderung mit der Begründung, daß darin eine Verletzung der Politik der Offenen Tür zu erblicken sei. Japan, unterstützt durch Großbritannien, vermochte seine Ansprüche jedoch durchzusetzen, was zu einer erheblichen Trübung der

¹³⁾ Ogg S. 323.

Beziehungen zu den USA führte. Dieser Sieg Japans gegenüber den Vereinigten Staaten wurde durch die Bildung des China-Konsortiums wieder zunichte gemacht; da nach seinen Bestimmungen die ursprünglichen Einflußgebiete der verschiedenen Länder abgeschafft und durch eine gemeinsame internationale Kontrolle über ganz China ersetzt werden sollten.

Als weitere Folge dieser internationalen Konvention ist die Einberufung der Konferenz von Washington vom 12. November 1921 anzusehen, die bis zum 6. Februar 1922 tagte und sich insbesondere mit Fragen betr. Ostasien und Aufrüstung beschäftigte.

Anläßlich dieser Konferenz schlossen die beteiligten vier Staaten ein Abkommen, wonach der Grundsatz der Offenen Tür erneut bestätigt und der Status quo in Ostasien von Japan, den USA, Großbritannien und Frankreich anerkannt wurde.

Der größte Triumph für die US-Amerikaner war aber, daß das zwischen Japan und Großbritannien am 13. Juli 1911 abgeschlossene Bündnis mit Ratifizierung des vorliegenden Vertrages außer Kraft treten sollte¹⁴⁾.

Die Genügtuung der interessierten US-amerikanischen Kreise über diesen Erfolg fand in den Worten des US-amerikanischen Senators Lodge Ausdruck, der sich am 8. März 1922 vor dem Kongreß wie folgt äußerte:

„Der wichtigste und bedeutendste Punkt des Abkommens ist die Beendigung der englisch-japanischen Allianz. Das war auch das Hauptziel des Vertrages.“

Er fügte hinzu, daß dieses Bündnis das gefährlichste Element hinsichtlich der US-amerikanischen Beziehungen im Fernen Osten und im Pazifik darstellte¹⁵⁾.

Diese Entwicklung der Dinge mußte die USA in immer größeren Widerspruch zu den japanischen Bestrebungen zur Schaffung einer neuen ostasiatischen Ordnung bringen. Aber auch auf anderen Gebieten taten die US-Amerikaner alles, um sich den japanischen Plänen entgegenzustellen.

Als die Japaner auf Grund des Blutbades von Nikolajew in Sibirien in den nördlichen Teil von Sachalin einzumar-

¹⁴⁾ Sen. Doc. 67th Congress 2nd Session Nr. 126 S. 889 ff.

¹⁵⁾ US Congressional Record Bd. 62 vom 8. März 1922, S. 3547 ff.

schieren drohten, versuchte man zunächst auf diplomatischem Wege, sie davon abzuhalten. Nachdem aber alle Proteste erfolglos blieben, sandte Wilson ein Expeditionskorps, um durch eigene bewaffnete Streitkräfte an Ort und Stelle ein Wort mitzusprechen. Im Verlauf der weiteren diplomatischen Entwicklung gelang es den USA schließlich, die Japaner zur Räumung dieser der Sowjet-Union gehörenden Gebiete zu veranlassen.

Darüber hinaus vermochte der US-amerikanische Ölmagnat Sinclair die Ausbeutung der reichen Kohlen- und Ölfelder von Nord-Sachalin durch die Japaner zu verhindern. Sinclair erhielt im Oktober 1923 nach längeren Vorverhandlungen von Moskau eine entsprechende Konzession, die einem völligen Monopol gleichkam.

Bei ihm handelt es sich um den Hauptangeklagten in dem berüchtigten Teapot-Dome-Skandal, — einer der größten Korruptionsaffären der USA. Sinclair endete im Gefängnis, so daß es nicht mehr zur Ausnutzung der ihm gewährten Konzession kam und die Sowjet-Union infolgedessen ihre Aufhebung verfügte. Auf jeden Fall war aber zunächst erreicht worden, ähnliche Absichten der Japaner zu unterbinden¹⁰⁾.

¹⁰⁾ Denny S. 288/9.

VII. Vorderasien.

„Seit 1908 ist die Geschichte des Nahen Ostens in Blut und Öl geschrieben; während der sechs vorhergehenden Jahrhunderte war sie allein in Blut geschrieben.“

Die ungeheuren natürlichen Reichtümer jener Gebiete, die der ganzen Menschheit zugute kommen sollten, haben lediglich Unehre, Verrat, Krieg und Zerstörung verursacht, — eine Folge der Habgier wirtschaftlicher Interessen hinter der auswärtigen Politik der Großmächte . . .

Die US-Amerikaner hatten bereits eine blühende westliche Zivilisation in Kleinasien aufgerichtet; diese Zivilisation ist in Öl ertränkt . . . Der Weg der US-amerikanischen Regierung ist mit unerfüllten Versprechungen und gebrochenen Zusicherungen besät . . .“).

Dollar-Imperialismus war seit langem auf dem Marsch in Vorderasien. Durch sogenannte humanitäre Einrichtungen aller Art hatte man Jahrzehnte hindurch das Ziel vorbereitet. Die USA hatten Krankenhäuser, Schulen, Universitäten usw. errichtet und bis zum Jahre 1924 etwa 136 Millionen Dollar dafür aufgewendet¹⁾. Daß hierfür nicht allein selbstlose Beweggründe maßgebend waren, dürfte ohne weiteres klar sein, jedoch werden wir auch durch unsere nachfolgenden Ausführungen den Beweis dafür erbringen.

Finanz- und Wirtschaftsgruppen der USA, vor allem die Standard Oil Co., die verschiedenen amerikanischen Tabak-Konzerne, sowie die Inhaber der sogenannten Chester-Konzession standen im Vordergrund. Wie sehr der Dollar-Imperialismus auch in diesem Teil der Erde seinen Nutzen wahrzunehmen suchte und sucht, dürfte sich am besten aus einem Geheimbericht der US-Marine ergeben. Es wird darin betont, daß Anfang 1919 mehrere US-amerikanische Zerstörer nach dem Nahen Osten abkommandiert wurden, weil die Vereinigten Staaten dort ausgedehnte Interessen besaßen...

¹⁾ Bierstadt S. 148/9.

²⁾ Bierstadt S. 6, 19.

„Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten“, so fährt der Bericht fort, — „wurden durch die Vertreter US-amerikanischer kommerzieller Interessen aufs sorgfältigste untersucht, denen die Marine jede nur denkbare Unterstützung gewährte. Sie ermöglichte nicht nur die Überfahrt zu den verschiedenen Plätzen, sondern alle Informationen über kommerzielle Betätigung, die die Marineoffiziere anlässlich ihrer häufigen Rundfahrten im Schwarzen Meer zu erlangen vermochten, wurden ihnen zur Verfügung gestellt. . . Ein Zerstörer ist beständig in Samsun, Türkei, stationiert, um die dortigen amerikanischen Tabak-Interessen zu schützen . . . Die US-amerikanischen Tabakkonzerne sind praktisch völlig auf die moralische Wirkung eines im Hafen liegenden amerikanischen Kriegsschiffes angewiesen, um die Freigabe des Tabaks zur Verschiffung zu erwirken“³⁾.

Das größte Ausmaß wirtschaftlicher Vorteile erreichten die US-Amerikaner durch die Chester-Konzession.

Chester, ein US-amerikanischer Marineoffizier, befand sich bereits lange vor Ausbruch des ersten Weltkrieges in der Türkei und verschaffte sich eingehende Kenntnisse der dortigen Verhältnisse. Im Jahre 1908 schlug er den Türken mit Zustimmung Theodore Roosevelts und der Handelskammer von Newyork eine umfassende Verbesserung ihrer Hafen- und Bahnanlagen vor und fand dafür das Interesse ihrer Regierung. Infolge der türkischen Revolution kam es jedoch nicht zur Erteilung der von Chester angestrebten Konzession. Nichtsdestoweniger hatte er bereits eine Gesellschaft unter dem Namen Ottoman American Development Co. ins Leben gerufen. Im Jahre 1910 bestätigte ihm das türkische Arbeitsministerium offiziell die Konzession, deren praktische Verwertung indes durch den türkisch-italienischen Krieg im Jahre 1911, sowie die beiden Balkankriege von 1912 und den Weltkrieg von 1914—18 unterblieb⁴⁾.

1922 griff Chester auf die ursprüngliche Konzession zurück und trat in neue Verhandlungen mit der türkischen Nationalversammlung, die ihm am 11. April 1923 die Konzession endgültig übertrug und die Rechte des anfänglichen Vertrages noch erheblich erweiterte⁵⁾.

³⁾ Bierstadt S. 97/8.

⁴⁾ Bierstadt S. 137/8.

⁵⁾ Current History Magazine Bd. 16, S. 955 ff.

Die Konzession sah den Bau von Eisenbahnlinien in Kleinasien in einer Gesamtlänge von 2714 Meilen vor. Daneben war dem US-amerikanischen Konzern das Recht zugestanden, auf beiden Seiten der Bahn in einer Ausdehnung von je 20 km die Ausbeutung der Bodenschätze durchzuführen. Es handelte sich dabei um eine Gesamtfläche von etwa 100 000 Quadratmeilen mit reichen Vorkommen an Öl, Quecksilber, Platin, Silber, Gold, Eisen, Blei, Mangan, Zink, Nickel, Antimon, Kohle, Salz usw.⁶⁾.

Der Vertrag war auf 99 Jahre abgeschlossen, jedoch hatte die türkische Regierung das Recht, die Eisenbahnlinien sowie die von Chester anzulegenden beiden Häfen nach 30 Jahren zu erwerben. Für die Erschließung der Gebiete entlang der Bahn veranschlagte man eine Summe von 200 bis 300 Millionen Dollar, während die Ausbeute ihrer Bodenschätze auf 10 Milliarden Dollar geschätzt wurde. Den Ertrag der Ölfelder in den Distrikten von Erzerum, Bitlis und Van, die in die Konzessionen eingeschlossen waren, berechneten Sachverständige mit 8 Milliarden Fässern. Die Kupfervorkommen bei Arghana sollen etwa 200 Millionen tons hochwertiger Kupfererze enthalten⁷⁾.

Die Abmachungen der türkischen Regierung mit Chester aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg schlossen auch das Gebiet von Mossul mit ein. Es ist unmöglich, im einzelnen auf die Machtkämpfe zwischen den USA, Großbritannien und Frankreich um die Oberhand in diesem reichen Ölgebiet einzugehen. Admiral Chester berief sich auf das ursprüngliche Abkommen und verlangte die Ausdehnung der neuen Konzession auch auf Mossul.

Abgesehen davon, daß die Turkish Petroleum Co., ein britischer Konzern, — gleichfalls aus der Vorkriegszeit eine Konzession für Mossul besaß, vertrat Großbritannien den Standpunkt, daß es sich dabei in Rücksicht auf das ihm vom Völkerbund übertragene Mandat über den Irak um britisches Gebiet handelte⁸⁾.

Als Washington diplomatischen Druck zugunsten Chesters ausübte, drohte London mit Einstellung der Zahlung seiner Kriegsschulden. Der Chester-Gruppe erstand nun im eigenen Lande ein mächtiger Gegner in der Standard Oil Co., die ihr

⁶⁾ Current History Magazine Bd. 17, S. 395.

⁷⁾ Bierstadt S. 146/7.

⁸⁾ Political Science Quarterly Bd. 39, S. 265 ff.

durch Manipulationen in der Wallstreet den nötigen Kredit entzog, so daß sie ihren Anspruch auf das Mossulgebiet völlig aufgeben mußte. An ihre Stelle trat die Standard Oil Co. of New Jersey, die sich mit Hilfe der USA-Regierung zunächst einen Anteil von 25%, der später auf 21% herabgesetzt wurde, auf die Mossul-Ölgesellschaft sicherte⁹⁾.

Die Standard Oil Co. of California erwarb außerdem im Jahre 1932 Konzessionen auf den Bahrein-Inseln. 1936 errichtete dort ihre Tochtergesellschaft, die Texian Oil Corp., Raffinerien und förderte jährlich über ½ Millionen Tonnen Öl. Die Quellen sollen noch sehr ergiebig sein.

⁹⁾ Denny S. 275 ff.

1. Iran.

Auch in Iran kann schon früh der Versuch festgestellt werden, das Land US-amerikanischen Wirtschaftsinteressen zu erschließen. Zunächst geschah das insbesondere durch Entsendung einer Finanzkommission, — ein Mittel, das sich oft bewährt hatte. Bis zum Jahre 1929 hatten die USA solche ‚Finanzberater‘ in 25 verschiedenen fremden Ländern, — darunter auch in Iran¹⁾.

Im Jahre 1911 war Morgan Shuster mit einer Gruppe Sachverständiger nach Iran beordert worden, um die Finanzen des Landes in Ordnung zu bringen. 1922 wurde der Finanz-Sachverständige A. C. Millspaugh, — sehr wahrscheinlich mit Rücksicht auf die Verhandlungen US-amerikanischer Gesellschaften hinsichtlich Ölvorkommen im nördlichen Iran, — dorthin berufen²⁾. Die damalige iranische Regierung hatte die Politik der Offenen Tür erklärt und hoffte damit auch amerikanisches Kapital für ihr Land interessieren zu können.

Millspaugh's Befugnisse waren außerordentlich weitgehend, da von ihm praktisch sämtliche Einnahmen und Ausgaben des iranischen Staates kontrolliert wurden. Seine Tätigkeit erfuhr von vielen Seiten wegen der rücksichtslosen Eintreibung von Steuern heftige Kritik. Daneben wurde aber auch gegenüber der US-amerikanischen Finanzkommission der Vorwurf erhoben, nicht genügend konstruktive Arbeit zu leisten. Als Millspaugh 1922 in Iran eintraf, wurde er, wie er in seinen Memoiren anführt, häufig von amtlichen iranischen Stellen

¹⁾ Denny S. 159.

²⁾ Millspaugh S. 12, 18.

wegen Vergebung von Ölkonzessionen im nördlichen Iran konsultiert'.

Die Standard Oil Co. of New Jersey und die Sinclair Exploration Co. machten sich den Vorrang streitig³⁾.

Die Gunst der iranischen Regierung neigte sich der letzteren Gesellschaft zu, jedoch sollte eine Ausbeutung der Vorkommen durch sie nicht erfolgen, da dieser Konzern wegen verschiedener Verbrechen Sinclairs geschäftlich zusammenbrach.

Daneben machte Teheran geltend, Sinclair habe versucht, iranische Beamte zu bestechen. An die Stelle dieses Konzerns trat bereits nach kurzer Zeit die oben erwähnte Standard Oil Co.⁴⁾.

³⁾ Millspaugh S. 181 ff., 209—15, 290 ff.

⁴⁾ Denny S. 304.

VIII. Afrika.

Daß die USA ihre Hand auch nach dem ‚dunklen Erdteil‘ ausgestreckt haben, dürfte im allgemeinen weniger bekannt sein. Hier ist es

1. Liberien,

dem Namen nach eine freie Republik, in Wirklichkeit aber nichts anderes als ein Protektorat der Vereinigten Staaten unter der Herrschaft einer ihnen genehmen eingeborenen Scheinregierung.

Cleveland, derzeitiger Präsident der USA, legte im Jahre 1886 die Einstellung seines Landes wie folgt dar:

„Ein formelles Protektorat über Liberien würde unserer traditionellen Politik entgegengesetzt sein. Wir haben aber nicht nur moralisch das Recht, sondern sogar die Pflicht, uns in jeder geeigneten Weise für die Unantastbarkeit dieser Republik einzusetzen, wie wir das auch bereits seit nahezu einem halben Jahrhundert verkündet haben“¹⁾.

Während, wie wir in den vorhergehenden Ausführungen gesehen haben, in den meisten Fällen die Finanziere als Schrittmacher für den Dollar-Imperialismus fungierten, war es in Bezug auf Liberien in erster Linie Harvey Firestone, der für sein Unternehmen, einen führenden US-amerikanischen Gummikonzern, — ein Gebiet von einer Million Acres erwarb, das dem Anbau von Gummibäumen dienen sollte.

Die damit verbundene Erschließung des Landes erforderte beträchtliche Mittel, über die Liberien selbst nicht verfügte. Firestone bestand darauf, daß es eine Anleihe von 5 Millionen Dollar aufzunehmen habe, ehe er selbst daran ging, irgendwelches Kapital zu investieren.

Widerstrebend erklärte sich die Regierung von Liberien zum Abschluß eines Anleihevertrages unter der Voraussetzung bereit, daß das Geld nicht von Firestone, sondern von einer von diesem Konzern gänzlich unabhängigen Quelle kam. So trat als Darlehnsgeber die Finance Corporation of America auf, die Liberia eine Anleihe von 5 Millionen Dollar zur Verfügung stellte. Sie diktierte die Bedingungen, die ihr nicht nur einen weitreichenden Einfluß auf die künftige Politik des Landes sicherten, sondern ihr praktisch auch die

¹⁾ Hart S. 289.

gesamte Kontrolle über seine Finanzen, sowie großen Umfangs auch über seine militärischen Belange einräumte.

Der bekannte US-amerikanische Wissenschaftler Dr. Raymond Leslie Buell hat sich sehr eingehend mit dieser Angelegenheit befaßt und berichtet, daß es sich bezüglich der Finance Corporation of America um ein mysteriöses Unternehmen handelte, das — soweit er nach eingehender und sorgfältiger Prüfung feststellen konnte, — von Firestone ausschließlich zu dem Zwecke ins Leben gerufen und finanziert wurde, um dies Anleihegeschäft durchzuführen²⁾.

Dem gleichen Dr. Buell verdanken wir weiter die immerhin sehr aufschlußreiche Mitteilung, daß das US-amerikanische Auswärtige Amt aktiv an den Anleiheverhandlungen beteiligt war, — eine Tatsache, die freilich offiziell in Abrede gestellt wurde. Er führt in diesem Zusammenhang aus, daß diese Haltung umso unverständlicher sei, als der Präsident der Vereinigten Staaten gemäß den Anleihebedingungen ermächtigt ist, den Finanzberater Liberiens zu bestimmen, während irgendwelche Differenzen der Vertragspartner durch Schiedsspruch des USA-Auswärtigen Amtes zu regeln sind. ‚Zweifellos‘, so fährt er fort, ‚würden die Vertragsparteien nicht derartige Bestimmungen ohne die aktive Mitarbeit und Unterstützung des Auswärtigen Amtes in den Vertrag aufgenommen haben; eine solche Teilnahme erfolgt nicht hinsichtlich gewöhnlicher ausländischer Anleihen³⁾.‘

Diese Anleihe erfüllte keineswegs produktive Zwecke, denn der größte Teil des Geldes wurde zur Ablösung einer früheren fünfprozentigen Anleihe, die ohnehin erst im Jahre 1952 zur Rückzahlung fällig gewesen wäre, bestimmt. Es ist gewiß etwas sehr Ungewöhnliches, an ihre Stelle eine Anleihe treten zu lassen, die bei einer Verzinsung von 7% im Jahre 1967 rückzahlbar ist. Ohne Zustimmung des Geldgebers darf eine vorzeitige Liquidierung der Anleihe nicht erfolgen, wie Liberien innerhalb eines Zeitraums von 20 Jahren nicht befugt ist, ohne Zustimmung des US-amerikanischen Finanzberaters anderweitig Verbindlichkeiten einzugehen. In jedem Falle ist während der Laufzeit der Anleihe der Finance Corporation hinsichtlich der Aufnahme weiterer Anleihen der Vorrang einzuräumen, sodaß die finanzielle und wirtschaftliche Knebelung des Landes durch die USA auf lange Zeit gewährleistet ist.

²⁾ Newyork Times vom 30. 8. 28.

³⁾ Newyork Times vom 2. 9. 28.

IX. Europa.

Der Dollar-Imperialismus hat keineswegs vor den Grenzen Europas Halt gemacht. Seit Beendigung des ersten Weltkrieges können wir dort seine Spuren mehr und mehr feststellen.

Waren die USA bis zum Jahre 1916 ein reines Schuldnerland gegenüber Europa, so änderte sich das grundlegend von dieser Zeit an. Bis zu ihrem Eintritt in den ersten Weltkrieg hatten die Vereinigten Staaten bereits die Rolle des Finanziers und Gläubigers gegenüber den Alliierten übernommen. Mit Beendigung des Jahres 1919 standen den US-amerikanischen Forderungen an das Ausland in Höhe von 17,9 Milliarden Dollar Verbindlichkeiten in Höhe von 3,8 Milliarden Dollar gegenüber. Der weitaus größte Teil der Forderungen bestand aus Kriegsschulden der Alliierten. Diese Verschuldung Europas bzw. der ganzen Welt gegenüber den Vereinigten Staaten nahm auch in dem folgenden Jahrzehnt ihren Fortgang. Am 31. Dezember 1931 betrugen die ausländischen Investitionen der USA 28,5 Milliarden, während sich ihre Verschuldung gegenüber dem Ausland auf 7,5 Milliarden Dollar belief¹⁾.

Wenn Woodrow Wilson auf der Friedenskonferenz von Versailles im Jahre 1919 die erste Rolle zu spielen versuchte, so liegt die Erklärung nicht zuletzt darin, daß die ganze Welt seinem Lande gegenüber verschuldet war. Bekanntlich traf eine Anzahl US-amerikanischer Finanziers, — hauptsächlich Juden, — gemeinsam mit ihm in Paris ein. Führend unter ihnen war Bernard Manasse Baruch, der heute in Washington als Berater Franklin Delano Roosevelts fungiert. Die ganze Überheblichkeit und der Triumph der jüdischen Rasse mag sich aus einem amtlichen Dokument ergeben, das Baruch am 7. Mai 1919 an Wilson richtete. Seine Ausführungen beschäftigen sich damit, in welcher Weise das Nachkriegs-Europa in finanzieller Hinsicht wieder aufzubauen ist. Er hält es für die Pflicht der USA, sich weitestgehend der baltischen Staaten, Polens, der Tschechoslovakei, Jugosla-

¹⁾ Dennis S. 221.

viens, Italiens und der Balkanstaaten anzunehmen, um ihre Wirtschaft und Währung in Ordnung zu bringen. Er verlangt zu diesem Zwecke die Hergabe großer Dollaranleihen an die betreffenden Staaten und deren wirtschaftliche und finanzielle Überwachung durch US-amerikanische Beauftragte. Selbstverständlich sollen nach seiner Darstellung all diese Maßnahmen nur getroffen werden, weil sich die USA dieser Verpflichtung mit Rücksicht auf ihre eigenen Reichtümer nicht entziehen können²⁾).

Einige Tage später richtete Thomas W. Lamont, Partner des Bankhauses Morgan, zusammen mit H. Davis ähnliche Vorschläge an den Präsidenten seines Landes. Im Gegensatz zu Baruch finden wir hier genaue Pläne über die Höhe der den einzelnen Ländern zu gewährenden Kredite bzw. Anleihen. Gleichzeitig wurde die Bereitstellung von Rohstoffen aller Art verlangt, um die Wirtschaft in Europa wieder in Gang zu bringen. Selbstverständlich stehen auch diese beiden Bankiers auf dem Standpunkt, daß sich die USA mit Rücksicht auf ihre finanzielle Macht der Führung hinsichtlich dieses Vorhabens nicht entziehen können³⁾.

Von den zahlreichen Schritten der Wallstreet, das ausgeblutete und erschöpfte Europa durch finanzielle Knebelungen zu binden, wollen wir nur den Dawes-Plan erwähnen, der die Jahrzehntelange Versklavung Deutschlands durch Zahlung großer Tribute an seine einstigen Feinde unter der Aufsicht US-amerikanischer Banken anstrebte. Zweifellos war es die Absicht der hinter dem Dollar-Imperialismus stehenden Kräfte, Deutschland auf diese Weise völlig in die Abhängigkeit der jüdisch-internationalen Finanzkreise zu zwingen.

Die Bestimmungen des Dawes-Plans vermögen nicht zu verbergen, wer tatsächlich dahinterstand. Sie offenbaren die gleichen typischen Knebelungsversuche, die die Verträge mit den lateinamerikanischen Staaten kennzeichneten.

Auf Grund des Dawes-Plans hatte eine Kommission unter General Charles G. Dawes, Owen D. Young und Henry M. Robinson — sämtlich Vertreter von Großbanken —, zunächst die Berechtigung erlangt, Maßnahmen zur Stabilisierung der deutschen Währung und des deutschen Haushaltsplanes zu treffen. Das Reich wurde gezwungen, einen großen Teil seiner Staatseinnahmen für Zahlungen an seine einstigen

²⁾ Baker Bd. III, S. 347—51.

³⁾ Baker Bd. III, S. 352—62.

Feinde abzuzweigen, sowie auf dem Wege der Verpfändung seiner Industrie große Summen zu beschaffen. Die gesamte deutsche Reichsbahn mußte gleichfalls verpfändet werden; ferner sollte Deutschland 120 Goldmilliarden zahlen. Da es eine passive Handels- und Zahlungsbilanz hatte, war es gezwungen, Geld- und Warenkredite zu nehmen. In der Zeit von 1924—1930 wurden 25—30 Milliarden an Deutschland gegeben, davon 6 Milliarden kurzfristig. Es kam zur Einsetzung eines besonderen Transfer-Komitees, dem die Übertragung der Gelder an die ehemaligen Feindstaaten oblag. An seiner Spitze stand zunächst Owen D. Young, der später durch Parker S. Gilbert als General-Beauftragter abgelöst wurde. Seine Befugnisse waren so weitgehend, daß man von ihm ohne weiteres als dem damaligen Finanzdiktator Deutschlands sprechen konnte. Die deutsche Währung wurde an den Dollar gekoppelt und die Goldwährung wieder eingeführt, wozu das internationale Kapital einen Teil der nötigen Golddeckung lieferte. Deutschland hatte also eine geborgte Währung. Durch die Möglichkeit der kurzfristigen Zurückziehung der Kredite hatte das internationale Finanzkapital die Hand an der Gurgel der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates.

Die Feststellung also, daß man Deutschland gegenüber nach dem ersten Weltkrieg die gleichen Knebelungs- und Erpressungs-Methoden anzuwenden bestrebt war, wie man sie den kleinen lateinamerikanischen Staaten aufgezwungen hatte, ist somit keineswegs übertrieben.

Nur dem unbändigen Lebenswillen des deutschen Volkes und der Erkenntnis Adolf Hitlers ist es zu verdanken, daß die Mächte der Wallstreet ihre Pläne, die auf eine Weltherrschaft abzielten, nicht durchzusetzen vermochten. Ihr Spiel war endgültig verloren, als die nationalsozialistische Revolution mit dem 30. Januar 1933 das Dritte Reich unabhängig von internationalen Anleihen und Wirtschaftskrediten machte. Von nun an wurde die Ein- und Ausfuhr ins Gleichgewicht gebracht und dadurch die Gegenseitigkeit zum Grundsatz der deutschen Handelspolitik erhoben. Damit war die Möglichkeit der Warenverrechnung im Clearing-Verkehr gegeben und die Goldbasis als Verrechnungsgrundlage verlassen. Statt der Meistbegünstigungsklausel wurden zweiseitige Handelsverträge abgeschlossen. Die Kreditschöpfung wurde von der Golddeckung gelöst und an die Produktionskraft der deutschen Wirtschaft geknüpft. Statt der Selbst-

steuerung der Wirtschaft, — die in Wahrheit eine Steuerung durch das internationale Finanzkapital war, wurde die staatliche Lenkung der Wirtschaft eingeführt.

Diese entscheidenden Maßnahmen machten die Absichten des jüdischen Finanzkapitals unmöglich. Das Weltjudentum erkannte, daß die nationalsozialistischen Wirtschaftsmethoden seinen Weltherrschaftsbestrebungen den Todesstoß versetzen würden, und es begann der Kampf auf Leben und Tod zwischen Judentum und Nationalsozialismus. Ein Kampf, der letzten Endes eine weltanschauliche Auseinandersetzung darstellt, wie Reichsminister Rosenberg so treffend in seiner Rede in der Pariser Abgeordnetenkammer vom 28. November 1940 darlegte.

„Aus der Betrachtung der heutigen Lage“, so führte er wörtlich aus —, „ergibt sich eine entscheidende Einsicht:

„Der Kampf um das Gold und die Goldwährung ist in allererster Linie ein weltanschaulicher Kampf; zum zweiten ist die Überwindung des Goldwahnes eine Frage der politischen Macht, und erst in dritter Linie ist die Ablösung der Goldwährung durch eine auf der gesamten Volkskraft beruhende nationale Währung eine Angelegenheit der wirtschaftlichen und finanziellen Technik.“

Gold und Blut, — das sind die weltanschaulichen Grundlagen eines Kampfes, der bereits mit dem ersten Weltkrieg begann und der in dem heutigen Ringen seine gigantische Fortsetzung erfährt.

In die Periode nach dem ersten Weltkrieg fällt auch die Entsendung von Finanzberatern in die verschiedenen europäischen Staaten. Wir haben bereits darauf hingewiesen, welchen Zweck derartige Missionen grundsätzlich verfolgen, — stehen sie doch immer in engster Verbindung zur Regierung in Washington.

So finden wir Charles S. Dewey als Finanzberater der polnischen Regierung und Parker S. Gilbert als Generalagent für die deutschen Reparationszahlungen.

Neben dieser finanziellen Abhängigkeit Europas von der Wallstreet hatte die US-amerikanische Wirtschaft während des ersten Weltkrieges zu einem erheblichen Teil die früher von Europa belieferten Märkte an sich gerissen. Durch den Ausfall der Produktion ziviler Lebensgüter in Deutschland und Großbritannien bestand an vielen Plätzen der Welt ein Mangel an Fertigwaren, — so vor allem in Ostasien und

Lateinamerika. Davon abgesehen machte der Dollar-Imperialismus aber auch keineswegs vor dem Eindringen in die europäische Industrie halt. Es ist unmöglich, hierfür auch nur die hauptsächlichsten Einzelheiten anzuführen. Denken wir z. B. nur daran, in welchem Maße sich der Ford- oder der General Motors-Konzern nach dem Kriege ausbreitete. Letzterer erwarb in Deutschland große Interessen in den Opel-Werken, in England übernahm er die Aktienmehrheit der bekannten Autofabrik Vauxhall.

Auch auf dem Gebiet der Versorgungsbetriebe dehnte sich US-amerikanischer Einfluß immer weiter aus. So brachte die Utilities Power & Light Corporation, deren Aktienkapital 475 Millionen Dollar beträgt, im Jahre 1929 die gesamten Anteile des Greater London Counties Trust in ihren Besitz, — ein Unternehmen, das die sieben hauptsächlichsten britischen Elektrizitätswerke kontrolliert und damit praktisch über ein Monopol in 95 Städten Englands und Schottlands verfügt⁴⁾.

Die Zeitung Manchester Guardian Commercial vom 7. März 1929 führt zu der Überfremdung folgendes aus:

„Die USA halten die Trumpfkarten in der Hand und es verbleibt die nüchterne Tatsache, daß Bruder Jonathan in der Lage ist, die europäischen Märkte zu beherrschen, ganz gleichgültig ob hinsichtlich Aktien und Wertpapieren oder Metallen und Produkten, während er darüber hinaus noch das Geschick mittelloser Nationen in Bezug auf notwendige Anleihen kontrolliert“.

Selbst sachverständige Kreise Englands gaben, — solange sie sich noch ein nüchternes Urteil gegenüber dem Finanzgebaren der USA bewahrt hatten, des Öfteren ihrer Besorgnis darüber Ausdruck. Snowden, der ehemalige Finanzminister Englands, beklagte sich 1929 heftig darüber, daß der Finanzmarkt und die Wirtschaft Englands von den Spekulationen der Wallstreet abhängig seien. Mit bitteren Worten stellte er fest, daß dadurch unter Umständen die Wirtschaftslage seines Landes, ja der ganzen Welt so sehr beeinträchtigt werden könne, daß ungeheure Arbeitslosigkeit die unausbleibliche Folge wäre.

„Unser aller Wohlergehen“ — so äußerte sich der Direktor der bekannten Lloyds Bank in London, — „nicht nur in England, sondern in allen zivilisierten Ländern, hängt von der

⁴⁾ Denny S. 139, 146.

guten oder schlechten Leitung des Federal Reserve Systems der USA ab⁵⁾).

Nach den vorhergehenden Ausführungen dürfte es daher kaum überraschen, daß auch in Europa, — möglicherweise mit Hilfe finanziellen und wirtschaftlichen Druckes seitens der Wallstreet, — Einmischungen in die innerpolitischen Verhältnisse kamen. So weist die Newyork World in einem Artikel vom 21. Oktober 1928 u. a. darauf hin, daß Anleihen der Wallstreet an Ungarn nur unter der Bedingung gegeben wurden, daß die bisherigen politischen Verhältnisse bestehen blieben⁶⁾.

Die ganze Anmaßung US-amerikanischer Kreise dürfte sich aus folgender Äußerung ergeben, die aus US-amerikanischer Feder stammt:

„Die Zivilisation Europas ist in Auflösung begriffen und reformiert sich. Sie reformiert sich unter dem Druck des Amerikanismus. Das neue Europa wird durch jene wirtschaftlichen Kräfte geschaffen, die bereits unter amerikanischer Kontrolle stehen..

Der Zeitpunkt ist nicht mehr fern, daß die USA jährliche Tribute aus allen Ecken der Welt erhalten, deren Ausmaße alle Tribute früherer Weltreiche in den Schatten stellen...

Europa weiß buchstäblich nicht, was es mehr fürchten soll, — den Amerikanismus oder den Bolschewismus . . . Insofern der Amerikanismus Fortschritte in Europa erzielt, schwächt er die Macht Jener, die heute Europa beherrschen...⁷⁾

Das war die Auffassung, die schon vor der Zeit eines Franklin Delano Roosevelt herrschte. Roosevelt aber hält jetzt den Augenblick für gekommen, als Vertreter des Weltjudentums die Krönung des Dollar-Imperialismus herbeizuführen.

⁵⁾ Denny, S. 170.

⁶⁾ Denny S. 164.

⁷⁾ Motherwell S. 220/21, 247.

Teil II.

I. Franklin Delano Roosevelt.

Haben uns die vorhergehenden Ausführungen den Dollar-Imperialismus in seiner wahren Gestalt gezeigt, so werden wir im Folgenden dartun, wie es einem Franklin Delano Roosevelt vorbehalten blieb, das Streben der Vereinigten Staaten auf Erlangung der Weltherrschaft auszudehnen.

In dem heutigen Präsidenten der USA vereinigen sich die Merkmale verschiedener seiner Vorgänger: Die Scheinheiligkeit eines McKinley, jenes ‚von Gott Erleuchteten‘, der die Annexion der Philippinen verfügte, — oder eines Theodore Roosevelt, den man als ‚Erfinder der zehn Gebote‘ bezeichnete und dessen Geltungsbedürfnis und Rücksichtslosigkeit keine Grenzen kannten, Franklin Delano Roosevelt überbietet aber in seiner Heuchelei selbst einen Woodrow Wilson, jenen ‚paralytischen Professor‘ — um mit den Worten des Führers zu sprechen —, der gleichermaßen von Weltjudentum, Freimaurerei und der Hochfinanz von Wallstreet abhängig war wie der heutige Herrscher im Weißen Hause. Er übertrifft sie alle in seiner maßlosen Herrschsucht, — und in den Händen dieses durch seine Krankheit körperlich behinderten Menschen, der einen abgrundtiefen Haß gegen alles Gesunde und Aufstrebende hegt, — liegen seit dem Jahre 1933 die Geschicke der Vereinigten Staaten. Durch seine Politik hat er nicht nur sein Volk, sondern die ganze Welt erneut in einen Krieg gestürzt.

Zur Rechtfertigung seines verbrecherischen Tuns hat er sich des öfteren auf Aussprüche und Taten einstiger Amtsvorgänger bezogen. Häufig standen sie auch nicht im geringsten Zusammenhang mit den Dingen, auf die er sie anzuwenden versuchte, aber ebenso häufig gab er ihnen eine falsche Auslegung, um sich ihrer alsdann mit lautem Phrasenschwall zu bedienen. Pharisäisch möchte er sich den Anschein geben, strikt an den althergebrachten Doktrinen festzuhalten. In Wirklichkeit aber ignoriert er kurzerhand, was nicht in seine verlogene Politik hineinpaßt. Haben ihm je die Grundsätze eines George Washington, des Begründers der nordamerikanischen Union, etwas gegolten, dessen oberstes

Streben es war, sein Land der Politik Europas und seiner Kriege fernzuhalten? Wir erinnern Mr. Roosevelt an einen der bekanntesten Aussprüche Washingtons:

„Europa besitzt eine Anzahl primärer Interessen, die uns in keiner Weise oder höchstens sehr geringen Umfangs berühren. Es wäre daher äußerst unklug, durch künstliche Bindungen in europäische Belange verwickelt zu werden. Unsere geographische Lage ermöglicht es uns, einen andern Kurs zu steuern. Warum sollten wir auf die sich daraus ergebenden Vorteile verzichten und unsern Frieden und Wohlstand durch Verflechtung unserer Geschicke mit dem Schicksal Europas für dessen Ehrgeiz, für seine Rivalitäten, Interessen oder Launen aufs Spiel setzen?“

Mit dieser Auffassung hat Roosevelt seit langem gebrochen, wie auch die Monroe-Doktrin durch ihn eine neuartige, aber völlig wesensfremde Auslegung erfahren hat. ‚Amerika den Amerikanern‘, — das war das in dieser Doktrin verankerte Prinzip ihres Begründers. Gleichermassen, wie mit dieser Doktrin die Einmischung nichtamerikanischer Mächte in die Belange der westlichen Halbkugel abgelehnt wurde, wohnte ihr stillschweigend die Verpflichtung der USA inne, sich aus europäischen Angelegenheiten herauszuhalten. Die Monroe-Doktrin hatte allezeit einen Eckpfeiler der amerikanischen Außenpolitik verkörpert, bis nunmehr Roosevelt, wahrscheinlich nicht zuletzt im Verein mit seinen Hofjuden Baruch, Frankfurter, Hillman und wie sie alle heißen mögen, — feststellte, daß ihn die moderne Auslegung dieser Doktrin zu seinen Weltherrschaftsplänen berechtige.

Zur Tarnung dieses angelsächsisch-jüdischen Strebens erklärt er scheinheilig, daß er die Unterstützung der sogenannten demokratischen Staaten nur übernommen habe, um dadurch die Niederkämpfung des Nationalsozialismus zu erreichen und die Welt freizumachen für die Segnungen der nordamerikanischen Demokratie. Diese Darstellung allein ist ein offener Betrug, denn Roosevelts Handeln ist ausschließlich diktiert von seinem hemmungslosen Imperialismus.

Was aber sind die Segnungen, mit denen er die ganze Welt beglücken möchte? — Lassen wir darüber einen US-Amerikaner selbst zu Worte kommen; er zeigt uns, wieviele jenseits des Atlantik einschneidender Verbesserungen bedarf und führt dazu aus:

„Systematische Bemühungen, Arbeitslosigkeit und Minderbeschäftigung auszumerzen, — den an der Wertpapier-

börse getriebenen Mißbrauch zu verhindern, — bessere Wohnverhältnisse herbeizuführen, — die Volksgesundheit zu heben, — die Altersversorgung sicherzustellen, — wäre die Erreichung dieser Ziele nicht außerordentlich lohnend? . . .

Ehe wir den Versuch unternehmen, die Welt zu verbessern, müssen wir erst einmal die Schäden abstellen, die die Demokratie im eigenen Lande bedrohen. Wir müssen zunächst dafür sorgen, daß unsere zahlreichen Arbeitslosen wieder Lohn und Brot finden, denn nur wer arbeitet, ist auch wirklich frei . . .⁴⁾.

Diese Darlegung bedürfen keines Kommentars.

In der Geschichte finden wir viele Betrüger, die angeblich in Verfolg hoher allgemeiner Ziele bemüht waren, andere Nationen durch Vorspiegelung falscher Tatsachen zu Handlungen zu verleiten, die ihren eigenen Interessen nachteilig waren. Roosevelt aber ist es vorbehalten gewesen, gleichermaßen sein eigenes Volk zu hintergehen, um seine persönlichen niedrigen Instinkte und diejenigen seiner jüdischen Hintermänner zu befriedigen.

Wer denkt dabei nicht an die Präsidentschaftswahlen des Jahres 1940, in denen er mit besonderem Pathos verkündete, die Vereinigten Staaten um jeden Preis aus dem Kriege herauszuhalten zu wollen. So beteuerte er am 20. Oktober 1940 anläßlich einer Wahlrede in Newyork: „Eure Regierung wird all jene Zufälle auszuschalten wissen, die in der Vergangenheit zum Kriege führten.“

Am gleichen Tage: „Die USA befinden sich heute im Frieden, und der Friede wird ihnen auch weiterhin erhalten bleiben. Niemals werde ich Eure Söhne in irgendeinen fremden Krieg senden.“

Zwei Tage später: „Euer Präsident verspricht Euch, daß dieses Land nicht in den Krieg eintreten wird“,

und am 3. November: „Oberstes Ziel unserer auswärtigen Politik ist es, unser Land aus dem Krieg herauszuhalten. Ich kämpfe für den Frieden und den Wohlstand unserer Nation. Ich kämpfe, um unser Volk vor dem Kriege zu bewahren . . .“

Das ist nur eine kleine Auslese aus den zahllosen Versprechungen dieser Art, die er vergaß, sobald er als Sieger aus der Wahlschlacht hervorgegangen war. Er begann, dem Kriege nachzulaufen. Vergessen war auch seine Erklärung,

⁴⁾ Howard S. 19, 22.

die er als derzeitiger Befürworter des Neutralitätsgesetzes schon vor Jahren abgegeben hatte. Sie lautete:

„Es ist unbegreiflich, daß ein neutrales Land durch die Belieferung kriegführender Mächte mit Kriegsmaterial systematisch das Feuer eines Krieges schüren kann.“

Nun war es an ihm, den Krieg zu schüren. Durch die Cash- und Carry-Klausel und vollends durch das Leih- und Pachtgesetz erschloß er den Briten jede nur erdenkliche Hilfe. Nach Erlaß dieses Gesetzes an sein Versprechen, die USA aus dem Kriege heraushalten zu wollen, erinnert, war es die Gattin Roosevelts, die öffentlich in Abrede stellte, daß der Präsident jemals ein derartiges Versprechen gegeben hätte.

Fragt man nach den Motiven, die das Handeln Roosevelts diktierten, so ist die Antwort bald gefunden: Er ist nicht nur einer der höchsten Freimaurer des Landes, sondern auch das willige Werkzeug führender internationaler jüdischer Finanz- und Wirtschaftskreise.

Niemand kann es heute mehr verneinen, daß die Freimaurer, die in unterirdischer Verbindung große Teile der Welt umspannen, die Wege und Entschlüsse dieser vermeintlich freiesten aller Demokratien beeinflussen. Aber betrachten wir die Zusammenhänge einmal näher.

Roosevelt ist Freimaurer höchsten Grades und Ehrenmeister des Ordens de Molay. Er gehört einer ganzen Reihe von Logen an, z. B. den Großen Zedern des Libanon und dem Alten Arabischen Orden der Edlen des mystischen Schreins, in dem laut dem Internationalen Freimaurer-Lexikon nur Hochgrad-Freimaurer zusammengeschlossen sind.

Der britischen Monatsschrift „Catholic Gazette“ vom Februar 1936 entnehmen wir auszugsweise Reden, die anlässlich einer jüdischen Tagung in Paris gehalten wurden. Die Sprecher wiesen mit Stolz darauf hin, daß es gelungen sei, die Vertreter zahlreicher Völker in den Geheimgesellschaften der Freimaurer zu erfassen und für die Ziele Israels einzuspannen, ohne daß sie sich dessen bewußt wären. „Wir sind die Herrscher über Krieg und Frieden“ — so heißt es dort wörtlich. „Frankreich ist uns bereits ganz verfallen. England, in Abhängigkeit von unserer Finanz, ist unser Sklave . . . Viele andere Länder einschließlich USA haben sich unserem System gebeugt.“

Weiter verrät uns die Jewish Chronicle vom 14. Dezember 1934 — das amtliche jüdische Organ in Großbritannien —, daß auf einer Sitzung des „Parteilosen Anti-Nazi-Verbandes

der Welt zum Schutze der Menschenrechte' unter Vorsitz des berühmtesten, inzwischen verstorbenen US-amerikanischen Juden Samuel Untermyer folgender Beschluß gefaßt wurde: 'Der jüdische Boykott Deutschlands soll solange dauern, bis die deutsche Regierung die Freimaurerlogen wieder zugelassen und ihnen ihr Eigentum zurückerstattet hat.'

Das sind fürwahr freimütige Bekenntnisse über das Zusammenwirken von Judentum und Freimaurern. Aber was hat Franklin Delano Roosevelt damit zu tun? Diese Frage findet ihre eindeutigste Antwort durch unlängst aufgefundene Dokumente der Freimaurerloge 'Grand Orient', deren Zentrale sich in Paris befand und die sich über den gesamten europäischen Kontinent erstreckte. Diese Dokumente, die in der französischen Zeitschrift 'Gringoire' veröffentlicht wurden, besagen, daß der bereits des öfteren auf Grund amtlichen Materials überführte Kriegsschürer William C. Bullitt, der damalige Botschafter der Vereinigten Staaten in Frankreich, — einen der Großmeister der Loge Grand Orient zu sich gebeten habe, um ihm eine Nachricht Roosevelts zu übermitteln. Der damalige Vizepräsident der französischen Kammer, Groussier, wurde hierfür ausersehen, und die Unterredung fand im Mai 1939 statt.

Im Verlauf des Gesprächs hob Bullitt hervor, so heißt es wörtlich in dem Sitzungsprotokoll, — daß er nach dem Dammbruch des vorigen Herbstes — gemeint ist offensichtlich das Abkommen von München, — Roosevelt immer wieder mit Sorge auf die vorrückenden dunklen Kräfte der Diktatoren hingewiesen habe. Der Präsident habe sich daher entschlossen, der Grand Orient-Loge eine schriftliche Erklärung abzugeben.

Aus dem Inhalt des Dokuments ergibt sich, daß Roosevelt von jetzt ab zur Verteidigung der Zivilisation und Menschlichkeit entschlossen sei, den Diktatoren, den Schrittmachern der Mächte der Vernichtung, — wie er sie nennt, — mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten.

'Mit Sorge haben wir erfahren', so fährt Roosevelt wörtlich fort, 'daß auch heute noch einflußreiche Kräfte einem Frieden um jeden Preis das Wort reden. Der Trennungsstrich zu jenem verblendeten Irrtum, durch Verhandeln und Entgegenkommen bestehende Machtverhältnisse bewahren zu können, muß nun mit aller Schärfe gezogen werden . . . Die ganze Macht und Hilfe der volkreichsten Demokratie der Welt steht künftig hinter Jenen, die entschlossen sind, der

neuen Herausforderung und Drohung zu trotzen. Wir versichern feierlich alle Gegner eines abermaligen Kompromisses . . . unserer vollsten moralischen und materiellen Unterstützung. Unterschrift: Franklin D. Roosevelt.'

Aus dem Protokoll über die Sitzung des Rates der Großloge Grand Orient vom 29. Mai 1939 ergibt sich weiter, daß Bullitt dem Großmeister Groussier anlässlich ihrer Unterredung Einzelheiten über seine telefonischen Rücksprachen mit Roosevelt berichtete. Hiernach habe er den Präsidenten darüber informiert, daß sich in London und Paris die Erkenntnis durchgesetzt habe, im Interesse der Aufrechterhaltung der bestehenden Weltordnung einer etwaigen Verständigung zwischen Hitler und den europäischen Demokratien mit allen Mitteln entgegentreten zu müssen. Ein Kompromiß in der polnischen Frage würde ein schwerer Fehler sein. Er habe Chamberlain bereits im März klargemacht, daß die Fortsetzung einer Befriedungspolitik dazu führen könne, England jede moralische oder materielle Unterstützung seitens der USA zu versagen. In der weiteren Entwicklung der Dinge würde ein Kompromiß praktisch nur den Umsturz der Lebensordnung bedeuten, die den Amerikanern heilig ist. Roosevelt habe infolgedessen angeordnet, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß man einer machtmäßigen Auseinandersetzung mit Hitler nicht mehr aus dem Wege ginge. Die Vereinigten Staaten hätten England und Frankreich bereits Zusicherungen gegeben, bei Ausbruch eines Krieges ihr ganzes Gewicht zugunsten der europäischen Demokratien in die Wagschale zu werfen. Es liege Roosevelt daran, daß dieser Umstand auch den Freunden in Frankreich in seiner vollen Tragweite bekanntgegeben werde . . . Allen Gegnern eines abermaligen Kompromisses sicherte Roosevelt seine volle Unterstützung zu.

Diese Ausführungen mögen genügen, um die Freimaurertätigkeit Roosevelts in Verbindung mit seiner Kriegsschuld ins rechte Licht zu rücken. Hand in Hand damit geht aber auch seine enge Zusammenarbeit mit dem Weltjudentum.

Im Rahmen unserer vorliegenden Abhandlungen können wir nicht auf seine Judenabhängigkeit im einzelnen eingehen, sondern müssen uns auf einige kurze Beispiele beschränken.

Bernard Manasse Baruch, weiland Berater Woodrow Wilsons, ist, wie bereits oben dargelegt, heute einer der engsten Mitarbeiter Roosevelts. In der Chicago Tribune vom 25. September 1935 tat er den Ausspruch: „Patriotismus ist völliger

Unsinn'. Diese Auffassung dürfte nicht nur für ihn, sondern für alle Juden bezeichnend sein.

Ein Felix Frankfurter übt seinen unheilvollen Einfluß heute gleichermaßen auf Roosevelt wie früher auf Wilson aus. General Hugh Johnson bezeichnete ihn als die einflußreichste Persönlichkeit in USA. Durch seine Schule sind 130 Juristen. — überwiegend Juden — gegangen, die alsdann mit Hilfe Roosevelts in wichtigen Positionen untergebracht wurden. Aus ihrer Reihe wollen wir nur Benjamin Cohen erwähnen, der dem jetzigen USA-Botschafter in London, Winant, als Berater zur Seite gestellt ist.

Zu den Juden um Roosevelt gehören weiter die Arbeitsministerin Frances Perkins, deren Mädchennamen Rachel Lazanski gewesen sein soll, — ferner der Finanzminister Morgenthau. Durch Heirat ist er mit dem Intimus Roosevelts und Gouverneur des Staates New York, dem Juden Herbert Lehman, sowie mit den internationalen Finanzjuden Seligman, Wertheim, Lewisohn, Warburg und Inhabern der Firma Kuhn Loeb & Co. verwandt. Es sind jene Kreise, die, wie oben ausgeführt, an der Finanzierung der bolschewistischen Revolution in der Sowjet-Union beteiligt waren.

Die Liste der Juden um Roosevelt ließe sich noch beträchtlich ergänzen, was hier jedoch zu weit führen würde. So wollen wir nur noch Sidney Hillman und den Außenminister Hull erwähnen. Ersterer ist neben William Knudsen der einflußreichste Mann in der Aufrüstung und wegen seiner kommunistischen Neigungen bekannt. Hull ist zwar kein Jude, aber mit einer Volljüdin verheiratet.

Ob Roosevelt selbst durch seine Vorfahren jüdisches Blut in den Adern hat, mag dahingestellt bleiben. Er hat einmal in der New York Times vom 14. März 1935 wie folgt dazu Stellung genommen: 'Weit zurück waren sie vielleicht Juden.'

Jedenfalls haben Roosevelt und seine Gattin niemals ein Hehl aus ihren Sympathien für die Juden gemacht, mit denen sie bewußt zusammenarbeiten.

Gibt es nun irgendwelche Anzeichen, daß die Juden, vor allem in den Vereinigten Staaten, ihre Kräfte gegen das Dritte Reich einsetzen? Zur Bejahung dieser Frage könnten längere Ausführungen gemacht werden, — aber auch hier wollen wir den Beweis lediglich mit Hilfe eigener Erklärungen der Juden erbringen.

Eine Veröffentlichung der New York Times vom 2. Januar 1938, deren Inhalt allerdings wahrscheinlich auf höhere

Weisung wegen ihres sensationellen Charakters dementiert wurde, lautet wie folgt:

„Nach Berichten der Sunday Chronicle werden sich in dieser Woche in der Nähe von Genf Führer des internationalen Judentums versammeln, um eine Gegenoffensive gegen die antijüdischen Bewegungen . . . auszuarbeiten.“

Es wird eine geschlossene Front aus allen Sektionen der jüdischen Partei gegründet werden. Die Spende der großen internationalen Juden in Höhe von 2.500 Millionen Dollar wird zur Bekämpfung der Staaten benutzt werden, die sich gegen die Juden wenden.“

Am 3. Juni 1938 erschien in der jüdischen Zeitschrift „American Hebrew“ der in der ganzen Welt bekannt gewordene Artikel: Wird Eli, Eli über Horst Wessel triumphieren?, der in der Feststellung gipfelte:

„Litwinoff-Finkelstein, Hore-Belisha und Blum, — diese drei großen Staatsmänner und Söhne Israels, werden gemeinsam den Nazi-Diktator zum Teufel jagen.“

Das Zusammenwirken Roosevelt-Amerikas mit dem Weltjudentum wird weiter ins Rampenlicht gerückt durch sensationelle Veröffentlichungen, die die USA-Gesandtschaft in Bukarest als Mittelpunkt jüdischer Machenschaften entlarvten. Sie offenbaren die engen Beziehungen führender Juden in Rumänien zu den diplomatischen Vertretern Franklin Delano Roosevelts in diesem Lande.

Alle Maßnahmen, die Rumänien in bezug auf jüdische Belange traf, veranlaßten die dortigen diplomatischen Sendboten der USA, sich ganz besonders eingehend damit zu befassen. Als nordamerikanische Juden zur Unterstützung ihrer rumänischen Rassegenossen durch die USA-Gesandtschaft in Bukarest einen Betrag von 30 Millionen Lei zur Verfügung stellten, erhöhte diese Stelle ihrerseits die Summe auf Weisung Roosevelts. Gelder amerikanischer Steuerzahler wurden also ungeachtet des sozialen Elends im eigenen Lande zugunsten landfremder Juden verwendet.

Man kann Roosevelt als treuesten Diener der Dreieinigkeit Plutokratie, Judentum und Bolschewismus bezeichnen. Seine Einstellung gegenüber Plutokratie und Judentum haben wir bereits aufgezeigt. Seine Haltung gegenüber dem Bolschewismus ergibt sich aus folgendem:

Am 24. Jahrestag der bolschewistischen Revolution griff er tief in den Beutel seiner Steuerzahler und machte den

Bolschewisten in Erinnerung an diesen denkwürdigen Tag ein ansehnliches Geschenk in Form eines zinslosen Kredits in Höhe von einer Milliarde Dollar, die das amerikanische Volk natürlich niemals zurückerhalten wird.

Der flüchtige Beobachter mag annehmen, daß diese große Geste Roosevelts nur erfolgte, um den Sowjets seine vielversprochene Hilfeleistung zu demonstrieren. Weit gefehlt. Mit diesem Geschenk frönt er seiner Zuneigung gegenüber den Bolschewisten, die seiner politischen Einstellung entspringt. Roosevelt hat nicht nur durch seine innen-, sondern auch durch seine außenpolitischen Handlungen den Beweis erbracht, daß er marxistischen Ideen außerordentlich nahesteht. Dies dürfte sich unschwer aus der Einstellung seiner engsten Mitarbeiter und seiner eigenen Tätigkeit ergeben. Von den ersteren sollen nur Ickes, Frankfurter und Perkins genannt werden.

Harold Ickes, zur Zeit Innenminister unter Roosevelt, betätigt sich zusammen mit Mrs. Roosevelt in verschiedenen pro-kommunistischen Organisationen, wie z. B. Town Hall Forum. Mit seinen marxistischen Ideen ist er auch literarisch hervorgetreten, so u. a. in seinem Buch 'Soziale Kontrolle der Lebensnotwendigkeiten'. Der bekannte Bolschewist Strachey erklärte in seiner Buchbesprechung, die am 23. März 1935 in der Chicago Tribune erschien, daß die von Ickes vertretenen Anschauungen voll und ganz mit seinem eigenen Standpunkt übereinstimmen.

Frankfurter ist ebenfalls bereits seit Jahren wegen seiner bolschewistischen Haltung bekannt. Er gehört dem Komitee der American Civil Liberties Union — Union ziviler Freiheiten — an, deren unermüdliches Eintreten für jede Phase des Kommunismus — einschließlich Gottlosigkeit und Unzucht — sich überall im Lande bemerkbar macht. Er stand in engen Beziehungen zur National-Populären Regierungsliga, einer Vereinigung, deren Mitglieder allergrößtenteils direkt oder indirekt mit radikalen und kommunistischen Kreisen verbunden sind. Als einer der zwölf Anwälte dieser Liga war er an deren Kampf gegen das amerikanische Justizministerium beteiligt, um dessen Untersuchungen aufrührerischer Tätigkeiten und Dingfestmachung der roten Revolutionäre zu unterbinden. Die Bemühungen dieser Liga zeitigten den immerhin beachtlichen Erfolg, daß dem Justizministerium bereits im Jahre 1925 alle zur Durchführung

derartiger Untersuchungen erforderlichen Mittel entzogen wurden.

Miß Perkins, Arbeitsministerin der USA — ist wegen ihrer marxistischen Einstellung ebenfalls bekannt. Gemäß einer Notiz der Chicago Tribune vom 9. April 1935 hat sie erklärt, daß sie sich bemühte, Ideen von Karl Marx in die Tat umzusetzen.

Die Liste der kommunistenfreundlichen Personen um Roosevelt in der Innenpolitik ließe sich ohne Schwierigkeiten beliebig erweitern, aber hören wir auch einmal einiges über ihn selbst auf diesem Gebiete. Aus der Fülle der vorliegenden Beispiele können wir natürlich auch wiederum nur einige wenige herausgreifen.

Der Geheimdienst der amerikanischen Marine hatte einem besonders dafür vorgesehenen Ausschuß des Kongresses am 1. April 1935 einen Bericht über rote Wühlarbeit innerhalb der Flotte vorgelegt. Laut einer Mitteilung der New York Times vom 12. Juli 1935 bzw. des Congressional Record vom 9. Oktober 1937 wurde auf Veranlassung von Roosevelt der Bericht unterdrückt und die Anweisung erteilt, sich nicht mit zivilen Organisationen oder deren Politik zu befassen, ohne daß er seine ausdrückliche Genehmigung dazu gegeben habe.

Unter Roosevelt war mit Hilfe von Staatsgeldern eine Organisation zur Erziehung von Arbeitern geschaffen worden. Die Ausbildung der hierfür vorgesehenen 1200 Lehrer wurde Hilda Smith übertragen, die an einer Schulungsanstalt für kommunistische Wanderredner in Mena, Arkansas, tätig war. Als Widerstand gegen ihre Abberufung von diesem wichtigen Posten einsetzte, waren es Roosevelt und seine Gattin, die sie schützten und alle Versuche abschlugen.

Die Zeitschrift 'Seattle Business Chronicle' vom September 1935 führte unter dem Titel 'Lehrerausbildung für Revolution' wörtlich aus, 'daß Gelder der Steuerzahler dazu benutzt würden, die Ausbreitung kommunistischer Ideen weitestgehend zu unterstützen.

Auch außenpolitisch hat Roosevelt bereits vor Ausbruch des Krieges des öfteren seine Sympathien für die Sowjet-Union bewiesen. Nur seinem Entschluß und seinen Anweisungen ist es zuzuschreiben, daß die Sowjet-Union im Jahre 1933 kurz nach Antritt seiner ersten Präsidentschaft seitens der USA anerkannt wurde. Seine Vorgänger hatten sich beharrlich geweigert, diesen Schritt zu tun. Der im November 1941 als sowjetischer Botschafter in Washington ernannte

Litwinoff-Finkelstein brachte damals als diplomatischer Vertreter Stalins den diesbezüglichen Vertrag im Weißen Haus zum Abschluß. Die seinerzeitige Ankunft der sowjetischen Delegation in den Vereinigten Staaten wurde in dem US-amerikanischen kommunistischen Parteiorgan, dem Daily Worker vom 21. Oktober 1933, mit hochtönenden Phrasen gefeiert, wobei auch Roosevelt in reichem Maße mit Lob bedacht wurde.

Die einleitenden Verhandlungen wurden von einem der nächsten Mitarbeiter Roosevelts, — dem berühmten W. C. Bullitt, geführt. Er hatte schon im Februar 1919 mit Lenin in der Sowjet-Union eingehende Unterredungen und kehrte als begeisterter Anhänger der Bolschewisten nach Paris zur Friedenskonferenz zurück. Sein Verlangen, die Sowjet-Union allgemein anzuerkennen, stieß vor allem auf die Ablehnung von Lloyd George, sodaß er damals mit seinen Plänen nicht durchzudringen vermochte. Seine Berichte über die Sowjet-Union wurden von Lloyd George gemäß einer Veröffentlichung der US-amerikanischen Zeitschrift Time vom 1. Mai 1933 als Lügengeschwätz bezeichnet. Nach den gleichen Veröffentlichungen heiratete er im Jahre 1925 die Witwe des einst führenden Bolschewisten John Reed, der in der Krim-Mauer beigelegt ist. Auch heute noch ist Bullitt mehr denn je einer der wichtigsten Berater Roosevelts in der Außenpolitik.

Es überrascht daher auch nicht, daß Roosevelts jetziger Botschafter in London, John G. Winant, nicht nur radikalen Kreisen angehört, sondern sogar früher als Präsident der Nationalen Verbraucher-Liga fungierte, die vom Garland-Fund, einer kommunistischen Stiftung, unterstützt wurde. Mrs. Roosevelt war Vizepräsidentin dieser Liga.

Dieser kurze Überblick über die kommunistischen Tendenzen Roosevelts mag genügen. Wir wollen noch eine Äußerung Bernard Shaws erwähnen, die er laut einer Meldung der Associated Press vom 7. Februar 1936 bei seiner Ankunft in Havanna tat: „Roosevelt ist Kommunist, ohne sich dessen bewußt zu sein; immerhin, — er ist auf dem Wege, das allmählich zu erkennen“.

Lange vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges sind wir immer wieder Zeuge davon gewesen, wie sich die Mehrheit des US-amerikanischen Volkes gegen die fortschreitende Einbeziehung in die kriegerischen Verwicklungen sträubte. Es verlohnt sich daher, kurz darauf einzugehen, wie Roosevelt trotz seiner immer wieder betonten demokratischen Ein-

stellung und ungeachtet der demokratischen Verfassung der USA ohne Rücksicht auf die Wünsche und Notwendigkeiten seines Volkes allen Widerstand überwinden konnte. Ohne Zweifel ist ihm dabei die ganze Unterstützung der führenden Juden und Freimaurer, nicht zuletzt durch die von diesen Kreisen beherrschte Presse, den Rundfunk und Film zuteil geworden. Abgesehen davon aber bleibt auch die Tatsache bestehen, daß sich Roosevelt mit diktatorischen Maßnahmen über alle ihm entgegenstehenden Volksströmungen hinwegsetzte.

Wie konnte es dazu kommen?

Nach der Verfassung der Vereinigten Staaten, die im Jahre 1787 in Philadelphia von einer besonderen Kommission entworfen und kurze Zeit darauf von den gewählten Vertretern des amerikanischen Volkes angenommen wurde, sind die USA eine Demokratie.

Die höchste Gewalt liegt verfassungsmäßig in Händen des Kongresses, der aus zwei Kammern, — Senat und Repräsentantenhaus, — besteht. Artikel 2 der Verfassung regelt die Aufgaben des Präsidenten hinsichtlich seiner Rechte und Pflichten. Danach hat er vor allem den durch die genannten gesetzgebenden Körperschaften zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes in innen- und außenpolitischer Hinsicht zur Durchführung zu bringen. In seiner Person ist auch die gesamte Exekutiv-Gewalt verankert. Er ist nicht nur Oberbefehlshaber aller Wehrmachtsteile, sondern ihm steht mit Zustimmung einer Senatsmehrheit auch das Recht zu, Verträge mit anderen Staaten abzuschließen.

Was immer die Verfassung im einzelnen aber auch über die Befugnisse des Präsidenten, sowie des Senats und Repräsentantenhauses bestimmt, — sie betont vor allem, daß stets nur der Wille und das Wohl des Volkes allein ausschlaggebend sein soll.

Wie verträgt sich nun damit die anmaßende und diktatorische Haltung eines Franklin Delano Roosevelt, von dem die englische Zeitung Daily Mail am 29. Oktober 1941 in einem Leitartikel sagte, daß er die Vereinigten Staaten gegen den Willen des Volkes Schritt für Schritt an den Krieg herantühre?

Um diese Frage erschöpfend zu beantworten, muß man sich mit dem Leben und den Zielen, sowie den einzelnen Maßnahmen Roosevelts auseinandersetzen.

Wie selten einer seiner Vorgänger, hat er sich ganz systematisch auf die Präsidentschaft vorbereitet. Durch seine zeitweise Lähmung ans Bett gefesselt, benutzte er die Zeit, um sich mit dem Leben und den Taten der bisherigen US-amerikanischen Präsidenten vertraut zu machen. Am meisten war er durch das Wirken Woodrow Wilsons beeindruckt, unter dessen Präsidentschaft er bereits einen hohen Regierungsposten bekleidete. Der Geist dieses seines Vorgängers offenbart sich in zahlreichen Handlungen Roosevelts, der es nicht nur Wilson gleichtun, sondern ihn sogar übertrumpfen möchte. Gleich ihm ist auch Roosevelt ein Werkzeug in den Händen der Juden und Freimaurer, unter deren Einfluß, ja unter deren Diktatur er — dem Vorbilde Wilsons nacheifernd — sich nach und nach die nötigen Machtbefugnisse aneignete, um die Nation allmählich in den Krieg zu treiben. Der Wille des Volkes kümmerte einen Wilson so wenig wie einen Roosevelt. Unter typisch jüdischer Auslegung der Verfassung konnten sich beide allmählich Vollmachten sichern, die es ihnen ermöglichten, ihr Volk schließlich vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Es ist ganz unmöglich, im einzelnen all jene Akte dieser beiden Präsidenten aufzuführen, die sie in angeblicher Übereinstimmung mit der Verfassung, — tatsächlich aber völlig im Gegensatz zu deren Geist, — durchgeführt haben.

Betrachten wir einmal die hauptsächlichsten Maßnahmen dieser Art des Präsidenten Roosevelt, so ist zunächst festzustellen, daß er sich schon unmittelbar nach Antritt seiner ersten Präsidentschaft im Jahre 1933 vom Kongreß mit weitgehenden Vollmachten ausstatten ließ unter der Vorgabe, wirtschaftliche und finanzielle Mißstände aus dem Wege räumen zu wollen.

In echt jüdisch-liberalistischer und sehr freier Auslegung der Verfassung hatte Roosevelt unter Berufung auf ähnliche Vorgänge unter Wilson seine Macht als Chef der Exekutive erheblich ausgedehnt. Er verstand es auf diese Weise, mit der Unterstützung seiner Hintermänner und der Hilfe von Rundfunk und Presse, schon vor Verkündung des allgemeinen Notstandes diktatorische Vollmachten an sich zu reißen. In gewisser Hinsicht könnte man dieses Vorgehen Roosevelts mit dem Zeitalter der Notverordnungen in Deutschland vor der Machtübernahme vergleichen.

Gemäß besonderen Verfügungen des Kongresses, die zum Teil schon während des Weltkrieges, zum Teil aber auch

erst nach 1933 erlassen wurden, kann Roosevelt von sich aus den nationalen Notstand verkünden, ohne daß es dazu einer Kriegserklärung seitens des Kongresses bedürfte. Er kann eine Kontrolle über den gesamten Export verhängen, den Handel in Wertpapieren unterbinden, Regulationen hinsichtlich der Landeswährung verfügen und die Schließung von Banken anordnen, weiter die Ölproduktion sowie die Stromerzeugung kontrollieren, alle Rundfunksender übernehmen oder schließen, Munitionsfabriken errichten, sowie Schiffe und private Industrieunternehmungen beschlagnahmen und selbst in Betrieb setzen.

In Zusammenhang mit der Aufzählung dieser bedeutenden Vollmachten ist es interessant festzustellen, wie Roosevelt unter Verdrehung der den eigentlichen Vollmachten zugrunde liegenden Tatsachen oder Absichten seinen zum Kriege treibenden Maßnahmen frönte.

Auf Grund solcher besonderen Vollmachten war z. B. die Reconstruction Finance Corporation, — ein staatliches Bankunternehmen, — ins Leben gerufen, das ursprünglich rein wirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt war. Als das Aufrüstungsprogramm im Interesse einer geplanten Vorratsbildung von kriegswichtigen Rohstoffen die Bereitstellung großer Mittel erforderte, dehnte Roosevelt das Aufgabengebiet dieses Instituts selbstherrlich auf den wehrwirtschaftlichen Sektor aus.

Ähnlich liegen die Dinge hinsichtlich der Housing Authority, die unter dem Vorwand gegründet wurde, dem unbeschreiblichen Wohnungselend der USA durch Errichtung von Wohnungen aus öffentlichen Mitteln entgegenzuwirken. Roosevelt wiederum war es vorbehalten, auch hier im Widerspruch zu der eigentlichen Zweckbestimmung dieses Amtes den Bau von Baracken und Kasernen für die Wehrmacht, von Unterkünften für die Rüstungsarbeiter usw. zu betreiben.

Schließlich treffen die gleichen Tatsachen auch bezüglich der Works Projects Administration zu. Ihr war die Aufgabe zugeteilt, zur Behebung des namenlosen Elends, das durch weitverzweigte Arbeitslosigkeit herrschte, Notstandsarbeiten, die im öffentlichen Interesse lagen, zu vergeben. Stattdessen hat man inzwischen festgestellt, daß dieses Amt auf Grund Roosevelt'scher Vollmachten durchaus berechtigt ist, Flugplätze, Arsenalen, Truppenübungsplätze und dergleichen zu schaffen.

Es sind jüdische Tricks, mit denen Roosevelt den ihm einmal übertragenen Vollmachten eine Auslegung gibt, die ihm beliebt und die seinen Plänen und Zielen am vorteilhaftesten erscheint.

Ähnlich handelt er bereits seit langem auf dem Gebiet der Außenpolitik. Wie bereits erwähnt, kann er mit Zustimmung einer Senatsmehrheit Verträge mit ausländischen Staaten schließen. Auf Grund sophistischer Auslegung der Verfassung wird in weiten Kreisen der Standpunkt vertreten, daß sogenannte Exekutivabkommen, die dem Inhalt nach Verträge darstellen, formell keinen verfassungsmäßigen Vorschriften unterliegen, so daß sie also ohne Zustimmung des Senats ausschließlich von Roosevelt als Chef der Exekutive abgeschlossen werden können.

In diesem Zusammenhang müssen selbst die führenden Staatswissenschaftler der USA zugeben, daß formal-juristisch kaum ein Unterschied hinsichtlich des Charakters von Verträgen und Exekutiv-Abkommen besteht. So ist es also jeweils dem Präsidenten überlassen, seine Vereinbarungen mit andern Staaten als Vertrag oder als Exekutiv-Abkommen zu bezeichnen. Immer, wenn er also irgendwelchen Widerspruch des Senats befürchtet, wird er sich für die Bezeichnung Exekutiv-Abkommen entschließen.

Nachdem Ende Mai 1941 der allgemeine nationale Notstand erklärt wurde, sind Roosevelts diktatorische Vollmachten unbegrenzt. Für all seine Handlungen bedarf es nicht mehr der Anrufung des Kongresses.

Jüdisch-internationale Interessen allein zeichnen den Weg einer vermeintlichen Demokratie vor, in der dem Buchstaben des Gesetzes nach der Wille und das Wohl des Volkes über allem stehen sollte.

Das Streben Roosevelts und seiner Hintermänner ist nicht allein darauf gerichtet, Kontinental-Europa, Lateinamerika, Ostasien, — praktisch überhaupt die ganze Welt unter ihr System zu zwingen, sondern sie machen selbst vor ihren Freunden und Bundesgenossen, den Briten, nicht Halt. Um den breiten Massen das Aufgehen des britischen Imperiums im US-amerikanischen Staatenverband schmackhafter zu machen, läßt man Politiker, Journalisten und Schriftsteller lauter und lauter eine Vereinigung aller Angelsachsen propagieren.

Unter dem Namen 'Union now' hat man eine Vereinigung ins Leben gerufen, die den Zusammenschluß aller englisch sprechenden Völker anstrebt.

Solche Pläne sind aber nicht erst jetzt in den Köpfen jener Elemente entstanden, die Deutschland den Sieg mißgönnten. Sie sind bereits mehr als ein halbes Jahrhundert alt. Ihr geistiger Vater ist Cecil Rhodes, der 'große Brite' des 19. Jahrhunderts, — einer der krassesten Vertreter des britischen Imperialismus, dessen Erfolge größtenteils aus seiner Zusammenarbeit mit den ihm sehr nahestehenden Juden und Freimaurern resultierten.

Neben Rothschild und Beit arbeitete er aufs engste mit anderen mächtigen internationalen Finanzjuden wie Sir Julius Wernher, Barnato, Sir Edmund Davis, Joel, Eckstein und wie sie alle hießen zusammen.

Er war auch einer der höchsten Freimaurer seiner Zeit. Schon in frühen Jahren war er einer Loge beigetreten.

Rhodes Ideal war der Zusammenschluß der angelsächsischen Rasse. In einem seiner verschiedenen politischen Testamente verlangte er, daß der gesamte afrikanische und südamerikanische Kontinent, ferner Palästina, das Tal des Euphrat, die Inseln Zypern und Kreta, die Pazifischen Inseln, der Malayische Archipel, sowie die Küsten von China und Japan von Angelsachsen besiedelt werden sollten. Während Rhodes der Zusammenschluß der angelsächsischen Rasse ursprünglich nur unter britischer Herrschaft vorschwebte, hätte er dies Ziel in seinen reiferen Jahren selbst mit einem Aufgehen des britischen Imperiums in die Vereinigten Staaten erkaufte. Sein Wunsch war es, ein gemeinsames Bundesparlament abwechselnd fünf Jahre in Washington und fünf Jahre in London abzuhalten²⁾.

Früher betrachtete man diese Pläne als den Traum eines idealen Phantasten. Anders ist es heute. Die gleichen Kreise, mit denen auch Rhodes eng verbunden war, — Freimaurer und Juden, Männer der internationalen Finanz, — propagieren dieses Ziel jetzt überlaut. Ihr heutiger Vertreter ist der augenblickliche Präsident der USA, — gleich Rhodes Freimaurer höchsten Grades.

Trotz aller nach außen hin zur Schau getragenen Freundschaft gehen Roosevelt und seine Männer nüchtern und unbeirrt darauf aus, das britische Imperium, seinen Handel,

²⁾ Millin S. 31—33, 170. Gardiner S. 601. Stead 58, 67 ff.

seine Wirtschaft und seine Schifffahrt zu zerschlagen und als lachender Dritter das Erbe anzutreten.

Schon vor ungefähr 60 Jahren hat einer der damals bekanntesten britischen Politiker, der langjährige Erstminister Gladstone, folgende prophetische Worte gesprochen:

„Amerika wird und kann uns wahrscheinlich in der Zukunft unsere wirtschaftliche Vorherrschaft in der Welt entreißen“.

Seine Zeitgenossen hielten diesen Ausspruch für die nicht ernst zu nehmende Feststellung eines alternden Staatsmannes. Heute hat sich die Wahrheit bereits erwiesen.

Der Kampf um die Vormacht hinsichtlich internationaler Finanztransaktionen endete bereits Jahre vor dem zweiten Weltkrieg mit einem Siege der Vereinigten Staaten. Die britische Zeitschrift Manchester Guardian Commercial mußte schon am 7. März 1929 zugeben, daß „die USA alle Trümpfe in der Hand hielten“.

Auch auf den Weltrohstoffmärkten, wie Kupfer, Öl, Gummi, Nickel usw. gewannen die US-Amerikaner stetig gegenüber den Briten an Boden.

Seit Jahren wird die britische Schifffahrt von ihrer US-amerikanischen Konkurrenz bekämpft und hat schrittweise zurückzuweichen. Die US-Amerikaner zerstörten das Monopol der Briten hinsichtlich des Schiffsverkehrs nach der Westküste Südamerikas und der Verfrachtung der Ausfuhr Indiens nach USA. Sie mußten sich auf Grund eines Abkommens aus dem Jahre 1928 mit einem Teil der Verschiffungen auf britischen Linien zufriedengeben.

Vor kurzer Zeit hat man, um mit den beiden angelsächsischen Vertragspartnern zu sprechen, die „Anglo-Amerikanische Schifffahrts-Union“ abgeschlossen. In Wirklichkeit handelt es sich um ein Diktat Roosevelts und dürfte das Ende der Vorherrschaft der britischen Schifffahrt sein. Unter dem Vorwand der Freimachung der immer knapper werdenden Tonnage und der notwendigen Entlastung britischer Reedereien haben sich die Engländer mit Ausnahme des Nordatlantik von allen Routen der sieben Weltmeere zurückziehen müssen.

Im Herbst 1941 wurde Großbritannien von Roosevelt gezwungen, seine Ausfuhr zu vermindern. Selbstverständlich soll auch dies nur wieder geschehen sein, um die gemeinsamen Anstrengungen, das deutsche Volk niederzuringen, — nicht durch gegenseitige unnötige Konkurrenz zu behindern.

Ausnahmsweise darf London hinsichtlich des Staates Venezuela seine Exporte aufrecht erhalten, um in Zukunft dort Öl kaufen zu können. In allen übrigen Teilen der Welt ist aber eine Aufteilung der Exportmärkte erfolgt, wobei die Vereinigten Staaten selbstverständlich auf Kosten Englands erheblich an Boden gewonnen haben.

Bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges besaß Großbritannien börsengängige US-amerikanische Wertpapiere und Direkt-Anlagen in den USA im Werte von 1850 Millionen Dollar.

Nach einer Mitteilung des Schatzamtes in Washington, war diese Ziffer bis Anfang September 1941 bereits auf etwa 500 Millionen Dollar zurückgegangen, — ein Betrag, der aber als Sicherheit für weitere Kredite verpfändet werden sollte. Die Liquidierung zugunsten US-amerikanischer Forderungen dürfte inzwischen vollzogen sein.

Aufschlußreich ist auch ein Bericht des US-Bundes-Reserve-Amtes von Ende September 1941. Daraus geht hervor, daß zu dieser Zeit bereits der gesamte Goldschatz aus London nach den Vereinigten Staaten abgeflossen war. Gemäß einer amtlichen amerikanischen Veröffentlichung betrug die Gesamt-Goldeinfuhr der USA in den ersten beiden Kriegsjahren 6,5 Milliarden Dollar, so daß sich ihr Goldbestand einschließlich der übernommenen eigenen Goldgewinnung auf 22,7 Milliarden Dollar erhöht hat. Von den eingeführten Goldmengen sind über 5 Milliarden, — also nahezu vier Fünftel — von Großbritannien und den Britischen Dominions verschifft worden.

Die anläßlich der 28. Außenhandelskonvention Mitte Oktober 1941 in Newyork gehaltenen Reden lassen erneut den Exportneid zwischen den beiden angelsächsischen Nationen erkennen. Die am Schluß der Tagung veröffentlichte Resolution offenbart ganz deutlich den seit Jahrzehnten bestehenden Gegensatz zwischen Großbritannien und den USA auf dem Export-Weltmarkt.

Neben der Errichtung eines Gold- bzw. Dollar-Blocks in der westlichen Hemisphäre wurde die Beseitigung des britischen Präferenz-Systems im Empire und eine völlig gleiche Behandlung des USA-Exports gegenüber den britischen Waren verlangt.

Der Vertreter des britischen Handelsministeriums, Sir Kenneth Lee, lehnte die Aufhebung der laut dem Ottawa-Abkommen eingeführten Schutzzölle ab und hatte damit zu-

nächst die Forderungen der Vereinigten Staaten vereitelt. Bei fortschreitendem Zerfall des britischen Imperiums werden sich die USA aber auch in diesem Punkte durchzusetzen wissen.

Roosevelts Augenmerk richtet sich aber nicht allein darauf, in bezug auf Wirtschaft und Finanz die Vorherrschaft zu erlangen, sondern seine ganze Politik zeigt deutlich das Bestreben, eine überseeische Besitzung der Briten nach der andern an sich zu reißen.

Die im September 1940 erfolgte Überlassung von 50 alten Zerstörern im Austausch gegen wichtige Stützpunkte in den britischen Kolonien von Neufundland, Britisch-Guayana, terner der Bermuda-Inselgruppe sowie den Westindischen Inseln Bahamas, Jamaica, St. Lucia, Trinidad und Antigua waren der Auftakt dazu. Zwar ist die Abtretung angeblich auf einen Zeitraum von 99 Jahren begrenzt, aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Transaktion dennoch den Anfang vom Ende der britischen Weltherrschaft gekennzeichnet hat. Für so weitreichende Konzessionen sind 50 alte Zerstörer fürwahr ein bescheidenes Äquivalent. „Ihre Panzerplatten“ — so schrieb ein US-amerikanischer Marine-Offizier in der Newyorker Zeitschrift Time vom 16. September 1940, — „sind gerade noch stark genug, um das Eindringen von Wasser und kleinen Fischen zu verhindern.“

In Rücksicht auf die geographische Lage und die oben bereits behandelte starke wirtschaftliche und finanzielle Durchdringung Kanadas seitens US-amerikanischer Kreise machen es nur allzu verständlich, daß Roosevelt auch diesen Teil des britischen Imperiums seinem Lande einverleiben möchte.

Das Resultat einer Zusammenkunft Roosevelts mit dem kanadischen Ministerpräsidenten Mackenzie, die am 19. August 1940 stattfand, war die Schaffung des sogenannten American Canadian Joint Defense Board, dem die gemeinsame Verteidigung des nördlichen Teils der westlichen Hemisphäre einschließlich Alaska obliegen soll, und der unter der Leitung des US-amerikanischen Halbjuden Laguardia und des Kanadiers O. M. Bigger steht.

Ende März 1941 erging bereits der Beschluß, eine Regulierung des St. Lorenz, des Grenzflusses zwischen den USA und Kanada, vorzunehmen. Gleichzeitig verband man damit nicht nur das Projekt, einen Schiffahrts-Kanal zur Verbindung der Großen Seen mit dem Atlantik anzulegen, sondern auch zur Ausnutzung der Wasserkraft riesige Elektrizitäts-

werke zu bauen, um eine vermehrte Stromerzeugung sicherzustellen.

Anläßlich des Besuches Churchills in Washington im Dezember 1941 hat sich das Schicksal Kanadas in dem von Roosevelt angestrebten Sinne entschieden. Die Zollgrenzen zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten sind gefallen, — angeblich nur während des Krieges; aber wer zweifelt daran, daß es ein Dauerzustand sein wird? Darüber hinaus ist aber auch auf Druck Roosevelts eine völlige Vereinigung der kanadischen Wirtschaftsreserven mit denjenigen der USA zustande gekommen: ohne Frage der Preis, den Churchill für das später verkündete gemeinsame anglo-amerikanische Rüstungsprogramm hat zahlen müssen.

Im übrigen ist aber auch die Stellungnahme der breiten Öffentlichkeit in bezug auf einen Anschluß Kanadas an die Vereinigten Staaten sehr aufschlußreich. Im November 1940 brachte die in Montreal in französischer Sprache erscheinende Tageszeitung *Le Jour* einen Artikel, der für die Vereinigung Kanadas mit den USA in einen großen nordamerikanischen Staatenbund eintrat. Er hatte eine so ungeheure Wirkung, daß er sofort ins Englische übersetzt wurde. Die von dem bekannten kanadischen Journalisten Jean Harvey gemachten Ausführungen entwickeln zunächst einen Plan für die künftige Sicherheit und den wirtschaftlichen Aufstieg Kontinental-Amerikas. Er kommt zu der Feststellung, daß Großbritannien diesen Krieg keineswegs ohne die Hilfe Kanadas und der USA überstehen könne. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet er die Vereinigten Staaten als die natürlichen Beschützer Kanadas.

„Wenn im gegenwärtigen Augenblick“, so fährt Harvey fort, „Kanada sein Schicksal mit den USA verbindet, so tut es das nicht etwa wegen der Verteidigung eines europäischen Landes, sondern vielmehr aus dem Urtrieb der Selbsterhaltung. Der gegenwärtige Krieg hat bereits jedem Kanadier klargemacht, daß die künftige Sicherheit seines Landes aufs engste mit seinem großen Nachbarn verknüpft ist.“

Harvey vertritt weiter die Ansicht, daß der augenblickliche chaotische Zustand eine Gelegenheit für die Verbindung dieser beiden Länder bietet, wie sie in zweitausend Jahren nicht wiederkehrt.

Er ist ferner überzeugt, daß die Vorherrschaft Großbritanniens in der Welt für immer vorbei ist. Der einzige und logische Ausweg liegt nach seiner Auffassung darin, daß das britische Volk begreifen lernt, daß sich der Mittelpunkt der Welt von London nach Nordamerika verschoben hat. Keineswegs schlägt er vor, das englische Mutterland in den 200 Millionen umfassenden nordamerikanischen Staatenbund aufzunehmen. Er zieht die Schlußfolgerung, daß England friedlich als unabhängiges Inselvolk leben kann, sofern es die Führerschaft der angelsächsischen Welt zugunsten der neuen kontinental-amerikanischen Nation opfert. In dem Falle, so führt Harvey aus, würde sich niemand mehr um England kümmern, da es nur noch eine zweitklassige Macht darstellt.

Ein Teil des kanadischen Volkes ist also, wie sich bereits ohne weiteres daraus ergibt, von der Propaganda Roosevelts über das kommende amerikanische Zeitalter so sehr beeinflusst, daß es dem Verfall des Empire nur noch untergeordnete Bedeutung beimißt.

Anfang 1942 erfolgte ein weiterer großer Schlag gegen die Einheit des britischen Imperiums. Der australische Ministerpräsident Curtin hatte sich zum Wortführer jenes Teiles des australischen Volkes gemacht, der willens ist, sich gegebenenfalls aus der britischen Commonwealth of Nations zu lösen. Seine diesbezüglichen Erklärungen in der australischen Zeitung Melbourne Herald vom 27. Dezember 1941 waren wie Peitschenhiebe für die Briten.

„Australien“, so sagte er wörtlich, „blickt auf die Vereinigten Staaten frei von Hemmungen hinsichtlich traditioneller Bindungen oder verwandtschaftlicher Gefühle gegenüber Großbritannien. Wir sind nicht eine bloße Kolonie, — man muß auf unsere Stimme hören! Man sollte es Australien überlassen, sich ungehindert aller Hilfe zu bedienen, die ihm von mächtigen und befreundeten Alliierten zur Verfügung steht, selbst wenn sie nicht zum Empire gehören.“

Australien kann nicht untätig bleiben. Es kann ihm niemand verdenken, wenn es unabhängig von Großbritannien und dem Empire verhandelt.“

Mr. Curtin hat auch in der Praxis seine Konsequenzen aus dieser Einstellung gezogen und Anfang Januar 1942 ein Militärbündnis mit Roosevelt abgeschlossen. Die USA verpflichteten sich danach, den militärischen Schutz Australiens

zu übernehmen, während sich Australien bereit erklärte, US-amerikanischen Streitkräften Flotten- und Flugzeug-Stützpunkte zu überlassen.

Recht bezeichnend ist, daß Churchill bis zu seiner Ankunft in Washington Ende Dezember 1941 nichts von diesen direkten Verhandlungen gewußt haben soll. Roosevelt selbst gab darüber hinaus auf einer Pressekonferenz Mitte Januar 1942 zu, daß auch weitere Fragen von gemeinsamem Interesse schon seit geraumer Zeit Gegenstand diplomatischer Verhandlungen zwischen beiden Ländern gewesen seien.

Mit gierigen Händen greift Roosevelt jetzt auch bereits nach dem Mutterland des britischen Imperiums. Unter dem Vorwand der gemeinsamen Verteidigung landeten Ende Januar 1942 die ersten US-amerikanischen Truppen in Nord-Irland. Nach seinen geheimen Absichten handelt es sich hierbei zunächst um eine Vorhut, um seinem Weltmachtswahn sinn und seinen Erpressungen gegenüber Großbritannien mehr Nachdruck zu verleihen.

Das ist der Stand der Dinge Anfang März 1942, und schon jetzt ist mit aller Klarheit zu erkennen, daß sich Roosevelt bereits endgültig als Erbe des Empire fühlt.

Immer mehr bewahrheitet sich, was der US-Amerikaner Ludwell Denny im Jahre 1930 voraussagte:

„Wir waren einst Englands Kolonie. Nicht mehr lange, und es wird umgekehrt sein. — Zwar nicht dem Namen, aber den gesamten Umständen nach. Maschinen verhalfen den Briten zur Weltherrschaft. Modernere Maschinen werden Amerika zum Herrn der Welt und — Großbritanniens machen. Nichts wird uns davon zurückhalten. Wir sind nicht zufrieden mit dem reichsten Land der Welt“).

Hatte der erste Weltkrieg das finanzielle Zentrum der Welt von London nach Newyork verschoben, so sorgt der zweite dafür, daß London auch in wirtschaftlicher Hinsicht seine Vorherrschaft mehr und mehr an die Vereinigten Staaten verliert. „Dieser Krieg wird entscheiden“ — sagte Wendell Willkie im Jahre 1941 bei seiner Rückkehr aus England, — „ob Washington oder Berlin der künftige Mittelpunkt der Welt sein wird.“

Man ist sogar ehrlich genug, durchblicken zu lassen, daß sich London in Zukunft glücklich schätzen könne, mit

^{*)} Denny S. 407.

Washington zusammenarbeiten zu dürfen. Am deutlichsten drückte sich Eliot Janeway, — enger Mitarbeiter Roosevelts und Mitherausgeber der amerikanischen Wochenschrift Life in einem Artikel aus, den er am 5. Mai 1941 in seinem genannten Blatt veröffentlichte. Er sagt dort wörtlich:

„Wir wünschen nicht eine Politik der Hilfe für England, die wir uns übrigens auch nicht länger leisten können, — lediglich weil die Briten vielleicht tapfere Leute sind und unsere Sprache sprechen und deshalb unserer Barmherzigkeit bedürfen. Wir müssen uns bewußt sein, daß Großbritannien aufhört, ein fremdes Land zu sein, sondern auf dem Wege ist, unser 49. Staat zu werden, — derjenige Staat, der zufällig an der kämpfenden Front liegt.“

Im Schlußkapitel werden wir noch erfahren, wie aus unzähligen Äußerungen in der Presse, im Rundfunk und in der Literatur ersichtlich, führende Kreise der USA offen die Tendenz vertreten, die Weltherrschaft zu übernehmen.

Abgesehen von den Plänen Roosevelts in bezug auf das britische Imperium wird seitens seiner Mitarbeiter sowie führender Politiker, Journalisten und Militärs die Forderung immer lauter, der Monroe-Doktrin zum Schutze der USA eine modernere Auslegung zu geben und ihre Anwendung auf viel weitere Räume auszudehnen. Ihre Gültigkeit soll nicht allein auf die westliche Hemisphäre beschränkt werden, sondern heute auch Grönland, Island, die Azoren, die Kanarischen und Kap Verdischen Inseln, sowie die britischen Besitzungen im Atlantik, Ascension, St. Helena und Tristan da Cunha einbeziehen. Ja es melden sich sogar Stimmen, die auch Westafrika mit einschließen wollen. Sie verlangen vor allem die Besetzung von Dakar in Französisch-Westafrika, Freetown in Sierra Leone und Bathurst in Gambia, sowie Stützpunkte in Libyen. Als Begründung wird angeführt, daß dies die günstigsten Punkte für die Achsenmächte seien, um von hier aus ihre Unternehmungen gegen Südamerika vorzutragen, — eine Möglichkeit, die durch eine Besetzung seitens der USA zerschlagen werden müsse.

Daß hinter solchen Bestrebungen der US-Amerikaner in Wirklichkeit auch schwerwiegende wirtschaftliche Gründe zu suchen sind, ist ohne weiteres klar. Gilt es doch, z. B. in Nigerien das nach dem Verlust der ostasiatischen Zufuhren besonders begehrte Zinn für ihre Rüstungs-Industrie sicherzustellen. Von der Goldküste und Sierra Leone bezogen die

USA bereits früher 20% ihres Manganbedarfs, — Lieferungen, die um so mehr an Bedeutung gewonnen haben, als die Einfuhren aus der Sowjet-Union, die etwa ein Viertel des Verbrauchs deckten, ebenfalls ausgefallen sind. Daneben kommen aus Britisch-Westafrika und aus dem Kongo bedeutende Mengen der für die Rüstungs-Industrie unentbehrlichen Diamanten. Endlich liefert dieses Gebiet in nicht unerheblichem Maße Zinn, Kupfer und Blei, die insbesondere bezüglich des ersteren Rohstoffes eine wertvolle Unterstützung für die Rüstung der USA darstellen.

Ende März 1941 hielt Roosevelt die Zeit für gekommen, mit Grönland unter fadenscheinigen Begründungen einen Schutzvertrag abzuschließen. Im Juli des gleichen Jahres wurde Island von den US-Amerikanern besetzt, womit sich also die Forderungen der Männer um Roosevelt bereits zu erfüllen begannen.

II. Latein-Amerika.

Ende Januar 1942 wurde die Panamerikanische Konferenz in Rio de Janeiro abgeschlossen. Wenn sich auch noch nicht alle hochgespannten Erwartungen Washingtons erfüllt hatten, so ist doch nicht zu verkennen, daß bis zu diesem Zeitpunkt jedenfalls ein Teil der lateinamerikanischen Staaten zum mindesten die diplomatischen Beziehungen zu den Mächten des Dreierpaktes abgebrochen hatte. Diese Maßnahme ist fraglos lediglich auf unerhörten Druck der USA zurückzuführen, was hinsichtlich der Anrainerstaaten des Karibischen Meeres weniger überrascht. Wir haben bereits oben ausgeführt, in welchem Maße gerade sie schon seit Jahrzehnten ein Opfer des Dollar-Imperialismus wurden, während ihm besonders die südlichen Staaten Ibero-Amerikas mit größtem Mißtrauen begegneten. Es verlohnt sich daher, den Weg des Dollar-Imperialismus zu verfolgen, den er seit Übernahme der Präsidentschaft durch Roosevelt im Jahre 1933 eingeschlagen hat.

In seiner Antrittsrede vom 4. März 1933 behandelte er die künftige Außenpolitik der USA in einem einzigen Absatz. Er propagierte eine sogenannte gutnachbarliche Politik, eine Tendenz, hinter der zweifelsohne Sumner Welles zu vermuten ist, der ganz kurze Zeit später als Staatssekretär ins Auswärtige Amt berufen wurde. In der Praxis sah es mit dieser gutnachbarlichen Politik zunächst nicht allzu

vielsprechend aus. Man bereitete sich auf eine erneute Intervention in Kuba vor; in Haiti sollte die Aufsicht über das gesamte politische und wirtschaftliche Leben verstärkt und in San Salvador einer den US-amerikanischen Interessen nicht genehmen Regierung die Anerkennung versagt werden.

Im Sommer 1933 begab sich der Außenminister Cordell Hull zur Teilnahme an der 7. Panamerikanischen Konferenz nach Montevideo.

Schon seit Anfang des 19. Jahrhunderts pflegten die lateinamerikanischen Staaten zu gewissen Zeiten zusammenzukommen, um ihre Probleme gemeinsam zu behandeln. Die Einberufung derartiger Konferenzen war ursprünglich auf die Initiative lateinamerikanischer Staaten, vor allem von Kolumbien, Peru, Mexiko, Zentralamerika und Venezuela erfolgt.

Die Teilnahme der USA erfolgte erstmalig anlässlich des Panamerikanischen Kongresses, der vom 2. Oktober 1889 bis 11. April 1890 in Washington tagte. Die Konferenz, die vorwiegend beratenden Charakter hatte, zeitigte als einziges positives Ergebnis die Schaffung eines 'Internationalen Büros amerikanischer Republiken' in Washington, dessen Name im Jahre 1910 in 'Pan American Union' geändert wurde¹⁾.

Weitere Konferenzen folgten 1901 in Mexiko City, 1906 in Rio de Janeiro, 1910 in Buenos Aires, 1923 in Santiago und 1928 in Havanna, aber in keinem Falle wurden Entscheidungen von besonderer Bedeutung getroffen²⁾.

Roosevelt erkannte in diesen Konferenzen ein Mittel, um Einfluß auf die führenden Männer der verschiedenen lateinamerikanischen Republiken zu gewinnen und hatte daher Cordell Hull im Sommer 1933 nach Montevideo entsandt, um dort wiederum an einem solchen Kongreß teilzunehmen. Mit Überredungskünsten und sonstigen Methoden gelang es ihm tatsächlich, in gewissen Fällen im Sinne Roosevelts Erfolge zu erzielen.

Im Gegensatz zu der Einstellung, die die US-amerikanische Delegation auf der Konferenz von Havanna im Jahre 1928 vertrat, unterstützte Hull die Erklärung, daß 'keines der beteiligten Länder das Recht habe, sich in die inneren und äußeren Angelegenheiten eines anderen Staates einzumischen.' Um dieser Stellungnahme noch mehr Nachdruck

¹⁾ Inman S. 195 ff.

²⁾ Inman S. 200 ff., Ogg S. 277—79.

zu verleihen, wurden kurz darauf bereits die US-amerikanischen Marine-Streitkräfte aus Haiti zurückgezogen, wie auch das berüchtigte Platt-Amendment bezüglich Kuba zur Aufhebung kam³⁾).

Noch deutlicher offenbarte sich das Werben Roosevelts um das Vertrauen der lateinamerikanischen Republiken auf der Konferenz von Buenos Aires im Jahre 1936, an der er persönlich mit Hull und Sumner Welles teilnahm. Mit besonderem Nachdruck betonte er in seiner Eröffnungsansprache, daß irgendwelche Angriffe auf die westliche Hemisphäre ganz Amerika bereitleiden würden, dem gemeinsam zu begegnen⁴⁾).

Seit diesem Zeitpunkt bemühte er sich fortgesetzt durch seine Reden, durch Rundfunk und Presse, die südamerikanischen Staaten von der Gefahr eines Angriffs der Achsenmächte auf die westliche Hemisphäre zu überzeugen.

Auch auf dieser Konferenz arbeiteten die USA-Vertreter mit allen Mitteln. Insbesondere waren sie bemüht, das Vertrauen des damaligen argentinischen Außenministers Carlos Saavedra Lamas zu gewinnen, der den Bestrebungen der USA bisher mehr oder weniger ablehnend gegenübergestanden hatte. Auf direkte Intervention von Hull hatte dieser kurz vor Eröffnung der Konferenz den Friedens-Nobelpreis erhalten⁵⁾).

Trotz allem gelang es den Bemühungen Roosevelts und Hulls nicht, die angestrebte gemeinsame Front gegen die vermeintliche Aggression der Achsenmächte zu errichten. Man mußte sich vielmehr erst mit der offiziellen Erklärung einer ‚Hemisphären-Solidarität‘ begnügen.

Die nächste Panamerikanische Konferenz trat im Dezember 1938 in Lima zusammen, auf der die USA wiederum durch Hull repräsentiert wurden. Auf Weisung von Roosevelt ging sein Bestreben dahin, die ‚Hemisphären-Solidarität‘ in eine ‚gemeinsame Außenpolitik der westlichen Hemisphäre‘ umzuwandeln⁶⁾).

Nach der feierlichen Beteuerung, daß die USA im Falle eines Angriffs der Achsenmächte selbstlos die Freiheit der westlichen Halbkugel verteidigen würden, legte er vier Pro-

³⁾ Wertenbaker S. 97 ff., 129—148.

⁴⁾ Stuart S. 35/6.

⁵⁾ Wertenbaker S. 107/08.

⁶⁾ Wertenbaker S. 110.

grammpunkte für die „Politik zur Verteidigung des Friedens“ vor. Obgleich sich die Mehrheit der dort vertretenen lateinamerikanischen Staaten dazu bekannte, mußte er sich in Rücksicht auf den Widerstand der argentinischen Delegation dennoch zu einem Kompromiß bereittfinden; es wurde lediglich vereinbart, die Solidarität der westlichen Hemisphäre gegen fremde Einmischungen zu verteidigen und eine Konferenz der Außenminister einzuberufen, sofern den amerikanischen Republiken irgendwelche Gefahr droht⁷⁾.

Bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges wurde diesem Beschluß gemäß eine Konferenz für den 23. September 1939 nach Panama einberufen. Man bekannte sich dort zur Neutralität und setzte ein interamerikanisches Neutralitäts-Komitee ein, das aus sieben bekannten internationalen Anwälten bestand und während der Dauer des Krieges seinen Sitz in Rio de Janeiro nehmen sollte. Dem Ausschuß fiel vor allem die Aufgabe zu, die verschiedenen Staaten hinsichtlich internationaler Rechtsfragen zu beraten, um eine formelle Verletzung ihrer Neutralität zu vermeiden.

Daneben wurde noch ein sogenanntes Inter-American Financial and Economic Advisory Committee mit dem Sitz in Washington gebildet; auf das wir noch unten näher eingehen werden.

Entgegen dem Vorschlag von Sumner Welles, an der Ostküste der westlichen Halbkugel eine hundert Meilen breite Neutralitätszone zu erklären, verlangte Roosevelt die Erweiterung auf dreihundert Meilen, und der Beschluß der Konferenz von Panama erging in diesem Sinne. Innerhalb dieser Neutralitätszone sollten jegliche kriegerischen Handlungen verboten sein. Als sich jedoch herausstellte, daß England überhaupt nicht daran dachte, diese Zone zu respektieren und daß sich diese Maßnahme möglicherweise zugunsten Deutschlands auswirken könne, verschwand der Beschluß langsam in der Versenkung⁸⁾.

Sumner Welles war die treibende Kraft hinsichtlich Roosevelts lateinamerikanischer Politik, da er auf Grund längeren Aufenthalts in diesen Ländern am besten ihre Gewohnheiten kannte. Anfang Juni 1940 nahm er Verhandlungen mit allen lateinamerikanischen Diplomaten in Washington auf, um im Falle eines Sieges der Achsenmächte eine gemeinsame Front

⁷⁾ Wertebaker S. 112/3, Stuart S. 37.

⁸⁾ Wertebaker S. 113—15.

gegen die etwaige Übernahme britischer, französischer oder holländischer Besitzungen in der westlichen Hemisphäre aufzurichten. Laurence Duggan, der Jude Adolf Berle und Dudley Wood bereiteten schon Pläne vor, um Handel, Wirtschaft und Industrie Lateinamerikas — selbstverständlich im Sinne der USA — zu reorganisieren⁹⁾.

Am 21. Juni 1940, dem Vortage des Abschlusses der deutsch-französischen Waffenstillstandsverhandlungen, hatte Roosevelt eingehende Besprechungen mit Sumner Welles und Bernard Marnasse Baruch. Um die gleiche Zeit informierte er die Presse von der beabsichtigten Schaffung eines Export-Kartells für die westliche Hemisphäre. Am 22. Juni wurde im Repräsentantenhaus das Gesetz zum Bau einer Zwei-Ozean-Flotte verabschiedet und am folgenden Tag erklärte das Auswärtige Amt der USA öffentlich seine Bereitschaft, den der westlichen Halbkugel wirtschaftlich und politisch drohenden Gefahren gemeinsam mit den übrigen Ländern Amerikas zu begegnen. Am 26. Juni 1940 gab Jesse H. Jones als Leiter der staatlichen Export-Import-Bank bekannt, daß sie Argentinien ein Darlehn von 20 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt habe, und am 20. Juli beantragte Roosevelt beim Kongreß, der Export-Import-Bank einen Betrag von 500 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen mit der Maßgabe, daß ihr hinsichtlich der Vergebung von Anleihen an Lateinamerika völlig freie Hand gelassen würde¹⁰⁾. Dieser Schritt war als Lockmittel für die ibero-amerikanischen Staaten gedacht und zeitigte auch den gewünschten Erfolg.

Dieser kurze Überblick über die Maßnahmen Roosevelts läßt deutlich erkennen, daß er nach dem Zusammenbruch Frankreichs und der Vertreibung der Engländer vom europäischen Kontinent seine Stunde für gekommen hielt. Seine Machtbestrebungen offenbarten sich bereits ziemlich unverhüllt auf der Havanna-Konferenz am 20. Juli 1940.

Wiederum war Cordell Hull als Abgeordneter Roosevelts erschienen und erneut stieß er auf den Widerstand der argentinischen Delegation. Man war nicht willens, sich an der angeblich erforderlichen gemeinsamen Verteidigung der westlichen Halbkugel unter Führung der USA zu beteiligen, ohne daß Argentinien andererseits ausreichende wirtschaftliche Unterstützung hinsichtlich seines völlig daniederliegenden

⁹⁾ Wertebaker S. 123/4.

¹⁰⁾ Wertebaker S. 135.

Handels durch Roosevelt gewährt würde. Die Situation war für die USA sehr kritisch. Mit Hilfe der brasilianischen Delegation vermochten sie indes auf Argentinien einen Druck auszuüben, so daß es zu einem Kompromiß kam. Um mit den Worten Wertenbakers zu sprechen, war es „ein Kuhhandel, und Cordell Hull erwies sich als ein ausgekochter Viehhändler“¹¹⁾.

Es würde zu weit führen, auf alle Machenschaften der US-amerikanischen Delegation einzugehen, deren sie sich bediente, um das ihr von Roosevelt aufgetragene Ziel zu erreichen.

Am 30. Juli 1940 kam es zu dem gemeinsamen Beschluß aller amerikanischen Staaten,

„die Übertragung französischer, britischer oder holländischer Besitzungen in der westlichen Hemisphäre an eine andere, nicht amerikanische Macht, unter allen Umständen zu verhindern“¹²⁾.

Daneben wurde ein weiterer Beschluß gefaßt, den wir im Wortlaut wiedergeben:

„Jeglicher Versuch seitens eines nicht amerikanischen Staates, der sich gegen die Unantastbarkeit oder Unverletzlichkeit von Gebieten, gegen die Souveränität oder die politische Unabhängigkeit eines amerikanischen Staates richtet, soll als aggressive Handlung gegen diejenigen Staaten gelten, die diesen Vertrag unterzeichnen.

Alle Vertragspartner, oder zwei oder mehrere von ihnen sollen je nach den Umständen bezüglich der erforderlichen Abkommen verhandeln, um eine Zusammenarbeit hinsichtlich der Verteidigung und jener Unterstützung zu organisieren, die sie sich im Falle der Aggression, — wie oben in dieser Erklärung vorgesehen, — gegenseitig gewähren werden“¹³⁾.

Der Vertrag wurde von sämtlichen amerikanischen Republiken unterzeichnet.

Daß es Roosevelt trotz des ursprünglichen Mißtrauens verschiedener lateinamerikanischer Staaten gegenüber dem Dollar-Imperialismus gelang, die Beschlüsse von Panama und Havanna herbeizuführen, mag zunächst verwunderlich erscheinen. Der Grund ist aber darin zu suchen, daß die iber-

¹¹⁾ Wertenbaker S. 142.

¹²⁾ Wertenbaker S. 129—48.

¹³⁾ Wertenbaker S. 147/8.

amerikanischen Staaten bei Ausbruch des gegenwärtigen Krieges größtenteils von ihrem Handel mit Europa abgeschnitten und infolgedessen auf die von Roosevelt angebotenen reichlichen Unterstützungen angewiesen waren.

Im Jahre 1938 produzierte Lateinamerika Exportgüter im Werte von mehr als 4 Milliarden Dollar bei einem eigenen Einfuhrbedarf von etwa 3,2 Milliarden Dollar pro Jahr.

Wie die nachfolgende Zusammenstellung aus dem Jahre 1937 zeigt, sind nur gewisse Länder von dem Warenaustausch mit den USA abhängig gewesen, während andere vorwiegend auf den Im- und Export Europas angewiesen waren.

Importe der lateinamerikanischen Länder aus den USA
und ihre Exporte nach den USA:

Land:	Anteil der USA an der Gesamteinfuhr in %	Anteil der USA an der Gesamt- ausfuhr in %
Kuba	69	81
Mexiko	62	56
Honduras	58	89
Nikaragua	54	55
Venezuela	53	14
Santo Domingo	52	35
Panama	52	90
Haiti	51	28
Kolumbien	48	64
Guatemala	45	64
Costa Rica	43	45
San Salvador	40	61
Ecuador	40	33
Peru	35	22
Bolivien	28	7
Chile	29	22
Brasilien	23	36
Argentinien	16	13
Uruguay	14	14
Paraguay	8	8

Aus dieser Übersicht ergibt sich einwandfrei, daß Chile, Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay vor dem zweiten Weltkrieg nur geringeren Umfangs mit den USA in Warenaustausch standen. Bei den Exportgütern dieser fünf

Länder handelt es sich vor allem um Agrarprodukte und Rohmaterialien im Werte von fast 1 Milliarde Dollar, von denen Kontinental-Europa durchschnittlich etwa 55% übernahm. Diese Ziffer erhöht sich noch um die ebenfalls sehr beträchtlichen Importe Großbritanniens.

Es ist daher für die Vereinigten Staaten ein sehr schwieriges Problem, als Abnehmer dieser Güter an die Stelle Europas zu treten, insbesondere soweit es sich um Baumwolle, Mais, Weizen und Fleisch handelt. So hatten sie z. B. im Jahre 1938 folgende Überschüsse ihrer heimischen Produktion, denen wir in nachstehender Tabelle die Werte der Überschüsse Lateinamerikas gegenüberstellen:

	Überschüsse der USA-Produktion in 1000 Dollar	Überschüsse der Lateinamerik. Produktion in 1000 Dollar
Baumwolle	228 669	76 500
Mais	94 497	59 300
Weizen	78 141	61 400
Fleisch	28 470	124 000 ¹⁴⁾

Die Aussichten Lateinamerikas hinsichtlich des Absatzes dieser Produkte in den USA sind also naturgemäß sehr gering.

Die iberoamerikanischen Staaten haben von vornherein auf diese Schwierigkeiten hingewiesen; um dem zu begegnen, wurde die oben erwähnte Gründung eines Kartells erwogen, dem die Erfassung aller überschüssigen Güter Lateinamerikas und deren Verwertung durch eine gemeinsame Agentur obliegen soll.

Den USA ist dabei die Rolle des Finanziers zugeordnet. Die Durchführung dieses Planes würde also darauf hinauslaufen, daß sie die gesamten Überschüsse erwerben und sie später zu ihnen genehmen Bedingungen veräußern. Mit diesem Plan würden die USA zweierlei erreichen: Sie könnten nach dem Kriege nicht nur eine direkte Fühlungnahme Lateinamerikas mit Europa verhindern, sondern diese Länder völlig in die Abhängigkeit Washingtons bzw. der Wallstreet zwingen.

Bisher ist es praktisch nur bezüglich Kaffee zu einer derartigen Regelung gekommen. Am 28. Dezember 1940 wurde der sogenannte interamerikanische Kaffeevertrag abgeschlos-

¹⁴⁾ Mc Culloch S. 47.

sen, an dem außer den USA folgende Länder beteiligt sind: Brasilien, Kolumbien, Costa Rica, Kuba, Santo Domingo, Ekuador, San Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Mexiko, Nikaragua, Peru und Venezuela. Nach diesem Abkommen wurden gewisse Grundquoten für die Ausfuhr nach außer-amerikanischen Märkten festgesetzt, die nicht überschritten werden dürfen. Eine neue Bevormundung Lateinamerikas, das künftighin also in Praxis nicht mehr frei über seine Kaffeevorräte zugunsten anderer Länder verfügen darf.

Die Frage der Einfuhr von Fertigwaren ist für diese Länder ebenfalls von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Vor dem Kriege ist Europa großen Umfangs als Lieferant aufgetreten, — eine Rolle, die die USA mit Rücksicht auf ihr Rüstungsprogramm, sowie auf den bestehenden großen Mangel an Schiffsraum kaum befriedigend übernehmen können. Die gesamte Wirtschaft, vor allem von Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay ist also schwersten Belastungen ausgesetzt. Diese bereits ins Ungeheure gesteigerten Schwierigkeiten hat Roosevelt für seine Zwecke auszunützen gewußt.

Wir haben bereits im Zusammenhang mit der Panama-Konferenz auf die Errichtung des Inter-American Financial and Economic Advisory Committee hingewiesen. Jede der 21 amerikanischen Republiken hat in dieses Komitee einen Vertreter entsandt, dessen Führung selbstverständlich in Händen der USA liegt. Vorsitzender ist Sumner Welles, und die Geschäfte werden hauptsächlich von US-Amerikanern wahrgenommen. Die Aufgaben dieses Komitees bestehen vor allem darin, die durch den Krieg verursachten besonderen Wirtschaftsbedingungen der einzelnen Länder zu untersuchen und in diesem Zusammenhang Vorschläge für die Verbesserung der Lage auszuarbeiten, — wie es sich auch mit Schifffahrtsproblemen und Frachtraten zu beschäftigen hat.

Auf seine Veranlassung ist inzwischen die Inter-American Bank, sowie die Inter-American Development Commission ins Leben gerufen worden. Die erstere wurde am 1. Mai 1940 mit Unterstützung von Bolivien, Kolumbien, Santo Domingo, Ekuador, Nikaragua, Paraguay und selbstverständlich der USA gegründet. Drei Tage später trat auch Brasilien bei. Der Bank wurden außerordentliche Vollmachten erteilt. Sie ist ermächtigt, lang- oder kurzfristige Anleihen zu geben, Staatspapiere zu kaufen und zu verkaufen, den Handel mit Edelmetallen zu betreiben usw.

Der Inter-American Development Commission wurde die Aufgabe zuteil, neue Richtlinien für die Produktion Lateinamerikas auszuarbeiten und für ihren Absatz anderweitige Märkte zu erschließen. Die bisherigen Vorschläge gehen zum Teil auf eine völlige Veränderung der gesamten wirtschaftlichen Struktur dieser Länder hinaus. So will man dort vor allem im Gegensatz zu früher die Industrialisierung fördern, um die für den heimischen Bedarf notwendigen Fertigwaren selbst zu erzeugen. Man strebt auf diese Weise die Abwanderung entsprechender Arbeitskräfte vom Lande an, die zwangsläufig einen Rückgang in der Produktion von Agrargütern bedingen würde. Bei einer solchen Umstellung hofft man schließlich durch Übernahme der Finanzierung von Fabrikanlagen und Maschinen weiteren entscheidenden Einfluß auf das Gesamtleben dieser Nationen zu erlangen.

Um die finanzielle Abhängigkeit der betreffenden Länder von den Vereinigten Staaten mehr und mehr zu fördern, hat Roosevelt vor allem die Export Import Bank eingeschaltet, die bereits im Jahre 1934 ins Leben gerufen war, um insbesondere den damals erwarteten Handel mit der Sowjet-Union zu unterstützen. Es handelt sich hierbei um ein staatliches Unternehmen, das mit fast unbeschränkten Geldern ausgestattet ist. Bis Ende 1940 war ihm bereits vom Kongreß ein Kapital von insgesamt 700 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt worden mit der Bedingung, bei der Erschließung von Hilfsquellen, bei der Stabilisierung der Wirtschaft und bei einem reibungslosen Absatz der Produkte der Länder der westlichen Hemisphäre mitzuwirken.

Weiter gibt es noch die Reconstruction Finance Corporation, ebenfalls ein staatliches Unternehmen. Zu ihren Kreditnehmern gehören heute fast alle Zentralbanken der lateinamerikanischen Staaten. Daneben stellt sie Gelder für die Errichtung von Industrieanlagen in Iberoamerika zur Verfügung.

Diese beiden Bankinstitutionen arbeiten Hand in Hand und bringen durch Gewährung zahlreicher Anleihen die verschiedenen Länder in immer größere finanzielle Abhängigkeit. Die Tätigkeit der privaten Bank-Konzerne, die oben im Zusammenhang mit den Bestrebungen des Dollar-Imperialismus des öfteren genannt worden sind, wird dadurch nicht berührt.

Zur Beurteilung der Gesamtlage dürfte interessieren, welchen Umfangs Investitionen der USA bis Ende 1940 in Lateinamerika erfolgt waren. Das zeigt uns folgende Über-

sicht, die wir in „Direkte“ und „Indirekte Anlagen“ unterteilt haben.

Direkte Anlagen beziehen sich auf Bergbau, Industrie einschließlich Erzeugung von Lebensmitteln, Versorgungsbetriebe wie Gas, Wasser, Elektrizität usw., indirekte auf lateinamerikanische Staatspapiere.

	Direkte Anlagen in 1000 Dollar	Indirekte Anlagen in 1000 Dollar
Kuba	1 395 000	110 000
Chile	483 700	191 500
Mexiko	479 500	—
Argentinien	348 300	197 900
Brasilien	194 300	273 200
Venezuela	186 300	—
Zentralamerika	148 400	26 200
Kolumbien	107 500	128 000
Peru	96 000	54 100
Santo Domingo	40 700	7 300
Bolivien	18 300	53 600
Uruguay	13 900	35 700
Übrige Länder	63 700	5 700 ¹⁵⁾

Zu diesen Beträgen sind noch diejenigen Summen hinzuzurechnen, die in der Zeit von Januar 1941 bis Ende Februar 1942 seitens der Export Import Bank zur Verfügung gestellt wurden:

	in 1000 Dollar:
Kuba	63 780
Chile	24 000
Mexiko	71 050
Argentinien	60 000
Brasilien	118 000
Venezuela	100 000
Kolumbien	22 000
Peru	10 000
Santo Domingo	3 300
Uruguay	17 000
Ekuador	25 000
Haiti	11 000
Costa Rica	5 380
Nikaragua	4 650
Panama	2 500

¹⁵⁾ Raushenbush S. 25.

Nicht genug mit alledem, greift man auch auf das Leih- und Pachtgesetz als Köder zurück, das bekanntlich formell ohne Rücksicht auf irgendwelche Gegenleistung die Zurverfügungstellung von Geld und Kriegsmaterial an sogenannte demokratische Staaten vorsieht, Roosevelt operiert mit Angeboten von Millionenbeträgen aus dem Fonds dieses Gesetzes. Bis Ende Februar 1942 waren seitens des USA-Kongresses insgesamt 18 Milliarden Dollar für alle damit betrachteten Länder einschließlich Großbritannien, der Sowjetunion, China, Niederländisch-Indien und der lateinamerikanischen Republiken bewilligt.

Diese Gelder brauchen laut offiziellen Erklärungen der USA nicht zurückgezahlt zu werden; aber wer Roosevelt und seine Methoden kennt, weiß, daß es sich dabei nur um Danaergeschenke handelt. Sie sind, wenn auch versteckt, zweifellos mit irgendwelchen Nachteilen verbunden, sei es auch nur in Form einer Beeinflussung oder Bevormundung auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiet durch die USA.

Ende Februar 1942 betonte der Finanzminister Morgenthau öffentlich, daß er die Errichtung einer panamerikanischen Zentralbank und einer einheitlichen Währung für notwendig erachte. Wohin derartige Pläne führen, dürfte un schwer zu erraten sein.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß Roosevelt unter Ausnutzung der außerordentlich angespannten Wirtschafts- und Finanzlage der lateinamerikanischen Staaten die Ziele des Dollarimperialismus, nämlich alle Länder der westlichen Halbkugel in seine Abhängigkeit zu zwingen, erreicht haben dürfte. Intrigen, Druckmittel aller Art anlässlich der panamerikanischen Konferenzen, Anleihen und die Übernahme der lateinamerikanischen Ausfuhr Güter haben ihn praktisch zu ihrem Diktator gemacht.

Aber auch auf militärischem Gebiet bemühen sich Roosevelt und seine Hintermänner um immer größeren Einfluß. Man sucht dies vor allem durch gemeinsame Verteidigungsausschüsse, Militärmissionen und Stützpunkt-Politik zu erreichen.

Mitte Januar 1942 wurde ein gemischter US-amerikanisch-mexikanischer Verteidigungsausschuß gebildet, wie er mit Kanada bereits seit dem 19. August 1940 besteht.

Zwischen beiden Ländern werden sämtliche militärischen Erfahrungen ausgetauscht und gemeinsame Pläne für die Verteidigung ihrer Länder vorgesehen.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat man weiter sehr viel Erfolg mit den Bemühungen gehabt, Militärmissionen nach Lateinamerika zu entsenden. Meistens beträgt die Dauer des Aufenthalts einer solchen Mission in den verschiedenen Ländern mehrere Jahre. Bis jetzt haben sich Honduras, Venezuela, Kolumbien, Brasilien, Bolivien, Ekuador, Peru und Chile zur Aufnahme einer solchen Militärabordnung bereit-erklärt.

Ferner hat Roosevelt besonders Anfang 1942 gute Resultate mit seiner Stützpunktpolitik erzielt. Sämtliche Luft- und Flottenstützpunkte Mexikos sind den USA-Streitkräften zur Verfügung gestellt worden. Mitte Januar 1942 erfolgte das gleiche in Honduras und San Salvador, das mit Rücksicht auf seine wichtige strategische Lage an der pazifischen Küste besonders erstrebenswert für Roosevelt war.

Costa Rica hatte sich schon seit November 1941 für den Fall eines Krieges mit Japan als Bundesgenosse angeboten und selbstverständlich gleichzeitig seine sämtlichen Stützpunkte Roosevelt überlassen.

Die schon seit langem bestehende Abhängigkeit Nikaraguas von Washington hat sich seit Monaten dahin ausgewirkt, daß US-amerikanischen Wünschen auf Benutzung sämtlicher Flugzeug- und Flottenbasen weitestgehend entsprochen wurde. Bei dem Scheindasein, das Panama gegenüber den Vereinigten Staaten führt, ist es nicht verwunderlich, daß auch dort seit längerer Zeit der gleiche Zustand herrscht.

Venezuela hat in seinem Fünfjahresplan den Neubau von 19 Flugplätzen, sowie die Verbesserung von 39 bereits bestehenden Flugplätzen vorgesehen, was sicherlich nicht zuletzt auf das Versprechen von Washington, Gelder bis zum Betrage von 100 Millionen Dollar zu leihen, zurückzuführen ist.

Mitte Januar 1942 wurde verkündet, daß zwischen dem Gesandten Kubas und dem US-amerikanischen Militär-Komitee Besprechungen über eine Zusammenarbeit hinsichtlich der zukünftigen Verteidigung der westlichen Hemisphäre stattgefunden haben. Dies bedeutet ohne weiteres, daß den US-amerikanischen Streitkräften jede Handlungsfreiheit auf kubanischem Gebiet zugestanden worden ist.

Seit dem Spätherbst 1941 hat Brasilien dem Ersuchen Roosevelts zugestimmt, einen US-amerikanischen General als Berater ins Kriegsministerium aufzunehmen. Es handelt sich hierbei um General Lehmann W. Miller, der Roosevelts

wahre Pläne unverhohlen zum Ausdruck gebracht hat. Mitte November 1941 verlangte er von der brasilianischen Regierung, daß sie eine ganze Reihe nordbrasilianischer Häfen als Stützpunkte für die USA-Marine zur Verfügung stellte. Zusätzlich forderte er die Anlage großer Depots für Proviant, Betriebsstoff und Munition, sowie die Errichtung von Reparaturwerkstätten, ferner die Besetzung der Stützpunkte durch US-amerikanische Streitkräfte, denen in gleicher Weise exterritoriale Rechte zugestanden werden sollten, wie sie früher die US-amerikanischen Marinetruppen in China genossen. Als verschiedene Minister seine Wünsche als unberechtigt ablehnten, bezeichnete er sie als Naziagenten oder versuchte, sie durch Schecks in beträchtlicher Höhe zu gewinnen.

In Bolivien hat die dortige US-amerikanische Militärkommission praktisch freie Hand, und Mitte Oktober 1941 wußte die United Press bereits aus Washington zu berichten, daß die Regierung von Paraguay mehrere Flugplätze anlegen würde, die für die Operation von Langstrecken-Bombern vorgesehen waren. Diese Meldung erfuhr nicht nur ihre Bestätigung durch Paraguay, sondern es wurde noch hinzugefügt, daß die USA selbst zwei Flugzeugstützpunkte ausgewählt hätten.

Auch Uruguay ist nicht nur allzu bereit, den USA ebenfalls Stützpunkte zu überlassen, sondern es will gegebenenfalls sogar ihrer Besetzung durch USA-Truppen zustimmen. Anscheinend ist vor allem Santa Teresa als Flugstützpunkt für Land- und Wasser-Flugzeuge vorgesehen.

Nur die Kenntnis der verschiedenen Phasen des Dollar-Imperialismus vermag die Welt darüber aufzuklären, wie es zu dem Verhalten der USA gegenüber den einzelnen Ländern Lateinamerikas gekommen und wer hinter ihren innen- und außenpolitischen Entschlüssen zu suchen ist.

Endlich bietet sich noch eine weitere Erkenntnis für die bewußte Kriegspolitik Roosevelts.

Für seine Beherrschungspläne hinsichtlich Iberoamerikas mußte es zu einem Kriege in Europa kommen, um diese Länder von ihren dortigen Märkten abzuschneiden und sie unter dem Druck der Verhältnisse ganz in die Abhängigkeit von ihm und der jüdischen Hochfinanz zu zwingen.

Ganz abgesehen davon aber malte er den lateinamerikanischen Republiken immer wieder das Schreckgespenst einer Invasion seitens der Achsenmächte aus, und nur die Angst

vor einem solchen Angriff brachte sie neben vielen anderen Faktoren seiner Außenpolitik langsam näher.

Roosevelt und seine Hintermänner wiesen aber auch mit beredten Worten auf die angeblichen Gefahren hin, die der westlichen Halbkugel durch die Fünfte Kolonne drohen. Nach ihren Schilderungen besteht diese Organisation aus Deutschen, Italienern und solchen Elementen in den iberoamerikanischen Staaten, die mit ihnen sympathisieren. Ihr Streben sei, so läßt Roosevelt verkünden, — darauf gerichtet, die demokratischen Freiheiten der westlichen Hemisphäre zugunsten eines totalitären Machtsystems abzuschaffen und bei Landungen von Truppen der Achsenmächte durch Sabotageakte unterstützend einzugreifen. Als Angehörige der Fünften Kolonne werden mit Hilfe von Presse und Rundfunk all diejenigen Kreise gestempelt, die es je wagen, in Wort oder Schrift gegen die Herrschaftsbestrebungen Roosevelts hervortreten. Welche Auswirkungen die diesbezügliche Propaganda bereits gehabt hat, läßt sich unmöglich im einzelnen anführen.

Daneben bedient man sich auch weitestgehend anderer agitatorischer Mittel, um die Bevölkerung von der Notwendigkeit engster Zusammenarbeit mit den USA zu überzeugen.

Führende US-amerikanische Zeitschriften drucken besondere Ausgaben für Lateinamerika. Rundfunksendungen in spanischer und portugiesischer Sprache nehmen einen immer breiteren Raum im Programm US-amerikanischer Sender ein. Der Austausch von Lehrkräften und Studenten wird von Washington aufs lebhafteste gefördert, und der Kongreß stellte Ende 1940 eine beträchtliche Summe für diesen Zweck zur Verfügung.

Unter Leitung Nelson A. Rockefellers, — eines Mitgliedes der bekannten Rockefeller-Familie, — wurde ein Amt für die Zusammenfassung der kommerziellen und kulturellen Beziehungen zwischen den amerikanischen Republiken geschaffen, dessen Aktivität immer größeren Umfang annahm. Offenbar kommt es diesem Amt zwar weniger auf die Verbesserung der kulturellen Beziehungen zwischen Nord und Süd an, sondern es befaßt sich weitgehend mit Wirtschaftsspionage und Propaganda gegen die sagenhafte Fünfte Kolonne. Nelson A. Rockefeller bzw. seinem Amte ist die Aufstellung der schwarzen Listen zu verdanken, die bis Ende Dezember 1941 bereits mehr als 2500 Namen lateinamerika-

nischer Firmen und Einzelpersonen umfaßte, die im Verdacht standen, mit den Achsenmächten zu sympathisieren. Diese Unternehmer werden somit von einem Geschäftsverkehr mit den USA ausgeschlossen, was in vielen Fällen ihren Ruin bedeutet. Solche Maßnahmen stellen fürwahr einen unerhörten Eingriff in die inneren Angelegenheiten Iberoamerikas dar und geben einen bitteren Vorgeschmack für Roosevelts vielgepriesene Grundsätze der Freiheit und Gleichberechtigung.

1. Mexiko.

In die Zeit der ersten und zweiten Amtsperiode Roosevelts fällt auch die Regierungszeit des mexikanischen Präsidenten Cardenas. Er war bemüht, die im Jahre 1910 verkündeten Reformen wenigstens teilweise durchzuführen. In Verfolg dieser Politik verfügte er die Enteignung von 47 Millionen Acres Land, das teils einheimischen Großgrundbesitzern, teils Ausländern gehörte. Ferner wurde im März 1939 den ausländischen Ölgesellschaften das Recht abgesprochen, künftighin in Mexiko Öl zu fördern¹⁾

Mit beiden Massnahmen setzte sich Cardenas in scharfen Gegensatz zu US-amerikanischen und britischen Finanzinteressen, die mit dem wirtschaftlichen Boykott des Landes antworteten.

Der Schaden hinsichtlich der Ölausfuhr war aber nach kurzer Zeit dadurch behoben, daß die Mächte des Dreierpaktes bedeutende Mengen kauften. Mit Ausbruch des gegenwärtigen Krieges trat hierin jedoch eine Unterbrechung ein; es blieb dem Lande nichts weiter übrig, als sich den Forderungen der USA zu beugen, umsomehr als diese bereits die Einstellung jeglicher Silberankäufe in Mexiko angedroht hatten. Welche Bedeutung aber gerade Silber für das gesamte Wirtschaftsleben Mexikos hat, werden wir im Verlaufe unserer Ausführungen noch darlegen.

Seine allgemeine wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA wird am besten dadurch illustriert, daß Mexiko im Jahre 1938 aus den USA Güter im Werte von 63 255 000,— Dollar einfuhrte, während sich die Ausfuhr auf 125 396 000,— Dollar belief. Das entspricht 57,7% seiner Gesamt-Importe und 67,4% seiner Gesamtexporte²⁾.

¹⁾ Stuart S. 185—87.

²⁾ Raushenbush S. 34.

Das Einlenken von Cardenas wurde sehr augenscheinlich durch ein Telegramm vom 11. Juni 1940 an den damaligen Präsidenten von Frankreich, Lebrun, in dem er ihm bezüglich des Kriegseintritts Italiens sein besonderes Mißfallen aussprach. Schon am folgenden Tage stieg die mexikanische Währung an den Börsen der Welt um 20%; — das war die erste Antwort der hinter Roosevelt stehenden internationalen Finanz.

Cardenas wurde Ende 1940 durch Camacho abgelöst, der von jeher im Rufe stand, von US-amerikanischem Kapital begünstigt zu werden. Am 21. November 1941 kam es zu einer Vereinbarung zwischen beiden Ländern, die Mexiko praktisch zum Protektorat der USA machte. Das Abkommen sieht in seinen wesentlichen Punkten außer Krediten an die mexikanische Wirtschaft auch die Gewährung einer Anleihe von jährlich 70 Millionen Dollar an den mexikanischen Staat vor. Diese Gelder sollen vereinbarungsgemäß teils zur Stabilisierung der Landeswährung, teils für Straßenbau und Verbesserungen des mexikanischen Verteidigungssystems verwendet werden, damit das Land im Falle der Ausbreitung des Krieges auf die westliche Halbkugel die USA unterstützen kann.

Weiter sieht der Vertrag den Abschluß eines besonderen Handelsabkommens vor, das an gewisse Vereinbarungen vom Herbst 1941 anknüpfen soll.

Dieser Vorvertrag legte den Mexikanern bereits die Verpflichtung auf, ihre Ausfuhr Güter ausschließlich an die Vereinigten Staaten zu verkaufen und ihre Zölle zugunsten US-amerikanischer Einfuhrerzeugnisse herabzusetzen. Öl und Silber, Gold, Zink und Kupfer, aber auch die für die Rüstung so wichtigen Rohstoffe wie Antimon, Mangan, Quecksilber, Flußspat, Tungsten und Molybdän, die sonst von anderen Erdteilen importiert werden mußten, strömen jetzt in beträchtlichen Mengen von Mexiko her in die USA.

Zu den Einzelheiten des Vertrages ist inzwischen weiter bekannt geworden, daß neben den Ölgesellschaften die drei US-amerikanischen Konzerne American Metal Co., US Smelting, Refining and Mining Co., sowie die American Smelting and Refining Co. zu denjenigen Kräften gehörten, die den Widerstand Mexikos gebrochen haben. Sie kontrollierten zu 75% die Silbergewinnung des Landes, was in Anbetracht seiner riesigen Produktion 60% der Welt-erzeugung entspricht.

Durch das sogenannte Silberankaufsgesetz aus dem Jahre 1934 erwarb das US-amerikanische Schatzamt fast die gesamte inländische, sowie darüber hinaus die „unbeschäftigte“ Silbererzeugung des Auslandes. Es war bereits ein Antrag auf Abänderung dieses Gesetzes im Kongreß eingebracht, — aber allein die darin liegende Drohung genügte für Mexiko, um endgültig den Wünschen Washingtons gefügig zu werden.

Über die Konzessionen, die Mexiko den USA in militärischer Hinsicht eingeräumt hat, berichteten wir bereits an anderer Stelle.

2. Die fünf zentralamerikanischen Staaten.

Wie bereits oben ausgeführt, sind die Länder Zentral-Amerikas praktisch nur noch als Protektorate der USA zu werten, — eine Tatsache, die wiederum durch die Entwicklung in allerletzter Zeit ihre Bestätigung fand.

Ende Oktober 1941 stellte Washington durch seinen Gesandten dem Präsidenten von Guatemala *ultimative* Forderungen, die vor allem in der sofortigen wirtschaftlichen Ausschaltung aller dort ansässigen Deutschen und Einsetzung eines US-amerikanischen Aufsichtsbeamten im Hauptzollamt von Guatemala gipfelten. Ferner sollten diejenigen Minister aus dem Kabinett entfernt werden, die selbst oder deren Beamten angeblich mit den Achsenmächten sympathisierten. Schließlich wurde dem Land ein größerer Kredit aufgedrängt, der zur Verbesserung seiner Straßen Verwendung finden sollte.

Wie nicht anders zu erwarten, gab Guatemala nach längeren Verhandlungen dem Druck der USA Mitte Januar 1942 nicht nur statt, sondern stellte darüber hinaus sein gesamtes Gebiet den US-amerikanischen Streitkräften gegebenenfalls als Operationsbasis zur Verfügung.

Auch auf die Regierung von Honduras wurde ein ähnlicher Druck seitens Roosevelt ausgeübt. So wurde u. a. auch die Beschäftigung deutscher und italienischer Angestellter untersagt.

San Salvador, das wie oben ausgeführt, den USA Stützpunkte überließ, hat auf Grund des Leih- und Pachtgesetzes eine Zuwendung von 1,1 Millionen Dollar zum Erwerb von Kriegsmaterial in den Vereinigten Staaten erhalten.

Costa Rica erhielt gleichfalls auf Grund des genannten Gesetzes größere Mengen Kriegsmaterial. Neben den mili-

tärischen Zugeständnissen an die USA erteilte seine Regierung einigen amerikanischen Petroleumgesellschaften die Genehmigung, alle ihnen notwendig erscheinenden Bodenforschungen vorzunehmen.

Die völlige Abhängigkeit Nikaraguas von den USA ist überall im öffentlichen Leben dokumentiert. Niemand nimmt mehr Anstoß daran, daß amerikanische Militärflugzeuge auf den dortigen Flugbasen landen. Das Verlangen auf Benutzung sonstiger Stützpunkte seitens der US-amerikanischen Wehrmacht ist erfüllt. Die Bildung von Jugendgruppen, die sich die Bekämpfung des Nationalsozialismus zur Aufgabe gemacht haben, wird von der Regierung gefördert.

3. Panama.

Die Vorgänge in Panama, die zur Absetzung des Präsidenten Dr. Arias führten, erinnern an die schwärzesten Zeiten frühen Dollar-Imperialismus. Anfang 1941 verbot Arias die Bewaffnung der unter der Flagge Panamas fahrenden Handelsschiffe. Von dieser Maßnahme wurden vor allem 125 US-amerikanische Dampfer betroffen, die in Panama registriert waren, um das damals noch bestehende Neutralitätsgesetz der USA zu umgehen. Das Gesetz untersagte bekanntlich die Bewaffnung US-amerikanischer Tonnage, sowie ihre Entsendung in die Kriegszonen.

Wenige Tage später folgte ein Staatsstreich in Panama, bei dem Roosevelt zweifellos seine Hand im Spiele hatte. Aus Meldungen der United Press geht hervor, daß die US-amerikanischen Behörden in der Panamakanal-Zone schon vorher von diesem Plan gewußt haben, zogen sie doch alle USA-Truppen aus dem Gebiet der Republik Panama in der Kanalzone zusammen. Durch diesen Putsch setzte sich der frühere Vizepräsident de la Guardia an die Stelle von Dr. Arias und erklärte sofort engste Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten.

Präsident Arias wandte sich im Flugzeug nach Kuba. Laut einem Bericht in der Chicago Tribune vom 13. Oktober 1941 hatte ein Korrespondent dieser Zeitung eine Unterredung mit ihm.

„Schwerwiegende Differenzen mit Washington auf politischem und finanziellem Gebiet zwangen mich“ — so führte Arias in diesem Zusammenhang aus, „meine Präsidentschaft

aufzugeben und nach hier zu fliehen, weil sich unter dem Druck der USA mein Leben in unmittelbarer Gefahr befand. Ich gebe zu, erhebliche Einwendungen gegen die Beförderung amerikanischen Kriegsmaterials nach England auf USA-Schiffen gemacht zu haben, die zur Tarnung unter der Flagge Panamas fuhren. Ebenfalls habe ich die von Washington verlangte Bewaffnung der Schiffe abgelehnt. Dadurch wurden erhebliche diplomatische Spannungen mit den USA ausgelöst. Meine politischen Gegner bezeichneten mich als nazifreundlich und antiamerikanisch, während ich tatsächlich nur ein Nationalist bin. Ich habe lediglich auf dem Recht Panamas bestanden, eine eigene Außenpolitik ohne diplomatischen Druck oder Zwang und finanzielle Drohungen zu betreiben.'

Nachdem im Kongreß der Verdacht laut geworden war, Washington sei an der Inszenierung des Umsturzes beteiligt gewesen, gab Cordell Hull im Auftrage Roosevelts die Erklärung ab, die Regierung der USA habe nichts damit zu tun gehabt, sondern sich vielmehr in Verfolg ihrer Politik gutnachbarlicher Beziehungen jedweder Einmischung enthalten.

Mitte Januar 1942 wurden die am Kanal belegenen Gebiete Panamas offiziell unter die Kontrolle der USA gestellt.

4. K u b a.

Als die La Plata-Staaten Ende Januar 1941 zu einer Konferenz zusammentraten, wurde das Gerücht verbreitet, daß Kuba als neuer Bundesstaat in die USA aufgenommen werden sollte. Dazu ist es bislang zwar noch nicht gekommen; wie sehr aber Kuba Roosevelt'schem Einfluß untersteht, geht aus der Erklärung seines Präsidenten vom 10. Oktober 1941 hervor, daß es an der Zeit sei, die Neutralität aufzugeben und sich im Sinne der USA zu betätigen. Der Lohn für diese Haltung blieb nicht lange aus; Kuba erhielt aus dem Leih- und Pachtgesetz einen Betrag von 10 Millionen Dollar für den Ankauf von Kriegsmaterial in den USA, wofür ihm Roosevelt das Versprechen abnahm, sofort die allgemeine Wehrpflicht einzuführen und das Kriegsmaterial nur gemeinsam mit der US-amerikanischen Wehrmacht zu verwenden.

5. Haiti.

Unmittelbar vor Ausbruch des Krieges mit Japan richtete der Präsident von Haiti an Roosevelt das Ersuchen, das Land zur Verteidigung seiner Freiheit und Unabhängigkeit durch USA-Truppen besetzen zu lassen. Das Oberhaupt dieses Staates hat offenbar all jene Grausamkeiten vergessen, die die Streitkräfte der Vereinigten Staaten noch vor wenigen Jahrzehnten bei Besetzung Haitis verübten.

6. Brasilien.

Brasilien ist seit Anfang 1940 immer mehr in die finanzielle Abhängigkeit der USA geraten. Als der brasilianische Präsident Vargas nach dem Zusammenbruch Frankreichs in einer öffentlichen Rede von der 'sterilen Demagogie der politischen Demokratie' sprach, übte Washington sofort entsprechenden Druck auf ihn aus, um den Wiederhall dieser Äußerung in der westlichen Hemisphäre wieder aufzuheben. Vier Tage später schon kabelte Vargas an Roosevelt, um ihn seiner Loyalität gegenüber der panamerikanischen Gemeinschaft zu versichern¹⁾.

Von der militärischen Zusammenarbeit Brasiliens mit den USA und Aufnahme des Generals Lehmann W. Miller in das brasilianische Kriegskabinett haben wir bereits oben berichtet. Darüber hinaus waren die Bestrebungen der Vereinigten Staaten aber auch darauf gerichtet, eine Erschließung der Bodenschätze des Landes, vor allem Mangan, großen Umfangs durchzuführen. Für dieses Vorhaben wurden seitens der USA beträchtliche Gelder zur Verfügung gestellt. Weiter richtet sich ihr Augenmerk in erhöhtem Maße auf den vermehrten Anbau von Gummibäumen, ein Bestreben, das nach Ausfall der Zufuhren aus Ostasien wahrscheinlich erheblich intensiviert wird.

Die wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit Brasiliens dürfte sein Verhältnis zu den USA bereits genügend beleuchten.

7. Bolivien.

Aus den oben gemachten Ausführungen haben wir ersehen, in welchem Maße Bolivien in der Abhängigkeit der Vereinigten Staaten steht.

Von 1932—1935 tobten heftige Kämpfe zwischen Bolivien und Paraguay um den Besitz des westlichen Chaco, — ein

¹⁾ Wertebaker S. 125.

Gebiet, in dem reiche Erdölvorkommen vermutet wurden. Der Krieg, den Bolivien auf Veranlassung der Standard Oil Co. begonnen hatte, endete mit seiner Niederlage.

Oberst Busch, der spätere Präsident Boliviens, schritt im Jahre 1937 zur Enteignung des Besitzes der Standard Oil Co., der einen Wert von 17 Millionen Dollar repräsentierte. Die Ausbeutung der Öllager wurde dem bolivianischen Staat in enger Zusammenarbeit mit der staatlichen argentinischen Petroleum-Gesellschaft Yacimientos Petrolíferos Fiscales übertragen. Argentinien ließ sich umso lieber auf diese Transaktion ein, als es auf diese Weise von der US-amerikanischen Öleinfuhr unabhängig zu werden hoffte.

Bald darauf kam Präsident Busch angeblich durch Selbstmord ums Leben. Die neue Regierung Boliviens hob die Enteignung gegenüber der Standard Oil Co. wieder auf, — gleichzeitig traf eine US-amerikanische Militär-Mission in Bolivien ein, um die Ausbildung seiner Wehrmacht zu übernehmen. Zum Erwerb von Kriegsmaterial wurde Bolivien ein Kredit von 20 Millionen Dollar seitens der USA eingeräumt.

Bei dieser Sachlage ist es keineswegs verwunderlich, daß es Ende Juli 1941 zu dem bekannten Belmonte-Fall kam. Es wurde dem bolivianischen Militär-Attaché in Berlin, Belmonte, unterstellt, in einem Brief an den deutschen Gesandten in Bolivien, Wendler, einen Putschplan gegen die Regierung seines Landes zur Beseitigung des US-amerikanischen Einflusses entwickelt und gebeten zu haben, ihn mit Hilfe der deutschen Gesandtschaft durchzuführen. Die Untersuchungen ergaben, daß dies Manöver lediglich von Roosevelt in Szene gesetzt war, um Lateinamerika von der Bedrohung durch den Nationalsozialismus zu überzeugen.

Nach Abschluß der Konferenz von Rio de Janeiro Ende Januar 1942 erhielt Bolivien von den Vereinigten Staaten einen weiteren Kredit in Höhe von 25 Millionen Dollar.

8. Paraguay.

Paraguay war, wie eben ausgeführt, der Gegner Boliviens im Chaco-Krieg. Unter seinem Marschall und Präsidenten Estigarribia erklärte sich das Land bereit, mit Bolivien unter Oberst Busch zusammenzuarbeiten. Die USA betrachteten eine solche Entwicklung der Dinge als abträglich für ihre Ziele. Gleich Oberst Busch kam auch Präsident Estigarribia nach kurzer Regierungszeit durch einen seltsamen Flugzeug-

Unfall ums Leben. Sein Nachfolger trat selbstverständlich für eine enge Zusammenarbeit mit Roosevelt ein.

Im Juli 1941 hat letzterer infolge seiner Einmischung in die Frage der Erteilung des Agreements für den deutschen Gesandten bei der Regierung von Paraguay Aufsehen erregt. Nachdem bereits eine mündliche Zusage ergangen war, ließ Roosevelt durch seinen Gesandten Frost beim Außenminister und Staatspräsidenten von Paraguay Protest einlegen und mit Rückgängigmachung gewisser Zusagen drohen. Die in Aussicht gestellten Anleihen sollten zurückgehalten, die Waffenlieferungen eingestellt werden. Paraguay beugte sich den Wünschen Washingtons.

9. Argentinien.

Von allen lateinamerikanischen Staaten war Argentinien am wenigsten geneigt, die Herrschaft Roosevelts anzuerkennen. Vielleicht legten die USA gerade deshalb besonderen Wert auf die Erlangung von Flugzeugstützpunkten in den angrenzenden Republiken Bolivien und Paraguay.

Zweifelloos wurde Roosevelt durch den Widerstand führender politischer Kreise Argentiniens veranlaßt, seinen berüchtigten Agenten Taborda einzusetzen, um angebliche Verschwörungen von Nazi-Agenten und mit ihnen sympathisierenden Einheimischen aufzudecken. In diesem Zusammenhang versuchte man erst kürzlich die Welt glauben zu machen, daß eine größere Offiziersrevolte nur im letzten Augenblick vereitelt werden konnte, wie auch diese Kreise allein für das Verschwinden von Waffen auf den verschiedenen Flugplätzen verantwortlich seien.

All das sind Roosevelt'sche Mittel, um Lateinamerika im allgemeinen und Argentinien im besonderen von der unmittelbar drohenden Nazigefahr zu überzeugen.

Am 13. Oktober 1941 kam es zum Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den USA und Argentinien, der letzterem Lande angeblich außerordentliche Vorteile bringen soll. Wenngleich es gewissen Umfangs zutreffen mag, um auf diese Weise Argentinien zu gewinnen, so ergibt der Inhalt des Abkommens auf der anderen Seite, daß die praktische Auswirkung doch mit allem Vorbehalt abzuwarten ist. Auch in Bezug auf Argentinien ist das Hauptaugenmerk Roosevelts auf die Benutzung von Stützpunkten gerichtet. Seine bisherigen Bemühungen sind freilich ohne Erfolg geblieben, wie Argentinien sich auch den Bestrebungen Uruguays gegen-

über völlig ablehnend verhielt, Roosevelt Stützpunkte an der Mündung des La Plata zu überlassen.

10. Uruguay.

Mitte September 1941 hat Uruguay Kriegsmaterial im Werte von 17 Millionen Dollar von den USA erhalten. Bezüglich der Überlassung von Stützpunkten haben wir bereits oben berichtet.

11. Peru.

Das wahre Gesicht Roosevelts zeigte sich Peru gegenüber besonders um die Mitte Oktober des Jahres 1941. Mit ausdrücklicher Zustimmung des Staatsdepartements in Washington hatte Peru von Kanada 18 Flugzeuge erworben, die ursprünglich von der norwegischen Regierung bestellt waren. Bei der Umladung in Newyork wurden sie vom Auswärtigen Amt der USA beschlagnahmt und ungeachtet aller Proteste Perus der Sowjet-Union zur Verfügung gestellt.

Die zwischen Ecuador und Peru bestehenden Grenzstreitigkeiten wurden gleichfalls zum Nachteil des letzteren geregelt. Es handelte sich um ein Gebiet im Amazonas-Becken, wo die Grenzziehung nördlich des Marañon und im peruanischen Amazonas-Gebiet noch nicht endgültig erfolgt war.

Ecuador wußte sich bald die Hilfe Roosevelts in dieser Auseinandersetzung zu sichern. Als Gegenleistung dürfte es ihm die Berücksichtigung seiner Wünsche bezüglich der Galapagos-Inseln in Aussicht gestellt haben, worauf wir noch näher eingehen werden.

Es hieß, daß das von Ecuador verlangte Grenzgebiet Ölvorkommen aufweisen soll. Unter dem Vorbehalt, daß ihm dieses Gebiet zugesprochen würde, vergab Ecuador schon im Voraus die entsprechende Konzession an eine US-amerikanische Gesellschaft.

Hatte man Peru gegenüber bereits ziemlich eindeutig durchblicken lassen, daß die USA die Interessen Ecuadors begünstigen würden, so änderte sich das Bild plötzlich anläßlich der Konferenz von Rio de Janeiro Anfang 1942. Es galt den Abbruch der Beziehungen zu den Mächten des Dreierpaktes; Peru verhielt sich demgegenüber ablehnend. Sumner Welles versuchte Peru dadurch zu ködern, daß er ihm die bereits von peruanischen Truppen besetzte Provinz del Oro versprach. Damit kam er zum Ziel. Peru fügte sich

den Forderungen der Vereinigten Staaten, um jedoch sehr bald festzustellen, daß es einem Betrug zum Opfer gefallen war. Kaum war der Vertrag unterzeichnet, als die Differenzen mit Ecuador zum Nachteil Perus entschieden wurden; 15 Tage danach mußte das Gebiet von del Oro von den peruanischen Truppen geräumt werden.

12. Ecuador.

Ecuador hatte im Rahmen der Weltherrschaftspläne Roosevelts insofern eine besondere Bedeutung gewonnen, als er sein Interesse auf die Inselgruppe der Galapagos richtete. Die größte dieser Inseln, Albemarle, ist dem Panama-Kanal vorgelagert und daher von besonderem strategischen Wert. Seit Sommer 1940 waren entsprechende Verhandlungen zwischen Roosevelt und Ecuador im Gange, konnten jedoch wegen des zunächst auftauchenden Widerstandes in Ecuador nicht zum Abschluß gebracht werden. Man fand indes eine typisch amerikanische Lösung. Am 20. November 1940 erhielt die Pacific Development Co. von zwei Staatsbürgern Ecuadors, denen die Inselgruppe gehörte, die Konzession, dort Hafenanlagen jeder Art zu errichten. Sowohl Roosevelt als auch die Regierung von Ecuador erklärten, mit dieser Vereinbarung nichts zu tun zu haben. Auffällig ist in diesem Zusammenhang nur, daß die Pacific Development Co. von der staatlichen Bundesbehörde in Washington einen Kredit von 530 000 Dollar erhielt.

Als weitere Gegenleistung dürfte auch die Hingabe einer Anleihe von 2,5 Millionen Dollar zu werten sein, die Washington dem Staate Ecuador zur Verfügung stellte.

III. Ostasien.

1. China.

Bei Ausbruch der kriegerischen Verwicklungen in Ostasien beliefen sich die dortigen amerikanischen Kapitalanlagen auf 700 Millionen Dollar, von denen der weitaus größte Teil auf Ost- und Südostasien entfällt.

Mit Rücksicht auf die sehr bedeutende Zinn- und Gummi-Erzeugung in Insulinde und auf der Malayischen Halbinsel war das Hauptinteresse der USA auf diese Gebiete gerichtet. Dadurch, sowie durch die politische Verbindung der holländischen Exilregierung zu Roosevelt war Niederländisch-Indien so sehr von Washington abhängig geworden, daß es nichts

mehr ohne sein Einverständnis tat. Das Scheitern der japanischen Wirtschaftsverhandlungen mit Niederländisch-Indien im Sommer 1941 war allein das Resultat Rooseveltscher Einmischung, der den Befehl erteilte, den Japanern keinerlei Konzessionen zu machen.

Das Interesse der USA erstreckte sich großen Umfangs auch auf China, und zwar nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet. Seit Jahren schon deckten die USA dort ihren hauptsächlichsten Einfuhrbedarf an Wolfram und Antimon.

Mit Rücksicht auf die in immer stärkerem Maße einsetzende Aufrüstung der Vereinigten Staaten gewannen diese Rohstoffe ständig an Bedeutung für sie.

Zur Fortsetzung des Krieges gegen Japan erhielt Tschiang-Kai-Schek einen Betrag von 186 Millionen Dollar von Roosevelt, wofür er ihm hauptsächlich die gesamte Produktion an Wolfram und Antimon verpfändete. Darüber hinaus erhielt Tschunking-China auf Grund des Leih- und Pachtgesetzes weitere beträchtliche Summen zum Ankauf von Kriegsmaterial. Im Februar 1942 verfügte Roosevelt eine weitere Summe von 500 Millionen Dollar zugunsten Tschiang-Kai-Scheks.

Nachdem letzterer schon seit längerer Zeit der völligen Einflußnahme der USA auf die Wirtschaft seines Landes zugestimmt hatte, entsandte Roosevelt im Januar 1941 seinen engen Mitarbeiter Lauchlin Currie nach Tschunking. Eine seiner ersten Aufgaben war es, einen Haushaltsplan für das Land aufzustellen, der solange nicht vorhanden gewesen war: eine Tatsache, die schwerste Inflationserscheinungen herbeigeführt hatte. Currie bemühte sich weiter, einen großen Teil der Grundsätze des New Deal in Tschunking einzuführen, aber er betätigte sich auch politisch. Seinen Bemühungen ist es zuzuschreiben, daß sich Tschiang-Kai-Schek, der die zahlreich in seinem Lande lebenden Kommunisten ablehnte, zur Aufgabe seiner Haltung und zu einer Verständigung mit diesen Elementen bereitfand.

Im Juli 1941 begab sich Owen Lattimore, ein persönlicher Freund Roosevelts, als politischer Berater nach Tschunking-China. Gleichzeitig mit ihm traten aber auch führende amerikanische Sachverständige für Transport- und Verkehrsfragen die Reise dorthin an, denen vor allem die Lösung schwerwiegender Probleme hinsichtlich der Beförderung von Kriegsmaterial für Tschiang-Kai-Schek einerseits und von Wolfram

und Antimon für Roosevelt andererseits oblag. Wenig später folgte ihnen der Unterstaatssekretär Henry Grady vom Staatsdepartement in Washington, um an Ort und Stelle über wirtschaftliche und politische Fragen zu verhandeln. Er erklärte öffentlich in der Presse, daß ihn Roosevelt beauftragt habe, zwischen den USA, Tschunking-China und Südostasien einen Wirtschaftsraum zu bilden, in den ein Eindringen der Mächte des Dreierpaktes nur mit Gewalt möglich sein würde.

In Anbetracht der großen Bedeutung der Burmastraße konzentrierte sich das Interesse Roosevelts in besonderem Maße auf diese letzte große Lebensader Tschungking-Chinas. Er entsandte die Juden Hellman, Davis und Arnstein, um dort die Reorganisation des gesamten Lastfuhrbetriebes durchzuführen. Gleichzeitig verlautete, daß die USA zunächst 2000 schwere Heereslastwagen für den Verkehr auf der Burmastraße zur Verfügung gestellt hätten. Daneben liefen Pläne zur Weiterführung der Eisenbahnlinie von Lashio nach der chinesischen Provinz Yünnan, — mindestens bis nach Siakwang, — und man trug sich sogar mit dem Gedanken, bis zu diesem Punkt eine Ölleitung zu legen.

Sogenannte Freiwillige aus den USA erschienen mit Flugzeugen modernster Konstruktion, um japanische Angriffe auf die leicht verwundbare Burmastraße abzuwehren. Sie vermochten den Siegeszug der Japaner nicht aufzuhalten.

2. Japan.

Wie bereits dargelegt, hat sich der Dollar-Imperialismus schon seit langem in Ostasien bemüht, dem Vordringen Japans Einhalt zu gebieten. Seit dem Amtsantritt Roosevelts im Jahre 1933 ist eine immer schärfere Einstellung der USA gegenüber Japan festzustellen. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern verschlechterten sich vollends nach der berühmten Rede Roosevelts von 1937, die in dem Vorschlag gipfelte, über alle faschistischen Länder, — Japan nachdrücklich eingeschlossen, — die Quarantäne zu verhängen. Um die gleiche Zeit tauchte der bereits im Jahre 1932 auf der Brüsseler Konferenz vorgelegte, damals aber fehlgeschlagene Plan des Kriegsministers Stimson wieder auf, einen Mächteblock gegen Japan ins Leben zu rufen. Als schließlich die US-amerikanische Admiralität im Januar 1939 sehr eindeutig die Errichtung einer ganzen Reihe neuer, sowie den Ausbau und die Vergrößerung bereits bestehender Stützpunkte im Stillen Ozean forderte, mußte auch der Uneingeweihteste begreifen, was diese Maßnahmen bedeuteten. Mit Anlegung

solcher strategischer Brücken ging unverkennbar die Absicht einher, die sogenannte amerikanische Verteidigungslinie möglichst weit gegen das asiatische Festland vorzurücken.

Der japanisch-amerikanische Handels- und Schifffahrts-Vertrag von 1911 wurde seitens der Vereinigten Staaten am 26. Juli 1939 gekündigt und die Unterbindung der Schrottausfuhr, sowie das moralische Embargo auf Flugzeuge und Motoren war ein offener Schlag gegen Japan. Der Höhepunkt aller wirtschaftlichen Knebelung wurde dadurch erreicht, daß Roosevelt die Einfrierung aller japanischen Guthaben in USA verfügte und die Ölausfuhr nach Japan verbot.

Wenn Japan imstande war, die angelsächsischen Pläne einer Festsetzung in Französisch-Indochina in letzter Minute zu zerschlagen und auf Grund eines Abkommens mit den Franzosen seinerseits die Besetzung durchzuführen, so war das eine bittere Pille für die Vereinigten Staaten.

Seit Frühjahr 1941 waren Verhandlungen im Gange gewesen, um die zwischen Japan und den USA immer größer werdenden Differenzen friedlich beizulegen. Die Geduld Japans war jedoch erschöpft, als Roosevelt ihm am 26. November 1941 unerträgliche Bedingungen stellte. Er forderte nicht nur den Austritt Japans aus dem Dreierpakt, sondern auch die völlige Räumung Chinas und Französisch-Indochinas. Als Gegenleistung sollte Japan die recht zweifelhafte kollektive Sicherheit in Form eines Nichtangriffspaktes mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Thailand, China und der Sowjet-Union eintauschen. Allein in dieser Zumutung Roosevelts lag eine solche Demütigung für Japan, daß es nur eine Antwort gab: die Kriegserklärung.

David Lawrence, der Herausgeber der in Washington erscheinenden United States News, befaßte sich am 3. Februar 1942 in der New York Sun mit der erwähnten Note Roosevelts an Japan. Er klagt ihn an, durch seine Forderungen den Krieg herbeigeführt zu haben, umsomehr als weder das US-amerikanische Volk noch der Senat oder die militärischen Stellen irgendwelche Kenntnis von dem Inhalt der Note besaßen.

Der erwähnte Leitartikel der New York Sun stellt ergänzend dazu fest:

„Das Volk der Vereinigten Staaten weiß jetzt, daß die Männer seiner Regierung zu faul, zu unfähig, verworren und durcheinander gebracht sind, um noch einen Ausweg aus den allgemeinen Schwierigkeiten zu finden.“

IV. Vorderasien.

Im Nahen Osten macht der Dollar-Imperialismus ebenfalls immer weitere Fortschritte, und es ist nicht zuletzt das Öl, auf das er sein Augenmerk gerichtet hat.

Britische und amerikanische Interessen stoßen — wie schon oben dargelegt, hart aufeinander.

Auf britischer Seite führen Lord Bearstead, dessen Vorfahren den bürgerlichen Namen Samuel trugen und mit der finanziellen Unterstützung des Hauses Rothschild die jetzt über die ganze Welt verbreitete Shell Transport & Trading Co. begründeten; ferner Lord Swaythling, der der Familie Montagu entstammt, Sir Waley Cohen, Sir Herbert Samuel, — um die bedeutendsten herauszugreifen. Es sind alles Volljuden, die stets sehr aktiv für die jüdischen Belange in der Welt eingetreten sind. Es hat den Anschein, als ob gerade diese Kreise durchaus willens sind, sich nunmehr nach amerikanischer Seite zu orientieren, hat doch Roosevelt mit Beweisen seiner Sympathie nicht gespart und sich auch in der Palästinafrage eindeutig zur Sache der Juden bekannt. Wir erinnern daran, daß Außenminister Cordell Hull im Jahre 1938 erklärte, seine Regierung verfolge die Entwicklung dieser Dinge mit besonderer Aufmerksamkeit. Wir erinnern weiter an die 1938 vom US-amerikanischen Botschafter Kennedy in London überreichte Note, in der die Vereinigten Staaten unter Hinweis auf ihre weitreichenden Interessen in Palästina verlangten, hinsichtlich aller Entscheidungen von Wichtigkeit ein Wort mitzusprechen. Schließlich erschien der Sohn Roosevelts als Sendbote des Präsidenten in Tel Aviv, der Hauptstadt Palästinas, um die Unterstützung der Juden bei der wirtschaftlichen Durchdringung des Nahen Ostens durch die USA anzurufen und weitestgehende Gegenleistungen zu versprechen.

Deutlicher noch wurde der US-amerikanische Generalkonsul Pinkerton, der anlässlich eines ihm zu Ehren veranstalteten Tees vor der jüdischen Journalisten-Vereinigung in Tel Aviv über die Pläne Roosevelts bezüglich Palästinas sprach. Er legte dar, daß dem Präsidenten der USA ein Groß-Palästina als selbständiger jüdischer Staat vorschwebte, und daß die Erreichung dieses Ziels durch den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten unbedingt gewährleistet sei.

Diese Ausführungen finden ihre Bestätigung durch die Behauptungen der Jüdischen Agentur in Palästina, daß Roosevelt den führenden Zionisten der USA bindende Zu-

sagen in dieser Hinsicht gemacht und erklärt habe, die Errichtung eines jüdischen Groß-Palästina selbst gegen den etwaigen Widerstand der Briten betreiben zu wollen.

Die Einstellung Roosevelts in Bezug auf Palästina beweist seine völlige Jüdenhörigkeit. Zum andern zeigt aber auch die Haltung der Juden, daß sie Großbritannien bereits abgeschrieben und sich nunmehr auf die Seite der Vereinigten Staaten geschlagen haben.

Die Gerüchte wollen nicht verstummen, daß England für die Hilfe seiner US-amerikanischen Bundesgenossen eines Tages seine Ölkonzessionen im Nahen Osten wird opfern müssen, — insbesondere die bedeutenden Felder in Iran, Mossul, Kirkuk usw., die sich im Besitz der Iraq Petrol Co., einem Tochterunternehmen der Anglo-Iranian Oil Co., befinden. Die oben genannte Texian Oil Co. hat zunächst private Verhandlungen mit diesem Konzern wegen Ankaufs der Aktien aufgenommen.

Von US-amerikanischer Seite sind weiter Bestrebungen im Gange, Verkehrskonzessionen im Iran zu erwerben, die wahrscheinlich dazu dienen sollen, einen Druck auf die Anglo-Iranian Oil Co. auszuüben.

US-amerikanische Ölkonzerne arbeiten aber auch sehr intensiv an dem Ausbau ihrer Konzessionen in Saudi-Arabien und auf den Bahrein-Inseln. Ihre zahlreichen Agenten in diesen Gebieten sind darauf bedacht, ihnen auch weiterhin möglichst viele Konzessionen zu sichern.

Oberst Donovan, der im Auftrage Roosevelts Anfang 1941 den Balkan bereiste, nahm persönliches Interesse an allen einschlägigen Fragen, und durch den Besuch seines berühmten Sonderbeauftragten Bullitt gegen Ende des gleichen Jahres unterstrich der Präsident sein besonderes Interesse an der Wirtschaft dieser Gebiete.

Mister Hermans wurde in Kairo stationiert, — angeblich als Verbindungsmann der USA in Bezug auf die „Hilfeleistung für England“. Tatsächlich aber läuft seine Tätigkeit mehr oder weniger offen darauf hinaus, im vorderen Orient alle möglichen Verhandlungen zur Durchsetzung US-amerikanischer Interessen zu führen.

V. Europa erwache!

Dollar-Imperialismus auf dem Marsch.

Dollar-Imperialismus — ein Wort, das in seiner ganzen und wahren Bedeutung jedem Menschen bekannt sein sollte.

Dollar-Imperialismus — ein Wort, hinter dem sich der rücksichtslose Drang einer beschränkten Anzahl von Menschen in den USA nach Beherrschung der Welt verbirgt.

Dollar-Imperialismus, — ein Wort, das kennzeichnend ist für die dunklen Kräfte des Weltjudentums, in dessen Zeichen sie zusammen mit dem Bolschewismus endgültig zu gewinnen hoffen.

Wie es in ihrer Welt aussehen würde, ist unschwer zu erraten.

Nicht Freiheit und Gleichheit.

Nicht Zutritt aller Völker zu den Rohstoffen der Welt.

Hunger und Elend werden in dem von ihnen gepriesenen Paradies herrschen.

Wir brauchen uns nur die vom Judentum unterjochten Länder, — die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion anschauen: Überfluß für wenige Auserwählte, und unbeschreiblicher Mangel für die breiten Massen.

Die in den vorhergehenden Kapiteln aufgezeigte Praxis des Dollar-Imperialismus redet hinsichtlich der Behandlung anderer Nationen eine beredte Sprache.

Die Gefühle, die Kultur und Zivilisation, die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten anderer Völker werden ignoriert. Nicht sie selbst, sondern die hinter dem Dollar-Imperialismus stehenden Gruppen bestimmen ihre Regierung, die entweder durch eine von ihnen unterstützte Revolution in den Sattel gehoben, oder durch Unterdrückung einer vom Volke getragenen Gegenbewegung am Ruder gehalten wird.

Findet sich kein williges Werkzeug, das den Wünschen und Befehlen der USA entspricht, so gibt es ein probates Mittel: Man schafft einen Vorwand, das Land mit Gewalt

zu besetzen und es diktatorisch zu regieren. Man schreckt nicht vor Mord, Bestechungen und namenlosen Grausamkeiten zurück. Alles, was Wert besitzt, wird beschlagnahmt.

Und mit welcher Begründung?

Die Motive sind angeblich in jedem Falle uneigennützig. Man fühlt sich als Vollstrecker göttlichen Willens, — als Menschheitsbeglückter. So wollen sie die ganze Welt beherrschen. Woher wir es wissen? Aus der Erkenntnis der Ziele des Weltjudentums und ihrer Freunde und — was den skeptischen Leser vielleicht eher überzeugen wird, — aus ihren öffentlichen Erklärungen, die sich über einen Zeitraum der letzten 15 Jahre erstrecken. Es ist ganz unmöglich, sie alle aufzuführen; auch hier müssen wir uns mit einer kleinen Auslese begnügen.

Edgar A. Mowrer, ein bekannter US-amerikanischer Schriftsteller, veröffentlichte 1928 ein Buch mit dem Titel: „Diese amerikanische Welt“. Er vertritt die Ansicht, daß die alte europäische Kultur ausgespielt hat¹⁾. „Die Amerikanisierung Europas ist nicht nur wahrscheinlich, sondern praktisch unvermeidlich. — In dieser künftigen Welt werden Kommissare oder Kapitalisten mit diktatorischer Macht jeden Widerstand brechen²⁾. „Kunst und Wissenschaft werden ihren Platz zugunsten der reinen Nutzenanwendung von Architektur und Technik räumen müssen und Musik im Sinne Mozarts wird es nicht mehr geben³⁾. „Es wird nur eine Zivilisation, nämlich die amerikanische, in der Welt herrschen⁴⁾. „Man wird viel länger als Rom dem Untergang trotzen, denn Kapitalismus und Demokratie sind wesentlich stärkere Faktoren, als Rom sie je aufzuweisen hatte⁵⁾).

Ein Jahr darauf erschien das bereits oben erwähnte Buch von Hiram Motherwell, der bekanntlich in ähnlichem Sinne zu der künftigen Entwicklung in der Welt Stellung genommen hat.

Ludwell Denny beschäftigte sich im Jahre 1930 gleichfalls mit diesen Problemen. „Der Augenblick für Amerika“ — so hören wir — „ist gekommen; der unbeugsame Wille zum

¹⁾ Mowrer S. 181.

²⁾ Mowrer S. 262.

³⁾ Mowrer S. 264/5.

⁴⁾ Mowrer S. 267.

⁵⁾ Mowrer S. 268.

Siege treibt Amerika vorwärts. Das Bewußtsein des ‚Manifest Destiny‘ — der Schicksalsbestimmung, — ist ansteckend.

„Die Amerikanisierung von Europa und selbst fernsten Plätzen der Erde macht überall Fortschritte. Niemand kann ihr entgehen, gleichgültig ob die Nationen die Gelegenheit begrüßen, dem Eroberer zu folgen, oder aber ob sie angezogen werden von dem, was sie hassen oder fürchten...“

„Wir Amerikaner sind hingerissen von der größten aller Illusionen. — nämlich das Auserwählte Volk in Gottes eigenem Land zu sein...“

„Für uns ist die Börse der Tempel. Geschäftserfolge sind uns Amerikanern gleichermaßen eine Religion, wie den frühen Christen die Bekehrung Ungläubiger und den Briten einstmals ihre Eroberungszüge...“⁶⁾.

Denny beschreibt dann im einzelnen, wie die Menschheit bereits — also im Jahre 1930 — US-amerikanische Sitten und Gebräuche angenommen hat. „Das wird zur Weltherrschaft der USA führen, ohne daß sie in die Fehler Großbritanniens verfallen werden.“ „Zu schlau“ — so beendet er sein Werk, — „die Welt beherrschen zu wollen, werden wir sie uns zueigen machen. Niemand kann sich uns entgegenstellen. Unsere Waffen sind Geld und Maschinen. Es trifft sich gut, daß andere Nationen Geld und Maschinen verlangen. Unser Materialismus... paart sich mit dem ihren... Deshalb wird es uns ein Leichtes sein, zu erobern... Welche Chancen hat die Welt gegen Amerika?...“⁷⁾.

Im heutigen Roosevelt-Amerika erheben sich immer mehr Stimmen in diesem Sinne. Aus unzähligen Äußerungen in der Presse, im Rundfunk und in der Literatur ergibt sich ganz zweifelsfrei, daß die führenden Kreise der USA auf eine Beherrschung der Welt zusteuern.

Man spricht ganz offen von dem heraufdämmernden amerikanischen Zeitalter; man spricht von der Sendung der Vereinigten Staaten zur Schaffung einer weltumspannenden Union mit dem angeblichen Ziel, die seit Jahrhunderten erstrebte Befriedung der Welt herbeizuführen.

Wir haben bereits verschiedentlich auf diese Wunschträume der US-Amerikaner hingewiesen. In diesem Zusammenhang wollen wir noch zwei Veröffentlichungen aus neuerer Zeit betrachten.

⁶⁾ Denny S. 404.

⁷⁾ Denny S. 407.

In der Wochenschrift 'The Saturday Evening Post', die etwa 8—10 Millionen Leser erfaßt, findet sich unterm 17. Mai 1941 ein Artikel mit der Überschrift: 'Unser Ziel, die Welt aus den Angeln zu heben'. Man berauscht sich an Milliardensummen für Rüstungsaufträge, — Erfordernisse, um Freiheit und Demokratie gegen Hitler zu verteidigen.

Ein ebenso interessanter Artikel findet sich in der Wochenschrift 'Life' vom 17. Februar 1941, die ebenfalls eine ungeheure Verbreitung besitzt. Er trägt den Titel: 'Das amerikanische Zeitalter'. 'Die gesamten Umstände verlangen es'. — so führt man aus, 'daß die USA zum Wortführer der ganzen Welt werden. Diese Erkenntnis macht es erforderlich, sofort zu handeln'. 'In Zukunft werden die USA die Geschichte der Menschheit allein entscheiden und die Art und Weise bestimmen, wie sie zu leben hat'.

Der Verfasser, Henry R. Luce, dessen Name in der Öffentlichkeit guten Klang hat, kommt dann, sicherlich unbewußt, auf die Kriegsschuld Roosevelts.

Er beschreibt die vermeintlichen Anstrengungen Roosevelts, der sozialen Schwierigkeiten im eigenen Lande Herr zu werden; er geißelt das völlige Mißlingen seiner Pläne in den ersten 7 Jahren seiner Präsidentschaft und fährt fort: 'Es ist eine Tatsache, daß es Franklin Roosevelt nicht gelang, der amerikanischen Demokratie auf der engen materialistischen und nationalistischen Basis zum Erfolg zu verhelfen. Diese Möglichkeit ist nun auf der Grundlage einer internationalen Wirtschaft und einer internationalen moralischen Ordnung zu erreichen. Hier bietet sich die Gelegenheit für Roosevelt, seine ersten beiden Amtszeiten als Präsident der Vereinigten Staaten zu rechtfertigen und in die Geschichte als der größte und nicht etwa als der letzte Präsident einzugehen'.

Der Führer hat in seiner Rede vom 12. Dezember 1941 in ähnlichem Sinne Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß nur eine Ablenkung des US-amerikanischen Volkes von der inneren Politik durch entscheidende außenpolitische Maßnahmen eine Rettung für Roosevelt bringen könne.

Diesen Drang des Dollar-Imperialismus, Kriege zu entfesseln, hat auch der vorerwähnte Edgar A. Mowrer geschildert. Nach seiner Ansicht trägt der Imperialismus der Vereinigten Staaten stets Angriffsabsichten in sich, für die die

breiten Massen umso leichter zu gewinnen sind, als sie sich zum wildesten und übelsten Hurrapatriotismus hinreißen lassen, sobald die dünne Oberschicht es für angebracht hält, die Hyänen der Presse und die Schakale der Kanzel und des Podiums loszulassen...'

„Ein neuer Krieg ist das größte Unglück für die Menschheit; dennoch wird und muß er von den amerikanischen Kapitalisten aus dem gleichen Grunde vom Zaune gebrochen werden, wie man seinerzeit Mexiko und Kuba ausplünderte und Marinesoldaten gegen die hilflosen Anrainerstaaten des Karibischen Meeres hetzte.“

Edgar A. Mowrer sieht für Europa nur einen Ausweg, diesen Absichten der USA zu entgehen: die Bildung einer gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Front. Ihnen würde auch der Sieg zufallen, wenn die Vereinigten Staaten es wagen sollten, ihre Weltherrschaftspläne gegen Europa mit Gewalt zu verfolgen^{*)}.

Mit wenigen Ausnahmen ist schon diese vom Führer proklamierte Neuordnung Tatsache geworden. Sein Kampf ist der Kampf aller jungen Völker Europas gegen die Weltherrschaftspläne eines Franklin Delano Roosevelt und der hinter ihm stehenden jüdisch-internationalen Kreise.

Das ist der große Hintergrund dieses zweiten Weltkrieges, der mit unserem Sieg zugleich für immer die ganze Welt bedrohenden Bestrebungen des Dollar-Imperialismus zunichte machen wird. Gegen die Mächte der Vernichtung kämpft das Deutschland Adolf Hitlers und seine Verbündeten für eine Neuordnung in Europa. Sie wird der Grundstein für die Welt von morgen sein.

Europa erwache!

^{*)} Mowrer S. 208—210.

Schrifttumsverzeichnis.

- Baker, Ray Stannard, Life and Letters of Woodrow Wilson
4 Bd. Newyork-London 1927—31.
- Barron, C. W., They told Barron, Newyork 1935.
- Bierstadt, Edward Hale, The Great Betrayal, London 1924.
- Bingham, Hiram, The Monroe Doctrin, London 1913.
- Blakeslee, G. H., Mexico and the Caribbean, Newyork 1920.
- Bland, J. O. P., Recent Events and Present Policies in China,
Philadelphia 1912.
- Corey, Lewis, The House of Morgan, Newyork 1930.
- Croly, Herbert, Marcus Alonzo Hanna, Newyork 1912.
- Croly, Herbert, Willard Straight, Newyork 1924.
- Davis, Jerome, Capitalism and its Culture, Newyork 1935.
- Dennis, Lawrence, Is Capitalism doomed? Newyork-London,
1932.
- Denny, Ludwell, America conquers Britain, London-Newyork
1930.
- Dumond, Dwight, Roosevelt to Roosevelt, Newyork 1937.
- Dunin, Robert W., American Foreign Investments, Newyork
1926.
- Hart, Albert Bushnell, The Monroe Doctrin, London 1916.
- Hendrick, B. J., The Life and Letters of Walter H. Page,
Newyork 1923—25.
- Hobson, J. A., Imperialism — A Study. London 1902.
- Howard, Graeme K., America and a New World Order,
Newyork 1940.
- Inman, Samuel Guy, Problems in Pan Americanism, London
1926.
- Latané, John Holladay, A History of American Foreign Po-
licy, Newyork 1934.
- Lundberg, Ferdinand, America's 60 Families, Newyork 1937.
- Mahan, Naval Strategy, Boston 1911.

- McCulloch, John J B., *Challenge to the Americas*, Newyork 1940.
- Millsbaugh, A. C., *The American Task in Persia*, Newyork 1925.
- Moon, Parker Thomas, *Imperialism and World Politics*, Newyork 1926.
- Motherwell, Hiram, *The Imperial Dollar*, Newyork 1929.
- Mowrer, Edgar A., *This American World*, Newyork 1928.
- Munro, Dana G., *The Five Republics of Central America*, Newyork 1918.
- Nearing, Scott & Joseph Freeman, *Dollar Diplomacy*, Newyork 1925.
- Ogg, Frederic Austin, *National Progress 1907—1917*, Newyork-London 1918.
- Rauschenbush, Joan, *Look at Latin America*, Newyork 1940.
- Reid, Whitelaw, *Problems of Expansion*, Newyork 1900.
- Roosevelt, Theodore, *American Ideals*, Newyork-London 1900.
- Storey, Moorfield, *The Conquest of the Philippines by the United States*, Newyork 1926.
- Stuart, Graham H., *Latin America and the United States*, Newyork-London 1938.
- Thomas, David Y., *One Hundred Years of the Monroe Doctrin. 1823—1923*. Newyork 1923.
- United States Congress, 57th, 1st Session, *Affairs in the Philippine Islands: Hearings before the Committee on Philip-pines of the United States Senate*, Washington 1902.
- United States Congress, 66th, 2nd Session, *Senate Documents Band 9—10*, Washington 1920.
- United States, *Foreign Relations of the . . . Washington, Jahresausgaben*.
- United States Marine Corps, *Report on Affairs in the Repu-blic of Haiti*, Washington 1920.
- United States Navy Department, *Washington, Jahresausgaben*.
- United States Philippine Commission, *Report. 4 Bände. Washington, 1900—01*.
- United States Haiti and Santo Domingo, *Select Committee on . . . Hearings . . . 67th Congress, 1st and 2nd Sess., Washington 1922*.

United States Statutes at Large, Washington.
United States, Philippine Islands, Special Mission to the . . .
Special Mission on Investigation, Washington 1921.
United States Senate, Foreign Relations Committee, The Con-
vention between the United States and Nicaragua, Hearings
. . . 63rd Congress, 2nd Sess. Washington 1914.
United States Senate, Nicaraguan Affairs, 62nd Congress, 2nd
Session, Washington 1913.
United States Senate, Revolutions in Mexico, Hearing . . .
62nd Congress, 2nd Session, Washington 1913.
Viallate, Achille, Economic Imperialism, Newyork 1923.
Welles, Sumner, Naboth's Vineyard, The Dominican Repu-
blic 1844—1924, 2 Bd. Newyork 1928.
Wertebaker, Charles, A New Doctrine for the Americas
Newyork 1941.
Woolf, L. S., Economic Imperialism, London 1920.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Teil I:	
I. Allgemeiner Charakter des Dollar-Imperialismus und die hinter ihm stehenden Kräfte	3
II. Latein-Amerika und die Monroe-Doktrin	12
III. Länder des Karibischen Meeres	24
1. Mexiko	28
2. Die fünf zentralamerikanischen Staaten	39
a) Guatemala	40
b) Honduras	41
c) San Salvador	42
d) Costa Rica	43
e) Nikaragua	44
3. Kolumbien	51
4. Venezuela	60
5. Kuba	61
6. Haiti	68
7. Santo Domingo	70
IV. Südamerika	74
1. Bolivien	74
2. Paraguay	77
3. Chile	77
4. Peru	80
V. Nordamerika	81
1. Kanada	81
2. Alaska	84
VI. Ostasien	86
1. Samoa	86
2. Hawaii	87
3. Philippinen	89
4. China und Japan	97
VII. Vorderasien	105
1. Iran	108

	Seite
VIII. Afrika	110
1. Liberien	110
IX. Europa	112
Teil II:	
I. Franklin Delano Roosevelt	118
II. Lateinamerika	141
1. Mexiko	156
2. Die fünf zentralamerikanischen Staaten	158
3. Panama	159
4. Kuba	160
5. Haiti	161
6. Brasilien	161
7. Bolivien	161
8. Paraguay	162
9. Argentinien	163
10. Uruguay	164
11. Peru	164
12. Ecuador	165
III. Ostasien	165
1. China	165
2. Japan	167
IV. Vorderasien	169
V. Europa erwacht	171
Schrifttumsverzeichnis	76

Aus der Schriftenreihe der NSDAP.
Gruppe VIII „Kontinent und Übersee“

BAND 3: Friedrich Lange

Kleine und große Völker

Das neue Buch des bekannten Grenzlandforschers zeigt an Beispielen, wie die kleinen Völker bisher Ausbeutungsobjekte der großen und insbesondere Englands waren.

Vom Neubau Europas ausgehend, wird der Anbruch einer neuen Zeit beleuchtet, der die Aufgabe gestellt ist, die bisherigen Gegensätze im Leben der großen und kleinen Völker zu überwinden und sie in neuer guter Nachbarschaft und Kameradschaft zusammenzufassen.

152 Seiten

Kart. 1,20 RM.

BAND 4: Hermann Erich Seifert

Der Jude zwischen den Fronten der Rassen, der Völker, der Kulturen

Wo in der Welt Rassen, Völker und Kulturen aufeinanderstoßen, wo der Kampf um den Lebensraum geht, da taucht der Jude auf. — Hermann Erich Seifert hat in diesem neuen Bande das verhängnisvolle Wirken des Juden an geschichtlichen Beispielen verfolgt. Es entsteht nahezu ein neues Weltbild, fesselnd durch die neue Betrachtungsweise, aktuell durch den Ausblick auf die Kolonialpolitik.

184 Seiten

Kart. 1,50 RM.

Durch alle Buchhandlungen erhältlich!

Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf. GmbH, Berlin

Aus der Schriftenreihe der NSDAP.
Gruppe VIII „Kontinent und Übersee“

BAND 1

RUDOLF WALTER

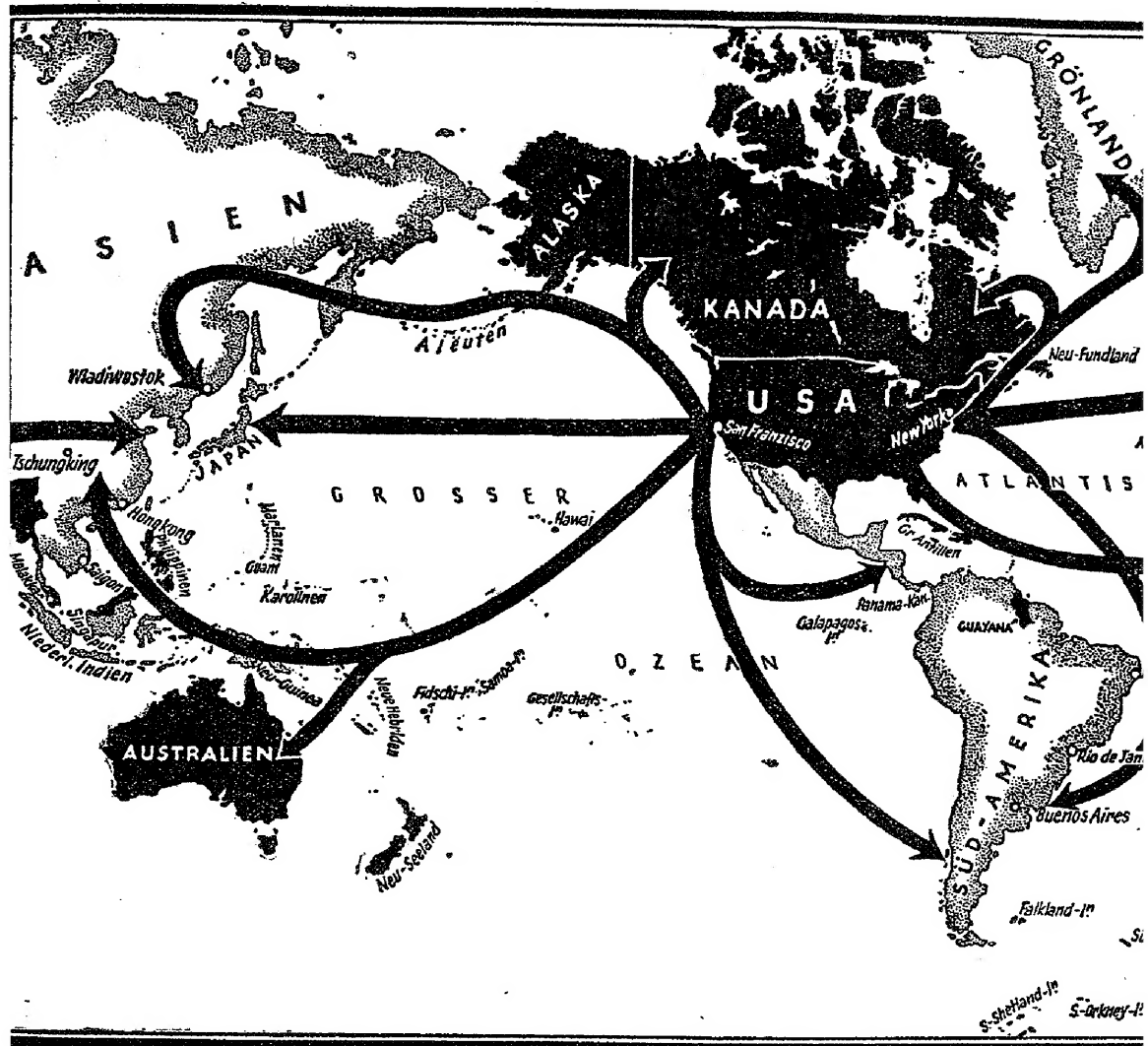
Innerasien im
Ringen der Mächte

Der Autor vermittelt uns einen Ueberblick über Geographie, Geschichte und Völkerkunde des weiten innerasiatischen Raumes und gibt uns einen Einblick in Englands Ränkespiele und Gewaltmethoden, mit denen es diesen unter seinen Einfluß zwingt, der von Natur aus anderen Völkern als Lebensraum bestimmt ist.

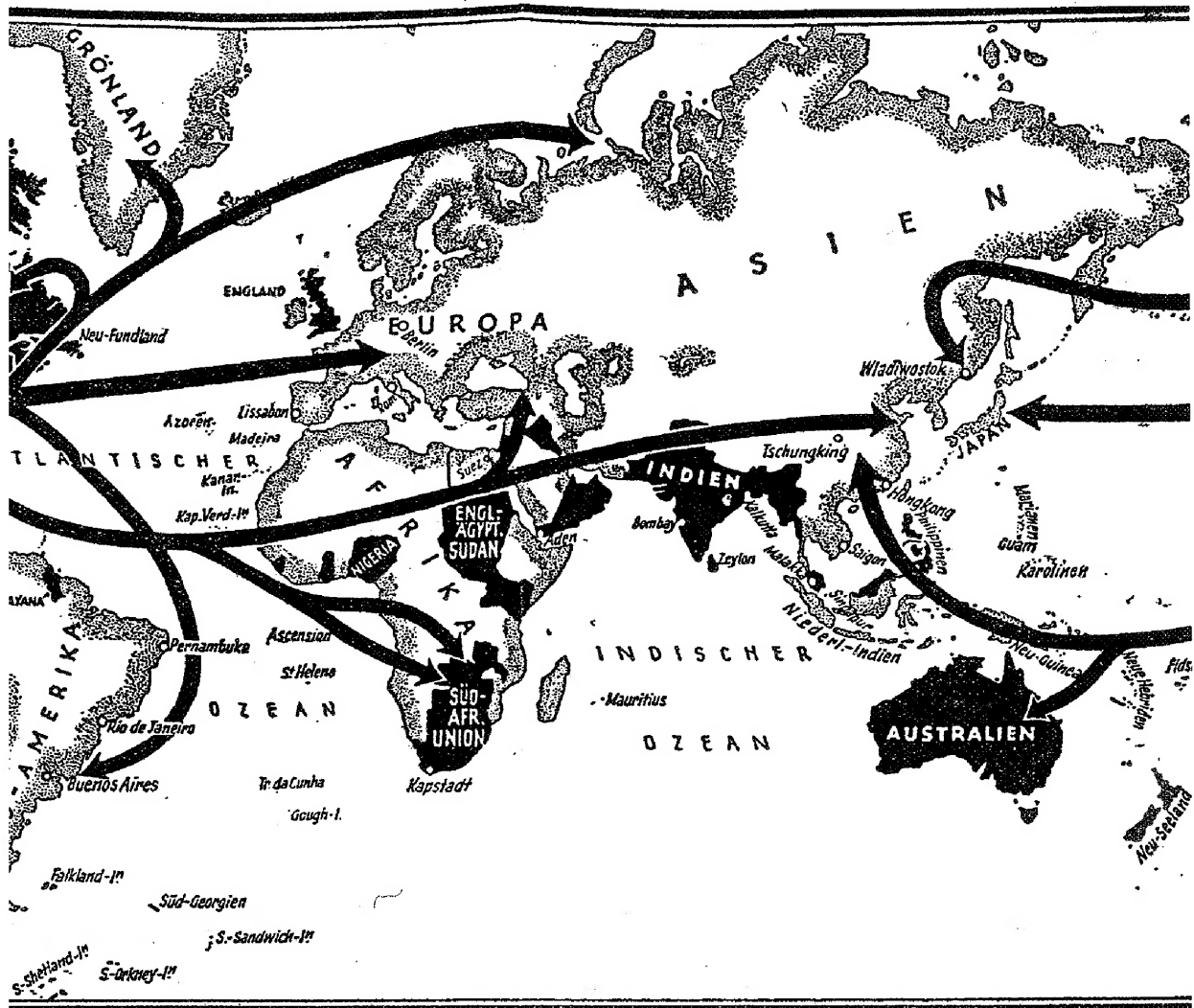
120 Seiten • 1 Landkarte • Kart. 1,20 RM.

Durch alle Buchhandlungen erhältlich!

**ZENTRALVERLAG DER NSDAP.,
FRANZ EHER NACHF. GMBH., BERLIN**



USA-Polypenarme un
Die in Schwarz gezeichneten Länder geh



Polypenarme umfassen die Welt
 eten Länder gehören den USA bzw. Großbritannien

